

**Probleme einer Redistributionsanalyse der Besteuerung –
dargestellt an empirischen Untersuchungen
der Einkommensumverteilung**

Dietrich Hölzle

1976



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41553812_0003

DISSERTATIONS- UND FOTODRUCK FRANK oHG
8 München 2, Gabelsbergerstraße 15, Tel. 2 8 0 9 0 9 0

Probleme einer Redistributionsanalyse
der Besteuerung -
dargestellt an empirischen Unter-
suchungen der Einkommensumverteilung



Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades Doctor rerum politicarum
(Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von
Dietrich Hölzle

1976



Referent: Professor Dr. Utta Gruber

Korreferent: Professor Dr. Hans Fecher

Promotionsabschlußberatung: 23. Februar 1976

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitende Bemerkungen	1
1. Kapitel: Begriffliche Abgrenzungen	6
2. Kapitel: Messung der Umverteilungswirkung	17
2.1. Herkömmliche Streuungsmaße und ihre Beurteilung	17
2.2. Weitere Maßzahlen	21
2.2.1. Ermittlung der Umverteilungswirkung des Budgets	21
2.2.1.1. Die Potentialquote	21
2.2.1.2. Die Steuerbelastungsquote	23
2.2.1.3. Die Redistributionsquote	24
2.2.1.4. Der Wirksamkeitskoeffizient	27
2.2.1.5. Der Nivellierungskoeffizient	28
2.2.2. Ermittlung der Umverteilungswirkung der Besteuerung	29
2.3. Darstellung der Redistributionsanalyse von Metze	34
2.3.1. Verteilungswirkung der Ausgaben im Rahmen der sozialen Sicherung	36

	Seite
2.3.2. Verteilungswirkung der öffentlichen Einnahmen	41
2.3.3. Verteilungswirkung der Abgaben zur Sozialversicherung	45
2.3.4. Zusammenfassung der Ergebnisse	50
3. Kapitel: Bedeutung der Zurechnungseinheit	52
3.1. Darstellung der Ergebnisse ausgewählter Redistributionsanalysen	52
3.2. Abgrenzung verschiedener Zurechnungseinheiten	54
3.2.1. Der Steuerpflichtige	54
3.2.2. Der Einkommensbezieher	56
3.2.3. Die Familieneinheit	56
3.2.4. Die Ausgabeneinheit	57
3.2.5. Der private Haushalt	58
3.3. Auswirkungen der Verwendung verschiedener Zurechnungseinheiten auf die Einkommensverteilung	59

	Seite
3.3.1. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen	60
3.3.2. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen	65
3.4. Auswirkungen der Verwendung verschiedener Zurechnungseinheiten auf die Umverteilungswirkung der Besteuerung	68
3.4.1. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen	68
3.4.2. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen	70
3.5. Kritische Anmerkungen zu den verschiedenen Zurechnungseinheiten	71
4. Kapitel: Bedeutung der Bezugseinheit	77
4.1. Abgrenzung verschiedener Bezugseinheiten	78
4.1.1. Das "family personal income"	80
4.1.2. Das "family money income"	80
4.1.3. Das "adjusted gross income"	81

	Seite
4.2. Auswirkungen der Verwendung verschiedener Bezugseinheiten auf die Einkommensverteilung	84
4.2.1. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen	84
4.2.2. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen	87
4.3. Auswirkungen der Verwendung verschiedener Bezugseinheiten auf die Umverteilungswirkung der Besteuerung	88
4.3.1. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen	88
4.3.2. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen	93
4.4. Kritische Anmerkungen zu den verschiedenen Bezugseinheiten	94
4.5. Die Redistributionsanalyse von Barna	101
4.5.1. Darstellung der Verteilungswirkung der Besteuerung	102
4.5.1.1. Die Zurechnungseinheit	107
4.5.1.2. Die Bezugseinheiten	110

	Seite
4.5.2. Die für die Messung der Verteilungswirkung geeignete Bezugseinheit	112
5. Kapitel: Die Untersuchungsperiode	119
5.1. Die Redistributionsanalyse von Stauffacher - Darstellung und Würdigung	119
5.2. Bedeutung der Zeiteinheit	127
6. Kapitel: Berücksichtigung von Geldwert-schwankungen in Redistributionsanalysen - Die Arbeit von Weaver	134
6.1. Darstellung und Würdigung der Untersuchungsergebnisse	134
6.2. Ausschaltung von Geldwertänderungen	141
7. Kapitel: Bestimmung der Verteilungswirkung des Sozialhaushalts	146
7.1. Die Untersuchung von Peacock und Browning	146
7.1.1. Darstellung der Untersuchungsergebnisse	146

	Seite
7.1.2. Bestimmung der Verteilungswirkung der öffentlichen Einnahmen	149
7.2. Die Untersuchung von Hensen	153
7.2.1. Die "richtige" Gruppenbildung	153
7.2.2. Die Untersuchungsergebnisse - Darstellung und Würdigung	157
8. Kapitel: Inzidenzprobleme in Redistributions- analysen	161
8.1. Verschiedene Inzidenzkonzepte	161
8.1.1. Spezifische Steuerinzidenz	162
8.1.2. Inzidenz des ausgeglichenen Budgets	163
8.1.3. Differentiale Steuerinzidenz	163
8.1.4. Effektive Steuerinzidenz	165
8.1.5. Formale Steuerinzidenz	165
8.2. Messung der Verteilungswirkung der Besteuerung nach verschiedenen Inzidenzkonzepten	167
8.2.1. Messung der effektiven Steuerinzidenz - Die Untersuchung von Roskamp	167

	Seite
8.2.2. Messung der spezifischen und der differentialen Steuerinzidenz - Die Untersuchung von Musgrave, USA 1958	173
8.2.3. Messung der formalen Steuer- inzidenz - Die Untersuchung von Zeitl	177
8.2.3.1. Bedeutung des Überwälzungs- problems in formalen Redistri- butionsanalysen - Die Unter- suchung von Jecht	187
8.2.3.2. Vereinbarkeit verschiedener Überwälzungsannahmen mit dem Konzept der formalen Inzidenz	196
8.2.3.2.1. Die Untersuchung von Schmidt et al. - Darstellung und Würdigung	197
8.2.3.2.2. Kritische Bemerkun- gen zu den in Redistribu- tionsanalysen zugrundegeleg- ten Überwälzungshypothesen	207
9. Kapitel: Einkommenszurechnungen als Folge von Steuerzurechnungen	214
9.1. Die Redistributionsanalyse von Musgrave et al. USA 1948	214

	Seite
9.1.1. Zurechnung der Sozialabgaben	216
9.1.2. Zurechnung der Körperschaft- steuer	220
9.2. Die Untersuchung von Bishop	227
9.2.1. Darstellung und Würdigung	227
9.2.2. Zurechnung der indirekten Steuern	231
Schlußbemerkungen	237
Literaturverzeichnis	242

Abkürzungsverzeichnis

AER	American Economic Review
AER, P+P	American Economic Review, Papers and Proceedings
ASA	Allgemeines Statistisches Archiv
EJ	Economic Journal
FA	Finanzarchiv
IER	International Economic Review
JEL	Journal of Economic Literatur
JET	Journal of Economic Theory
JNS	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
JPE	Journal of Political Economy
JS	Jahrbücher für Sozialwissenschaften
NTJ	National Tax Journal
PF	Public Finance
QJE	Quarterly Journal of Economics
RES	Review of Economics and Statistics
RIW	Review of Income and Wealth
SVSP	Schriften des Vereins für Socialpolitik

Einleitende Bemerkungen

Untersuchungen der Einkommensumverteilung werden insbesondere im angelsächsischen Raum bereits seit mehreren Jahrzehnten durchgeführt.¹⁾ Angesichts einer als unbefriedigend angesehenen Einkommensverteilung war das Bestreben vorherrschend, das Ausmaß der durch den öffentlichen Sektor hervorgerufenen Umverteilung zu erfassen, um gegebenenfalls die Forderung nach einer verstärkten Umverteilung quantifizieren zu können. An dieser Zielsetzung hat sich bis heute nichts geändert. Auf die verstärkten Auseinandersetzungen um eine Änderung der bestehenden Verteilungssituation kann es wohl auch zurückgeführt werden, daß in jüngster Zeit zunehmend versucht wird, die Redistributionswirkungen des öffentlichen Sektors statistisch zu erfassen.

Angesichts der Vielzahl der vorhandenen Redistributionsanalysen lag es nahe, einen intertemporalen und internationalen Vergleich durchzuführen. Dieses Vorhaben mußte jedoch aufgegeben werden. Es zeigte sich, daß es nur unter größtem Vorbehalt erlaubt ist, aus unterschiedlichen Untersuchungsergebnissen Folgerungen auf das Ausmaß der Umverteilungstätigkeit des Staates abzuleiten. Die Abweichungen können einmal durch die je nach Zeit und Land unterschiedliche Qualität der notwendigen statistischen Unterlagen bedingt sein. Zum anderen unterscheiden sich Redistributionsanalysen häufig in dem zugrundegelegten Untersuchungsansatz.

Auf die Probleme, die mit der Erfassung des für eine Redistributionsanalyse erforderlichen statistischen Ma-

1) Siehe R. H. Smith, Distribution of Income in Great Britain and Incidence of Income Tax, in: QJE, Vol.25, 1911, S.216 ff; oder: A.L. Bowley, The British Super-Tax and the Distribution of Income, in: QJE, Vol.28, 1914, S.255 ff

terials verbunden sind, wird in der vorliegenden Arbeit nicht eingegangen. Damit wird gleichzeitig die dem Gebiet der Statistik zuzurechnende Frage nach den Verteilungsschlüsseln ausgeklammert. Soll z.B. den Kapitaleignern nach Maßgabe des Dividendeneinkommens Steuern zugerechnet werden, ist die Verteilung der Dividenden nach Einkommensgrößenklassen erforderlich. Die Güte dieses Verteilungsschlüssels hängt von der Genauigkeit der statistischen Erfassung der Verteilung der Dividenden nach Einkommensgrößenklassen ab. Die Vernachlässigung der statistischen Erfassungsprobleme erscheint um so mehr berechtigt, als die Qualität der statistischen Unterlagen sich in den einzelnen Ländern zunehmend verbessert und angleicht.

Ungleich bedeutsamer ist die Frage nach dem einer Redistributionsanalyse angemessenen Untersuchungsansatz. Die Diskussion darüber ist keineswegs abgeschlossen.¹⁾ Das Ziel dieser Arbeit besteht nun vornehmlich darin, ausgewählte methodische Probleme einer Redistributionsanalyse zu diskutieren und dazu gegebenenfalls Lösungswege aufzuzeigen. Hierbei wird meist in der Weise vorgegangen, daß im Anschluß an die Darstellung der Untersuchungsergebnisse der methodische Ansatz analysiert wird. Einschränkend ist hinzuzufügen, daß die Analyse nur einen bestimmten Teilbereich der methodischen Probleme einer Studie erfaßt. Der Verzicht auf eine Gesamtwürdigung einer empirischen Untersuchung ist um so eher zu vertreten, als es geboten schien, die mit der Bestimmung der

1) Von den in jüngster Zeit erstellten Redistributionsanalysen siehe vor allem W. Albers, Umverteilungswirkungen der Einkommensteuer, in: W. Albers (Hrsg). Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung II, SVSP, N.F., Bd.75/II, 1974, S.69 ff sowie M. Reynolds and E. Smolensky, The Post Fisc Distribution: 1961 and 1970 Compared, in: NTJ, Vol.27, 1974, S.521 ff

Umverteilungswirkung der öffentlichen Ausgaben verbundenen Probleme auszuklammern. Ihre Erörterung hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt.

Mit dieser Vorgehensweise war auch das Auswahlkriterium für die Einbeziehung der Redistributionsanalysen gegeben. Es sind nur solche Studien berücksichtigt worden, die als geeignet erschienen, ein als bedeutsam angesehenes Problem diskutieren zu können.

Im nun folgenden 1. Kapitel werden zunächst einige begriffliche Abgrenzungen vorgenommen, um die nachfolgenden Ausführungen nach Möglichkeit nicht durch die Klärung von Begriffen unterbrechen zu müssen. Da die Analyse empirischer Untersuchungen der Einkommensredistribution zweckmäßigerweise mit der Interpretation der Ergebnisse beginnt, folgen anschließend (2. Kapitel) einige grundsätzliche Anmerkungen zu der Verwendung der herkömmlichen Streuungsmaße, durch die Ungleichheit der Einkommensverteilung kenntlich gemacht werden soll. Angesichts der kritischen Einwände wird im folgenden davon abgesehen, die Veränderung der Verteilungssituation durch eine Maßzahl zum Ausdruck zu bringen. Deshalb werden mehrere Kennzahlen beschrieben, die in ihrer Gesamtheit Aufschluß über das Ausmaß der Umverteilungstätigkeit des Staates geben sollen. Die dabei einzuschlagende Methode wird beispielhaft an einer empirischen Untersuchung erläutert. Soweit es die statistischen Daten erlauben, werden die in den besprochenen Untersuchungen aufgezeigten Verteilungswirkungen durch diese Maßzahlen ergänzend verdeutlicht.

Die Bedeutung der Zurechnungseinheit sowie der Bezugseinheit wird im 3. bzw. 4. Kapitel behandelt. Es zeigt sich, daß sich das Bild der Einkommensredistribution erheblich ändert, je nachdem wie die Zurechnungs- oder

Bezugseinheit abgegrenzt wird. Das gleiche gilt für die Zeiteinheit. Im 5. Kapitel wird der Einfluß der Periodenlänge auf die Einkommensredistribution diskutiert. Den 2. - 5. Kapiteln ist gemeinsam, daß Abgrenzungsprobleme behandelt werden, die im Hinblick auf die mit der empirischen Untersuchung verfolgten Zielsetzung zu lösen sind.

Angesichts der unvermeidbaren Ungenauigkeit kann der Erkenntniswert empirischer Redistributionsanalysen vornehmlich darin gesehen werden, die im Zeitablauf eingetretenen Änderungen der Redistributionseffekte aufzuzeigen. Dabei kann es als wünschenswert angesehen werden, bei der Darstellung der Einkommensumverteilung gegebenenfalls aufgetretene Geldwertschwankungen auszuschalten. Ein Lösungsweg wird im 6. Kapitel beschrieben.

Neben der Bestimmung der Verteilungswirkung bestimmter Steuern oder des gesamten Steuersystems kann es das Ziel von Redistributionsanalysen sein, die Umverteilungseffekte derjenigen öffentlichen Einnahmen zu ermitteln, die der Finanzierung bestimmter Ausgaben dienen. Zu erwähnen sind vor allem die Ausgaben im Rahmen des Systems der sozialen Sicherung. Ausgewählte Probleme bei der Darstellung der Verteilungswirkung des Sozialhaushalts unter besonderer Berücksichtigung der öffentlichen Einnahmen werden im 7. Kapitel behandelt.

Im 8. Kapitel wird präzisiert, was unter Verteilungswirkungen der Besteuerung zu verstehen ist. Bei der Messung der Verteilungsänderungen der Besteuerung kann man sich darauf beschränken, die Einkommensverteilung vor und nach Abzug der Steuern gegenüberzustellen. Zudem kann versucht werden, die Verteilungsänderungen zu erfassen, die auf die durch die Erhebung von Steuern

ausgelösten Anpassungsprozesse zurückzuführen sind. Dieser unterschiedlichen Abgrenzung der Verteilungsänderungen tragen die verschiedenen Inzidenzbegriffe Rechnung. Nach der Beschreibung einzelner Inzidenzbegriffe werden empirische Untersuchungen analysiert, die nach abweichenden Inzidenzkonzepten erstellt sind. Hierbei wird die Frage zu klären sein, ob es sinnvoll ist, in ex-post-Modellen Inzidenzkonzepte zugrunde zu legen, die die aus den Anpassungsvorgängen resultierenden Verteilungsänderungen einbeziehen.

Damit ist zugleich die Frage nach der Bedeutung des Überwälzungsproblems in Redistributionsanalysen aufgeworfen. Einsichtig ist, daß in ex-ante-Modellen, in denen man die Anpassungsprozesse der Besteuerung zu erfassen sucht, die Ergebnisse der Überwälzungslehre berücksichtigt werden müssen.¹⁾ Zu prüfen ist jedoch, ob das Überwälzungsproblem in den Redistributionsanalysen vernachlässigt werden kann, die davon absehen, die sich aus den Anpassungsvorgängen ergebenden Verteilungsänderungen einzubeziehen. Dieser Problemkreis wird ebenfalls im 8. Kapitel erörtert.

Erst nach Klärung der angesprochenen Inzidenzprobleme ist es zweckmäßig zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang es als Folge der Einbeziehung bestimmter Steuern notwendig ist, auf der Einnahmenseite des Einkommenskontos der Zurechnungseinheiten einen entsprechenden Gegenposten auszuweisen (9. Kapitel). Es zeigt sich, daß die Höhe der Zurechnungen von den gewählten Überwälzungsannahmen abhängig ist. Dabei geht es um das Problem, die Höhe der Belastung der Einkommen durch Steuern zutreffend zu ermitteln - ein Ziel, das in einer empirischen Untersuchung der Einkommensumverteilung weiterhin im Mittelpunkt der Betrachtung steht.

1) Vgl. U. Gruber, Einkommensverteilung, München 1974, S. 120

1. Kapitel

Begriffliche Abgrenzungen

Die Aktivität des Staates beeinflußt in vielfältiger Weise den Wirtschaftsablauf. Die von der Staatstätigkeit ausgehenden Wirkungen auf das wirtschaftliche Geschehen in allgemeiner Form zu diskutieren, ist jedoch wenig sinnvoll. Vielmehr erscheint es zweckmäßig, diese Effekte nach bestimmten Zielsetzungen zu unterteilen. Zu den Zielsetzungen gehört z.B. die Beeinflussung des Wachstums, der Beschäftigung oder der Einkommensverteilung. In Redistributionsanalysen wird nun versucht, die durch die Staatstätigkeit hervorgerufene Änderung der Einkommensverteilung zu erfassen. Zu bedenken ist allerdings, daß jede wirtschaftspolitische Maßnahme auf die Verteilung der Einkommen einwirkt, zumindest aber einwirken kann. "Es gibt überhaupt keine wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates, die nicht verteilungspolitische Effekte haben oder jedenfalls haben könnten."²⁾ Aus der Vielzahl der für die Einkommensverteilung bedeutsamen wirtschaftspolitischen Maßnahmen greifen die Umverteilungsanalysen in der Regel diejenigen heraus, die von dem öffentlichen Haushalt ausgehen, wobei häufig die Einnahmenseite im Mittelpunkt der Betrachtung steht.

1) Vgl. R.A. Musgrave, Finanztheorie, 2. Aufl., Tübingen 1974, S. 152 ff

2) H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, in: W.G. Hoffmann (Hrsg.), Einkommensbildung und Einkommensverteilung, SVSP, N.F. Bd. 13, 1957, S. 129

Im Hinblick auf eine Umverteilungsanalyse können drei Aufgabenkreise unterschieden werden:¹⁾

- 1) Darstellung der Umverteilung
- 2) Erklärung des Zustandekommens der Umverteilung
- 3) Untersuchung der Umverteilungswirkungen

Wir werden sehen, daß in den empirischen Untersuchungen das Schwergewicht auf der Darstellung der Umverteilungswirkungen liegt. Dabei treten begriffliche Abgrenzungsprobleme auf, die zunächst geklärt werden sollen.²⁾

Der Ausdruck Einkommensverteilung wird zweckmäßigerweise in der Bedeutung der Beziehung von Teilgrößen zu einem Ganzen verstanden. Diese allgemeine Definition ist weiter zu spezifizieren. Je nach der Wahl der Zurechnungseinheit kann unterschieden werden zwischen der Verteilung nach Personen bzw. Personengruppen und nach Einkommensarten. Im ersten Fall ist es gleichgültig, aus welchen Quellen das Einkommen fließt. Die Einkommensverteilung bestimmt sich nach der Höhe des einem Einkommenbezieher oder einer Gruppe von Einkommenbeziehern zufließenden Einkommens, das sich aus mehreren Einkommensarten zusammensetzen kann. Für diese Art der Einkommensverteilung hat sich die von Stobbe geprägte Bezeichnung Querverteilung eingebürgert.³⁾ Querverteilung und personelle Einkommensverteilung können zunächst nicht als synonyme Begriffe gleichgesetzt werden. Üblicherweise versteht man unter personeller Verteilung

1) Vgl. U. Gruber, Vorüberlegungen zu einer Umverteilungsanalyse, in: JNS, Bd. 185, 1971, S. 132

2) Zu den nachfolgenden Ausführungen siehe insbesondere U. Gruber, Einkommensverteilung, München 1974, S. 11 ff

3) Vgl. A. Stobbe, Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, Tübingen 1962, S. 20

die Verteilung nach Einkommensgrößenklassen. Nur wenn die personelle Einkommensverteilung so umfassend abgegrenzt wird, daß sie auch die Gruppierung der Einkommensbezieher nach anderen Kriterien einschließt, besteht kein inhaltlicher Unterschied zwischen Querverteilung und personeller Einkommensverteilung.

Die Verteilung der Einkommen nach Einkommensarten kann mit der funktionellen Einkommensverteilung begrifflich gleichgesetzt werden, sofern bei dieser nicht nur auf die Einkommensarten gemäß der Funktionen im Produktionsprozeß abgestellt wird, sondern auch die Übertragungseinkommen als Einkommensarten einbezogen werden.¹⁾

Nicht übersehen werden darf jedoch, daß die Frage nach der Verteilung immer auf das Einkommen von Personen abzielt. Für die personelle Verteilung ist kennzeichnend, daß jeder Einkommensbezieher nur einmal mit seinem Gesamteinkommen erfaßt wird. Bei der Verteilung nach Einkommensarten erscheint hingegen ein Einkommensempfänger, dem aus mehreren Quellen Einkommen zufließt, bei jeder dieser Einkommensarten.²⁾ Die terminologische Unterscheidung von personeller und funktioneller Einkommensverteilung ist mißverständlich.³⁾ Wenn diese

1) Vgl. U. Gruber, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 14

2) Ebenda, S. 13

3) Vgl. E. Preiser, Distribution I, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. II, Göttingen 1959, S. 620 ff, wieder abgedruckt in: E. Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 3. Aufl., Göttingen 1963, S. 290 ff; siehe auch: E. Preiser, Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in: Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948, S. 333 ff, wieder abgedruckt in: E. Preiser, Bildung und Verteilung, a.a.O., S. 227 ff; vgl. auch: G. Bombach, Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie, in: E. Schneider (Hrsg.), Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, SVSP, N.F. Bd. 17, 1959, S. 95 ff

Bezeichnungen dennoch beibehalten werden, so zum Teil ausdrücklich aus Gründen der Tradition.¹⁾

Eine Gleichsetzung der funktionellen und personellen Verteilung ist heute weniger denn je zulässig. Die Verteilung nach Einkommensarten läßt aus verschiedenen Gründen keine Rückschlüsse auf die personelle Verteilung zu.²⁾ Angesichts der Bedeutung der personellen Einkommensverteilung für die Nachfrageentscheidungen der Einkommensbezieher wird gefordert, nicht mehr wie bisher üblich, die funktionelle, sondern die personelle oder institutionelle Einkommensverteilung in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen.³⁾

Weiter ist zu unterscheiden zwischen der primären und sekundären Einkommensverteilung.⁴⁾ Mit diesen Begriffen wird gewöhnlich die Einkommensverteilung vor bzw. nach der Umverteilung durch den öffentlichen Haushalt (einschließlich Sozialversicherung) bezeichnet. Die Fragestellung der primären Einkommensverteilung bezieht sich auf die Verteilung der Einkommen, wie sie "... frisch aus dem Produktionsprozeß hervorgehen, v o r aller Umverteilung durch direkte Steuern, Sozialver-

1) Vgl. H.J. Krupp, "Personelle" und "funktionelle" Einkommensverteilung, in: JNS, Bd. 180, 1967, S. 4, Anm. 5

2) Ebenda, S. 8 ff

3) Ebenda, S. 33 ff; siehe dazu den Diskussionsbeitrag von J. Kromphardt, Institutionelle versus funktionelle oder personelle Einkommensverteilung, in: JNS, Bd. 181, 1967/68, S. 151 ff

4) Stobbe schlägt vor, von der staatlichen Sekundärverteilung zu sprechen, um den Unterschied zur privaten Sekundärverteilung der Nichtlohneinkommen hervorzuheben, A. Stobbe, Untersuchungen, a.a.O., S. 16

sicherung und andere Transferzahlungen".¹⁾ Der Begriff der sekundären Einkommensverteilung stellt auf die Verteilung des verfügbaren Einkommens ab, also auf die Verteilung nach der Umverteilung durch direkte Steuern, Sozialversicherung und sonstige Transferzahlungen.²⁾

Auch zwischen der primären und sekundären Einkommensverteilung besteht ein wechselseitiger Zusammenhang. Jede Sekundärverteilung basiert auf einer bestimmten Primärverteilung, die durch Abgaben an den Staat und durch Ausgaben des Staates korrigiert wird. Darüber hinaus ergibt sich z.B. durch die Institution der dynamischen Rente eine enge Verknüpfung der Primär- und Sekundärverteilung.³⁾ "Es mag sein, daß die Sekundärverteilung über den Konsum und die Investition einer Volkswirtschaft die Primärverteilung bestimmt und nicht umgekehrt die Primärverteilung den ökonomischen Vortritt hat, wie wir gewöhnlich glauben."⁴⁾ Die Primärverteilung darf deshalb niemals als eine Verteilung ohne staatliche Beeinflussung interpretiert werden, sondern lediglich als eine Verteilung der Bruttoeinkommen.⁵⁾

Von den Autoren, die auf dieses Problem besonders eingehen, sei hier Barna erwähnt. Er definiert die Primärverteilung als die Verteilung, die bei einem neutralen Steuersystem und gegebenen Staatsausgaben vorherrscht.

1) W. Krelle, Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, in: W.G. Hoffmann (Hrsg.), Einkommensbildung und Einkommensverteilung, SVSP, N.F., Bd. 13, 1957, S. 55

2) Vgl. A. Stobbe, Untersuchungen, a.a.O., S. 15

3) Vgl. U. Gruber, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 111 ff

4) E. Helmstädter, Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland unter verteilungstheoretischem Aspekt 1950 - 1965, in: JNS, Bd. 179, 1966, S. 391

5) Vgl. U. Gruber, Vorüberlegungen, a.a.O., S. 131

"This means that we define the initial distribution of income as the distribution which would exist if public expenditure on goods and services were the same as in the actual case but if the taxation to finance that expenditure were such as to make consumers' income (Einkommen nach der Umverteilung) equal to producers' income (Einkommen vor der Umverteilung) for each unit."¹⁾

Wenn nur die Steuerzahlungen, nicht aber die Einkommensübertragungen berücksichtigt werden, ist nur eine Seite der staatlichen Umverteilungstätigkeit erfaßt. In diesem Fall liegt noch keine Sekundärverteilung vor, vielmehr handelt es sich um eine Zwischenstufe zwischen Primär- und Sekundärverteilung.²⁾

Für die Primär- wie Sekundärverteilung läßt sich ebenfalls eine Verteilung des Einkommens nach Einkommensarten und nach einzelnen Personen bzw. Personengruppen unterscheiden. In Analogie zur obigen Begriffsbildung wäre dann von einer funktionellen sowie personellen Primär- bzw. Sekundärverteilung zu sprechen.

Neben der Zurechnungseinheit ist für die Art der Einkommensverteilung auch die Bezugseinheit von Bedeutung. Nach der Abgrenzung der Wirtschaftseinheit, die in den meisten empirischen Untersuchungen das Produktionsergebnis einer nationalen Volkswirtschaft darstellt, ist zu entscheiden, welches Gesamteinkommen als die aufzuteilende Größe definiert wird. Hinzuweisen ist, daß zwischen der Wahl der Bezugseinheit und der Wahl der Zurechnungseinheit eine enge Verbindung besteht.³⁾

1) T. Barna, *Redistribution of Incomes through Public Finance*, Oxford 1945, S. 23; siehe auch A.H. Conrad, *Redistribution through Government Budgets in the United States*, 1950, in: A.T. Peacock (ed.), *Income Redistribution and Social Policy*, London 1954, S. 179

2) Vgl. U. Gruber, *Einkommensverteilung*, a.a.O., S. 16

3) Ebenda, S. 12 f

Die Frage der Bezugseinheit wie auch die der Zurechnungseinheit wird uns im Laufe der weiteren Ausführungen noch eingehend beschäftigen. Bei der Diskussion über die Zurechnungseinheiten geht es im folgenden allerdings nicht um die Aufteilung der Einkommen auf Einkommensarten oder auf Personen. Vielmehr steht die Frage im Mittelpunkt, ob und ggf. wie die Personen gruppiert werden sollen, auf die das Einkommen zu verteilen ist.

Mehrdeutig ist auch der Begriff Einkommensumverteilung. Auch eine allgemeine Definition trägt nur wenig zur Klarheit bei. "Redistribution 'means taking from some and giving to others'." ¹⁾ Unklar bleibt, zwischen welchen Personen oder Personengruppen und mit welchem Ziel die Umverteilung vorgenommen wird. Die Übertragung von Einkommen kann z.B. unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß der Gesunde den Kranken, der Erwerbstätige den Erwerbslosen oder auch der Bezieher hoher Einkommen den Bezieher niedriger Einkommen unterstützt. ²⁾ Im letzteren Fall handelt es sich um eine vertikale Umverteilung. Im Hinblick auf die Definition der vertikalen Umverteilung gibt es keine Probleme. "Vertical redistribution has an unambiguous meaning - redistribution from the rich to the poor" ³⁾ Von einer horizontalen Redistribution kann gesprochen werden, wenn

1) Twentieth Century Fund, Facing the Tax Problem, New York: The Twentieth Century Fund, 1937, S. 204; zitiert bei: C. Stauffacher, The Effect of Governmental Expenditures and Tax Withdrawals upon Income Distribution, 1930 - 1939, in: Public Policy II, Yearbook of the Graduate School of Public Administration, Cambridge 1941, S. 235

2) H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 134

3) T. Barna, Redistribution, a.a.O., S. 19

z.B. zwischen Haushalten unterschiedlicher Personenzahl Einkommensübertragungen stattfinden.¹⁾

In den empirischen Untersuchungen ist das Bemühen vorherrschend zu prüfen, ob sich die Einkommenssituation der unteren zulasten der oberen Einkommenschichten verbessert hat. Hierbei wird zum Teil übersehen, daß angesichts eines ständig wachsenden Staatsbudgets eine ausschließlich vertikale Umverteilung nicht möglich ist. In dieser Situation müssen vielmehr auch die Bezieher niedriger Einkommen zunehmend zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen werden. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der horizontalen Redistribution ist es fraglich, ob auch weiterhin ausschließlich die Erfassung der Redistribution zwischen Haushalten unterschiedlicher Einkommenshöhe im Mittelpunkt der Betrachtung stehen soll. Neben der Bestimmung der Redistribution nach der Einkommenshöhe sollte zusätzlich die Umverteilung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen oder Haushalten unterschiedlicher Kinder- bzw. Personenzahl erfaßt werden.²⁾ Durch die Zusammenfassung der Haushalte nach der Einkommenshöhe werden bedeutende Redistributionsvorgänge verdeckt.

Die Untersuchungen der Steuerlastenverteilung weisen meist den sich mit steigenden Einkommen ergebenden Belastungsverlauf der Steuer aus. Hierbei wird ein proportionaler, progressiver oder regressiver Steuerver-

1) T. Barna, Redistribution, a.a.O., S. 19; siehe auch: J.L. Nicholson, Redistribution in Income in the United Kingdom in 1959, 1957 and 1953, in: C. Clark and G. Stuvell (eds.) Income Redistribution and the Statistical Foundations of Economic Policy, Income and Wealth, Series X, London 1964, S. 139

2) Vgl. H. Hensen, Die Finanzen der sozialen Sicherung im Kreislauf der Wirtschaft, Kiel 1955, S. 111 ff

lauf unterschieden. Ein proportionaler Steuertarif liegt vor, wenn auf jede Steuerbemessungsgrundlage derselbe durchschnittliche Steuersatz angewendet wird. Das Steueraufkommen wächst proportional zur Bemessungsgrundlage. Beim progressiven Steuertarif nimmt der durchschnittliche Steuersatz mit steigender Bemessungsgrundlage zu. Eine verzögerte, beschleunigte oder lineare Progression tritt auf, je nachdem, ob der durchschnittliche Steuersatz schwächer oder stärker als linear oder gerade linear zunimmt. Sinkt der durchschnittliche Steuersatz mit steigender Bemessungsgrundlage, so liegt ein regressiver Steuertarif vor. In Analogie zur Progression unterscheidet man eine verzögerte, beschleunigte oder lineare Regression.¹⁾ In Anlehnung an diese Definition gilt in Untersuchungen der Steuerlastverteilung das Steuersystem als progressiv, regressiv oder proportional, je nachdem, ob der durchschnittliche Steuersatz je Einkommensgrößenklasse bzw. je Anteil der Zurechnungseinheiten mit steigendem Einkommen zunimmt, sinkt oder unverändert bleibt. Ein Steuersystem wird somit dann als progressiv, regressiv oder proportional bezeichnet, wenn gilt:

a) progressives Steuersystem

$$\frac{\sum_{i=1}^n T_{i1}}{\sum_{i=1}^n Y_{i1}} < \frac{\sum_{i=1}^n T_{i2}}{\sum_{i=1}^n Y_{i2}} < \frac{\sum_{i=1}^n T_{i3}}{\sum_{i=1}^n Y_{i3}} \dots;$$

1) Vgl. G. Hedtkamp, Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Neuwied/Berlin 1968, S. 320

b) regressives Steuersystem:

$$\frac{\sum_{i=1}^n T_{i1}}{\sum_{i=1}^n Y_{i1}} > \frac{\sum_{i=1}^n T_{i2}}{\sum_{i=1}^n Y_{i2}} > \frac{\sum_{i=1}^n T_{i3}}{\sum_{i=1}^n Y_{i3}} \dots;$$

c) proportionales Steuersystem:

$$\frac{\sum_{i=1}^n T_{i1}}{\sum_{i=1}^n Y_{i1}} = \frac{\sum_{i=1}^n T_{i2}}{\sum_{i=1}^n Y_{i2}} = \frac{\sum_{i=1}^n T_{i3}}{\sum_{i=1}^n Y_{i3}} \dots;$$

hierbei bedeuten $\sum_{i=1}^n T_i$ den Steuerbetrag, $\sum_{i=1}^n Y_i$ den Einkommensbetrag der Einkommensgrößenklasse j;
 $i = 1, 2, \dots, n$ sind die Anzahl der Zurechnungseinheiten der Einkommensgrößenklasse j.¹⁾

In gleicher Weise kann ein in Höhe der Kosten bewerteter progressiver, regressiver oder proportionaler Einkommenszuwachs durch die öffentlichen Ausgaben unterschieden werden. Die Staatsleistungen sind progressiv, regressiv oder proportional auf die Einkommensschichten verteilt, wenn mit steigendem Einkommen der Anteil des Einkommenszuwachses zunimmt, abnimmt oder konstant bleibt.²⁾ Zu beachten ist, daß auch von einer progressiven (regressiven) Verteilung der Staatsleistungen ge-

-
- 1) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1959, S. 102 f
 2) W.I. Gillespie, Effect of Public Expenditures on the Distribution of Income, in: R.A. Musgrave (ed.), Essays in Fiscal Federalism, Washington 1965, S. 132

sprochen wird, wenn dieser Anteil mit steigendem Einkommen abnimmt (zunimmt).¹⁾

Nach der Abgrenzung der für unsere Untersuchung wichtigsten Begriffe wollen wir uns jetzt der Darstellung der Umverteilungswirkungen zuwenden. Erst im Anschluß daran ist es zweckmäßig, den Einfluß verschiedener Zurechnungs- und Bezugseinheiten auf die Einkommensverteilung vor und nach der Umverteilung durch die öffentlichen Einnahmen und gegebenenfalls Ausgaben aufzuzeigen.

1) Vgl. A.H. Conrad, Redistribution through, a.a.O., S. 181, siehe auch: J.L. Nicholson, The Distribution and Redistribution of Income in the United Kingdom, in: D. Wedderburn (ed.), Poverty, Inequality and Class Structure, London 1975, S. 75

2. Kapitel

Messung der Umverteilungswirkung

2.1. Herkömmliche Streuungsmaße und ihre Beurteilung

Zur Darstellung der Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung können Streuungsmaße gewählt werden, wie z.B. der mittlere Quartilsabstand, die mittlere quadratische Abweichung, die Varianz, der Variationskoeffizient oder die auf Pareto, Gibrat oder Gini zurückgehenden Verteilungsmaße. Dagegen sind Mittelwerte, wie das arithmetische Mittel, der Modal- oder Medianwert, zur Kennzeichnung der Einkommensungleichheit von untergeordneter Bedeutung.

Es soll hier nicht versucht werden, die Streuungsmaße einer erneuten eingehenden Analyse zu unterziehen, zumal dieser Fragenkomplex in zahlreichen Veröffentlichungen behandelt wird.¹⁾ Einige kurze Hinweise sollen hier genügen.

1) Siehe z.B. M.J. Bowman, A Graphical Analysis of Personal Income Distribution in the United States, in: AER, Vol. 35, 1945, S. 607 ff; wieder abgedruckt in: W. Fellner und B.F. Haley (eds.), Readings in the Theory of Income Distribution, 3. Aufl., London 1961, S. 72 ff; E.P. Billeter, Über die Messung der Einkommenskonzentration, Basel ..., 1949; R.R. Schutz, On the Measurement of Income Inequality, in: AER, Vol. 41, 1951, S. 107 ff; M.G. Kendall and A. Stuart, The Advanced Theory of Statistics, Vol. I: Distribution Theory, 2. Aufl., London 1963; H. Münzner, Probleme der Konzentrationsmessung, in: ASA, Bd. 47, 1963, S. 1 ff; A. Peter, Die Messung der personellen Einkommensverteilung, Bern 1969; A.B. Atkinson, On the Measurement of Inequality, in: JET, Vol. 2, 1970, S. 244 ff; H. Kahnwald, Ein Maß für den Vergleich von Konzentrationszuständen im Zusammenhang mit Gini's Konzentrationsverhältnis, Marburg 1973; A. Sen, On Economic Inequality, Oxford 1973

Die Streuungsmaße erfassen die Streuung bzw. Ballung der Einkommen, wobei in Analysen der Einkommensumverteilung allein die relative und nicht die absolute Konzentration von Bedeutung ist.¹⁾ Vollständige Konzentration liegt vor, wenn der gesamte Merkmalsbetrag auf einen einzigen Merkmalsträger fällt. Umgekehrt besteht eine Gleichverteilung, wenn der gesamte Merkmalsbetrag gleichmäßig, also mit dem jeweiligen Anteil $1/n$ auf n Merkmalsträger aufgeteilt ist. Zu den beliebtesten Konzentrationsmaßen gehört der Gini-Koeffizient. "Einfachheit und Bequemlichkeit in der Handhabung dieses Koeffizienten, wie der Drang, die Welt der Verteilung mit einem einzigen Ausdruck zu beschreiben, verhalfen dem Gini-Koeffizienten und seinen zahlreichen Abwandlungen zu nunmehr sieben Jahrzehnten wählender Popularität."²⁾ Der Gini-Koeffizient kann interpretiert werden als der Anteil der von der Lorenzkurve und der Gleichverteilungsgeraden eingeschlossenen Fläche an der Gesamtfläche des durch die Koordinatenachse und der Gleichverteilungsgeraden gebildeten Dreiecks.

Die Änderung der Einkommensverteilung durch die Umverteilungstätigkeit des Staates kann in der Weise veranschaulicht bzw. gemessen werden, daß die Lorenzkurve bzw. der Gini-Koeffizient jeweils vor und nach der Umverteilung ermittelt wird. Als Beispiel sei die empirische Untersuchung von Pechman genannt, in der er die Einkommensverteilung vor und nach Abzug der Einkommen-

-
- 1) Vgl. H. Kellerer, Zur statistischen Messung der Konzentration, in: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, SVSP, N.F. Bd. 20, I, 1960, S. 41 ff; hier finden sich auch umfangreiche Literaturangaben zur Konzentrationsmessung
 - 2) H. Fecher, Inzidenzprobleme finanzpolitischer Mittel zur Vermögensverteilung, in: W. Albers (Hrsg.), Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung I, SVSP, N.F. Bd. 75 I, 1974, S. 112

steuer vergleicht.¹⁾ Die von der Einkommensteuer ausgehenden Umverteilungswirkungen verdeutlicht er anhand von Lorenzkurven ohne der Änderung der Einkommenskonzentration zahlenmäßig Ausdruck zu geben.

Zu bedenken ist allerdings, daß die Lorenzkurve sowie der Gini-Koeffizient nicht jede Änderung der Verteilung zum Ausdruck bringen. So führen Verteilungen gleichen Typs, jedoch verschiedenster Lokalisation und Gestalt zu einer identischen Lorenzkurve. Desgleichen können Verteilungen verschiedenen Typs mit verschiedener Lorenzkurve den gleichen Gini-Koeffizienten ergeben. Insofern ist der Gini-Koeffizient allenfalls ein sehr grobes, zumindest aber ein äußerst vieldeutiges Konzentrationsmaß.²⁾

Die Beurteilung von zwei Verteilungssituationen anhand von Lorenzkurven bereitet keine Schwierigkeiten, solange eine Kurve im ganzen Bereich unterhalb der anderen verläuft. Schwierig wird die Entscheidung, wenn sich die Lorenzkurven schneiden.³⁾ Mit der Berechnung des Gini-Koeffizienten, der in diesem Fall als Ausweg vorgeschlagen wird, ist die Frage, bei welcher Verteilung die Einkommen ungleichmäßiger verteilt sind, nicht eindeutig zu beantworten.

-
- 1) J.A. Pechman, Distribution of Income Before and After Federal Income Tax, 1941 and 1947, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol. 13, New York 1951, S. 186 ff
 - 2) Vgl. E. Schaich, Lorenzfunktion und Gini-Koeffizient in kritischer Betrachtung, in: JNS, Bd. 185, 1971, S. 197 ff
 - 3) Zur Kritik an der Darstellung der Einkommensverteilung durch die Lorenzkurve siehe z.B. J. Pen, Das politische Element in unseren graphischen Darstellungsweisen, in: G. Bombach, B.S. Frey, B. Gahlen (Hrsg.), Neue Aspekte der Verteilungstheorie, Tübingen 1974, S. 13 ff

Meist wird stillschweigend vorausgesetzt, daß gleiche Einkommensunterschiede in verschiedenen Einkommenshöhen von gleicher Bedeutung sind. Damit wird deutlich, daß in der Beurteilung von zwei Verteilungssituationen anhand dieser Kennzahl ebenfalls Wertvorstellungen einfließen. "Measures such as the Gini coefficient are not purely 'statistical' and they embody implicit judgments about the weight to be attached to inequality at different points on the income scale."¹⁾ Eine Abnahme des Gini-Koeffizienten bedeutet somit nicht, daß dies in jedem Fall als eine Verringerung der Einkommenskonzentration zu interpretieren ist. Umgekehrt muß aus der Konstanz des Gini-Koeffizienten nicht auf eine unveränderte Einkommenskonzentration geschlossen werden. Wenn z.B. bei einer Verdoppelung des Gesamteinkommens die Einkommensanteile der Einkommensbezieher unverändert bleiben, zeigt auch der Gini-Koeffizient eine unveränderte Einkommensverteilung an. Nicht deutlich wird aber, daß nur die prozentualen Anteile konstant bleiben, nicht jedoch die absoluten Abstände der Einkommen. "Hierin eine unveränderte Verteilung zu sehen, entspricht der tief verwurzelten Gewohnheit des Denkens in prozentualen Veränderungen"²⁾

Als einparametrische Maße haben die Konzentrationsmaße wenig Aussagekraft über soziale Verhältnisse und erscheinen als wenig geeignet für die Postulierung quantitativer Verteilungsziele. Die Forderung nach stärkerer Umverteilung oder umgekehrt nach größerer Differenzierung der Einkommen ist keineswegs eindeutig, sondern durch einparametrische Maße nur künstlich ein-

1) A.B. Atkinson, The Economic of Inequality, Oxford 1975, S. 47

2) U. Gruber, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 139

deutig gemacht.¹⁾ Angesichts dieser Unzulänglichkeit der Verteilungsmaße folgert Krelle, daß man von der Berechnung von Koeffizienten ganz absehen sollte. "Am besten ist es also, man begnügt sich mit dem optischen Vergleich verschiedener Lorenzkurven und verzichtet auf einen zahlenmäßigen Ausdruck für den Grad der Ungleichheit der Verteilung."²⁾

2.2. Weitere Maßzahlen

2.2.1. Ermittlung der Umverteilungswirkung des Budgets

Die weithin anerkannte Unzulänglichkeit der herkömmlichen Verteilungsmaße führt zunehmend dazu, auf ihre Berechnung zu verzichten. Es wird versucht, neue Fragestellungen zu formulieren, die anhand von Kennzahlen beantwortet werden können.³⁾

2.2.1.1. Die Potentialquote

Zur Beurteilung, in welchem Ausmaß eine Redistribution stattgefunden hat, ist es notwendig, zunächst die Obergrenze einer Umverteilung zu bestimmen. Diese kann als erreicht gelten, wenn eine Gleichverteilung verwirk-

1) Vgl. G. Bombach, Möglichkeiten und Grenzen einer Verteilungspolitik, in: H. Arndt (Hrsg.), Lohnpolitik und Einkommensverteilung, SVSP, N.F. Bd. 51, 1969, S. 815

2) W. Krelle, Verteilungstheorie, Tübingen 1962, S. 278; Zu einer anderen Schlußfolgerung kommt hingegen Atkinson. Er fordert, nicht positive, sondern normative Verteilungsmaße zu berechnen. In der von ihm entwickelten Kennzahl können alternative Wertungen der Einkommensungleichheit berücksichtigt werden. Siehe A.B. Atkinson, On the Measurement ..., a.a.O., S. 249 ff; ebenso: A.B. Atkinson, Poverty and Income Inequality in Britain, in: D. Wedderburn (ed.), Poverty, Inequality and Class Structure, London 1975, S. 50 ff

3) Vgl. dazu: G. Eisner, Kaufkraftübertragungen durch öffentliche Finanzen, Winterthur 1956, S. 39 ff

licht ist. Danach bildet die Summe der positiven oder negativen Differenzen zwischen der tatsächlichen und der egalitären Einkommensverteilung die Obergrenze des für eine Umverteilung zur Verfügung stehenden Einkommens. Die absolute Höhe des maximalen Umverteilungsspielraums bezeichnet Eisner in Anlehnung an de Jouvenel als Redistributionspotential.¹⁾ Das Verhältnis des Redistributionspotentials RP zum Einkommen ergibt die sog. Potentialquote P. Göseke und Bedau bezeichnen diesen Koeffizienten als Summen-Differenzen-Koeffizienten.²⁾ Diese Größe berechnet sich nach der Formel:

$$P = \frac{\sum_{i=1}^n (|Y_i - Y_i^g|)}{2 \cdot Y} \cdot 100;$$

hierbei bedeuten:

- P = Potentialquote
- Y_i = tatsächliches Einkommen der Einkommensgrößenklasse i
- Y_i^g = Einkommen der Einkommensgrößenklasse i bei Gleichverteilung
- Y = Gesamteinkommen
- n = Anzahl der Einkommensgrößenklassen.

Bei einer völlig gleichmäßigen Verteilung beträgt der Wert der Potentialquote null, mit zunehmender Einkommenskonzentration nähert er sich dem Grenzwert 1.

1) Vgl. B. de Jouvenel, The Ethics of Redistribution, Cambridge 1951, S. 82

2) Siehe G. Göseke und K.D. Bedau, Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975, DJW, Beiträge zur Strukturforchung, H. 31, 1974, S. 93

Näherungsweise läßt sich die Potentialquote als die Summe der positiven oder die Summe der negativen Differenzen zwischen der prozentualen Verteilung der Zurechnungseinheiten und der Einkommen auf Einkommensgrößenklassen berechnen.

2.2.1.2. Die Steuerbelastungsquote

Von Bedeutung ist die absolute und relative Höhe der an den Staat entrichteten Abgaben und des durch die Staatsleistungen bedingten Einkommenszuwachses ("benefits"). In einem ausgeglichenem Budget geben sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben die Mittel der Umverteilung wieder. Die entsprechende Kennzahl für die einzelne Einkommensgrößenklasse - bezogen auf die an den öffentlichen Sektor zu entrichtenden Abgaben - lautet:

$$Q_i = \frac{T_i}{Y_i} \cdot 100;$$

T_i = Abgaben der Einkommensgrößenklasse i;

Y_i = Einkommen der Einkommensgrößenklasse i;

Für alle Einkommensgrößenklassen gilt:

$$Q = \frac{\sum_{i=1}^n T_i}{\sum_{i=1}^n Y_i} \cdot 100;$$

Eisner bezeichnet den Koeffizienten Q als Steuerquote.¹⁾

1) Vgl. G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S. 40

Wir werden im folgenden in Übereinstimmung mit Schmidt-Schwarz-Thiebach von Steuerbelastungsquote sprechen.¹⁾

2.2.1.3. Die Redistributionsquote

Die Höhe des umverteilten Einkommens errechnet sich aus der Summe der positiven oder negativen Nettoredistribution je Einkommensschicht. Unter dem von Hensen geprägten Begriff Nettoredistribution versteht man die Differenz zwischen den von den Personen oder Personengruppen einer Einkommensschicht an den Staat abgeführten Abgaben und dem durch die Ausgaben des Staates zugerechneten Einkommenszuwachs.²⁾ Gleichen sich Einkommenszuwachs und Steuern für eine Einkommensgrößenklasse gerade aus, ist für diese die Nettoredistribution gleich null. Eine Einkommensgrößenklasse erzielt eine positive (negative) Nettoredistribution, wenn die ihr zugerechneten "benefits" höher (niedriger) sind als die abgeführten Abgaben. Die Summe der positiven oder negativen Nettoredistribution je Einkommensgrößenklasse zeigt somit die Höhe des tatsächlich umverteilten Einkommens an. Das Verhältnis der Summe der positiven oder negativen Nettoredistribution zum Gesamteinkommen ergibt nach Eisner die Redistributionsquote. Eisner wie auch Hake definieren diese Kennzahl unter Berücksichtigung der angegebenen Definition der Nettoredistribution ungenau. Sie setzen die "Nettoredistribution" zum Gesamtein-

1) Vgl. K.D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach, Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960, Tübingen 1965, S. 42. Unter Steuern sind hier auch die sonstigen Abgaben an den Staat wie Gebühren, Beiträge zu verstehen. In der englischsprachigen Literatur wird die Steuerbelastungsquote als "effective tax rate" bezeichnet, siehe z.B.A.H.Conrad, Redistribution..., a.a.O., S. 178

2) Vgl. H. Hensen, Die Finanzen der sozialen Sicherung..., a.a.O., S. 109

kommen in Beziehung.¹⁾ Gemeint ist aber die Summe der positiven oder negativen Abweichungen, die Metze als Nettoumverteilungsmasse U^{ne} bezeichnet.²⁾

Die Berechnung der Redistributionsquote erfolgt unter der Voraussetzung eines ausgeglichenen Etats nach folgender Formel:

$$R = \frac{\sum_{i=1}^n (|T_i - G_i|)}{2 Y} \cdot 100;$$

hierbei bedeuten:

R = Redistributionsquote

T_i = Steueraufkommen der Einkommensgrößenklasse i

G_i = der durch die Staatsausgaben erfolgte Einkommenszuwachs der Einkommensgrößenklasse i

Y = Gesamteinkommen

n = Anzahl der Einkommensgrößenklassen.

Wenn jede Einkommensgrößenklasse die ihr gewährten Staatsleistungen selbst finanziert, nimmt die Redistributionsquote den Wert 0 an, d.h. es wird keine vertikale Einkommensübertragung vorgenommen. Mit zunehmender Umverteilung steigt dieser Koeffizient, wobei die Anzahl der in die Untersuchung einbezogenen Personen bzw. Personengruppen nicht ohne Einfluß ist. Handelt es sich z.B. nur um zwei Personen, so erreicht diese Kennzahl keinen höheren Wert als 50% auch in dem Extremfall, daß eine vollständige Einkommenskonzentration

1) Vgl. G. Eisner, Kaufkraftübertragungen...., a.a.O., S. 43; W. Hake, Umverteilungseffekte des Budgets, Göttingen 1972, S. 270

2) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung und Einkommensverteilung, Berlin 1974, S. 37

durch die Umverteilung in eine Gleichverteilung überführt wird. Gewöhnlich ist jedoch die Anzahl der Zurechnungseinheiten so groß, daß unter diesen Voraussetzungen ein Grenzwert von 100% erreicht wird. Dies bedeutet also, daß in diesem Fall annähernd 100% des Einkommens umverteilt werden. Damit wird deutlich, daß die Redistributionsquote in Verbindung mit der Potentialquote gesehen werden muß. Wenn als Ziel eine Gleichverteilung angestrebt wird und dazu z.B. 20% des Gesamteinkommens umverteilt werden müssen, kann die Redistributionsquote diesen Wert nicht überschreiten. Sind Potential- und Redistributionsquote in ihren Werten identisch, bedeutet dies also, daß die Gleichverteilung verwirklicht worden ist. Beträgt das Verhältnis der Potential- zur Redistributionsquote z.B. 3 : 1, ist dies dahingehend zu interpretieren, daß der zur Verfügung stehende Umverteilungsspielraum zu $\frac{1}{3}$ ausgeschöpft worden ist.

Weniger bedeutsam erscheint die Gegenüberstellung der Steuerbelastungsquote mit der Redistributionsquote, wie dies Hake durchführt.¹⁾ Die Aussage, daß ein bestimmter Anteil der Steuern am Gesamteinkommen nur zu einem geringen Anteil redistributiv wirksam gewesen ist, gewinnt erst dann an Bedeutung, wenn bekannt ist, wieviel des Gesamteinkommens überhaupt als Redistributionspotential hätte eingesetzt werden können. Zudem soll die redistributive Wirksamkeit der Steuern und Ausgaben mit dem nachfolgenden Koeffizienten verdeutlicht werden.

1) Vgl. W. Hake, Umverteilungseffekte, a.a.O., S. 270

2.2.1.4. Der Wirksamkeitskoeffizient

Die Gegenüberstellung der Höhe des umverteilten Einkommens U^{ne} und der Steuern bzw. Ausgaben zeigt auf, in welchem Ausmaß durch öffentliche Einnahmen oder Ausgaben Einkommen umverteilt wird. Wird die Nettoumverteilungsmasse zu den Steuern oder Ausgaben in Beziehung gesetzt, erhält man eine Kennzahl, die in Übereinstimmung mit Hake als Wirksamkeitskoeffizient bezeichnet werden soll.¹⁾ Dieser gibt somit an, in welchem Ausmaß der öffentliche Haushalt redistributiv wirksam ist. Nach Eisner ist dies die wichtigste Kennzahl, da durch diese nach seiner Ansicht die Schrägheit der Einkommensübertragung kenntlich wird.²⁾ Dieser Feststellung kann nicht zugestimmt werden. Die Höhe der Nettoumverteilungsmasse ist unempfindlich gegenüber der Verteilung der Begünstigungen oder Belastungen auf Einkommensgrößenklassen. Nicht zu ersehen ist, welche der Einkommensgrößenklassen im einzelnen begünstigt oder belastet werden.³⁾ Der Wirksamkeitskoeffizient W kann anhand der folgenden Formel berechnet werden:

$$W = \frac{\sum_{i=1}^n (|T_i - G_i|)}{2 T} \cdot 100; \text{ es bedeuten:}$$

W = Wirksamkeitskoeffizient

T_i = Steueraufkommen der Einkommensgrößenklasse i

G_i = der durch die Staatsausgaben erfolgte Einkommenszuwachs der Einkommensgrößenklasse i

T = gesamtes Steueraufkommen

n = Anzahl der Einkommensgrößenklassen

1) Vgl. W. Hake, Umverteilungseffekte, a.a.O., S. 271 f

2) Vgl. G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S. 41

3) Vgl. dazu W. Hake, Umverteilungseffekte, a.a.O., S. 271

Finanziert jede Einkommensgrößenklasse gerade die ihr zugerechneten Ausgaben, ist W gleich null. In diesem Fall ruft der öffentliche Haushalt keine Umverteilungswirkungen hervor. Wenn umgekehrt die Nettoumverteilungsmasse gleich der Steuersumme ist, bedeutet dies, daß die Steuern bzw. Ausgaben zu 100 % redistributiv wirksam sind.

2.2.1.5. Der Nivellierungskoeffizient

Die Frage nach dem Anteil des umverteilten Einkommens an dem Redistributionspotential beantwortet der sogenannte Nivellierungskoeffizient N . Dieser Koeffizient zeigt auf, in welchem Ausmaß das Redistributionspotential ausgeschöpft wird.¹⁾ Der formelmäßige Ausdruck von N lautet:

$$N = \frac{\sum_{i=1}^n (|T_i - G_i|)}{\sum_{i=1}^n (|Y_i - Y_i^g|)} \cdot 100; \text{ es bedeuten:}$$

N = Nivellierungskoeffizient

T_i = Steueraufkommen der Einkommensgrößenklasse i

G_i = der durch die Staatsausgaben erfolgte Einkommenszuwachs der Einkommensgrößenklasse i

Y_i = tatsächliches Einkommen der Einkommensgrößenklasse i

Y_i^g = Einkommen der Einkommensgrößenklasse i bei Gleichverteilung

n = Anzahl der Einkommensgrößenklassen.

In dem Nivellierungskoeffizient kommt der Zusammenhang zwischen der Redistributionsquote R und der Potential-

1) Vgl. G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S. 42

quote P zum Ausdruck, da gilt: $N = R/P$; N nimmt den Wert null an, wenn R gleich null ist, d.h., wenn keine Umverteilung stattfindet. Wird hingegen die Gleichverteilung verwirklicht, gilt $R = P$,¹⁾ und somit $N = 100 \%$.

Es ist zu betonen, daß die Berechnung der Redistributionsquote, des Wirksamkeits- sowie Nivellierungskoeffizienten nach den angegebenen Formeln nur unter der Voraussetzung zulässig ist, daß die Steuer- und Ausgabensumme gleich groß ist.

2.2.2. Ermittlung der Umverteilungswirkung der Besteuerung

Die beschriebenen Verteilungsmaße ermöglichen es, die Umverteilungseffekte des öffentlichen Haushalts zu verdeutlichen. Es könnte jedoch der Eindruck entstehen, daß die Berechnung dieser Maßzahlen nur sinnvoll ist, wenn die Redistributionswirkungen der Einnahmen und Ausgaben des Staates zugleich analysiert werden sollen. Dies wäre jedoch nicht zutreffend.

Für die Potential- sowie Steuerbelastungsquote ist dies unmittelbar einsichtig. Die Bestimmung der Abweichung der tatsächlichen von einer egalitären Einkommensverteilung ist für jede Analyse der Einkommensredistribution sinnvoll. Die Steuerbelastungsquote Q zählt in Untersuchungen der Steuerlastverteilung mit zu den Kenn-

1) Siehe S. 26

zahlen, die den größten Informationsgehalt aufweisen.¹⁾ Sie legt die Bedeutung eines bestimmten Steuerbetrages für den Steuerzahler offen. "Will man beurteilen, was ein bestimmter Steuerbetrag für die einzelnen Zensiten bedeutet, so ist es zweckmäßig, den Anteil der Steuerzahlungen am jeweiligen Einkommen zu messen."²⁾

Häufig wird neben der relativen Steuerbelastung auch der durchschnittliche Steuerbetrag je Zurechnungseinheit sowie die Verteilung der Steuern auf Einkommensgrößenklassen angegeben. Gewöhnlich steigt der durchschnittliche Steuerbetrag je Zurechnungseinheit mit steigendem Einkommen. Der Verlauf der Steuerbelastung ist damit offensichtlich aber nur sehr unzureichend beschrieben. Ein mit steigendem Einkommen zunehmender durchschnittlicher Steuerbetrag je Zurechnungseinheit ist durchaus mit einem regressiven Steuersystem vereinbar.³⁾ Somit erscheint der Aussagewert dieser Kennzahl gering. Die Verteilung der Steuern auf Einkommensgrößenklassen erhellt, welchen Anteil etwa die Bezieher mit den höchsten Einkommen am Gesamtsteueraufkommen aufbringen. Hierbei ist neben der relativen Steuerbelastung die Besetzungsdichte der einzelnen Einkommensgrößenklassen von Bedeutung. Wenngleich diese Kennzahl ebenfalls keine Rückschlüsse auf den bei steigendem Einkommen bestehenden Verlauf der relativen Steuerbelastung erlaubt, ist der Informationsgehalt dieser Kennzahl in Verbindung mit der relativen Besetzungsdichte der Einkommens-

-
- 1) So steht in den nachfolgenden Ausführungen dieser Koeffizient im Mittelpunkt der Betrachtung. Dies ist vertretbar, da die Änderungen der Q -Werte Anhaltspunkte dafür liefern, ob die Nettoumverteilungsmasse U^{ne} zu- oder abnimmt. Damit ist auch die Veränderungsrichtung der Kennzahlen bekannt, die U^{ne} enthalten.
 - 2) K.D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach, Die Umverteilung des Volkseinkommens, a.a.O., S. 42
 - 3) Dies gilt allerdings nicht bei einem ausgeprägten regressiven Steuersystem

größtenklasse höher zu veranschlagen als der des durchschnittlichen Steuerbetrages je Zurechnungseinheit.

Die Berechnung der übrigen drei Kenngrößen setzt die Ermittlung der Nettoumverteilungsmasse voraus. Soll die Analyse auf die Umverteilungswirkungen z.B. der öffentlichen Einnahmen allein beschränkt werden, wäre als Lösungsweg denkbar, die Verteilungswirkungen der öffentlichen Ausgaben als neutral anzusetzen. Als verteilungsneutral gelten die öffentlichen Ausgaben (Einnahmen), wenn ihr Anteil am Einkommen der Einkommensbezieher konstant ist, so daß die Einkommensrelationen zwischen den Einkommensbezieheren unverändert bleiben.

Diese Definition verdeutlicht wiederum, wie stark in der Verteilungsdiskussion das Denken in prozentualen Veränderungen vorherrscht.¹⁾ Durch Vergleich der Abgaben und der verteilungsneutralen Ausgaben kann festgestellt werden, in welchem Ausmaß eine Person oder eine Personengruppe durch die Besteuerung begünstigt oder belastet wird.

Zweckmäßiger ist es jedoch, die geleisteten den verteilungsneutralen Abgaben gegenüberzustellen. Dadurch wird die zusätzliche Möglichkeit eröffnet, die Anteile der einzelnen Finanzierungsarten an den Ausgaben zutreffend zu bestimmen. Beispielhaft seien als verschiedene Finanzierungsarten die Finanzierung durch Steuern, Aufnahme von Krediten oder Auflösung von Haushaltsreserven erwähnt.²⁾ Andernfalls kommt man bei Aufstellung eines Finanzierungsnachweises zu falschen Ergebnissen. Wir werden auf diesen Punkt bei der Analyse der Untersuchung von Metze zurückkommen.

1) Siehe S. 20

2) Vgl. U. Gruber, Vorüberlegungen, a.a.O., S. 137

Akzeptiert man diesen Untersuchungsansatz, erhält man die Höhe der durch die Besteuerung umverteilten Einkommen einer Einkommensgrößenklasse, indem man die Differenz zwischen dem für jede Einkommensgrößenklasse errechneten Steueraufkommen bei Anwendung des umverteilungsneutralen Durchschnittssteuersatzes auf das Einkommen und dem tatsächlichen Steueraufkommen dieser Größenklasse berechnet. Die Summe der positiven oder negativen Abweichungen bildet dann den Gesamtbetrag der umverteilten Einkommen, die Nettoumverteilungsmasse. Bezieht man diese Größe auf das Einkommen, erhält man die Redistributionsquote der Besteuerung R_{St} .

Der Rechenvorgang soll anhand nachstehender Formel verdeutlicht werden:

$$R_{St} = \frac{\sum_{i=1}^n (|T_i - Y_i \cdot t|)}{2 Y} \cdot 100;$$

R_{St} = Redistributionsquote der Besteuerung¹⁾

T_i = Steueraufkommen der Einkommensgrößenklasse i

Y_i = Einkommen der Einkommensgrößenklasse i

Y = Gesamteinkommen

t = umverteilungsneutraler Steuersatz

n = Anzahl der Einkommensgrößenklassen

Analog dazu kann der Wirksamkeitskoeffizient der Besteuerung W_{St} berechnet werden.

1) Albers bezeichnet diese Kenngröße als Umverteilungsintensität. Im folgenden sollen jedoch die oben wiedergegebenen Benennungen beibehalten werden. Siehe W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O., S. 72

$$W_{St} = \frac{\sum_{i=1}^n (|T_i - Y_i \cdot t|)}{2 T} \cdot 100;$$

W_{St} = Wirksamkeitskoeffizient der Besteuerung¹⁾

T = gesamtes Steueraufkommen

Die übrigen Symbole haben die gleiche Bedeutung wie oben angegeben.

Desgleichen ist in entsprechender Anwendung obiger Überlegungen der Nivellierungskoeffizient der Besteuerung N_{St} berechenbar. Die Formel dazu lautet:

$$N_{St} = \frac{\sum_{i=1}^n (|T_i - Y_i \cdot t|)}{\sum_{i=1}^n (|Y_i - Y_i^g|)} \cdot 100;$$

N_{St} = Nivellierungskoeffizient der Besteuerung N_{St}

Y_i = tatsächliches Einkommen der Einkommensgrößenklasse i

Y_i^g = Einkommen der Einkommensklasse i bei Gleichverteilung

Die Bedeutung der übrigen Symbole ist die gleiche wie oben aufgeführt.

Soweit die notwendigen statistischen Daten zur Verfügung stehen, wird im folgenden versucht, die in verschiedenen empirischen Untersuchungen dargestellte Umverteilungswirkung der Besteuerung anhand der beschriebenen Kennzahlen zu verdeutlichen.

1) Albers spricht hier von dem umverteilungswirksamen Anteil des Steueraufkommens. Siehe W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O., S. 72

Wie die Verteilungswirkungen der Besteuerung lassen sich in gleicher Weise diejenigen der öffentlichen Ausgaben bestimmen. Die Nettoumverteilungsmasse läßt sich aus den Abweichungen zwischen der tatsächlichen und der verteilungsneutralen Zurechnung der Staatsausgaben errechnen. Entsprechend können dann die Redistributionsquote R_A , der Wirksamkeitskoeffizient W_A sowie der Nivellierungskoeffizient der öffentlichen Ausgaben N_A ermittelt werden.

Diesen Untersuchungsansatz hat Metze in seiner Studie konsequent weiterverfolgt.¹⁾ Sein Vorgehen soll im folgenden analysiert werden.

2.3. Darstellung der Redistributionsanalyse von Metze

Metze untersucht die Wirkungen der öffentlichen Ausgaben für die soziale Sicherung, der öffentlichen Einnahmen und der im Rahmen der Sozialversicherung erhobenen Beiträge auf die Einkommensverteilung. Ausgangsbasis seiner Analyse bildet der Standardhaushalt, bei dem die sozialen Merkmale (Haushaltsgröße, Familienstand, Einkommenshöhe und soziale Tatbestände wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit) sowie die technischen Merkmale (Berufszugehörigkeit, Zahl der Einkommensbezieher) in den Ausprägungen vorkommen, in denen diese in der Bundesrepublik Deutschland am häufigsten angetroffen werden.²⁾ Der Standardhaushalt leistet und bezieht die in der Tabelle 1 angegebenen Ausgaben und Einnahmen. Diese Übersicht zeigt, daß Steuerermäßigungen als indirekte Transferzahlungen gelten. Die Grundlage der Berechnung der Begünstigungen bzw. Belastungen bilden die Daten der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1965.

1) I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O.

2) Ebenda, S.24 f

Zudem bestimmt Metze die Verteilungswirkungen des Familienlastenausgleichs und der öffentlichen Einnahmen für sämtliche Haushalte verschiedener Einkommensgrößenklassen für die Jahre 1961 und 1965.

Tabelle 1

Ausgaben	in DM	Einnahmen	in DM
Einkommenstransfer an den Staat	205.87	Bruttoarbeits-einkommen	900.---
davon:		Arbeitgeberbei-träge zur Sozial-versicherung	112.88
Einkommensteuern *	138.50	davon:	
Umsatzsteuer	46.06	Krankenkasse	45.--
Verbrauchssteuern	21.31	Rentenversiche-rung	63.--
		Arbeitslosen-versicherung	4.88
Einkommenstransfer an Sozialversiche-rungen	225.75	Einkommenstransfer vom Staat	96.82
davon:		davon:	
Krankenkasse	90.--	Steuerfreiheit an Sozialabgaben	24.--
Rentenversiche-rung	126.--	Splitting	27.16
Arbeitslosen-versicherung	9.75	Kinderfreibeträge	45.66
Ausgaben für Wer-bungskosten	43.52		
privater Konsum	597.29		
Ersparnis	37.27		
	<u>1 109.70</u>		<u>1 109.70</u>
	=====		=====

* = Steuerbetrag bei Anwendung des Grundtarifs

Quelle: I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O., S.31, Tab.3

1) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung, S.44, Tab.9

2.3.1. Verteilungswirkung der Ausgaben im Rahmen der sozialen Sicherung

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften zur sozialen Sicherung werden im Hinblick auf die Ziele des Familienlastenausgleichs, der vertikalen Umverteilung und des Ausgleichs von Kriegsschäden unterteilt.¹⁾

Diese Zielsetzungen werden durch eine Reihe von Maßnahmen zu erreichen versucht. So zählen im Rahmen des Familienlastenausgleichs die Gewährung von Kindergeld, Kinderfreibeträgen und die Möglichkeit des Einkommenssplittings zu den quantitativ bedeutendsten Transferzahlungen. Zu den einkommensnivellierenden Ausgaben rechnet Metze u.a. die Sozialhilfe sowie die Bundeszuschüsse zur Renten- und Krankenversicherung. Diese Zuordnung erfolgt aus der Überlegung, daß diese Aufwendungen vornehmlich zur Entlastung bestimmter Haushalte von den Kosten zur sozialen Sicherung getätigt werden.²⁾

Die Ausgaben zum Ausgleich von Kriegsschäden umfassen im wesentlichen die Aufwendungen für die Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge.³⁾ Da detaillierte Angaben über die Ausgabenhöhe im Rahmen der sozialen Sicherung verfügbar sind, kann für jede der nach der Zielsetzung zusammengefaßten Ausgabengruppen der Anteil am Einkommen bestimmt werden. Um den Umfang der Umverteilung durch die Aufwendungen zur sozialen Sicherung erkennen zu können, müssen nach Metze die von einem Haushalt empfangenen Transfers mit denjenigen Abgaben saldiert werden, die bei verteilungsneutraler Finanzierung der Transferzahlungen aufgebracht werden müßten.⁴⁾ Der zur

1) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung, S.44, Tab.9

2) Ebenda, S.45 f

3) Ebenda, S.44, Tab.9

4) Ebenda, S.34 ff

Finanzierung von Transferzahlungen notwendige proportionale Steuersatz errechnet sich aus dem Verhältnis der Transfers - von Metze als Bruttoumverteilungsmasse bezeichnet¹⁾ - zum Einkommen. Die vorhandenen statistischen Daten gestatten es, für jede der im Rahmen des Systems zur sozialen Sicherung gewährten Transferzahlungen anzugeben, ob und ggf. in welcher Höhe ein Haushalt begünstigt oder belastet wird.

Eine Begünstigung (Belastung) eines Haushalts liegt vor, wenn die empfangenen Transferzahlungen höher (niedriger) sind als die hypothetischen Abgaben bei Anwendung eines proportionalen Steuertarifs. Die Summe der Begünstigungen oder Belastungen der einzelnen Haushalte bezeichnet Metze als Nettoumverteilungsmasse. Diese ist gleichzusetzen mit der Summe der positiven oder negativen Nettoredistribution.

Es gilt also:

$$B_i = Tr_i - \bar{t} y_i; B_i < 0 = \text{Belastung des Haushalts } i$$

$$B_i > 0 = \text{Begünstigung des Haushalts } i$$

$$Tr_i = \text{empfangene Transfers des Haushalts } i$$

$$y_i = \text{Einkommen des Haushalts } i$$

$$\bar{t} = \text{verteilungsneutraler Steuersatz}$$

$$U^N e = \sum B_i \quad \text{für alle } i \text{ mit } |B_i| < 0 \text{ oder } B_i > 0; ^{2)}$$

1) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O., S. 36

2) Ebenda, S. 36 f

Die Nettowirkung des Systems der sozialen Sicherung für den Standardhaushalt zeigt Tabelle 2. Danach erzielt der Standardhaushalt durch den Familienlastenausgleich eine Begünstigung in Höhe von 18,06 DM, durch Maßnahmen zur vertikalen Umverteilung 14,81 DM. Durch den Ausgleich von Kriegsschäden wird er belastet in Höhe von 17,57 DM. Aus dieser Tabelle können wir weiter ersehen, daß dem Standardhaushalt Transfers in Höhe von 131,56 DM gewährt werden. Die Tabelle 1 weist demgegenüber nur Transfers in Höhe von 98,96 DM aus.

Die Abweichung beruht darauf, daß Metze die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung dem Standardhaushalt nicht als Transferzahlung gutschreibt. Die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung belaufen sich im Jahr 1965 auf 6,21 Mrd. DM, wodurch eine Senkung des Beitragssatzes von 17,86 % auf 14 % möglich wird. Wenn diese Beitragssenkung als indirekte Transferzahlung zu interpretieren ist, wie dies Metze vorschlägt, dann sollte sich diese Transferart auch in dem Wirtschaftskonto des Standardhaushalts niederschlagen. Zu beachten ist hierbei, daß bei diesem Vorgehen die Beitragszahlung in der Höhe angesetzt werden muß, die ohne Bundeszuschüsse zu entrichten wäre. Würden keine Bundeszuschüsse geleistet, hätte der Standardhaushalt einen Beitrag zur Rentenversicherung in Höhe von 160,74 DM abzuführen. Dies ist in Übereinstimmung mit der Tabelle 5, in der ebenfalls die Abgaben an die Rentenversicherung mit insgesamt 160,74 DM ausgewiesen werden. Da sich die tatsächlichen Abgaben des Standardhaushalts zur Rentenversicherung auf 126,-- DM belaufen, bezieht er in der Terminologie von Metze Transfers in Höhe von 34,74 DM. Aus welchen Gründen Metze diese Transferzahlungen bei entsprechender Anhebung der geleisteten Abgaben nicht in das Wirtschaftskonto des Standardhaushalts einbezieht, ist nicht einsichtig, zumal er bei der Berechnung der Höhe der Einkommensteuer

Tabelle 2

Nettowirkung der wichtigsten Ausgaben zur sozialen
Sicherung beim Standardhaushalt (1965)

	hypothetische i.v.H.vom Einkommen	Abgaben absolut in DM	empfangene Transfers in DM	Netto- wirkung in DM
	(1)	(2)	(3)	(4)
Familien- lastenausgleich	6,42	54,76	72,82	+ 18,06
davon:				
Kindergeld	1,15	9,81	-	- 9,81
Kinderfreibeträge	1,62	13,82	45,66	+ 31,84
Splitting	3,65	31,13	27,16	- 3,97
Vertikale Umverteilung	5,15	43,93	58,74	+ 14,81
davon:				
Sozialhilfe	0,74	6,31	-	- 6,31
Bundeszuschüsse zur Renten- und Krankenversicherung	3,17	27,04	34,74	+ 7,70
Steuerbegünstigung der Sozialversiche- rungsbeiträge	0,67	5,72	24.--	+ 18,28
Sonstige Trans- fers	0,57	4,86	-	- 4,86
Kriegsschäden	2,06	17,57	-	- 17,57
insgesamt:	13,63*	116,26	131,56	+ 15,30

- * Die Gesamtaufwendungen der Gebietskörperschaften für die Ziele der sozialen Sicherung belaufen sich im Jahr 1965 auf 36,839 Mrd. DM. Das Einkommen ist definiert als das steuerlich erfaßte Leistungseinkommen von 270,24 Mrd. DM. Somit errechnet sich ein Anteil von 13,63 %. Entsprechend sind die übrigen Prozentsätze ermittelt; vgl. S. 91 ff, insbesondere S. 94, Tab. 21.

Quelle: I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O., S.56,
Tab. 13.

diesen Überlegungen Rechnung trägt. Wie bereits erwähnt, werden die Steuerbegünstigungen als Transfers ausgewiesen. Als Folge davon berechnet Metze die Höhe der Einkommensteuer nach dem Grundtarif, d.h. ohne Berücksichtigung der Steuerermäßigungen.

Metze veröffentlicht mehrere Tabellen, um die Verteilungswirkungen des Familienlastenausgleichs für die gesamte Bevölkerung verdeutlichen zu können. Allerdings kann die Berechnung der Begünstigung bzw. Belastung der einzelnen Einkommenschichten anhand dieser Tabellen nicht nachvollzogen werden. Die für die Jahre 1961 und 1965 angegebene Höhe der Nettoumverteilungsmasse von 4,2 bzw. 7,8 Mrd. DM kann aus der entsprechenden Tabelle nicht ersehen werden.¹⁾

Bei der Ermittlung der Einkommenswirkungen der Transferzahlungen ist nicht einzusehen, aus welchen Gründen Metze die von einem Haushalt empfangenen Transferzahlungen mit den Abgaben vergleicht, die der Haushalt bei verteilungsneutraler Finanzierung der Transferzahlungen aufbringen müßte. Würde dieser Weg auch bei der Ermittlung der Verteilungswirkungen der öffentlichen Einnahmen verfolgt, müßten die tatsächlich geleisteten Abgaben den im Hinblick auf die Einkommensverteilung neutralen Staatsausgaben gegenübergestellt werden. Zu erwarten wäre vielmehr, daß die empfangenen Transfers denjenigen gegenübergestellt werden, die im Hinblick auf die Einkommensverteilung neutral sind. Dieses Vorgehen wäre der Ermittlung der Verteilungswirkung der öffentlichen Einnahmen auf die Einkommensverteilung analog.

1) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung ..., a.a.O., S. 48 sowie S.54/55, Tab.12

Auf meine Anfrage hin bestätigte der Verfasser diese Feststellung. Die in der Tabelle 12 ausgewiesenen Werte sind ihm selbst unerklärlich.

2.3.2. Verteilungswirkung der öffentlichen Einnahmen

Die Redistributionseffekte der Besteuerung mißt Metze an der Höhe der Abweichungen zwischen den Abgaben, die bei den geltenden Steuertarifen zu entrichten sind und denjenigen Abgaben, die bei unverändertem Gesamtsteueraufkommen bei verteilungsneutralen Tarifen abgeführt werden müßten.¹⁾ Der Haushalt leistet einen Beitrag zur Umverteilung, wenn seine tatsächlichen Abgaben die hypothetischen übersteigen. Umgekehrt wird er durch das geltende Steuersystem begünstigt, wenn die Differenz zwischen den tatsächlichen und hypothetischen Abgaben negativ ist.²⁾

Die Nettowirkung der wichtigsten Abgaben bei dem Standardhaushalt zeigt Tabelle 3. Danach erzielt der Standardhaushalt durch das bestehende Steuersystem eine Begünstigung von insgesamt 153,45 DM. Zu beachten ist, daß Metze die Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer zu den Gebühren rechnet. Unter der Annahme, daß die Höhe der Gebühren den bei der Erstellung der jeweiligen Leistungen entstehenden Kosten entspricht, sieht er von der Einbeziehung von Gebühren in die Umverteilungsanalyse ab.³⁾

An dieser Stelle einen Teil der Abgaben zur Arbeitslosenversicherung aufzuführen, mag überraschen. Nach Metze werden über die Arbeitslosenversicherung auch Ausgaben finanziert, die den kollektiven Staatsausgaben hinzuzurechnen sind. Zu denken ist hierbei z.B. an die Finanzierung von Bildungsmaßnahmen oder der Berufsberatung. Folgt man diesem Ansatz, ist es vertretbar, den Teil der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, der der Finanzie-

1) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung ..., a.a.O., S. 78ff

2) Ebenda, S.79

3) Ebenda, S.33 und 35, Tab.5

rung kollektiver Staatsausgaben dient, zu den Steuereinnahmen zu zählen.¹⁾ Als kostendeckenden Preis zur Abdeckung des soweit durch eine Versicherung erfaßbaren Risikos der Arbeitslosigkeit ermittelt Metze für den Standardhaushalt einen Wert von 3,-- DM. Er nimmt an, daß dieser Betrag auch tatsächlich gezahlt wird (siehe Tabelle 5). Somit verbleibt ein Betrag von 6,75 DM, den der Standardhaushalt zur Finanzierung kollektiver Leistungen über die Arbeitslosenversicherung aufbringt.

Tabelle 3

Nettowirkung der wichtigsten Abgaben beim
Standardhaushalt (1965)

	hypothetische Abgaben		tatsächliche Abgaben	Netto-
	i.v.H.vom Einkommen (1)	absolut in DM (2)	in DM (3)	wirkung in DM (4)
Einkommen- und Körperschaft- steuer	23,50	200,50	138,50*	+ 62,--
Umsatzsteuer	6,53	55,70	46,06	+ 9,64
Verbrauchssteuern	4,39	37,45	21,31	+ 16,14
Arbeitslosen- versicherung	0,41	3,50	6,75	- 3,25
insgesamt:	42,92	366,07	212,62	+ 153,45

* = Steuerbetrag nach dem Grundtarif

Quelle: I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O., S.99,
106, 116 und 161

1) I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O., S.158 ff

Die Darstellung der Umverteilungswirkung der Steuern bei dem Standardhaushalt ergänzt Metze durch die Berechnung der Begünstigung bzw. Belastung verschiedener Einkommensgrößenklassen durch die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das Sollsteueraufkommen ist auch hier bei Anwendung des Grundtarifs berechnet, d.h. die durch die Steuervergünstigungen entstandenen Steuerausfälle in Höhe von 23,4 Mrd. DM sind in der Steuersumme berücksichtigt.

Das Einkommen der Körperschaften ist nicht nach Einkommensgrößenklassen verteilt. Um das Ausmaß der vertikalen Umverteilung feststellen zu können, wird deshalb von den Körperschaften abgesehen. Somit zeigt die Tabelle 4 die Umverteilungswirkung allein der Einkommensteuer auf.

Den Angaben gemäß errechnet sich eine Potentialquote P von 37,2%, d.h. es müßten 37,2% (95,55 Mrd. DM) des den privaten Haushalten zufließenden Einkommens umverteilt werden, damit Gleichverteilung erreicht wird. Die Nettoumverteilungsmasse U^{ne} beläuft sich auf 9,33 Mrd. DM. Der Wirksamkeitskoeffizient W_{St} beträgt:

$$W_{St} = \frac{\sum_{i=1}^n (|T_i - Y_i \cdot t|)}{2 T} \cdot 100 = \frac{18,663}{113,480} \cdot 100 = 16,4\%$$

Somit sind ca. 16% der Einkommensteuer redistributiv wirksam. Der Wert der Redistributionsquote R_{St} beläuft sich auf:

$$R_{St} = \frac{\sum_{i=1}^n (|T_i - Y_i \cdot t|)}{2 Y} \cdot 100 = \frac{18,663}{513,711} \cdot 100 = 3,6\%;$$

d.h. ca. 4% des zu versteuernden Einkommens von 256,856 Mrd. DM wird durch die Einkommensteuer umverteilt. Diese

Tabelle 4

Die Begünstigung bzw. Belastung der privaten Haushalte durch die Einkommensteuer nach Einkommensgrößenklassen, 1965

Einkommen von ... bis unter ... in 1000 DM	Familien Einkommen i.v.H.		hypothetische Abgaben i.v.H. vom Einkommen		Sollsteuer- Netto- aufkommen wirkung nach dem Grundtarif in Mill.DM	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
ohne Einkommen	19,8	-	22,1	-	-	-
1,2	4,7	0,2	22,1	104,8	-	104,8
2,4	4,2	0,9	22,1	471,3	32,2	439,1
3,6	3,5	1,1	22,1	614,4	211,1	403,3
6,0	9,7	5,4	22,1	2 999,7	1 713,7	1 286,0
8,4	13,0	10,1	22,1	5 736,9	3 769,5	1 967,4
12,0	23,3	27,1	22,1	15 432,5	11 589,5	3 843,0
25,0	18,6	33,6	22,1	19 057,7	17 770,3	1 287,4
75,0	2,7	14,1	22,1	6 339,6	8 893,1	- 2 553,5
250,0	0,5	6,0	22,1	3 426,3	6 765,0	- 3 338,7
250,0 +	0,0	4,5	22,1	2 556,4	5 995,9	- 3 439,5
insgesamt:	100,0	100,0	22,1	56 739,6	56 740,3 + 9	331,0
in Mill.DM	--	256 855,7	--	--	--	- 9 331,9
in Mill.	27 738	--	--	--	--	--

Quelle: I. Metze, Sozial Sicherung, a.a.O., S. 97, Tab. 22 u. S. 100, Tab. 24.

Aussage gewinnt an Bedeutung, wenn das zur Umverteilung maximal zur Verfügung stehende Einkommen von 95,55 Mrd. DM der Nettoumverteilungsmasse von 9,33 Mrd. DM gegenübergestellt wird. Der entsprechende Koeffizient N_{St} beträgt 9,8%, d.h. knapp 10% des potentiellen Umverteilungsspielraums wird tatsächlich ausgeschöpft.

2.3.3. Verteilungswirkung der Abgaben zur Sozialversicherung

In Analogie zu dem oben diskutierten Ansatz müßten die durch die Abgaben zur Sozialversicherung hervorgerufenen Verteilungswirkungen in der Weise bestimmt werden, daß die tatsächlich erhobenen Beiträge mit jenen verglichen werden, die bei verteilungsneutraler Finanzierung der Ausgaben der Sozialversicherung festgesetzt werden müßten. Da jedoch der Beitragssatz innerhalb der Beitragsbemessungsgrenze im Verhältnis zum Einkommen konstant ist und somit soziale Tatbestände der Haushalte unberücksichtigt bleiben, würde im Rahmen der Sozialversicherung bereits eine verteilungsneutrale Finanzierung bestehen. Aber auch, wenn der Beitragssatz nach der Einkommenshöhe gestaffelt wäre, führte dieser Ansatz zu wenig sinnvollen Ergebnissen. Mit der Beitragszahlung erwirbt der Versicherungsnehmer Ansprüche gegenüber der Versicherung. Bei gegebener Leistungshöhe der Versicherung errechnet sich die Höhe der Beiträge nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Der Beitrag stellt somit den für die gewährte Sicherung zur Kostendeckung notwendigen Preis dar.¹⁾ Da die Beiträge der Haushalte zur Sozialversicherung meist von den zur Kostendeckung notwendigen Abgaben abweichen, ruft das bestehende Abgabensystem Einkommensumverteilungen hervor. Folgerichtig bestimmt Metze die durch die Sozialversicherung bewirkten Redistributionseffekte durch

1) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung ..., a.a.O., S. 124

Gegenüberstellung der tatsächlich geleisteten mit den kostendeckenden Beiträgen. Ein Haushalt wird danach begünstigt (belastet), wenn er Beiträge entrichtet, die unter (über) den durch den Risikoausgleich entstehenden Kosten liegen.¹⁾

Die Nettobegünstigung durch die Beiträge zur Sozialversicherung zeigt Tabelle 5. Es ist hier nicht der Ort, die Überlegungen im einzelnen zu diskutieren, die diesen Ergebnissen zugrundeliegen. Zu beachten ist, daß Metze die Rentenversicherung in die Alterssicherung und Invaliditätssicherung gliedert. Während bei der Alterssicherung ein kostendeckender Preis nach versicherungsmathematischen Gesichtspunkten ermittelt werden kann, ist dies im Gegensatz dazu bei der Invaliditätssicherung kaum möglich. Metze geht deshalb davon aus, daß der zur Abdeckung des Invaliditätsrisikos gezahlte Beitrag dem Kostenwert der erworbenen Ansprüche entspricht.²⁾ Die Gesamtbegünstigung des Standardhaushalts beläuft sich somit auf 220,53 DM (siehe Tabelle 6).

Schließlich bestimmt Metze die Höhe der Abgaben, die der Standardhaushalt bei verteilungsneutraler Finanzierung der kollektiven Leistungen hätte aufbringen müssen. Er ist somit betrebt, einen Finanzierungsnachweis für die kollektiven Ausgaben zu erbringen. Die Höhe des dazu erforderlichen Finanzbedarfs errechnet er, indem er von den gesamten Staatsausgaben in Höhe von 130,74 DM³⁾ die den Transferzahlungen entsprechenden Steuereinnahmen (36,84 Mrd. DM) sowie die Einnahmen aus Kreditaufnahme (10,51 Mrd. DM) und der Veräußerung öffentlichen Vermögens (4,24 Mrd. DM) abzieht. Der Anteil der ver-

1) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung ..., a.a.O.. S. 124 f

2) Ebenda, S.140 f

3) Einschließlich der durch die Arbeitslosenversicherung getätigten kollektiven Ausgaben

Tabelle 5

Nettowirkung der Beiträge zur Sozialversicherung
beim Standardhaushalt (1965)

	hypothetische Abgaben absolut in DM (1)	tatsächliche Abgaben* in DM (2)	Netto- wirkung in DM (3)
Rentenver- sicherung	204,17	160,74	+ 43,43
davon für:			
Alters- sicherung	152,73	109,30	+ 43,43
Invaliditäts- sicherung	51,44**	51,44**	-
Gesetzliche Krankenver- sicherung	98,35	90,—	+ 8,35
Arbeitslosen- versicherung	3,—	3,—	-
insgesamt:	305,52***	253,74	51,78

* ohne Berücksichtigung der Bundeszuschüsse

** geringfügig korrigiert; bei Metze 51,48 DM;
siehe S.141

*** Wert bei Metze: 305,56 DM; siehe S.165, Tab.45

Quelle: I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O., S.136,
141, 153, 160

bleibenden Steuersumme von 79,15 Mrd. DM (einschließlich der anteiligen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 1,12 Mrd. DM zur Finanzierung der kollektiven Ausgaben) am zu versteuernden Leistungseinkommen von 270,24 Mrd. DM beträgt 29,29%. Danach hätte der Standardhaushalt 249,81 DM an Steuern zur Finanzierung der kollektiven Leistungen aufbringen müssen.¹⁾ Nach diesem Ansatz hat der Standardhaushalt für die ihm gewährten Transfers Steuern in Höhe von 116,26 DM zu entrichten (vgl. Tabelle 2).

Dieses Vorgehen führt jedoch in den Fällen zu fehlerhaften Ergebnissen, in denen die Steuer- und Ausgaben-summe in ihrer Höhe nicht übereinstimmen. Das von Metze ermittelte Ergebnis ist die Folge seines Untersuchungsansatzes zur Bestimmung der Nettowirkung der Transferzahlungen, bei dem er die Höhe der Transfers und der Steuern gleichsetzt. Damit erschwert man sich zumindest den Weg, den Anteil der verschiedenen Finanzierungsarten an den Ausgaben aufzuzeigen. Hier zeigt sich der Vorteil, zwischen den Verteilungswirkungen der Einnahmen und der Ausgaben zu unterscheiden. Da nicht einzusehen ist, aus welchen Gründen allein der Steuerbedarf zur Finanzierung der kollektiven Leistungen durch die sonstigen Einnahmen wie Kreditaufnahme verringert werden soll, ist die Annahme berechtigt, daß auch der für die Gewährung von Transferzahlungen benötigte Steuerbedarf entsprechend gekürzt wird. Wenn der Steuerbedarf für bestimmte Ausgabenposten ermittelt werden soll, ist deshalb davon auszugehen, daß die in Frage stehenden Ausgaben entsprechend der Zusammensetzung der Einnahmen anteilig finanziert werden. Danach errechnet sich ein vom Standardhaushalt bei verteilungsneutraler Finanzierung der kollektiven Staatsausgaben und

1) Vgl. I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O., S. 167 f. Der Wert von 249,81 DM weicht geringfügig von dem von Metze angegebenen (249,77 DM) ab.

Tabelle 6

Zusammenfassung der Ergebnisse

	hypothetische Abgaben in DM (1)	tatsächliche Abgaben in DM (2)	Netto- wirkung in DM (3)
Steuerbedarf insgesamt	366,07	212,62*	153,45
davon:			
kollektive Ausgaben	262,93	152,71	110,22
Transfer- zahlungen	103,14	59,91	43,23
Abgaben zur Sozialver- sicherung	305,52	253,74	51,78
insgesamt:	671,59	466,36	205,23
	hypothetische Transfers	tatsächliche Transfers	
Transfer- zahlungen	116,26	131,56	15,30
Summe der Begünstigung	-	-	220,53
Nettoabgaben	-	334,80	-

* Einschließlich der Abgaben zur Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung der kollektiven Ausgaben in Höhe von 6,75 DM.

der Transfers aufzubringender Steuerbetrag von 262,93 DM bzw. 103,14 DM.

2.3.4. Zusammenfassung der Ergebnisse

Als Ergebnis ist abschließend festzuhalten (vgl. Tabelle 6): Von den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften (abzüglich der vom Staat selbst aufgebrachten Steuern und der durch Gebühren und Beiträge finanzierten Ausgaben) in Höhe von 130,74 Mrd. DM werden 115,99 Mrd. DM aus Steuern finanziert.¹⁾ Dies ergibt bei einem steuerlich erfaßten Leistungseinkommen von 270,24 Mrd. DM einen Anteil am Einkommen von 42,92%. Der Standardhaushalt hätte somit bei einer verteilungsneutralen Finanzierung dieser Ausgaben und einem zu versteuernden Monatseinkommen von 853. -- DM Abgaben in Höhe von 366,07 DM zu leisten. Davon entfallen 262,93 DM bzw. 103,14 DM auf die Finanzierung der kollektiven Staatsausgaben bzw. Transferzahlungen. Weiter hätte der Standardhaushalt 305,52 DM²⁾ aufwenden müssen, wenn die Beiträge nach versicherungsmathematischen Gesichtspunkten festgesetzt würden. Den hypothetischen Gesamtaufwendungen von 671,59 DM stehen tatsächlich Abgaben in Höhe von 466,36 DM gegenüber, d.h. der Standardhaushalt wird durch die tatsächliche gegenüber einer verteilungsneutralen bzw. kostendeckenden Abgabenerhebung um 205,23 DM begünstigt. Zudem wird dem Standardhaushalt durch die Gewährung von Transferzahlungen eine Begünstigung von 15,30 DM zuteil. Die Nettoabgaben des Standardhaushalts an den Staat errechnen sich aus der Differenz zwischen den tatsächlichen Ab-

1) Jeweils einschließlich der kollektiven Ausgaben und der entsprechenden Einnahmen der Arbeitslosenversicherung

2) Gegenüber den Angaben von Metze geringfügig korrigiert. Er gibt die Höhe dieser Aufwendungen mit 305,56 DM an.

gaben in Höhe von 466,36 DM und den erhaltenen Transfers in Höhe von 131,56 DM mit 334,80 DM. Dies ist nun genau der Betrag, der sich aus der Tabelle 1 als Nettotransfer des Standardhaushalts an den Staat ergibt.

Wir wollen uns nunmehr der Frage zuwenden, welchen Einfluß die verschiedenen Zurechnungseinheiten in Redistributionsanalysen ausüben können.

3. Kapitel

Bedeutung der Zurechnungseinheit

3.1. Darstellung der Ergebnisse ausgewählter Redistributionsanalysen

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland ist in anderen Ländern die Redistribution der Einkommen und der damit verbundenen methodischen Probleme schon seit langem Gegenstand eingehender Analysen. Die Bedeutung der Zurechnungseinheiten wird insbesondere in amerikanischen Untersuchungen aufgezeigt, die zeitlich jedoch weit zurückliegen. Den hier wiedergegebenen Beispielen kommt deshalb keine aktuelle Bedeutung zu.

In der nachfolgenden Tabelle 7 wird für die USA die Belastung der Einkommen natürlicher Personen durch die "federal individual income tax" für das Jahr 1954 dargestellt.

Als Zurechnungseinheiten werden hier unterschieden der Steuerpflichtige, die Familien- sowie Ausgabeneinheit. Die Bezugseinheiten bilden das "adjusted gross income" (Spalte 2), das "family money income" (Spalte 3), das "total money income" (Spalte 4) und das "family personal income" (Spalte 5). Die Erläuterung dieser Einkommenskonzepte werden wir weiter unten vornehmen.¹⁾ Angesichts der geringen absoluten in den Spalten 2 - 4 ausgewiesenen Einkommensdifferenzen ist anzunehmen, daß die unterschiedlichen Q_i -Werte weitgehend durch die verschiedenen Zurechnungseinheiten bedingt sind. Einschränkend ist allerdings hinzuzufügen, daß - wie wir sehen werden - die hier aus-

1) Siehe S. 78 ff

gewiesenen Abweichungen in den Steuerbelastungsquoten nicht genau den zu erwartenden entsprechen.

Tabelle 7

Anteil der "federal individual income tax" am Einkommen bei alternativen Zurechnungs- und Bezugseinheiten, USA 1954

Einkommen von ... bis unter ... in 1000 \$	Q_i Steuer- pflich- tiger	Q_i^* Familien- einheit	Q_i Ausgaben- einheit	Q_i^{**} Familien- einheit
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
- 2	3,8	-***	2,7	2,0
2 - 3	6,3	5,8	5,5	4,6
3 - 4	7,7	7,2	6,9	5,4
4 - 5	8,6	8,3	8,5	6,2
5 - 7,5	10,5	10,1	10,7	8,2
7,5- 10	12,9	11,8	13,6	9,0
10 +	23,7	19,7	21,3	16,5
insgesamt:	11,6	11,4	11,4	9,6
Anzahl der Zu- rechnungsein- heit in Mill.	56,7	51,2	54,0	51,2
Einkommen- summe in Mrd. \$	230,2	230,7	239,5	273,4
Steuersumme in Mrd. \$	26,7	26,3	27,3	26,3

* Bezugseinheit: "family money income"

** Bezugseinheit: "family personal income"

*** keine Angabe

Quelle: S.F. Goldsmith, Impact of the Income Tax on Socio-Economic Groups of Families in the United States, in: C.Clark and G.Stuvel (eds.), Income Redistribution and the Statistical Foundations of Economic Policy, Income and Wealth, Series X, London 1964, S.278, Tab.X

Wie der Tabelle entnommen werden kann, ist die Steuerbelastungsquote der "Steuerpflichtigen" durchwegs höher als die der Familieneinheiten gemäß der Spalte 3. Die Ausgabeneinheiten haben wiederum nach der Einkommensgrenze von 4000 \$ eine höhere relative Steuerbelastung zu verzeichnen als die Familieneinheiten. Am deutlichsten treten die Unterschiede in dem oberen Einkommensbereich zutage. In der Einkommensgrößenklasse 7500 bis 10000 \$ weichen die Werte um 1,8 Punkte voneinander ab, in der nachfolgenden letzten Einkommensgrößenklasse sogar um 4,0 Punkte.

3.2. Abgrenzung verschiedener Zurechnungseinheiten

Es sei nun der Versuch unternommen, die für diese Abweichungen maßgeblichen Gründe zu erhellen. Zugleich sollen noch zwei weitere Zurechnungseinheiten - der Einkommensbezieher und der private Haushalt - in allgemeiner Form diskutiert werden, ohne allerdings diese Überlegungen mangels geeigneter vergleichbarer statistischer Unterlagen an empirischen Untersuchungen veranschaulichen zu können.

3.2.1. Der Steuerpflichtige

Der Steuerpflichtige bildet die Zurechnungseinheit der Steuerstatistiken, die in Anlehnung an das geltende Steuerrecht erstellt werden.

Demgemäß wird in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen unterschieden. Als Lohnsteuerpflichtige gelten vor allem alle veranlagten und nichtveranlagten lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer, die im öffentlichen und privaten Dienst angestellt sind

oder waren und aus diesem oder einem früheren Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen.¹⁾ Arbeitnehmer, deren Lohnsteuerbelege keinen eingetragenen Bruttolohn ausweisen, bleiben unberücksichtigt.²⁾ Als Einkommensteuerpflichtiger wird jeder Veranlagungsfall gezählt, für den ein Einkommensteuerbescheid vorliegt.³⁾ In der Lohnsteuerstatistik der Bundesrepublik wird der Lohnsteuerpflichtige seit 1968 neu abgegrenzt. Beiderseitig lohnsteuerpflichtige Ehegatten werden mit ihren zusammengefaßten Bruttolöhnen nunmehr als ein Steuerpflichtiger gezählt. Dies entspricht dem Vorgehen bei der Einkommensteuerveranlagung, wo seit jeher in der Regel eine Zusammenveranlagung durchgeführt wird. Allerdings ist eine bedeutsame Einschränkung zu beachten. Die Behandlung beiderseits lohnsteuerpflichtiger Ehegatten als ein Steuerpflichtiger erfolgt nur in den Fällen, in denen die Lohnsteuerkarten zusammen geführt werden können. Andernfalls erfolgt auch weiterhin eine getrennte Erfassung der Ehegatten.⁴⁾

Zu beachten ist, daß z.T. in Untersuchungen nur diejenigen Steuerpflichtigen einbezogen werden, die tatsächlich Lohn- bzw. Einkommensteuer zu entrichten haben.⁵⁾

-
- 1) Vgl. § 1, Abs. II Lohnsteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 29. April 1971
 - 2) Siehe Finanzen und Steuern, Fachserie L, Reihe 6, II, Lohnsteuer 1968, Stuttgart/Mainz 1972, S.7
 - 3) Vgl. M. Renz, Einkommen und Besteuerung der Einkommensteuerpflichtigen, Ergebnis der Einkommensteuerstatistik 1968, in: Wirtschaft und Statistik, H.4, 1973, S.223; siehe auch M. Renz, Einheitliche Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach der Höhe ihrer steuerlichen Einkünfte 1968, in: Wirtschaft und Statistik, H.8, 1973, S.457 ff
 - 4) Vgl. M. Renz, Einheitliche Schichtung, a.a.O., S.457
 - 5) In diesen Fällen bildet also der "Steuerbelastete" die Zurechnungseinheit. Vgl. Finanzen und Steuern, Fachserie L, Reihe 6, II, a.a.O., S.9

3.2.2. Der Einkommensbezieher

Wird die Zusammenfassung von beiderseitig Einkommen beziehenden Ehegatten zu einem Steuerpflichtigen unterlassen, erhält man die Schichtung nach den Individualeinkommen, sofern als Steuerpflichtige auch diejenigen Personen erfaßt werden, die zwar Einkommen beziehen, aber keine Steuerschuld haben. Die Zurechnungseinheit bildet hier der individuelle Einkommensbezieher. Wenn nur selten auf diese Zurechnungseinheit zurückgegriffen wird, beruht dies vornehmlich auf der Schwierigkeit, die Steuerbescheide der zusammen veranlagten Ehegatten gesondert von den sonstigen Steuerbescheiden zu erfassen.

3.2.3. Die Familieneinheit

Die Familieneinheit als Zurechnungseinheit findet sich vor allem in amerikanischen Studien. Sie ist definiert als eine Gruppe von Personen, die durch Heirat, Verwandtschaft oder Adoption verbunden sind und in einer gemeinsamen Wohnung leben.¹⁾ Alleinstehende Personen gelten hierbei ebenfalls als Familieneinheiten.²⁾ Die Anordnung der Einheiten in Einkommensgrößenklassen erfolgt nach der Höhe ihres Gesamteinkommens, in dem die Einkommen z.B. der mitverdienenden Kinder enthalten sind.

1) Vgl. Federal Reserve Bulletin, Vol.45, 1959, S.710

2) Bei der Definition der Familieneinheit wird z.T. darauf abgestellt, daß die Personen in einer Wohnung leben und über die Verwendung ihres Einkommens gemeinsam entscheiden. Vgl. z.B. T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.63, Anm.1. Zur verschiedenen Abgrenzung der Familieneinheit siehe insbesondere U.S. Department of Commerce, Income Distribution in the United States by Size, 1944-1950, A Supplement to the Survey of Current Business, Washington 1953, S.22 f und Anhang Teil 3, S.78 sowie S. Kuznets, Quantitative Aspects of the Economic Growth of Nations: Part VIII, Distribution of Income by Size, in: Economic Development and Cultural Change, Vol.11, 1963, S.7

3.2.4. Die Ausgabeneinheit

Die Ausgabeneinheit unterscheidet sich auf den ersten Blick nicht wesentlich von der Familieneinheit. Zu den Abgrenzungskriterien der Familieneinheit kommt hier als ein weiteres Merkmal das der gemeinsamen Haushaltsführung. "A spending unit is defined as all persons living in the same dwelling, and related by blood, marriage, or adoption, who pool their incomes to meet their major expenses."¹⁾ Diese Definition hat zur Folge, daß die Ausgabeneinheit z.T. eine geringere Anzahl von Personen umfaßt als die Familieneinheit und diese deswegen zahlenmäßig übertrifft. Personen, die - durch Heirat, Verwandtschaft oder Adoption verbunden - gemeinsam in einer Wohnung leben, ohne jedoch ihr Einkommen zur Bestreitung der laufenden Haushaltsausgaben zusammenzulegen, bilden eine Familieneinheit, jedoch zwei oder mehr Ausgabeneinheiten.²⁾ Nach amerikanischen Untersuchungen bestanden in der Nachkriegszeit ca. 15% der Familieneinheiten aus zwei oder mehr Ausgabeneinheiten.³⁾

Die Anordnung der Ausgabeneinheiten auf Einkommensgrößenklassen erfolgt ebenfalls nach der Höhe des der jeweiligen Personengruppe zufließenden Einkommens.

1) Siehe Federal Reserve Bulletin, a.a.O., S.709

2) Vgl. S. Kuznets, Shares of Upper Income Groups in Income and Savings, New York 1953, S.103, Anm.4

3) Vgl. G. Katona and J.A. Fisher, Postwar Changes in the Income of Identical Consumer Units, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.13, New York 1951, S.65

3.2.5. Der private Haushalt

Der private Haushalt wird gewöhnlich definiert als eine Gruppe von Personen, die in der Regel durch das Band der Familie zusammengeschlossen ist und bei der Aufstellung ihres Verbrauchsplans als Einheit auftritt. Einpersonenhaushalte schließt diese Definition ein. Zu beachten ist, daß das Abgrenzungskriterium der durch Heirat, Verwandtschaft oder Adoption bestehende Verbundenheit der Haushaltsmitglieder nicht erfüllt sein muß. Der Haushalt kann somit nicht mit der Familieneinheit gleichgesetzt werden, eher schon mit der Ausgabeneinheit.

Meist wird in Redistributionsanalysen die sog. Anstaltsbevölkerung nicht einbezogen, wie z.B. die in Altersheimen lebenden Personen.²⁾ Im weiteren Sinne umfaßt der Sektor "private Haushalte" zusätzlich die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu prüfen ist nun, welchen Einfluß die Verwendung verschiedener Zurechnungseinheiten auf die Gestalt der Einkommensverteilung vor und nach der Umverteilung ausübt. Es erweist sich als vorteilhaft, zunächst die Wirkungen auf die Verteilung der Einkommen vor der Umverteilung zu diskutieren.

1) Vgl. E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. 14. Aufl., Tübingen 1969, S.22

2) Einige Untersuchungen, in denen "Quasi-Haushalte" berücksichtigt sind, werden von Goldsmith genannt. Siehe S.F. Goldsmith, The Relation of Census Income Distribution Statistics to Other Income Data, in: National Bureau of Economic Research, An Appraisal of the 1950 Census Income Data, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.23, Princeton 1958, S.65 ff

3.3. Auswirkungen der Verwendung verschiedener Zurechnungseinheiten auf die Einkommensverteilung

Die Wahl der Zurechnungseinheit übt einen häufig unterschätzten Einfluß auf die Verteilung der Einkommen aus, da, wie bereits erwähnt, je nach der vorgenommenen Abgrenzung einer Personengruppe ihr jeweils ein unterschiedlich hohes Einkommen zugerechnet wird.¹⁾

Die Einkommenschichtung kann nach zwei Kriterien vorgenommen werden. Zum einen kann die Verteilung der Zurechnungseinheiten auf vorgegebene Einkommensgrößenklassen erfolgen. Aus dem gegebenen Datenmaterial ist dann die Besetzung der jeweiligen Einkommensgrößenklassen und der sich daraus ergebende Einkommensanteil am Gesamteinkommen zu ermitteln. In diesem Fall wird im folgenden von einer Einkommensverteilung gemäß der Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen gesprochen. Zum anderen kann die Einkommensverteilung in der Weise bestimmt werden, indem die anteilsmäßige Klassenbesetzung durch Zurechnungseinheiten vorgegeben ist, wobei die Zurechnungseinheiten nach der Höhe ihres Einkommens angeordnet sind. In diesem Fall sind die Grenzen eines Klassenintervalls variabel. Nach Maßgabe der anteilsmäßigen Aufteilung der Zurechnungseinheiten ergibt sich dann aus den vorliegenden Daten die Einkommensverteilung. Auf diese Vorgehensweise zur Bestimmung der Einkommensverteilung wird Bezug genommen, wenn im folgenden von einer Einkommensverteilung gemäß der Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen gesprochen wird.

1) Siehe S.F. Goldsmith, Diskussionsbeitrag zu G. Garvy, Functional and Size Distributions of Income and their Meaning, und E.F. Denison, Income Types and the Size Distribution, in: AER, P+P, Vol.44, 1954, S.272

Es ist zweckmäßig, die Auswirkung der Verwendung verschiedener Zurechnungseinheiten auf die Schichtung der Einkommen nach den beiden Kriterien getrennt zu behandeln.

3.3.1. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen

Es ist offensichtlich, daß die Auswirkungen der Verwendung verschiedener Zurechnungseinheiten auf die Einkommensschichtung von der gewählten Klassenbreite abhängen.¹⁾ Je größer die Einkommensintervalle, um so geringere Veränderungen der Einkommensverteilung sind zu erwarten und umgekehrt. In dem Extremfall nur einer Einkommensgrößenklasse bleibt die "Einkommensschichtung" unverändert, gleich welche Zurechnungseinheit gewählt wird. Gewöhnlich ist jedoch die Klassenbreite zumindest in dem unteren Einkommensbereich so eng, daß die Zugrundelegung verschiedener Zurechnungseinheiten erhebliche Verschiebungen in der Einkommensverteilung auslösen.

Die Ursachen der unterschiedlichen Besetzung des unteren Einkommensbereichs sind bereits angedeutet worden. Durch die Ausgliederung eines Einkommensbeziehers aus einer Familieneinheit werden die nunmehr selbständige Einheit sowie die "dezimierte" Familieneinheit in niedrigere Einkommensgrößenklassen fallen. Dadurch steigt die Besetzungsdichte des unteren Einkommensbereichs, wohingegen die des oberen Einkommensbereichs abnimmt. Mit der stärkeren Besetzung der unteren Einkommensgrößenklassen steigt auch deren Einkommensanteil. Entsprechend sinkt

1) Vgl. U. Gruber, Einkommensverteilung, a.a.O., S.127

der Einkommensanteil der oberen Einkommensgrößenklassen.¹⁾

Empirische Untersuchungen haben ergeben, daß die Ausgabeneinheiten, die aufgrund des Merkmals der gemeinsamen Haushaltsführung zusätzlich entstehen, meist ein verhältnismäßig geringes Einkommen beziehen. Handelt es sich hier doch meist um die noch bei ihren Eltern wohnenden, jedoch bereits voll erwerbstätigen alleinstehenden Kinder.²⁾

Die Tabelle 8 veranschaulicht die auftretenden Unterschiede in der Einkommensverteilung, je nachdem ob die Zurechnung der Einkommen auf Familien- oder Ausgabeneinheiten erfolgt. Es wird deutlich, daß bei der Verteilung des Einkommens auf Ausgabeneinheiten die unteren Einkommensgrößenklassen stärker besetzt sind als bei einer Verteilung auf Familieneinheiten. So fallen in den Einkommensbereich bis 3 000 \$ 37% der Ausgaben gegenüber 32% der Familieneinheiten. Es ist ausdrücklich festzuhalten, daß die Einkommensabgrenzung in beiden Fällen identisch ist.

Wenngleich für die Ausgabeneinheiten in den ersten drei Einkommensgrößenklassen der Einkommensanteil relativ höher ist als für die Familieneinheiten bleibt die Einkommenskonzentration, gemessen durch die Potentialquote, unverändert. In beiden Fällen beträgt diese 27%.

1) Vgl. S.F. Goldsmith, Size Distribution of Income and Wealth in the United States, in: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, SVSP, N.F. Bd.20/I, 1960, S.676

2) Vgl. U.S. Department of Commerce, Income Distribution, A Supplement, a.a.O., S.22

Der Steuerpflichtige als Zurechnungseinheit umfaßt Einzelpersonen und Personengruppen, wobei diese Aufteilung nicht nach einem einheitlichen Kriterium erfolgt. Eine Personengruppe kann, muß aber nicht einer Familien- oder Ausgabeneinheit entsprechen. Ebensowenig handelt es sich bei der Einzelperson immer um alleinstehende Personen.

Der nunmehr auch in der Bundesrepublik Deutschland verfolgte Weg, beiderseitig verdienende Ehegatten soweit als möglich als einen Steuerpflichtigen zu erfassen, schwächt diese Feststellung zwar ab, macht sie aber nicht gegenstandslos. Zu denken ist hier vor allem an die Haushalte mit mehr als zwei Einkommensbeziehern. Aus den Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung läßt sich ermitteln, daß z.B. in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1970 13% aller Haushalte drei und mehr Einkommensbezieher aufweisen.¹⁾ Dies gewinnt seine besondere Bedeutung dadurch, daß diese Haushalte zum großen Teil an der Spitze der Einkommenspyramide liegen. So beziehen von den Haushalten mit drei und mehr Einkommensbeziehern 68% ein monatliches Nettoeinkommen von über 2 000 DM. Ihr Anteil an der Gesamtheit der Haushalte, die über dieser Einkommensgrenze liegen, beträgt 36%. Legt man die Einkommensgrenze ab 3 000 DM zugrunde - die höchste der in dieser Studie ausgewiesenen Einkommensgrößenklasse - steigt ihr Anteil auf 39%.

1) Vgl. G. Göseke und K.D. Bedau, Verteilung und Schichtung, a.a.O., S.82 ff

Tabelle 8

Verteilung der Familieneinheiten, Ausgabeneinheiten und des Einkommens nach Einkommensgrößenklassen, USA 1954

Einkommen von ... bis unter ... in 1000 \$	Familien- einheiten i.v.H.	Einkommen i.v.H.	Ausgaben- einheiten i.v.H.	Einkommen i.v.H.
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
- 1	9	1	10	1
1 - 2	12	4	13	5
2 - 3	11	6	14	8
3 - 4	15	11	17	13
4 - 5	14	12	14	14
5 - 7,5	24	29	21	28
7,5- 10	8	13	6	11
10 +	7	24	5	20
	100	100	100	100
	P = 27 %		P = 27%	

Quelle: Federal Reserve Bulletin, Vol. 41, 1955,
S. 609, Tab. 1 und S. 617, Suppl.Tab. 7

Es ist somit zu erwarten, daß eine Verteilung der Einkommen auf Steuerpflichtige eine erheblich geringere Besetzung der oberen Einkommensgrößenklassen aufweist als eine Verteilung auf Ausgabeneinheiten. Umgekehrt verhält es sich mit der Besetzung der unteren Einkommensgrößenklassen.

Bei den Steuerpflichtigen in den untersten Größenklassen handelt es sich zum großen Teil um Personen, die nicht ganzjährig beschäftigt sind. Die niedrigen Jahreseinkünfte resultieren nicht allein aus geringen Monatseinkommen, sondern auch aus einer nur wenige Monate umfassenden Tätigkeit z.B. wegen Eintritts in das Berufsleben, Krankheit, Überschreitung der Altersgrenze. Auch die Teilzeitarbeit, der insbesondere Frauen nachgehen, schlägt sich hier nieder.¹⁾

Diese Feststellungen gewinnen noch an Bedeutung, wenn individuelle Einkommensbezieher die Zurechnungseinheit bilden. Die einer Teilzeitarbeit nachgehende Ehefrau wird hier in jedem Fall als selbständige Einheit behandelt. Die Besetzungsdichte der unteren Einkommensgrößenklassen nimmt nochmals zu.

Somit kann als Ergebnis festgehalten werden, daß bei einem in der Reihenfolge - Einkommensbezieher - Steuerpflichtiger - Ausgabeneinheit - Haushalt - Familie - stattfindenden Wechsel der Zurechnungseinheiten sich ihre Anzahl jeweils verringert mit der Folge einer abnehmenden (steigenden) Besetzungsdichte der unteren (oberen) Einkommensgrößenklassen. So betont Zeitel, daß der Übergang von einer Schichtung der Individualeinkommen zu derjenigen der Haushaltseinkommen zu einer deutlichen Verschiebung der Besetzungsdichte von den unteren zu den mittleren und gehobenen Einkommensgrößenklassen führt, weniger dagegen zu den höchsten.²⁾

1) Vgl. M. Renz, Einheitliche Schichtung, a.a.O., S.459; siehe auch W. Krelle, Verteilungstheorie, a.a.O., S.269

2) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.107, Anm.1

Zugleich sinkt (steigt) der Einkommensanteil der unteren (oberen) Einkommensgrößenklassen, womit jedoch keine Änderung der durch die Potentialquote gemessenen Einkommenskonzentration einhergehen muß.¹⁾

3.3.2. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen

Wir wollen uns hier kurz fassen. Die durch einen Wechsel der Zurechnungseinheit bewirkte Änderung der Einkommensschichtung hängt auch hier außer von der bestehenden Verteilungsstruktur der Individualeinkommen von der Höhe des Einkommens ab, das die von der Zusammenfassung betroffenen Einheiten jeweils beziehen. Der Unterschied gegenüber einer Verteilung auf Einkommensgrößenklassen liegt darin, daß sich die Zusammenlegung von Einheiten auf alle Anteile auswirkt. So bleibt die Verteilung der Einkommen nach Einkommensgrößenklassen z.B. unverändert, wenn die der Spitze der Einkommenspyramide angehörenden Einkommensbezieher zusammengefaßt werden. Bei einer Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen ist jedoch mit einer Änderung der Einkommensverteilung zu rechnen. Im folgenden sollen die Auswirkungen einer Verringerung der Anzahl der Zurechnungseinheiten auf die Verteilung der Einkommen nur

-
- 1) Nach der Untersuchung von Benus und Morgan verringert sich der Gini-Koeffizient, je "breiter" die Zurechnungseinheit definiert wird. Siehe J. Benus and J.N. Morgan, Time Period, Unit of Analysis, and Income Concept in the Analysis of Income Distribution, in: J.D. Smith (ed.), The Personal Distribution of Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.39, New York 1975, S.213 und Tab.1. Desgleichen weist Atkinson darauf hin, daß die Streuung der Einkommen bei dem Übergang von einer "eng" zu einer "weit" abgegrenzten Zurechnungseinheit abnehmen wird. Siehe A.B. Atkinson, The Economics, a.a.O., S.41

für den Fall aufgezeigt werden, daß Einheiten mit hohem und niedrigem Einkommen zusammengelegt werden. Unter dieser Annahme wird der Einkommensanteil z.B. des 1. Quintils¹⁾ steigen, da einige bisher dem 2. Quintil angehörende Einheiten nunmehr in das 1. Quintil fallen. Es mag zunächst überraschen, daß für das 5. Quintil eine Abnahme des Einkommensanteils wahrscheinlich ist, da sich doch das Einkommen der nunmehr zahlenmäßig zunehmenden Personengruppen erhöht. Diese Einkommenserhöhung wird aber in der Regel überkompensiert durch den Wechsel einiger Einheiten von dem 5. in das 4. Quintil.

Diese Überlegungen werden durch empirische Untersuchungen bestätigt. Zu erwähnen ist hierbei vor allem die Untersuchung von Kuznets, in der er sich eingehend mit der Frage der Bedeutung der Zurechnungseinheit auf die Einkommensverteilung beschäftigt.²⁾ Er zeigt die jeweilige Höhe des Einkommens auf, das einem bestimmten Anteil von verschiedenen abgegrenzten Zurechnungseinheiten mit dem höchsten Einkommen zufließt. Danach vereinigen in den USA (1949) die 5% der Einkommensbezieher mit den höchsten Einkommen 18,2, die entsprechenden Ausgabeneinheiten 16,5% des Gesamteinkommens auf sich. Dem 10. Dezil der Einkommensbezieher fließen 29%, dem der

1) Es soll sich hierbei um den Einheitenanteil mit den niedrigsten Einkommen handeln. Entsprechend umfaßt das 2. Quintil das 2. Fünftel der nach der Einkommenshöhe angeordneten Zurechnungseinheiten. Entsprechend sind die nachfolgenden Quintile definiert.

2) Vgl. S. Kuznets, Shares of Upper ..., a.a.O., S. 95ff insbesondere Tab.24, S.98 ff

Ausgabeneinheiten 27,5% des Gesamteinkommens zu.¹⁾ Dieses Ergebnis könnte nach Kuznets auf zwei Faktoren zurückzuführen sein: "...i) there may be fewer recipients per spending unit in the top groups than the average; ii) in forming spending units, recipients of large and small incomes may combine, and such departure from positive association among incomes narrows the range of the distribution among spending units...".²⁾ Der zuerst angegebene Grund ist jedoch nicht stichhaltig. Nach den Untersuchungen für die USA übersteigt die durchschnittliche Anzahl der Einkommensbezieher je Familie des 5. Quintils deutlich die Werte der übrigen Quintile.³⁾ So kann davon ausgegangen werden, daß dieses Ergebnis aus der Verbindung hoher und niedriger Einkommen resultiert.

Im Gegensatz zu einer Verteilung nach Einkommensgrößenklassen ist hier bei einer Verringerung der Anzahl der Einheiten somit eine Abnahme der Einkommenskonzentration zu erwarten, wenn diese wiederum anhand der Potentialquote gemessen wird.

1) Vgl. S. Kuznets, Shares of Upper ..., a.a.O., S. 95 ff Tab.24. Zu dem gleichen Ergebnis kommen z.B. auch Cole und Utting. In der Untersuchung für Cambridgeshire zeigen sie auf, daß der Einkommensanteil des höchsten Dezils von 37 auf 25% sinkt, wenn als Zurechnungseinheit anstelle des Einkommensbeziehers der Haushalt zugrundegelegt wird. Siehe D. Cole and J.E.G. Utting, The Distribution of Household and Individual Income, in: M. Gilbert and R. Stone (eds.), International Association for Research in Income and Wealth, Income and Wealth, Series VI, London 1957, S.257 ff, insbesondere Tab.XVI; siehe auch J.N. Morgan, Measuring the Economic Status of the Aged, in: JER, Vol.6, 1965, S.1 ff

2) S. Kuznets, Shares of Upper, a.a.O., S.104

3) Vgl. R.M. Solow, Income Inequality Since the War, in: R.E. Freeman (ed.), Postwar Economic Trends in the United States, New York 1960, S.117, Tab.X; zu beachten ist, daß alleinstehende Personen in dieser Tabelle nicht berücksichtigt sind.

3.4. Auswirkungen der Verwendung verschiedener Zurechnungseinheiten auf die Umverteilungswirkung der Besteuerung

Die Wahl der Zurechnungseinheiten übt nur unter der Voraussetzung einen Einfluß auf die Umverteilungswirkungen der Besteuerung aus, daß ein progressives oder regressives Steuersystem vorliegt. Bleibt der Steuersatz bei steigendem Einkommen hingegen unverändert, sind die Kennzahlen R_{St} , W_{St} und N_{St} gleich null, da die Nettoumverteilungsmasse ebenfalls null ist. Die Steuerbelastungsquote Q_1 ist natürlich für alle Einkommensgrößenklassen konstant. Diese Maßzahlen sind somit unter der Voraussetzung eines proportionalen Steuersystems von den zugrundegelegten Zurechnungseinheiten unabhängig.¹⁾

Die relative Belastung des Einkommens durch Abgaben an den öffentlichen Haushalt variiert jedoch in der Regel mit der Einkommenshöhe. Somit ist die Wahl der Zurechnungseinheit nicht ohne Bedeutung für das Untersuchungsergebnis. Es erweist sich als vorteilhaft, bei der nachfolgenden Analyse wiederum zwischen der Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen und der nach Anteilen zu unterscheiden.

3.4.1. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen

Es ist offensichtlich, daß die Auswirkungen verschiedener Zurechnungseinheiten auf die relative Steuerbe-

1) Hingegen ändert sich mit der Wahl der Zurechnungseinheit die durchschnittliche Steuerlast je Zurechnungseinheit. Desgleichen variiert die Aufteilung der Steuern nach Einkommensgrößenklassen bzw. nach Anteilen der Zurechnungseinheiten.

lastung wiederum unterschiedlich ausfallen, je nachdem welchen Einkommensgrößenklassen die von der Zusammenfassung betroffenen Zurechnungseinheiten zuzuordnen sind. Wir wollen uns auch hier auf den bereits oben erörterten Fall beschränken, in dem Bezieher hoher und niedriger Einkommen zusammengefaßt werden. Bei dieser Annahme wird die relative Steuerbelastung des unteren Einkommensbereichs unverändert bleiben, sofern die bisher selbständigen Einheiten eine Steuerbelastungsquote aufweisen, die dem Durchschnitt ihres bisherigen Einkommensbereichs entspricht. Weisen dagegen diese Einheiten eine Steuerbelastungsquote auf, die über bzw. unter dem Durchschnitt ihres bisherigen Einkommensbereichs liegt, sinkt bzw. steigt die Steuerbelastungsquote, wenn diese Einheiten nunmehr einem anderen Einkommensbereich zugeordnet werden.

Die relative Steuerbelastung des oberen Einkommensbereichs wird sich bei einem progressiven Steuersystem verringern. Umgekehrt wird sich diese bei Vorliegen eines regressiven Steuerverlaufs erhöhen. Diese Änderungen werden um so ausgeprägter ausfallen, je stärker die Progression bzw. Regression ist und je größer die Einkommensunterschiede der zusammengelegten Einheiten sind.

Zusammenfassend kann somit davon ausgegangen werden, daß in der Regel ein progressiver wie auch ein regressiver Steuertarif abgeschwächt wird, wenn sich die Zahl der Zurechnungseinheiten bei gleichem Gesamteinkommen verringert. Unter diesen Voraussetzungen nimmt auch die Höhe der Nettoumverteilungsmasse ab. Die Kennzahlen, die die Nettoumverteilungsmasse enthalten, sinken also.

Die Ergebnisse der Tabelle 8 bestätigen diese Überlegungen nur zum Teil. Im oberen Einkommensbereich müßte die relative Steuerbelastung der Steuerpflichtigen höher sein als die der Ausgabeneinheiten und letztere wiederum höher als die der Familieneinheiten.¹⁾ Dies trifft nur für die Einkommensgrößenklasse ab 10 000 \$ zu, für die beiden darunter liegenden Einkommensintervalle nur in beschränktem Maße.

3.4.2. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen

Wir wollen die Auswirkungen der verschiedenen Zurechnungseinheiten auf die Steuerbelastungsquote wieder unter der bisherigen Annahme erörtern, daß die Zurechnungseinheiten z.B. des 1. und 5. Quintils zusammengefaßt werden. In diesem Fall steigt bei Vorliegen eines progressiven Steuersystems die Steuerbelastungsquote des 1. Quintils, da nunmehr Einheiten des 2. Quintils mit höherer Steuerbelastungsquote zum 1. Quintil zählen. Der Anteil der Steuern am Einkommen des 5. Quintils wird abnehmen, da die Steuerbelastungsquote der bisher selbständigen Einheiten aus dem 1. Quintil niedriger ist als die derjenigen Einheiten, die in das 4. Quintil fallen. Für den zwischen dem 1. und 5. Quintil liegenden Einkommensbereich ist eine Zunahme der Steuerbelastungsquote zu erwarten, da die Steuerbelastungsquote der von einem Quintil abgegebenen Einheiten in der Regel niedriger ist als die der neu hinzugekommenen Einheiten. Umgekehrt ist es bei Vorliegen eines regressiven Steuerungsverlaufs. Der Anteil der Steuern am Einkommen des 1. Quintils sinkt, der des 5. Quintils steigt, der dazwischen liegenden Quintile nimmt voraussichtlich ab.

1) Die Veränderung von Q_i im unteren Einkommensbereich ist - wie erwähnt - nicht eindeutig vorhersehbar. Die Berechnung der Nettoumverteilungsmasse ist wegen fehlender Angaben nicht möglich.

Wir erhalten somit das gleiche Ergebnis wie bei der Aufteilung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen. Ein progressives wie regressives Steuersystem wird einem proportionalen angenähert. Desgleichen sinkt die Nettoumverteilungsmasse und damit der Wert der Kennzahlen R_{St} , W_{St} und N_{St} .

3.5. Kritische Anmerkungen zu den verschiedenen Zurechnungseinheiten

Entspricht die Verteilung der Einkommen auf Einkommensbezieher noch am ehesten der ursprünglichen Interpretation der personellen Einkommensverteilung, so ist heute die Auffassung vorherrschend, darunter die Verteilung der Einkommen auf Haushalte zu verstehen.¹⁾ Der Einkommensbezieher erscheint unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten als Zurechnungseinheit ungeeignet. Unter dem sozialen Aspekt ist eine Verteilung des Einkommens auf Einkommensbezieher von untergeordneter Bedeutung, da damit nur ein Teil der Bevölkerung erfaßt wird. Zudem sind die auf den individuellen Einkommensbezieher entfallenden Einkommensbeträge von geringem Aussagewert, solange nicht die Zahl der von seinem Einkommen abhängigen Personen bekannt ist.²⁾

1) Vgl. H.J. Krupp, Theorie der personellen Einkommensverteilung, Berlin 1968, S.17 f; siehe auch W. Krelle, Verteilungstheorie, a.a.O., S.4. Kritische Bemerkungen zu den verschiedenen Zurechnungseinheiten finden sich bei L.A. Epstein, Measuring the Size of the Low-Income Population, in: L. Soltow (ed.), Six Papers on the Size Distribution of Wealth and Income, Studies in Income and Wealth, Vol.33, New York ... 1969, S.158 ff

2) Vgl. U.S. Department of Commerce, Income Distribution, A Supplement, a.a.O., S.21 f; siehe auch A.B. Atkinson, The Economics, a.a.O., S.41

Ökonomisch betrachtet bildet der Einkommensbezieher nicht die Entscheidungseinheit. Ökonomisch relevante Entscheidungen, wie die des Arbeitsangebots und der Einkommensverwendung, werden im Rahmen des Gesamthaushalts getroffen, wobei Überlegungen über den anzustrebenden Lebensstandard einfließen.¹⁾

Keinesfalls besser als der Einkommensbezieher ist der Steuerpflichtige als Zurechnungseinheit zu beurteilen. Beide Einheiten erfassen dann nicht den gleichen Bevölkerungskreis, wenn der steuerbelastete Steuerpflichtige die Zurechnungseinheit bildet. Ebensowenig wie der Einkommensbezieher ist der Steuerpflichtige als ein Entscheidungsträger anzusehen. Zudem wird - wie bereits erwähnt - bei Zugrundelegung des Steuerpflichtigen ein gleicher Sachverhalt nicht immer einheitlich erfaßt. Aus diesen Gründen ist die Zurechnungseinheit "Steuerpflichtiger" nur sehr schwer mit sozio-ökonomischem Gehalt zu füllen.²⁾

Wenn dennoch Untersuchungen der Einkommensverteilung häufig auf der Basis des Steuerpflichtigen erstellt werden, so meist aus Mangel an anderweitig geeigneten statistischen Unterlagen.

Hingegen schließt die Gruppierung von Personen nach den Abgrenzungskriterien der Familieneinheit ein un-

1) Vgl. H.J. Krupp, Theorie der, a.a.O., S.18; siehe auch H. Kyrk, The Income Distribution as a Measure of Economic Welfare, in: AER, P+P, Vol.40, 1950, S.342 ff

2) Vgl. H.J. Krupp, Möglichkeiten und Grenzen, a.a.O., S.364; zur Kritik an dem Steuerpflichtigen als Zurechnungseinheit siehe auch S.F. Goldsmith, The Relation of Census Income Distribution Statistics to Other Income Data, in: National Bureau of Economic Research, An Appraisal of the 1950 Census Income Data, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.23, Princeton 1958, S.68

einheitliches Erfassen gleicher Sachverhalte aus. Möglich ist es jedoch auch hier, daß eine Familieneinheit mehrere Entscheidungseinheiten umfaßt. Dieser Einwand trifft hingegen weniger auf die Ausgabeneinheit zu.

Doch auch die Ausgabeneinheit ist nicht gänzlich auf die Problemstellung zugeschnitten. Diejenigen Personen, die mit den Angehörigen einer Ausgabeneinheit nicht verwandt sind und/oder von diesen räumlich getrennt leben, zählen nicht zu den Mitgliedern der Ausgabeneinheit, auch wenn sie über den Verbrauchsplan der Ausgabeneinheit entscheiden. Unter dem ökonomischen Aspekt ist die Einbeziehung auch dieser Personen in die Ausgabeneinheit zu fordern, wenngleich bei der empirischen Erfassung Schwierigkeiten auftreten werden. Für die Abgrenzung der Zurechnungseinheit ist es somit belanglos, ob die Personen durch Heirat, Verwandtschaft oder Adoption verbunden sind und/oder gemeinsam in einer Wohnung leben. Die Zurechnungseinheit einer Untersuchung der personellen Einkommensverteilung sollte somit als diejenige Einheit definiert werden, "... in der das Einkommen gesammelt und in der über seine Verwendung entschieden wird."¹⁾ Dieser Definition entspricht der Haushalt, wie er oben abgegrenzt worden ist. Danach stellt also der Haushalt die für Redistributionsanalysen am besten geeignete Zurechnungseinheit dar.²⁾

Die Ermittlung der einer Person oder Personengruppe zuzufließenden Einkommen erfolgt in der Regel durch eine auf Stichprobenbasis durchgeführte Befragung, deren Ergebnis auf die Gesamtheit der Zurechnungseinheiten

1) H.J. Krupp, Theorie der, a.a.O., S.18

2) Vgl. K.D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach, Die Umverteilung, a.a.O., S.7

hochgerechnet wird.¹⁾ Problematisch ist hierbei, daß die im Zeitpunkt der Befragung bestehende Größe sowie Zusammensetzung der Einheiten nicht immer über die gesamte Untersuchungsperiode hinweg bestanden haben muß. Beispielfhaft sei der Fall erwähnt, bei dem das bisher bei den Eltern lebende Kind Mitte des Jahres seine erste berufliche Tätigkeit aufnimmt. Eine nach Ablauf der Untersuchungsperiode durchgeführte Befragung rechnet der nunmehr selbständigen Einheit für den gesamten Untersuchungszeitraum das zuletzt verdiente Einkommen zu.²⁾

Unter dem langfristigen Aspekt ist darauf hinzuweisen, daß die Struktur des Haushalts³⁾ von der allgemeinen wirtschaftlichen Situation nicht unabhängig ist. In Zeiten eines Konjunkturabschwungs verringert sich die Zahl der selbständigen (Einpersonen-)Haushalte mit der Folge, daß die Besetzungsdichte der unteren Einkommensgrößenklassen abnimmt. Die umgekehrte Erschei-

1) Siehe dazu A. Hansen, Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland aus statistischer Sicht, in: W. Albers (Hrsg.), Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung I, SVSP N.F., Bd.75/I, 1974, S.22 ff; ebenso H.J. Krupp, Möglichkeiten und Grenzen, a.a.O., S.368

2) Vgl. S.F. Goldsmith, The Relation of Census Income, a.a.O., S.83 ff; U.S. Department of Commerce, Income Distribution, A Supplement, a.a.O., S.23 ff; S.F. Goldsmith, Impact of the Income Tax, a.a.O., S.252; T. Stark, The Distribution of Personal Income in the United Kingdom 1949-1963, Cambridge 1972, S.22 sowie K.W. Roskamp, The Budget and Interpersonal Distribution - Comments on the Papers of Professors Bela Csikos-Nagy and Alan R. Prest, in: PF, Vol.23, 1968, S.100 f

3) Die nachfolgenden Ausführungen gelten sinngemäß auch für die Ausgaben- und Familieneinheit.

nung ist während eines Konjunkturaufschwungs zu beobachten.¹⁾

Ebenso bewirkt die zunehmende Ausweitung des Systems der sozialen Sicherung eine Änderung der Haushaltsstruktur. So verlagert sich die Unterstützung von Personen, die kein ausreichendes Leistungseinkommen erzielen, zunehmend von dem Haushalt auf die öffentliche Hand. Den Empfängern von Transferzahlungen eröffnet sich somit z.T. die Möglichkeit, einen selbständigen Haushalt zu führen. Mit dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherung steigt deshalb der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen. Dies birgt die Tendenz in sich, die Ungleichheit der Einkommensverteilung zu erhöhen.²⁾

1) Vgl. S.F. Goldsmith, *Size Distribution of Income*, a.a.O., S.676; D.S. Brady, *Research on the Size Distribution of Income*, in: National Bureau of Economic Research, *Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth*, Vol.13, New York 1951, S.11. Den Versuch, das Einkommen von Familien zu vergleichen, deren Zusammensetzung sich im Zeitablauf ändert, unternimmt z.B. Friedman. Siehe M. Friedman, *A Method of Comparing Incomes of Families Differing in Composition*, in: National Bureau of Economic Research, *Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth*, Vol.15, New York 1952, S.9 ff; siehe auch B. Bridges, Jr., *Current Redistributive Effects of Tax-Transfer Programs*, in: PF, Vol.25, 1970, S.66 ff; J.L. Nicholson, *Redistribution of Income - Notes on Some Problems and Puzzles*, in: RIW, Vol.16, 1970, S.274

2) Vgl. E. Liefmann-Keil, *Politische Ökonomie der Generations- und Wahlzyklen*, in: G. Bombach, B.S. Frey, B. Gahlen (Hrsg.), *Neue Aspekte der Verteilungstheorie*, Tübingen 1974, S.204 f, ebenso: H. Kyrk, *The Income Distribution*, a.a.O., S.344; D.S. Brady, *Research in the Size*, a.a.O., S.12 sowie G. Garvy, *Inequality of Income: Causes and Measurement*, in: National Bureau of Economic Research, *Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth*, Vol.15, New York 1952, S.45 f

Zwischen der Haushaltsstruktur und der Einkommensverteilung besteht somit eine wechselseitige Beziehung. Die Einkommensverteilung wird geprägt von der zugrundegelegten Zurechnungseinheit, umgekehrt variiert diese in Abhängigkeit von den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten. Insofern erscheint der Haushalt wenig geeignet als Zurechnungseinheit einer Untersuchung der personellen Einkommensverteilung. "A definition that changes with the variable under study is certainly not desirable in the purely statistical sense, and in this connection may lead to especially unfortunate results."¹⁾

Um die Abhängigkeit der Zurechnungseinheit von dem Untersuchungsgegenstand zu beseitigen, schlägt z.B. Brady vor, die Einheit definitionsgemäß auf zwei Erwachsene und der jüngeren Kinder zu begrenzen.²⁾ Überschreitet ein Kind die festgelegte Altersgrenze, zählt es als selbständige Einheit. Diese Überlegungen haben dazu geführt, die Änderung der Einkommensverteilung unter Zugrundelegung identischer Zurechnungseinheiten zu untersuchen.³⁾ Problematisch ist bei diesem Vorschlag die Festlegung der Altersgrenze. Fraglich ist, ob der Einfluß der sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten auf die Zurechnungseinheit tatsächlich vollständig ausgeschaltet werden kann.

Diese Einwände werden gegenstandslos, wenn die Verteilung des im Leben erzielten Einkommens ermittelt wird. Damit ist die Frage angesprochen, welche Länge die Untersuchungsperiode umfassen sollte. Dieses Problem werden wir später aufgreifen.

-
- 1) D.S. Brady, Research on Size Distribution, a.a.O., S. 11
 - 2) Ebenda, S. 11 f; siehe auch D.S. Brady, Measurement and Interpretation of the Income Distribution in the United States, in: M. Gilbert and R. Stone (eds.), International Association for Research in Income and Wealth, Income and Wealth, Series VI, London 1957, S. 81 ff
 - 3) Vgl. G. Katona and J.A. Fisher, Postwar Changes, a.a.O., S. 62 ff

4. Kapitel

Bedeutung der Bezugseinheit

Neben der Bestimmung der Zurechnungseinheit ist in empirischen Untersuchungen der Einkommensverteilung die Festlegung der Bezugseinheit von Bedeutung, also derjenigen Größe, die aufgeteilt werden soll. Es lassen sich eine Vielzahl von Einkommenskonzepten unterscheiden, die hier nicht im einzelnen zu erörtern sind. Die Diskussion der verschiedenen Einkommensbegriffe wird dadurch erschwert, daß gleiche Einkommenskonzepte verschieden benannt werden. Zudem werden für ein und dasselbe Einkommenskonzept je nach dem gewählten Erhebungsverfahren verschiedene Ergebnisse ausgewiesen. Die Gründe dafür sind bekannt. Nach dem Steuerrecht unterliegen nicht alle Einkommen der Besteuerung und werden daher nicht in der Steuerstatistik aufgeführt, wie etwa Teile der Transfereinkommen, steuerfreie Kapitalerträge und bestimmte Nebeneinkünfte.¹⁾ Die aufgrund von Haushaltsbefragungen ermittelten Einkommenswerte erweisen sich meist als zu niedrig, da erfahrungsgemäß vor allem die Nebeneinkünfte nicht richtig angegeben werden oder das Einkommen der mitverdienenden Familienangehörigen nicht genau bekannt ist.²⁾ Die Abweichung in den Einkommenssummen ist zum Teil

1) Vgl. H.J. Krupp, Möglichkeiten und Grenzen ..., a.a.O., S.364, 368

2) Ebenda, S.368; siehe auch A.B. Atkinson, The Economics, a.a.O., S.57 ff

auch darin begründet, daß die Anzahl der einbezogenen Zurechnungseinheiten differiert. So verändert sich bei einer gegebenen Einkommensdefinition die Einkommenssumme, je nachdem ob z.B. die Anstaltsbevölkerung erfaßt wird oder nicht.¹⁾ In diesem Fall soll jedoch nicht von einem unterschiedlichen Einkommenskonzept gesprochen werden.

4.1. Abgrenzung verschiedener Bezugseinheiten

Die in der Tabelle 7 aufgeführten Einkommenskonzepte werden in Redistributionsanalysen am häufigsten verwendet. Sie sollen deshalb näher erläutert werden. Wenngleich die Einkommenssummen des "total money income" und des "family money income" in dieser Tabelle abweichen, ist davon auszugehen, daß es sich um übereinstimmende Einkommenskonzepte handelt.²⁾ Es liegt hier somit ein Beispiel vor, in dem ein Einkommenskonzept unter verschiedenen Bezeichnungen geführt wird.

Um die Einordnung der Einkommenskonzepte zu erleichtern,

1) Vgl. S.F. Goldsmith, The Relation of Census, a.a.O., S. 84

2) So wird in der Quelle, auf die sich Goldsmith zur Berechnung der Q_i - Werte der Spalte 4 bezieht, das Einkommenskonzept als "total money income" bezeichnet. Goldsmith spricht hingegen in den Erläuterungen zu der von ihr ausgewiesenen Tabelle von dem "family money income". Siehe Federal Reserve Bulletin, Vol. 41, 1955, S. 609 ff; und S.F. Goldsmith, Impact of the Income, a.a.O., S. 278/279, Anm. 1 zu der Tab. X

sei die Ableitung von dem Volkseinkommen vorgenommen.¹⁾

Die für die USA 1958 angegebenen Werte sollen die größtenmäßigen Unterschiede veranschaulichen.

	in Mrd. \$ ²⁾
Volkseinkommen	366
abzüglich: Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	25
Beiträge zur Sozialversicherung	15
zuzüglich: Transfereinkommen	33
= : "personal income"	359

1) Dem Volkseinkommen entspricht in der englischsprachigen Literatur das "national income". Nicht verständlich ist, aus welchen Gründen Hake das "national income" dem Nettosozialprodukt zu Marktpreisen gleichsetzt. Sein Hinweis auf die Ausführungen von Bishop ist nicht stichhaltig. Siehe W. Hake, Umverteilungseffekte..., a.a.O., S.153; G.A. Bishop, Income Redistribution in the Framework of National Income Accounts, in: NTJ, Vol. 19, 1966, S.379 f; die genaue Ableitung des "national income" von dem "gross" bzw. "net national product" kann bereits in älteren Veröffentlichungen nachgesehen werden. Siehe z.B. U.S. Department of Commerce, Survey of Current Business, Vol. 32, No.7, 1952, S.14/15, Tab. 4

2) Die Zahlen sind entnommen: G.A. Bishop, The Tax Burden by Income Class, 1958, in: NTJ, Vol. 14, 1961, S.43 und S.53, Tab. V; anzunehmen ist, daß der dem Staat zufließende Teil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abgezogen worden ist.

4.1.1. Das "family personal income"

	in Mrd. \$
"Personal income"	359
abzüglich: "personal income" der privaten Institutionen (vergleichbar mit den privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) und "personal income" der "institutional population" (weitgehend übereinstimmend mit der Anstaltsbevölkerung)	21
= : "family personal income"	338

4.1.2. Das "family money income"

	in Mrd. \$
"Family personal income" ¹⁾	338
abzüglich: Deputate sowie ausgewählte unterstellte Transaktionen wie z.B. der Mietwert der von den Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen oder der unterstellten Bankgebühren	20
= : "family money income"	318

1) Die folgende Einkommensabgrenzung und die Zahlenangaben sind der Untersuchung von Musgrave entnommen. Siehe R.A. Musgrave, Estimating the Distribution of the Tax Burden, in: C. Clark and G. Stuvell (eds.), Income Redistribution and the Statistical Foundations of Economic Policy, Income and Wealth, Series X, London 1964, S.215, Tab. A-3; eine ausführliche Darstellung des Zusammenhangs zwischen dem "personal income" und dem "family personal income" sowie dem "family money income" ist zu ersehen bei: U.S. Department of Commerce, Income Distribution, A Supplement, a.a.O., S.17 ff und 67 ff

Das "family money income" bildet häufig den Ausgangspunkt für die Berechnung weiterer Einkommenskonzepte. Es erscheint jedoch nicht erforderlich, diese im einzelnen zu erläutern.¹⁾

4.1.3. Das "adjusted gross income"

Das "adjusted gross income" entspricht dem von Albers abgegrenzten Einkommenskonzept, das er mit "der Finanzverwaltung zur Kenntnis gebrachten Einkünfte" bezeichnet.²⁾ Davon ist wiederum das zu versteuernde Einkommen zu unterscheiden. Zwischen diesen Größen besteht

-
- 1) Vgl. dazu C. Clark and G.H. Peters, Income Redistribution through Taxation and Social Services: Some International Comparisons, in: C. Clark and G. Stuvell (eds.), Income Redistribution and the Statistical Foundations of Economic Policy, Income and Wealth, Series X, London 1964, S.103 und Tab. I; siehe auch R.A. Musgrave, Estimating the Distribution, a.a.O., S.214 f, Tab. A-2, A-3. Auch in diesen Übersichten findet sich ein Beispiel dafür, daß ein bestimmtes Einkommenskonzept verschieden benannt wird. So bezeichnen Clark und Peters ein von Musgrave abgegrenztes Einkommenskonzept mit "family income - broad concept"; Musgrave spricht hingegen von dem "family income, adjusted".
 - 2) Vgl. W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O., S.82; siehe auch S.F. Goldsmith, Appraisal of Basic Data Available for Construction Income Size Distributions, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, New York 1951, S.265 ff

nachstehend aufgeführte Beziehung:

Volkseinkommen

abzüglich: nicht erfaßte steuerfrei gebliebene Einkommensteile

zuzüglich: nicht in das Sozialprodukt einbezogene Einkünfte

= : der Finanzverwaltung zur Kenntnis gebrachte Einkünfte

abzüglich: ausgewiesene steuerfrei gebliebene Einkünfte

= : zu versteuernde Einkommen¹⁾

Nach den von Goldsmith wiedergegebenen Angaben ist das Verhältnis des "adjusted gross income" zum "family money income" ca. 90 %.²⁾ In den Erläuterungen zu der Tabelle 7 erweckt Goldsmith allerdings den Eindruck, als ob das "adjusted gross income" und das "family money income" gleichgesetzt werden könnte.³⁾

Zu beachten ist, daß jedes der aufgeführten Einkommenskonzepte häufig durch die Einbeziehung der Kapitalgewinne ("capital gains") erweitert wird. Es handelt sich hierbei um Gewinne, die durch den Wertzuwachs des Vermögens entstehen, wobei es ohne Bedeutung ist, ob diese Gewinne realisiert worden sind oder nicht. Sie sind also nicht den Veräußerungsgewinnen gleichzusetzen. Ihre Einbeziehung wird damit begründet, daß mit steigendem Vermögen sich die wirt-

1) Vgl. W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O., S.82

2) Vgl. S.F. Goldsmith, Appraisal of Basic Data a.a.O., S.302, Tab. 8

3) Vgl. S.F. Goldsmith, Impact of the, a.a.O., Erläuterungen zu der Tabelle X, S.278 f

schaftliche Situation des Haushalts verbessert.¹⁾ In der Tabelle 7 sind in der in Spalte 2 ausgewiesenen Einkommenssumme die Kapitalgewinne eingeschlossen.

Bei der Analyse der Auswirkungen verschiedener Bezugseinheiten auf die Untersuchungen der Steuerlastverteilungen sind zwei Einflüsse zu unterscheiden. Zunächst ist zu klären, wie die verschiedenen Einkommensposten verteilt sind, um die sich die Einkommenskonzepte unterscheiden. Als Folge der Einkommenszurechnung verändert sich meist die Einkommensverteilung. Zum anderen verändert sich die Steuerbelastung der Zurechnungseinheiten. Aus dem Zusammenwirken beider Effekte ergeben sich die Wirkungen auf die Steuerlastverteilung. "Changes in the definition of income will affect the apparent degree of regressivity or progressivity of tax burdens not only by increasing or decreasing the amount of income but also by shifting the size distribution if the size classes are redefined for each change in the definition of income".²⁾

Diese allgemeinen Feststellungen sollen nunmehr präzisiert werden. Hierbei ist es wiederum zweckmäßig, zwischen einer Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen und Anteilen zu unterscheiden.

1) Vgl. T. Stark, The Distribution, a.a.O., S. 21 und 59 ff

2) G.A. Bishop, Income Redistribution, a.a.O., S. 379 Anm. 3; siehe auch W.I. Gillespie, Effect of Public Expenditures, a.a.O., S. 126 Anm. 5

4.2. Auswirkungen der Verwendung verschiedener Bezugseinheiten auf die Einkommensverteilung

4.2.1. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen

Die Addition oder Subtraktion¹⁾ von Einkommensteilen führt dann zu keiner Änderung der Einkommensverteilung, wenn eine Gleichverteilung vorliegt und die in Frage stehenden Einkommensposten ebenfalls gleichmäßig verteilt sind. Sofern nur eine der Bedingungen nicht erfüllt ist, ändert sich die Einkommensverteilung. Um diese Verteilungsänderung analysieren zu können, wäre zunächst eine Untersuchung der Verteilung der jeweiligen zusätzlichen Einkommensgrößen erforderlich.

Es ist hier jedoch nicht der Ort, diesen Fragenkreis näher zu behandeln, zumal sich eine Reihe von empirischen Untersuchungen damit befaßt hat.²⁾ Weiter ist zu

1) Im folgenden sollen nur die Auswirkungen von Einkommenszurechnungen diskutiert werden. Bei der Subtraktion von Einkommensteilen gelten die Überlegungen analog.

2) Siehe vor allem U.S. Department of Commerce, Income Distribution, A Supplement, a.a.O., S.17 ff; M. Liebenberg and H. Kaitz, An Income Size Distribution from Income Tax and Survey Data, 1944, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.13, New York 1951, S.378 ff; M.G. Reid, Distribution of Nonmoney Income, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.13, New York 1951, S.124 ff; E.W. Grove, The Size Distribution of Farm Income, in: National Bureau of Economic Research, An Appraisal of the 1950 Census Income Data, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.23, Princeton 1958, S.307 ff; D.S. Projector, G.S. Weiss and E.T. Thoresen, Composition of Income as Shown by the Survey of Financial Characteristics of Consumers, in: L. Soltow (ed.), Six Papers on the Size Distribution of Wealth and Income, Studies in Income and Wealth, Vol.33, New York 1969, S.107 ff

bedenken, daß die gewonnenen Ergebnisse zeitbedingt sind und nicht auf Dauer Gültigkeit haben. Zudem ist für uns vornehmlich von Bedeutung, welche Gesamtwirkungen die zusätzlichen Einkommensgrößen auf die Einkommensverteilung ausüben.

Die in Frage stehenden Einkommensarten, um die die Einkommenskonzepte differieren, lassen vermuten, daß diese weder ausschließlich den Beziehern hoher oder niedriger Einkommen zufließen. Darüber hinaus erscheint die Annahme nicht unberechtigt, daß die zusätzlichen Einkommensteile weitgehend proportional zum jeweiligen Einkommen der Klassenintervalle verteilt sind. Nicht ausgeschlossen ist dabei, daß sich innerhalb einzelner Klassenintervalle der Anteil der zugerechneten Einkommen für einzelne Zurechnungseinheiten über- oder unterproportional zu ihrem bisherigen Einkommen erhöht. Diese Annahme wird durch einzelne empirische Untersuchungen weitgehend bestätigt. So ist z.B. nach den Angaben von Musgrave das "family money income" in den einzelnen Einkommensgrößenklassen um 4,8 bis 6,9% niedriger als das "family personal income" (vgl. Tabelle 9). Zu beachten ist hierbei, daß eine Neugruppierung der Zurechnungseinheiten nicht vorgenommen wird, wenn die Verteilung auf der Grundlage des "family money income" dargestellt wird. Die Zurechnungseinheiten sind auch hier nach dem "family personal income" verteilt.

Tabelle 9

Verteilung des "family personal income", des "family money income" und der zwischen beiden Einkommenskonzepten bestehenden Einkommensdifferenz

"family personal income" von... bis unter... in 1000 \$ (1)	"family personal income" i.v.H. (2)	"family money income" i.v.H. (3)	Einkommens- differenz i.v.H. (4)	Anteil der Einkommens- differenz am "family personal income" (5)
0 - 2	2,5	2,6	2,1	4,8
2 - 4	11,0	10,9	12,8	6,9
4 - 6	19,9	19,9	20,6	6,1
6 - 8	18,9	18,9	18,7	5,8
8 - 10	13,1	13,1	12,0	5,4
10 - 15	15,4	15,3	15,6	6,0
15	19,2	19,3	18,2	5,6
insges.:	100,0	100,0	100,0	5,9
in Mrd. \$	388,000	318,072	19,928	

Quelle: R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.214,
Tab. A-2, S.215, Tab. A-3

Die zusätzliche Einbeziehung von Einkommensteilen führt nun dazu, daß ein Teil der Zurechnungseinheiten die bisherigen Einkommensgrenzen überspringt ("bracket jumpers"), der andere Teil jedoch in diesen verbleibt. Durch die "bracket jumpers" verringert sich somit in dem unteren Einkommensbereich der Anteil der Zurechnungseinheiten sowie der des Einkommens. Umgekehrt erhöht sich die Besetzungsdichte der mittleren und oberen Einkommensgrößenklassen und auch deren Einkommensanteil am Gesamteinkommen. Die durch die Potentialquote gemessene Einkommenskonzentration wird sich verringern, wenn in dem

unteren (oberen) Einkommensbereich die prozentuale Abnahme (Zunahme) der Zurechnungseinheiten die des Einkommens überwiegt. Andernfalls erhöht sich die Einkommenskonzentration.¹⁾

4.2.2. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen

Unter der Annahme, daß die Addition von Einkommensteilen proportional zum bisherigen Einkommen der Zurechnungseinheiten erfolgt, ändert sich die nach der Höhe der Einkommen gebildete Rangfolge der Zurechnungseinheiten nicht. Die Einkommensanteile der Quintile - um wieder diese Einteilung aufzugreifen - bleiben unverändert. Es ist hier also nicht - wie bei der Verteilung der Einkommen nach Einkommensgrößenklassen - die zusätzliche Voraussetzung erforderlich, daß eine Gleichverteilung der Einkommen vorliegt.

Erfolgt die Einkommenszurechnung proportional zu der Einkommenssumme der Quintile, kann sich hierbei durchaus die Rangfolge der Zurechnungseinheiten ändern und damit auch die Einkommensverteilung. Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, daß diese Änderung von geringem Ausmaß ist. Wechselt z.B. eine Einheit aufgrund der Einkommenszurechnung von dem ersten Quintil in das zweite, muß gleichzeitig ein Wechsel in umgekehrter Richtung stattfinden. In diesem Fall erhöht sich also auch der Einkommensanteil des ersten Quintils, wenngleich in geringerem Ausmaß als der des zweiten Quintils. Wenn die Annahme zutrifft, daß die Verteilung der zusätzlichen Einkommensarten, um die die Einkommenskonzepte differieren, innerhalb gewisser Einkom-

1) Vgl. J. Benus and J.N. Morgan, Time Period, a.a.O., S.214

mensgrenzen proportional zum Einkommen erfolgt - und diese Annahme ist, wie wir gesehen haben, nicht ganz realitätsfern -, dann kann als Ergebnis festgestellt werden, daß die Einkommensschichtung weitgehend von der Wahl der Bezugseinheit unabhängig ist.

4.3. Auswirkungen der Verwendung verschiedener Bezugseinheiten auf die Umverteilungswirkung der Besteuerung

4.3.1. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Einkommensgrößenklassen

Wird ein "enges" durch ein "breites" Einkommenskonzept ersetzt, führt dies immer dann zu einer Änderung des bisherigen Steuerverlaufs, wenn die zusätzlich einbezogenen Einkommensarten nicht proportional zum Einkommen der Zurechnungseinheiten verteilt sind. Ohne Bedeutung ist hierbei der ursprüngliche Verlauf des Steuertarifs, wohingegen die Diskussion der Auswirkungen verschiedener Zurechnungseinheiten auf die Verteilungswirkungen der Besteuerung gezeigt hat, daß nur bei Vorliegen eines progressiven oder regressiven Steuerverlaufs eine Änderung der Steuerbelastungsquoten eintritt. Wir wollen die zu erwartenden Verteilungswirkungen der Besteuerung wieder unter der Annahme diskutieren, daß der Anteil der Einkommenszurechnung je Einkommensgrößenklasse für jedes Klassenintervall gleich hoch ist. Davon ist die Annahme einer proportionalen Einkommenszurechnung je Zurechnungseinheit zu unterscheiden. Vorausgesetzt wird also eine ungleichmäßige Änderung der Steuerbelastungsquoten der Zurechnungseinheiten. Weiter wird angenommen, daß die Steuersumme von der Wahl der Bezugseinheit unberührt bleibt.

Die Auswirkungen auf den Steuerverlauf können gemäß obiger Überlegungen abgeleitet werden. Hierbei sind zwei Effekte zu unterscheiden. In allen Einkommensgrößenklassen sinkt einmal die Steuerbelastungsquote, bedingt durch diejenigen Einheiten, die auch nach der Einkommenszurechnung die Einkommensgrößenklasse nicht wechseln.¹⁾ Darüber hinaus können die "bracket jumpers" zu weiteren Änderungen der Q_i -Werte führen. In Höhe ihres bisherigen Einkommens und ihrer Steuern verringert sich in dem unteren Einkommensbereich die Einkommens- und Steuersumme. Je nachdem, ob ihre bisherige Steuerbelastungsquote niedriger oder höher ist als die der sonstigen Zurechnungseinheiten in diesem Einkommensbereich, steigt oder sinkt hier diese Kennzahl. Desgleichen ist im mittleren und oberen Einkommensbereich die Veränderung von Q_i davon abhängig, ob die relative Steuerbelastung der "bracket jumpers" höher oder niedriger ist als diejenige dieser Einkommensgrößenklassen. Auch hier kann also die Steuerbelastungsquote zu- oder abnehmen.²⁾

Welche Änderungen von Q_i sich tatsächlich einstellen, ist weitgehend von dem ursprünglichen Verlauf des Steuertarifs abhängig, wenn davon ausgegangen wird, daß im unteren Einkommensbereich durch die "bracket jumpers" keine wesentliche Änderung von Q_i hervorgerufen wird. Besteht in der Ausgangssituation ein progressives Steuersystem, wird dieses durch Einkommenszurechnungen abgeschwächt. Dies tritt um so deutlicher in Erscheinung, je ausgeprägter die Progression ist. Ein proportionaler Steuerverlauf wird in der Regel zu einem regressiven umgestaltet, da angenommen werden

1) Es zeigt sich hierbei die Bedeutung der Breite der Klassenintervalle.

2) Vgl. J.A. Pechmann, Distribution of Income, a.a.O., S.198 f

kann, daß die Steuerbelastungsquote der "bracket jumpers" niedriger ist als die der Zurechnungseinheiten in dem mittleren und oberen Einkommensbereich. Aus diesem Grund verstärkt sich auch ein mäßig regressiver Steuerverlauf. Hingegen wird ein ausgeprägter regressiver Steuerverlauf einem Proportionaltarif angenähert.

Die Nettoumverteilungsmasse sinkt oder steigt, je nachdem ob durch den Wechsel der Bezugsseinheit die Abweichung von einem Proportionaltarif verkleinert oder vergrößert wird. Aus den obigen Ausführungen zu den Veränderungen des Steuerverlaufs ist somit die Änderung der Nettoumverteilungsmasse unmittelbar abzuleiten.

Die in einigen empirischen Redistributionsanalysen ausgewiesenen mehr oder weniger proportionalen Steuerbelastungsquoten können also auch darauf zurückzuführen sein, daß ein "breites" Einkommenskonzept zugrundegelegt worden ist, zumal wenn die Zurechnungseinheit nicht die einzelne Person sondern eine Personengruppe bildet.

In einigen Untersuchungen wird jedoch die ursprüngliche Verteilung der Zurechnungseinheiten auf Einkommensgrößenklassen auch nach der Zurechnung von Einkommensteilen beibehalten. Hierbei wird also unterstellt, daß ein Wechsel des Einkommenkonzepts keine "bracket jumpers" hervorruft. Beispielhaft sei auf die Untersuchung von Musgrave et al. hingewiesen.¹⁾ Im Anschluß an die lebhafte Diskussion, die diese Untersuchung ausgelöst hat,

1) Siehe R.A. Musgrave, J.J. Carroll, L.D. Cook and L. Frane, Distribution of Tax Payments by Income Groups: A Case Study for 1948, in: NTJ, Vol.4, 1951, S.1 ff

ermitteln Musgrave et al. die Umverteilungswirkungen auch im Hinblick auf ein "breites" Einkommenskonzept.¹⁾ Gemäß der Verteilung der zusätzlich berücksichtigten Einkommensteile verringert sich die Steuerbelastungsquote insbesondere der unteren Einkommensgrößenklassen erheblich. Aus einem zunächst U-förmigen Verlauf des durchschnittlichen Steuersatzes über den gesamten Einkommensbereich hinweg wird ein progressiver Verlauf.

Die unterlassene Neugruppierung der Zurechnungseinheiten wird zu Recht kritisiert.²⁾ Auch Musgrave räumt ein, einen großen statistischen Fehler begangen zu haben.³⁾ Anhand des von Pechman dargestellten Beispiels sollen die Auswirkungen von Einkommenszurechnungen auf das Bild der Einkommensumverteilung verdeutlicht werden, je nachdem ob eine Neuverteilung der Zurechnungseinheiten vorgenommen wird oder nicht (siehe Tabelle 10).⁴⁾ Die Angaben über den Anteil der Steuern am Einkommen unter A) und B) sind in Anlehnung an die von Musgrave et al. für die USA, 1948, ermittelten Ergebnisse gewählt. Das Beispiel bestätigt obige Feststellung, daß durch Einkommenszurechnungen ein ausgeprägter regressiver Steuertarif abgeschwächt bzw. einem proportionalen Tarif angenähert wird.

1) Siehe R.A. Musgrave and L. Frane, Rejoinder to Dr. Tucker, in: NTJ, Vol.5, 1952, S.19, Tab.2

2) Vgl. G. Colm and H.P. Wald, Some Comments on Tax Burden Comparisons, in: NTJ, Vol.5, 1952, S.13 f

3) Siehe R.A. Musgrave, Distribution of Tax Payments by Income Groups: A Review, in: R.B. Weld (ed.), Proceedings of the Forty-Fifth Annual Conference on Taxation, Sacramento 1953, S.189

4) Siehe J.A. Pechman, Some Technical Problems in the Measurement of Tax Burdens, in: R.B. Weld (ed.), Proceedings of the Forty-Fifth Annual Conference on Taxation, Sacramento 1953, S.206 ff

Tabelle 10

Auswirkungen eines Wechsels der Bezugseinheit auf Q_i bei unveränderter bzw. veränderter Gruppierung der Zurechnungseinheiten

Einkommen von ... bis unter ... (1)	Anzahl der Zurechnungs- einheiten (2)	Einkommen (3)	Steuern (4)	Q_i (5)
A) "enges" Einkommenskonzept, Ausgangswerte				
- 1000	20	11 000	3 135	28,5
1000 - 2000	30	46 000	11 263	24,5
B) "breites" Einkommenskonzept, unveränderte Gruppierung der Zurechnungseinheiten				
- 1000	20	17 380	3 135	18,0
1000 - 2000	30	54 250	11 263	20,8
C) "breites" Einkommenskonzept, veränderte Gruppierung der Zurechnungseinheiten				
- 1000	14	7 660	1 863	24,3
1000 - 2000	28	43 960	9 471	21,5

Quelle: J.A. Pechman, Some Technical Problems,
a.a.O., S.207

Die Auswirkungen verschiedener Bezugseinheiten auf die Umverteilungswirkungen sind unter der Voraussetzung diskutiert worden, daß mit der Einbeziehung zusätzlicher Einkommensteile die Steuersumme unverändert bleibt. Diese Annahme gilt nicht für jede der in Frage stehenden Einkommensgrößen. Zu denken ist hier vor allem an die Besteuerung der Kapitalgewinne. Nach den von Goldsmith für die USA, 1954, wiedergegebenen Daten erhöht

sich das "adjusted gross income" durch die Einbeziehung der Kapitalgewinne um 19,5, die Steuersumme um 1,0 Mrd.\$.¹⁾ Dies bedeutet eine unterdurchschnittliche Besteuerung der Kapitalgewinne in Höhe von 5,1%. Insofern schwächt sich durch die Berücksichtigung der Kapitalgewinne die Progression ab, da diese vornehmlich den Beziehern hoher Einkommen zugerechnet werden. Die Einkommensposten, um die das "family money income" und "family personal income" differieren, führen zu keiner Änderung der Steuersumme.

4.3.2. Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen

Auch hier wollen wir davon ausgehen, daß die Einkommenszurechnungen proportional zum Einkommen der Quintile - auf diese sei wiederum beispielhaft zurückgegriffen -, nicht jedoch zum Einkommen der Zurechnungseinheiten erfolgen. In diesem Fall ist ein Wechsel der Einheiten zwischen den Quintilen zu erwarten. Die Änderung des Steuerverlaufs wird auch hier durch zwei Effekte bestimmt. Einmal sinkt der Anteil der Steuern am Einkommen im gesamten Einkommensbereich durch diejenigen Einheiten, die auch nach der Einkommenszurechnung in ihrem bisherigen Quintil verbleiben. Zum anderen ändert sich der Steuersatz der Quintile durch den Wechsel der Einheiten zwischen den Quintilen. Die Änderung der Steuerbelastungsquote eines Quintils hängt hierbei nun davon ab, ob die durch den Einheitsenaustausch bedingte Änderung des Einkommens stärker oder geringer ausfällt als die der Steuern. Steigt der Betrag des Einkommens stärker als der der Steuern eines Quintils, dann fällt die Steuerbelastungsquote und umgekehrt. Im ersten Quintil

1) Vgl. S.F. Goldsmith, Impact of the Income Tax, a.a.O., S.278, Tab.X

wird bei einem proportionalen Steuerverlauf der Steuersatz weitgehend unverändert bleiben. Dieser steigt (sinkt) jedoch bei Vorliegen eines progressiven (regressiven) Steuerverlaufs. Im letzten Quintil wird die Steuerbelastungsquote abnehmen, es sei denn, es liegt eine ausgeprägte Regression vor. In dem letzteren Fall ist anzunehmen, daß die relative Steuerbelastung der hinzukommenden Einheiten größer ist als die der abgehenden Einheiten. Für die dazwischen liegenden Quintile läßt sich jedoch die Entwicklung der Q_i -Werte kaum abschätzen. Ihnen werden jeweils Einheiten von den darüber und darunter liegenden Quintilen zugeführt, wobei sie zugleich an diese Einheiten abgeben. Insofern sind über den Verlauf des Steuersatzes über den gesamten Einkommensbereich hinweg keine eindeutigen Aussagen zu treffen. Es ist jedoch zu vermuten, daß ein progressiver wie ein regressiver Steuertarif zumindest zwischen einzelnen Quintilen abgeschwächt und ein proportionaler Steuertarif in einen regressiven umgewandelt wird.

4.4. Kritische Anmerkungen zu den verschiedenen Bezugseinheiten

Die Kritik gegen das "adjusted gross income" richtet sich vornehmlich gegen die erwähnte Anlehnung des Einkommensbegriffs an das jeweils geltende Steuerrecht. Nun kann es aber nicht Hauptaufgabe der Steuergesetzgebung sein, brauchbare Unterlagen für die Ermittlung der Einkommensverteilung zu beschaffen. Ebenso wäre es verfehlt, das steuerpolitische Instrumentarium aus statistischen Erwägungen einzuengen. Insofern wird es immer Unterschiede zwischen steuerrechtlichen und

ökonomischen Einkommensbegriffen geben.¹⁾ Nach den Angaben von Krupp sind in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1955 und 1961 55% bzw. 68% des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Einkommensteuerstatistik ausgewiesen. Vollständiger wird in der Lohnsteuerstatistik das Einkommen aus unselbständiger Arbeit erfaßt. Für die angegebenen Jahre lauten die Werte 85 und 87%.²⁾

In seiner Untersuchung hat Albers aufgezeigt, daß das Verhältnis des durch die Steuerstatistik erfaßten Einkommens und des nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten Volkseinkommens von Land zu Land erheblich differiert (siehe Tabelle 11).

In Großbritannien ist das Verhältnis der der Finanzverwaltung zur Kenntnis gebrachten Einkünfte zum Volkseinkommen mit 92,3% mit Abstand am höchsten. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß in Großbritannien die Abhängigkeit der Sozialproduktsgroßen von steuerlichen Daten weit größer ist als in den anderen untersuchten Ländern. Von der Steuer nicht erfaßte Einkommensteile gehen weitgehend auch nicht in die Sozialproduktrechnung ein.³⁾ Somit ist das "adjusted gross income" für Großbritannien als Bezugseinheit weit eher geeignet als zum Beispiel für Frankreich.

-
- 1) Vgl. H.J. Krupp, Möglichkeiten und Grenzen, a.a.O., S.365; siehe hierzu auch A. Hansen, Die Einkommens- und Vermögensverteilung, a.a.O., S.26 f
- 2) Vgl. H.J. Krupp, Möglichkeiten und Grenzen, a.a.O., S.371, berechnet nach der dort angegebenen Übersicht 1
- 3) Vgl. W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O., S.89 f, insbesondere S.94

Tabelle 11

Volkseinkommen (VE) und zu versteuerndes Einkommen in
einigen Ländern 1968

Land	VE in Mrd.		Der Finanzverwaltung zur Kenntnis ge- brachte Einkünfte		zu versteuern- des Einkommen			
			absolut in Mrd.	i.v.H. vom VE	absolut in Mrd.	i.v.H. vom VE		
	(1)		(2)		(3)	(4)	(5)	
Bundesre- publik Deutsch- land	416,9	DM	306,3	DM	74,5	200,6	DM	48,1
Verei- nigte Staaten	716,6	\$	621,8	\$	86,8	395,8	\$	55,2
Großbri- tannien	33,44	£	30,87	£	92,3	15,4	£*	46,1
Frank- reich	475,0	ffrs	188,0	ffrs	39,6	181,6	ffrs	38,2
Italien	---		---		38,1	---		---

*) Der Betrag ist um die nicht zu ermittelnden
Abzüge von den Gewinnen der Körperschaften
zu hoch ausgewiesen.

Quelle: W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O.,
S.89, Tab.6

Die von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abge-
leiteten Einkommenskonzepte sind zunächst mit all den
Mängeln behaftet, die dem Sozialprodukt zu eigen sind.¹⁾

1) Siehe vor allem J.P. Meerman, The Definition of Income
in Studies of Budget Incidence and Income Distribution,
in: RIW, Vol. 20, 1974, S.515 ff

Bekanntlich hat das Bemühen, mit Hilfe des volkswirtschaftlichen Kontensystems den Volkswohlstand und die Produktivkraft eines Landes zu messen, dazu geführt, daß keines der beiden Ziele zufriedenstellend erreicht wird. Es ist hier nicht der Ort, die Überlegungen darzustellen und kritisch zu würdigen, die schließlich zu dem heute verbreiteten Standardsystem der O E C D geführt haben.¹⁾ Welche Schwierigkeiten und Probleme der Festlegung des Standardsystems vorausgegangen waren, mag durch den Hinweis erhellt werden, daß z.B. auch die Nutzung von Parkanlagen, Museen, sowie von freien Gütern als Einkommensbestandteile in das Sozialprodukt eingehen sollten.²⁾

Geht man davon aus, daß die Verteilung der Einkommen auf private Haushalte im Mittelpunkt der Betrachtung steht, dann ist das Faktoreinkommen des Staates vom Gesamteinkommen abzuziehen. Einsichtig ist, daß der der sogenannten Anstaltsbevölkerung und den privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter zufließende Einkommensanteil unberücksichtigt bleiben muß, wenn dieser Bevölkerungskreis nicht in die Umverteilungsanalyse eingehen soll.

In gleicher Weise erscheint es zunächst geboten, das Einkommen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit nicht einzubeziehen. Diese Einkommensabgrenzung bedingt aber, daß dann auch die aus den Gewinnen der Körperschaften zu entrichtenden Steuern auszu-

1) Siehe dazu vor allem F. Forte and J.M. Buchanan, The Evaluation of Public Services, in: JPE, Vol.69, 1961, S.107 ff; R.U. Ayres and A.V. Kneese, Production, Consumption and Externalities, in: AER, Vol.59, 1969, S.282 ff; J. Cohen, Copeland's Moneyflows After Twenty-Five Years: A Survey, in: JEL, Vol.10, 1972, S.1 ff

2) Vgl. H. Dalton, The Inequality of Incomes, London 1920, S.167; zitiert bei D.S. Brady, Research on the Size, a.a.O., S.13

schließen sind. Die Beschränkung auf einen Teil der Steuern ist durchaus vertretbar, zumal die vom Ausland getragenen oder die vom Staat selbst aufgebrauchten Steuern ebenfalls nicht berücksichtigt werden sollten. Entschließt man sich aber, die Körperschaftsteuer einzubeziehen, kann es erforderlich werden, auch die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit in das Einkommenskonzept einzuschließen. Von Bedeutung ist hierbei die Frage der Überwälzung dieser Steuer. Geht man davon aus, daß diese Steuer nicht überwälzt wird und den Eigentümern des Unternehmens zugerechnet wird, ist es erforderlich, das Einkommen der Aktionäre um die unverteilter Gewinne zu erhöhen. Dieses Vorgehen unterstellt, daß die von diesen Unternehmen angesammelten Gewinne in voller Höhe ausgeschüttet und diese, um die Steuern gekürzt, von den Aktionären den Unternehmen als Ersparnis zur Verfügung gestellt werden. Wird hingegen eine vollständige Überwälzung der Körperschaftsteuer auf die Konsumenten angenommen, ist eine entsprechende Einkommenszurechnung nicht erforderlich. Das Einkommen der privaten Haushalte wird eben entsprechend der Körperschaftsteuer zusätzlich belastet. Wir werden auf diesen Fragenkomplex zurückkommen.

Die Ableitung des "family money income" beruht auf der Überlegung, daß all diejenigen Einkommensgrößen ausgeschlossen werden sollten, deren Einbeziehung und Verteilung willkürlich erscheint. Weicht man von dem monetären Einkommenskonzept ab, ist zu klären, wie weit man mit der Erfassung nicht-monetärer Einkommensposten gehen soll. Unbestritten ist, daß z.B. die Tätigkeit der Hausfrauen im eigenen Haushalt als eine Produktion zu werten ist und der Hausfrau ein entsprechendes Ein-

kommen zugerechnet werden müßte.¹⁾ Denkbar ist, auch die Leistungen des Staates teilweise als Einkommen der Haushalte zu interpretieren.²⁾ Unter diesem Gesichtspunkt wäre z.B. die Nutzung von Parkanlagen in der Tat als Konsum und damit als Einkommen der Haushalte anzusehen.

Wird in einer noch weitergehenden Definition das Einkommen verstanden als die Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Ressourcen, wären darunter nicht nur laufende Einnahmen, sondern auch einmalige Einnahmen und sogar Kreditaufnahmen zu subsumieren.³⁾

Wie weit man mit der Einbeziehung nicht-monetärer Größen gehen soll, ist eine offene Frage. "Once elements of imputed income are included, there is no logical stopping-point".⁴⁾ Je umfassender der Einkommensbegriff definiert wird, evtl. noch unter Berücksichtigung metaphysischer Wertvorstellungen, um so größer ist die Gefahr, daß sich die vom Autor erwünschten Ergebnisse in der Untersuchung niederschlagen.⁵⁾ Deshalb rät z.B. Jaszi, mit der Zurechnung von Einkommensteilen vorsichtig zu verfahren "... and to add imputations only if there need is strongly felt".⁶⁾ Um nicht das weite Feld der Spekulation betreten zu müssen,

1) Vgl. R.A. Musgrave and L. Frane, Rejoinder, a.a.O., S.21

2) Vgl. E. Weissel, Umverteilung und wirtschaftliche Entwicklung, Berlin 1968, S.20 f

3) Ebenda, S.19

4) R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.208

5) Vgl. D.S. Brady, Research on the Size, a.a.O., S.14

6) G. Jaszi, The Conceptual Basis of the Accounts: A Re-examination, in: National Bureau of Economic Research, A Critique of the United States Income and Product Accounts, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.22, Princeton 1958, S.60

entscheiden sich z.B. Peacock and Browning für das zu versteuernde Einkommen ("taxable income") mit dem Hinweis, daß sie es für klüger und weniger mühsam halten, nicht darüber Vermutungen anzustellen, was ggf. als Einkommen zu betrachten ist.¹⁾

Ebenso veranlassen Weissel die mit der Erfassung verbundenen Schwierigkeiten davon abzusehen, einmalige Einnahmen der Haushalte als Einkommen zu erfassen.²⁾ Da nun immer begründet werden kann, eine bestimmte Einkommenskategorie ein- oder auszuschließen, kann nicht entschieden werden, ob das "family money income" oder das "family personal income" als das "richtige" Einkommenskonzept anzusehen ist. So spricht sich Musgrave dafür aus, die Berechnungen für beide Einkommenskonzepte durchzuführen: "In all, the best answer is that more than one base should be used"³⁾

Eine entgegengesetzte Haltung nimmt hingegen Tucker ein, der das monetäre Einkommenskonzept als falsch ablehnt. Nach seiner Ansicht müssen auch nicht-monetäre Einkommensteile berücksichtigt werden, wenn die Redistributionsanalyse nicht zu fehlerhaften Ergebnissen führen soll.⁴⁾

Bei der Wahl des Einkommenskonzepts ist allerdings zu beachten, daß die quantitative Bedeutung der nicht-

1) Vgl. A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services in Great Britain and the Redistribution of Income, in: A.T. Peacock (ed.), Income Redistribution and Social Policy, London 1954, S.177

2) Vgl. E. Weissel, Umverteilung, a.a.O., S.20

3) R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.208

4) Vgl. R.S. Tucker, Distribution of Tax Burdens in 1948, in: NTJ, Vol.4, 1951, S.269 ff; desgleichen hält es Roskamp für ratsam, ein "breites" Einkommenskonzept zugrunde zu legen. Siehe K.W. Roskamp, The Budget and Interpersonal, a.a.O., S.102

monetären Einkommensteile von Land zu Land erheblich differieren kann. In einem Land ohne nennenswerte Landwirtschaft beeinflußt die Vernachlässigung der Naturalentlohnung die Einkommensverteilung weit weniger als in einem "Agrarstaat". Insofern hängt es von dem Untersuchungsgebiet ab, ob ggf. das "monetäre" dem "personellen" Einkommenskonzept vorgezogen wird.

Diese Überlegungen sollen nicht ohne den Hinweis abgeschlossen werden, daß häufig die Güte des verfügbaren statistischen Materials bestimmt, auf welches Einkommenskonzept zurückgegriffen wird. Für den Autor besteht in der Realität zum Teil keine Wahlmöglichkeit.

Wir haben in den vorstehenden Ausführungen die Abgrenzung sowie die Verteilungswirkungen verschiedener Bezugseinheiten diskutiert. Nunmehr wollen wir uns der Frage zuwenden, welches Einkommenskonzept die für die Messung der Verteilungswirkungen geeignete Bezugseinheit bildet. Dies soll beispielhaft an der Untersuchung von Barna aufgezeigt werden.

4.5. Die Redistributionsanalyse von Barna

In der Untersuchung von Barna wird eine Vielzahl von Detailfragen angesprochen, die eine eingehende Würdigung verdienen.¹⁾ Die Ableitung der verschiedenen Bezugseinheiten gehört zu den Fragen, die Barna mit am ausführlichsten behandelt. Insofern erscheint es vertretbar, die Arbeit unter diesem Aspekt zu analysieren, zumal eine kritische Würdigung der gesamten Studie gemäß der hier verfolgten Zielsetzung nicht beabsichtigt ist.

1) Vgl. hierzu: T. Stark, The Distribution of Personal Income, a.a.O., S.3

4.5.1. Darstellung der Verteilungswirkung der Besteuerung

In seiner Redistributionsanalyse bezieht Barna den gesamten öffentlichen Haushalt Großbritanniens von 1937 ein. Bei der Bestimmung der Verteilungswirkungen geht er in mehreren Schritten vor. Nach Abgrenzung der Zurechnungs- und Bezugseinheiten bestimmt er zunächst die Belastung der Einkommen durch direkte und daran anschließend durch indirekte Steuern.¹⁾ Sodann verteilt er die unmittelbar sowie die mittelbar zurechenbaren Staatsleistungen nach Einkommensgrößenklassen.²⁾

Die Verteilung der direkten Steuern und die Belastung des "unadjusted producers' income" durch diese Steuern ist der Tabelle 12 zu entnehmen. Die Verteilungswirkung der direkten Steuern kann folgendermaßen beschrieben werden: Von dem Gesamteinkommen in Höhe von 4 410 Mill. £ müßten 1 310 Mill. £ (Redistributionspotential) bzw. 29,7% (Potentialquote P) umverteilt werden, wenn eine Gleichverteilung angestrebt wird. Der Anteil der Steuern am Einkommen (Q_1) nimmt mit steigendem Einkommen erheblich zu (vgl. Tabelle 12, Spalte 5). Es handelt sich hier um einen der wenigen Fälle einer bei- nahe durchgehenden beschleunigten Progression. Durch die direkten Steuern werden 276 Mill. £ (Nettoumverteilungs- masse) bzw. 6,3% des Einkommens (Redistributionsquote R_{St}) umverteilt.

-
- 1) Hier und im folgenden soll an der üblichen Klassifizierung der Steuern im Hinblick auf ihre Überwälzbarkeit in direkte und indirekte festgehalten werden. Diejenigen Steuern, die als nicht überwälzbar gelten, werden als direkte, die als überwälzbar gelten als indirekte Steuern bezeichnet.
 - 2) Bei den mittelbar zurechenbaren Staatsleistungen handelt es sich um die gewöhnlich als "nicht-zurechenbar" bezeichneten Staatsleistungen. Es erscheint aber widersinnig, nicht-zurechenbare Staatsleistungen dann doch nach Einkommensgrößenklassen zu verteilen.
 - 3) Dieses Einkommenskonzept wird auf S.110 erläutert.

Die Nettoumverteilungsmasse U^{ne} , auf das Redistributionspotential bezogen, ergibt einen Wert von 21,0 % (Nivellierungskoeffizient N_{St}), d.h. von dem Einkommensbetrag, der zur Erzielung einer Gleichverteilung umverteilt werden müßte, wird tatsächlich 1/5 umgelenkt. Entsprechend hoch ist auch der Wirksamkeitskoeffizient W_{St} mit 51,2 %. Die Hälfte der direkten Steuern ist also redistributiv wirksam.

Tabelle 12

Verteilungswirkung der direkten Steuern,
Großbritannien 1937*

Einkommen von ... bis unter ... in £	Bevölkerung i.v.H.	"unadjusted producers' income" i.v.H.	direkte Steuern i.v.H.	Q_1
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
- 125	46,1	26,7	5,9	2,7
125 - 250	39,6	29,3	7,2	3,0
250 - 500	10,2	14,6	6,3	5,3
500 - 1 000	2,6	8,0	9,6	14,8
1 000 - 2 000	1,0	6,3	11,8	23,0
2 000 - 10 000	0,5	10,1	30,8	37,2
10 000 +	0,0	5,0	28,4	68,6
insgesamt:	100,0	100,0	100,0	12,2
in Mill.	47,3	---	---	---
in Mill. £	---	4 410	539,5	---

*) Bezugseinheit: "unadjusted producers' income"

$P = 29,7 \%$; $RP = 1\,310$ Mill. £; $U^{ne} = 276$ Mill. £;
 $R_{St} = 6,3 \%$; $W_{St} = 51,2 \%$; $N_{St} = 21,0 \%$

Quelle: T. Barna, Redistribution, a.a.O.,
S.75, Tab. 18, S.129, Tab. 32
und S.135, Tab. 36

In einer weiteren Aufstellung bezieht Barna die direkten Steuern auf das "nominal unadjusted producers' income", das sich von dem "unadjusted producers' income" durch die Einbeziehung der Transfers unterscheidet. Der Anteil der Steuern am Einkommen kann der Spalte (5) der Tabelle 13 entnommen werden. Ein Vergleich der Tabellen 12 und 13 zeigt, daß die Verteilung der direkten Steuern auf die Einkommensgrößenklassen übereinstimmt. Zu vermuten ist deshalb, daß durch die Einbeziehung der Transfers keine Neugruppierung der Bezugseinheiten vorgenommen wird. Die Steuerbelastungsquoten stimmen, abgesehen von den beiden untersten Einkommensgrößenklassen ebenfalls überein. Abweichungen ergeben sich hingegen bei den sonstigen Kennzahlen. Die Berücksichtigung der Transfers verringert die durch die Potentialquote P gemessene Einkommensungleichheit. Da sich andererseits die Progression leicht verstärkt, erhöht sich die Nettoumverteilungsmasse. Unter dieser Bedingung muß W_{St} zunehmen. Ob sich die Kennzahlen R_{St} und N_{St} ändern, hängt davon ab, ob die relative Änderung von U^{ne} größer oder kleiner ist als die des Einkommens oder des Redistributionspotentials.

Die Belastung der Einkommen durch indirekte Steuern gibt die Tabelle 14 wieder. Ab einem Einkommen von 125 £ zeigt sich ein regressiver Steuerverlauf. Die Gesamtbelastung durch direkte und indirekte Steuern weist Spalte (5) dieser Tabelle aus. Auch hier ist eine beinahe durchgehend beschleunigte Progression zu verzeichnen, wenngleich der Anstieg des durchschnittlichen Steuersatzes je Einkommensgrößenklasse niedriger ausfällt als ohne Einbeziehung der indirekten Steuern.

Tabelle 13

verteilungswirkung der direkten Steuern,
Großbritannien 1937*

Einkommen von ... bis unter ...	Bevölkerung	"nominal unadjusted producers' income"	direkte Steuern	Q_i
in £	i.v.H.	i.v.H.	i.v.H.	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
- 125	46,1	30,0	5,9	2,2
125 - 250	39,6	28,5	7,2	2,9
250 - 500	10,2	13,8	6,3	5,3
500 - 1 000	2,6	7,5	9,6	14,8
1 000 - 2 000	1,0	5,9	11,8	23,0
2 000 - 10 000	0,5	9,5	30,8	37,2
10 000 +	0,0	4,8	28,4	68,6
insgesamt:	100,0	100,0	100,0	11,5
in Mill.	47,3	---	---	---
in Mill. £	---	4 692	539,5	---

*) Bezugseinheit: "nominal unadjusted producers' income"

$P = 27,2 \%$; $RP = 1\,276$ Mill. £; $U^{ne} = 285,5$ Mill. £;

$R_{St} = 6,1 \%$; $N_{St} = 22,4 \%$; $W_{St} = 52,9 \%$

Quelle: T. Barna, Redistribution, a.a.O.,
S.75, Tab. 18, S.187, Tab. 49 und
S.226, Tab. 63

Tabelle 14

Verteilungswirkung der indirekten Steuern sowie
der direkten und indirekten Steuern zusammen,
Großbritannien 1937*

Einkommen von ... bis unter ... in £	indirekte Steuern i.v.H.	Q_i^{**}	direkte und indirekte Steuern i.v.H.	Q_i^{***}
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
- 125	33,1	14,5	20,4	16,8
125 - 250	32,9	15,2	21,0	18,1
250 - 500	15,5	14,7	11,2	20,0
500 - 1 000	7,2	12,6	8,3	27,4
1 000 - 2 000	4,8	10,8	8,1	33,8
2 000 - 10 000	5,3	7,3	17,2	44,5
10 000 +	1,2	3,2	13,8	71,8
insgesamt:	100,0	13,2	100,0	24,7
in Mill. £	617,3	---	1 156,8	---

* Bezugseinheit: "nominal unadjusted producers' income"

** Anteil der indirekten Steuern am "nominal unadjusted producers' income"

*** Anteil der direkten und indirekten Steuern am "nominal unadjusted producers' income"

Die nachfolgenden Kennzahlen verdeutlichen die Verteilungswirkung der direkten und indirekten Steuern:

$P = 27,2\%$; $RP = 1\,276 \text{ Mill.} \text{£}$; $U^{ne} = 228 \text{ Mill.}$;

$R_{St} = 4,9\%$; $W_{St} = 19,7\%$; $N_{St} = 17,9\%$.

Quelle: T. Barna, Redistribution, a.a.O.,
S.187, Tab.49

Die Abnahme der Progression drückt sich in einer Verringerung von U^{ne} aus. Auffallend ist der durch die Einbeziehung der indirekten Steuern bewirkte Rückgang von W_{St} von 52,9 auf 19,7%. Durch die Einbeziehung der indirekten Steuern verringert sich also der Anteil der redistributiv wirksamen Steuern von 52,9% um mehr als die Hälfte.

4.5.1.1. Die Zurechnungseinheit

In der Untersuchung von Barna bildet die "income-tax family" die Zurechnungseinheit. Die Abgrenzung dieser Einheit ist gleichzusetzen mit der des Steuerpflichtigen, wobei beiderseitig verdienende Ehegatten als eine Einheit zusammengefaßt werden. Somit weist die Untersuchung von Barna all jene Mängel auf, die mit der Zugrundelegung des Steuerpflichtigen als Zurechnungseinheit verbunden sind.¹⁾ Barna betont, daß es aufgrund fehlender statistischer Unterlagen nicht möglich ist, auf den individuellen Einkommensbezieher oder den Haushalt als Zurechnungseinheit abzustellen.²⁾ Es überrascht, daß Barna - ansonsten immer bemüht, unzureichende statistische Daten durch eigene Schätzungen zu ergänzen - nicht versucht, die "income-tax family" durch den Haushalt zu ersetzen. In dem Fall wäre zu erwarten, daß sich die ausgewiesene Steuerprogression insbesondere im mittleren Einkommensbereich abschwächt.³⁾

Die Verteilung der "income-tax family" auf die Einkommensgrößeklassen erfolgt auf der Grundlage des zu versteuernden Einkommens.⁴⁾ Einkommensteuerpflichtig sind

1) Siehe Seite 72

2) Siehe T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.63

3) Siehe Seite 69

4) Vgl. T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.63

erst Einkommen ab 125 £ pro Jahr mit der Folge, daß die Personen mit einem Einkommen unter 125 £ in der Einkommensteuerstatistik nicht erfaßt sind. Damit könnten die redistributiven Wirkungen des öffentlichen Haushalts für diese Einkommensschicht nicht dargestellt werden. Barna löst dieses Problem, indem er die Differenz zwischen dem gesamten "personal income"¹⁾ und dem in der Einkommensteuerstatistik erfaßten Einkommen der Einkommensgrößenklasse 0 - 125 £ zuweist.

Akzeptiert man dieses Vorgehen, so ist damit die Höhe des Einkommens dieser Einkommensgrößenklasse bestimmt. Die Zurechnungseinheit bildet hier jedoch nicht die "income-tax family" wie in den sonstigen Einkommensgrößenklassen, sondern der nicht-einkommensteuerpflichtige Einkommensbezieher. Um nicht verschiedene Zurechnungseinheiten zugrunde zu legen, führt er seine weiteren Berechnungen auf der Grundlage der einzelnen Person als Zurechnungseinheit durch. Dazu kalkuliert er zunächst die durchschnittliche Personenzahl je "income-tax family", indem er den Anteil der nach bestimmten Merkmalen gegliederten Bevölkerung abschätzt, der in der Einkommensteuerstatistik erfaßt ist. So geht er z.B. davon aus, daß 71% der Ehepaare (ohne Rentner) oder 65% der Kinder in der Einkommensteuerstatistik einbezogen sind. Nach diesen Schätzungen beträgt die durchschnittliche Personenzahl je "income-tax family" 2,57.²⁾

Da die Anzahl der "income-tax families" sowie die Bevölkerungszahl bekannt ist, läßt sich der Anteil der Personen ermitteln, der ein Jahreseinkommen von

1) Siehe S.110

2) Siehe T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.65 und S.90

unter sowie über 125 £ bezieht. Auf der Grundlage dieser Berechnung weist Barna in einer Tabelle zudem für jede Einkommensgrößenklasse das Durchschnittseinkommen pro Person aus.¹⁾ Diese Tabelle vermittelt den Eindruck einer großen Genauigkeit, zumal in einem Fall noch das Einkommen auf eine Kommastelle genau wiedergegeben wird.²⁾ Dieser Eindruck täuscht jedoch.

Die Berechnungen beruhen auf der Annahme, daß in jeder der Einkommensgrößenklassen die durchschnittliche Personenzahl je "income-tax family" 2,57 beträgt. Diese Annahme ist jedoch unrealistisch. Barna selbst weist auf die damals weitgehend zutreffende Erscheinung hin, daß die Kinderzahl von Haushalten mit niedrigem Einkommen über dem Durchschnitt liegt.³⁾ Es besteht also ein Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Personenzahl je "income-tax family" und der Einkommenshöhe.⁴⁾ Zudem werden die alleinstehenden Personen mit einem Einkommen von über 125 £ auf bestimmte Einkommensgrößenklassen konzentriert und nicht nach dem Zufallsprinzip verteilt sein.⁵⁾ Aufgrund beider Effekte ist zu vermuten, daß die Anzahl der Personen in dem oberen Einkommensbereich zu hoch ausgewiesen wird.⁶⁾ Zu bezweifeln ist gleichfalls, ob die Einteilung der Personen nach der Einkommenshöhe von unter/über 125 £

1) Siehe T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.66, Tab.14

2) In dieser Tabelle gibt Barna das Durchschnittseinkommen je Person in der Einkommensgrößenklasse 125 - 150 £ mit 53,5 £ an.

3) Siehe T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.90

4) Vgl. T. Stark, The Distribution, a.a.O., S.4

5) Vgl. A.L. Webb and J.E.B. Sieve, Income Redistribution and the Welfare State, Occasional Papers on Social Administration Nr.41, London 1971, App., S.120

6) Ebenda, S.120

zutreffend wiedergegeben wird. So weist Stark darauf hin, daß auch Einkommen über 125 £ von der Einkommensteuer befreit sein können.

4.5.1.2. Die Bezugseinheiten

Auf die Abgrenzung der verschiedenen Einkommensbegriffe verwendet Barna große Sorgfalt, wenngleich einige Unklarheiten bestehen bleiben. Es ist nicht nötig, auf alle von Barna aufgeführten Einkommenskonzepte näher einzugehen. Es genügt, die wesentlichen Begriffe zu erläutern und ihre Einordnung in das übliche Begriffsschema aufzuzeigen.

Dem zu versteuernden Einkommen, nach dem, wie oben erwähnt, die "income-tax families" auf Einkommensgrößenklassen verteilt werden, rechnet Barna noch einzelne Einkommensposten hinzu, wobei es sich vornehmlich um diejenigen Einkommensbestandteile handelt, die nicht der Einkommensteuer unterworfen sind. Wir erhalten somit die "der Finanzverwaltung zur Kenntnis gebrachten Einkünfte" des privaten Sektors, die Barna als das "actual producers' income" (oder "personal income") bezeichnet.¹⁾

Das "actual producers' income" bildet zusammen mit dem "imputed producers' income" das "unadjusted producers' income".²⁾ Das "imputed producers' income" umfaßt im wesentlichen die unverteilten Gewinne.³⁾ Wird zum "unadjusted producers' income" das "public income" hinzugerechnet, erhält man das Volkseinkommen, das als

1) Siehe T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.17 und S.63 ff

2) Ebenda, S.74

3) Ebenda, S.70 f

"producers' income" oder "net national income" bezeichnet wird.¹⁾ Das "public income" setzt sich hauptsächlich aus dem Faktoreinkommen der öffentlichen Hand sowie den Gewinnen der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter zusammen.²⁾ Die Summe des "public income" und des "imputed producers' income" bezeichnet Barna als "non-personal income".³⁾

Diese Definitionen stimmen jedoch mit den von Barna auf den ersten Seiten gegebenen Erläuterungen nur zum Teil überein. Zunächst definiert er nämlich das Volkseinkommen als die Summe des "actual", "imputed" und "attributed producers' income", wobei letzteres ein Teil des "public income" ist.⁴⁾ Nachfolgend setzt er jedoch beide Einkommensbegriffe gleich.⁵⁾

Die Einbeziehung der Transfereinkommen wird generell durch den Zusatz "nominal" verdeutlicht. So kann zwischen dem "nominal producers' income" und dem "nominal unadjusted producers' income" unterschieden werden.⁶⁾

1) Siehe T. Barna, *Redistribution*, a.a.O., S.74 und S.75, Tab. 18

2) Ebenda, S. 16

3) Ebenda, S. 63

4) Ebenda, S. 17

5) Ebenda, S. 74 und S. 75, Tab. 18

6) Ebenda, S. 16 f; Verwirrend ist, daß Barna das "unadjusted producers' income" auch als die Summe des "nominal actual" und "imputed producers' income", also einschließlich der Transfereinkommen definiert. Siehe T. Barna, *Redistribution* ..., a.a.O., S. 17

4.5.2. Die für die Messung der Verteilungswirkung geeignete Bezugseinheit

Die Einbeziehung der Transfereinkommen in die Bezugseinheit wird häufig abgelehnt. So bemängelt z.B. Eisner, daß Barna das "nominal unadjusted producers' income" als Bezugseinheit wählt. Eisner hält dagegen das "producers' income" für die geeignete Bezugsgröße.¹⁾ Danach ist also der Einkommensanteil des Staates zu berücksichtigen. Es ist jedoch zu vermuten, daß Eisners Forderung auf einer Fehlinterpretation des "producers' income" beruht. Nach ihm enthält nämlich das "Produzenteneinkommen" nicht die "öffentlichen Einkommen".²⁾ Dieser Irrtum ist ihm wohl deshalb unterlaufen, weil das "public income" in dem Untersuchungsjahr negativ ist.³⁾

Kritisch äußert sich auch Hensen zu der Wahl einer die Transfers umfassenden Bezugseinheit. Er bedauert, daß Peacock und Browning in ihrer Untersuchung⁴⁾ nicht begründen, warum sie u.a. das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen zuzüglich der Transfereinkommen als Bezugsgröße heranziehen. Zu Recht stellt er fest, daß mehr als das Sozialprodukt nicht verteilt werden kann. "Mehr als die Summe aller erzeugten Güter und Dienste läßt sich gewiß auch in Großbritannien nicht durch die Zahlung von Übertragungseinkommen verbrauchen."⁵⁾

1) Siehe G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S.50, Anm. zu der Tab.7

2) Ebenda, S.48, Anm. zu der Tab.5

3) Siehe T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.74

4) Vgl. A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services, a.a.O., S.151, Tab.V und S.152

5) H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S.36

Fraglich ist jedoch, ob in Redistributionsanalysen ermittelt werden soll, wie hoch das für den Verbrauch verfügbare Einkommen ist. Schwerwiegender ist überdies folgender Einwand. Die Gewährung von Übertragungseinkommen bildet einen wesentlichen Teil der redistributiven Maßnahmen des öffentlichen Sektors. Werden die Transfers zu der Bezugseinheit hinzugerechnet, bleiben die von ihnen bewirkten Redistributionseffekte unberücksichtigt. Will man diese erfassen, ist die Bezugseinheit dann immer ohne Einbeziehung der Transfer-einkommen zu definieren.

Schwierigkeiten ergeben sich in diesem Fall jedoch bei der Darstellung der Verteilungswirkung der direkten wie indirekten Steuern. Als eine mögliche Lösung bietet sich an, die Belastung durch direkte und indirekte Steuern an unterschiedlichen Einkommensgrößen zu messen. Diesen Weg verfolgen Schmidt et al. in ihrer Untersuchung.¹⁾ Danach sind die aus dem Leistungseinkommen oder Transfereinkommen zu entrichtenden direkten Steuern zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen bzw. zum Transfereinkommen und die indirekten Steuern zum verfügbaren Einkommen der Haushalte in Beziehung zu setzen. Die Autoren begründen ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf das deutsche Abgabensystem, nach dem die Besteuerung an die Verteilung sowie an die Verwendung des Einkommens anknüpft.²⁾ Dies kann aber nur bedeuten, daß in kaum einer Redistributionsanalyse ein einheitliches Maß für die Messung der Redistribution herangezogen werden kann, da wohl in keinem Land die Besteuerung nur an die Verteilung oder an die Verwendung des Einkommens ansetzt. Folgt man diesem Ansatz,

1) Siehe K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.131

2) Ebenda, S.131

verzichtet man darauf, die Gesamtsteuerlast aller Haushalte wiederzugeben. Das verfügbare Einkommen als Bezugsgröße für die Steuerbelastungsquote zu verwenden, bedeutet zudem nichts anderes, als auf ein Einkommenskonzept zurückzugreifen, in dem sich ebenfalls die Umverteilungseffekte der Transfers bereits niedergeschlagen haben.

Die Schwierigkeiten im Hinblick auf die Wahl der geeigneten Bezugseinheit lassen sich jedoch überwinden, wenn zwischen zwei Fragestellungen sorgfältig unterschieden wird. In Redistributionsanalysen kann einmal versucht werden, die Veränderung der Primärverteilung durch die Umverteilungstätigkeit der öffentlichen Hand aufzuzeigen. Dies erfolgt gewöhnlich durch einen Vergleich der Primär- und Sekundärverteilung¹⁾, wobei in diesem Fall den Transfereinkommen auf der einen Seite die Einkommensabzweigungen durch direkte Steuern und Beiträge auf der anderen Seite gegenübergestellt werden.²⁾ In gleicher Weise ist es möglich, die Verteilungswirkungen einzelner Steuer- oder Ausgabenarten oder des gesamten öffentlichen Haushalts auf die Primärverteilung zu untersuchen. Beispielhaft sei auf die Untersuchung von Okner hingewiesen, in der er u.a. die Einkommensverteilung vor und nach Berücksichtigung ausgewählter Steuern und Transfers anhand der Lorenzkurve bzw. des Gini-Koeffizienten darstellt.³⁾

1) Siehe S.18

2) Vgl. U. Gruber, Vorüberlegungen, a.a.O., S.137

3) Vgl. B.A. Okner, Individual Taxes and the Distribution of Income, in: J.D. Smith (ed.), The Personal Distribution of Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.39, New York 1975, S.63 ff; siehe auch J.A. Pechman, Distribution of Income, a.a.O., S.186 ff

Um eine andere Fragestellung handelt es sich hingegen, wenn die Höhe der Belastung der Haushalte durch die Besteuerung ermittelt werden soll. In diesem Fall soll geklärt werden, welchen Einkommensanteil die Haushalte an Steuern zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen aufbringen. Hierbei steht also nicht die Veränderung der Primärverteilung im Mittelpunkt der Betrachtung. Die Bestimmung der relativen Steuerbelastung erfordert nunmehr eine Bezugsgröße, in der die Transfer-einkommen eingeschlossen sind. Die Berechtigung dieser Forderung wird deutlich, wenn die Q_i -Werte von Rentner-haushalten berechnet werden sollen. Blieben hier die Transfers unberücksichtigt, ergäben sich Steuerbelas-tungsquoten, die die tatsächlichen Verhältnisse die-ser Haushalte nicht zutreffend wiedergeben würden. So könnten sich bei einem entsprechend niedrigen Leistungs-einkommen Steuerbelastungsquoten errechnen, die 100% und höher sind.

Das Vorgehen von Barna, die Verteilungswirkung der direkten Steuern auch an dem "unadjusted producers' income" zu messen, ist somit nur vertretbar, wenn die Transfereinkommen nicht durch direkte Abgaben belastet sind oder andernfalls die Steuersumme entsprechend ge-kürzt wird.¹⁾ Die Belastung der Einkommen durch in-direkte Steuern mißt Barna zu Recht nur an dem "nomi-nal unadjusted producers' income". Dieser Untersuchungs-ansatz berücksichtigt somit die Tatsache, daß Steuern aus dem Leistungs- sowie dem Transfereinkommen ent-richtet werden. Soll also in einer Redistributionsana-lyse die relative Steuerbelastung der Haushalte er-mittelt werden, sind die Transfereinkommen in die Be-

1) Wie aus den Tabellen 12 und 13 hervorgeht, ist die Steuersumme unverändert.

zugseinheit einzubeziehen.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß Metze die Nettowirkung der Besteuerung auf der Grundlage des Leistungseinkommens zuzüglich der Transfers hätte bestimmen müssen. Ebenso wäre dann folgerichtig das um die Transfers erweiterte Einkommen des Standardhaushalts als Bezugsgröße zur Ermittlung der hypothetischen Abgaben heranzuziehen. Metze legt hingegen, wie erwähnt, seinen Berechnungen das steuerlich erfaßte Leistungseinkommen ohne Einbeziehung der Übertragungseinkommen zugrunde.

Die Verteilungswirkungen der Transfers bzw. der öffentlichen Ausgaben mißt man zweckmäßigerweise nur an der Höhe des Leistungseinkommens. In diesem Fall erhält man Auskunft über die Höhe des Anteils der Einkommenszurechnungen am Leistungseinkommen.

Das uneinheitliche Vorgehen im Hinblick auf die Ermittlung der Verteilungswirkung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben liegt in der Bildung von Quoten begründet.¹⁾ Würde man sich auf den Ausweis absoluter Abgaben- oder Einnahmenbeträge beschränken, verliert die Frage der Wahl der richtigen Bezugseinheit an Bedeutung.²⁾ Gleichzeitig würde man jedoch darauf verzichten, die Bedeutung

1) In seiner kürzlich erschienen Veröffentlichung bezieht Okner hingegen Steuern sowie Transfers auf ein Einkommenskonzept, in dem Transfereinkommen nicht enthalten sind. Dies ist vermutlich darin begründet, daß Okner bemüht ist, auch die Verteilungswirkungen der Steuern und die der Transfers zugleich darzustellen. Siehe B.A. Okner, Individual Taxes, a.a.O., S.53 ff

2) Bezeichnenderweise weist Metze nirgends die Steuerbelastungsquote des Standardhaushalts aus.

eines Steuerbetrags für einen Haushalt beurteilen zu können.

Von diesen beiden Fragestellungen ist noch eine dritte zu unterscheiden, nämlich die nach der Höhe des Anteils des öffentlichen Sektors am Sozialprodukt. Hierbei soll also die Höhe des Ressourcentransfers an den öffentlichen Sektor ermittelt werden. In diesem Fall sind die Transfers nicht in die Bezugseinheit einzu-beziehen.¹⁾

In einigen Untersuchungen werden die von einer Einkommensschicht aufgebrachten Steuern und die ihr zuge-rechneten Ausgaben saldiert und ggf. dann die rela-tive Nettobelastung bzw. Nettobegünstigung ermittelt. Es werden also die Verteilungswirkungen der gesamten öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zusammengefaßt. Sind Steuer- und Ausgabensumme gleich hoch, handelt es sich um die Darstellung der totalen Redistribution. Andernfalls spricht man von einer partiellen Redistri-bution, wobei meist von den gesamten Steuern die Trans-fereinkommen abgezogen werden.

Auch Barna ermittelt die totale sowie partielle Re-distribution.²⁾ Bei der partiellen Redistribution ist die Differenz zwischen der Summe der Steuern und Transfers für alle Einkommensgrößenklassen mit Aus-nahme der untersten negativ. Auf welche Bezugseinheit die Nettoabgaben zu beziehen sind, ist in diesem Fall nicht eindeutig zu klären. Barna mißt die Nettobela-stung an dem "unadjusted producers' income". Es zeigt sich auch hier der Vorteil, zwischen den Verteilungs-

1) Siehe S. 231 ff

2) Siehe T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.225 ff

wirkungen der Besteuerung und den der öffentlichen Ausgaben zu unterscheiden.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß Barna auch die Steuerbelastung der verschiedenen Einkommensarten zu ermitteln versucht, wenngleich er diese Angaben nicht nach Einkommensgrößenklassen differenziert.¹⁾

Nach Barna ergeben sich folgende Belastungsquoten durch direkte und indirekte Steuern:²⁾

Gewinneinkommen	:	35%
Gehälter	:	22%
Löhne	:	18%
Transfereinkommen	:	16%

Die Darstellung der Umverteilungswirkung nach Einkommensarten³⁾ verdient vor allem dann besondere Beachtung, wenn die verschiedenen Einkommensarten unterschiedlich hoch besteuert werden.

1) Vgl. T. Barna, Redistribution, a.a.O., S.191 ff

2) Ebenda, S.193, Tab.50

3) Vgl. dazu U. Gruber, Vorüberlegungen, a.a.O., S.138

5. Kapitel

Die Untersuchungsperiode

5.1. Die Redistributionsanalyse von Stauffacher - Darstellung und Würdigung

In Redistributionsanalysen umfaßt die Untersuchungsperiode gewöhnlich ein Jahr. Selten wird ein längerer Zeitraum zugrundegelegt. Eine Ausnahme bildet hingegen die Arbeit von Stauffacher.¹⁾ Er versucht die Redistributionswirkung für den Zeitraum 1930-1939 (USA) zu analysieren, wobei er in Ergänzung dazu bemüht ist, diese auch für ausgewählte Jahre (1929 und 1936) aufzuzeigen.

In seinen Ausführungen gibt Stauffacher die Steuer-summe der Jahre 1930 - 1939 mit 39,7 bzw. 39,9 Mrd.\$ an.²⁾ In die Redistributionsanalyse bezieht er jedoch nur 37,2 Mrd. \$ oder 93 % ein mit der Begründung, daß der vernachlässigte Steuerbetrag nicht auf Einkommensgrößenklassen verteilt werden kann.³⁾ Unverständlich ist, daß die Summe der in die Redistributionsanalyse einbezogenen "personal income tax" höher ist als der für diese Steuerart in diesem Zeitraum insgesamt angefallene Betrag.⁴⁾ Von den Staatsausgaben in Höhe von 66,1 Mrd. \$ läßt er ebenfalls

-
- 1) C. Stauffacher, The Effect of Governmental Expenditures and Tax Withdrawals upon Income Distribution, 1930 - 1939, in: Public Policy II, Yearbook of the Graduate School of Public Administration, Cambridge 1941, S. 232 ff
 - 2) Ebenda, S. 240 und S. 245, Tab. 3
 - 3) Ebenda, S. 240, Anm. 20
 - 4) Die Einnahmen aus der "personal income tax" für den Zeitraum 1930-1939 belaufen sich nach den Angaben von Stauffacher auf 7,998 Mrd.\$. In die Analyse bezieht er jedoch 8,288 Mrd.\$ ein. Siehe C. Stauffacher, The Effect..., a.a.O., S. 245, Tab. 3 und S. 251, Tab. 4

einen Teil, nämlich 6,8 Mrd. \$ bzw. 10,3 % unberücksichtigt.¹⁾ Stauffacher berechnet für die Steuern sowie für die Ausgaben den jeweiligen Anteil am Einkommen. Zudem saldiert er die Steuern und zugerechneten Einkommen je Einkommensgrößenklasse, wobei 3 von 7 Werten nicht richtig wiedergegeben sind.²⁾

Wie aus der Tabelle 15 zu ersehen ist, steigt in dem Zeitraum von 1930 - 1939 der Steuersatz mit steigendem Einkommen, wobei die für heutige Verhältnisse niedrige relative Steuerbelastung auffällt (vgl. Spalte 5). Nur für die letzte offene Einkommensgrößenklasse ergibt sich mit einem sprunghaften Anstieg von 20 Prozentpunkten gegenüber der vorausgehenden Einkommensgrößenklasse eine Steuerbelastungsquote, die sich der Größenordnung der Nachkriegszeit annähert.

Auf diese hohe Abweichung dieses Q_i -Wertes von der durchschnittlichen Steuerbelastungsquote ist es zurückzuführen, daß das durch die Kennzahlen P , Q , R_{St} , W_{St} und N_{St} gemessene Ausmaß der Umverteilung in der Untersuchung von Stauffacher und Barna in etwa gleich groß ist. Die in der Tabelle 15 angegebenen Werte dieser Kennzahlen sind - mit Ausnahme von P bzw. RP - nicht mit den von Eisner berechneten vergleichbar, wenngleich sie sich größenmäßig nicht wesentlich unterscheiden.³⁾ Eisner bezieht die öffentlichen Ausgaben auf das Einkommen, um den für die Redistribution eingesetzten Einkommensanteil zu berechnen, da seiner Ansicht nach in den Fällen, in denen ein unausgeglichenes Budget vorliegt, immer die größere

1) Vgl. C. Stauffacher, The Effect, a.a.O., S. 240, Anm. 20

2) Ebenda, S. 241, Tab. 1

3) Vgl. G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S. 59

Tabelle 15

Verteilungswirkung der Besteuerung, USA 1930-1939

Einkommen von ... bis unter ... in \$	Bevölkerung * i.v.H.	Einkommen i.v.H.	Steuern i.v.H.	Q_1
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
780	33,3	10,4	5,0	3,3
780- 1 450	33,3	23,9	12,1	3,4
1 450- 2 000	15,2	16,9	9,7	3,7
2 000- 3 000	11,2	17,9	13,4	4,9
3 000- 5 000	4,6	11,2	9,8	5,7
5 000-15 000	1,9	9,9	10,3	6,8
15 000+	0,5	9,8	39,7	27,1
insgesamt:	100,0	100,0	100,0	6,6
in Mrd. \$	---	565,0	37,23	---

*) Die Bevölkerungszahl wird nicht angegeben.

$P = 32,3 \%$; $RP = 182,5$ Mrd. \$;

$U^{ne} = 11,22$ Mrd. \$, $R_{St} = 2,0\%$;

$W_{St} = 30,1 \%$; $N_{St} = 6,1 \%$

Quelle: C. Stauffacher, The Effect,
a.a.O., S.241, Tab. 1 und S.259

Summe im Zähler einzusetzen ist.¹⁾ Da die in der Untersuchung berücksichtigten Ausgaben die Steuern um 22,1 Mrd. \$ übertreffen, erhält er auch deshalb einen höheren Q-Wert (11,7 %) als in der Tabelle 15 angegeben. Zudem setzt er nicht die verrechneten Ausgaben, sondern die tatsächlichen Ausgaben in den Zähler ein.

Die entsprechenden Werte für die Jahre 1929 und 1936 zeigen die Tabellen 16 und 17. Ein Vergleich verschiedener Redistributionsanalysen ist in der Regel nur dann aufschlußreich, wenn die Klassenintervalle jeweils übereinstimmen. Wenngleich diese Voraussetzung hier nicht erfüllt ist, erscheint eine Gegenüberstellung der Ergebnisse insofern sinnvoll, als mit Ausnahme der höchsten Einkommensgrößenklasse im Jahr 1929 ein nahezu proportionales Steuersystem vorliegt. So differiert die Steuerbelastungsquote im Jahr 1929 innerhalb des Einkommensbereichs 0 - 28 000 \$ nur um 1,1 Prozentpunkte. In diesem Fall verliert die Zurechnung der Einkommen nach Einkommensgrößenklassen an Bedeutung. Nach der Tabelle 17 ist die relative Steuerbelastung im Jahr 1936 durchwegs höher als im Jahr 1929. Zudem zeichnet sich im Jahr 1936 ein bescheidener progressiver Steuerverlauf ab. Bemerkenswert ist wiederum die hohe Steuerbelastungsquote der letzten Einkommensgrößenklasse gegenüber der vorausgehenden. Der Q_1 -Wert steigt zwischen diesen Klassenintervallen im Jahr 1936 um 17,3 Prozentpunkte auf 28,4 %. Im Jahr 1929 beträgt die relative Steuerbelastung der Einkommen ab 28 000 \$ dagegen nur 11,7 %.

Stauffacher erläutert nicht, auf welcher Zurechnungseinheit seine Berechnungen basieren. Er gibt die Verteilung der Bevölkerung nach Einkommensgrößenklassen an,

1) Vgl. G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S. 39

Tabelle 16

Verteilungswirkung der Besteuerung, USA 1929

Einkommen von ... bis unter ... in \$ (1)	Einkommen* i.v.H. (2)	Steuern i.v.H. (3)	Q_i (4)
- 1 100	8,3	4,6	2,4
1 100- 1 750	13,3	9,4	3,0
1 750- 2 500	15,1	8,2	2,4
2 500- 3 750	14,8	10,7	3,1
3 750- 7 500	17,2	9,3	2,3
7 500-28 000	13,9	10,8	3,4
28 000+	17,4	47,0	11,7
insgesamt:	100,0	100,0	4,3
in Mrd. \$	81,823	3,530	---

*) Die Verteilung des Einkommens ist aus den Q_i -Werten berechnet worden.

$U^{ne} = 1,04$ Mrd. \$; $R_{St} = 1,3$ %; $W_{St} = 29,5$ %;

P, RP und N_{St} können wegen fehlender Angaben nicht berechnet werden.

Quelle: C. Stauffacher, The Effect,
a.a.O., S.244, Tab. 2

Tabelle 17

Verteilungswirkung der Besteuerung, USA 1936

Einkommen von ... bis unter ... in \$	Bevölkerung i.v.H.	Einkommen i.v.H.	Steuern i.v.H.	Q_i
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
- 780	33,3	10,4	5,7	3,4
780- 1 450	33,3	23,9	14,5	3,7
1 450- 2 000	15,2	16,9	10,4	3,7
2 000- 3 000	11,2	17,9	11,9	4,0
3 000- 5 000	4,6	11,2	9,8	5,3
5 000-15 000	1,9	9,9	9,9	6,1
15 000+	0,5	9,8	37,8	23,4
insgesamt:	100,0	100,0	100,0	6,1
in Mrd. \$	---	63,57	3,856	---

$P = 32,3 \%$; $RP = 20,53$ Mrd. \$;

$U^{ne} = 1,08$ Mrd. \$; $R_{St} = 1,7 \%$;

$W_{St} = 28,0 \%$; $N_{St} = 5,3 \%$

Quelle: C. Stauffacher, The Effect,
a.a.O., S.244, Tab. 2 und S.259

wobei anzunehmen ist, daß es sich ebenso wie bei Barna um eine Verteilung von Einzelpersonen handelt. Desgleichen sind seiner Untersuchung keine Angaben über das gewählte Einkommenskonzept zu entnehmen. Wahrscheinlich bildet die Bezugseinheit das Volkseinkommen, zumindest erfolgt die Verteilung des wie auch immer abgegrenzten Einkommens auf der Basis der Verteilung des Volkseinkommens nach Einkommensgrößenklassen.¹⁾ Eisner vermutet, daß die Einkommenschichtung nach dem "unkorrigierten Brutto-Produzenten-einkommen" vorgenommen wird, wobei er diesen Begriff ebenfalls nicht näher erläutert.²⁾

Bemerkenswert ist, daß die Klassenintervalle in der Ein-Jahres- (1936) und Zehn-Jahres-Betrachtung übereinstimmen. Für das Untersuchungsjahr 1929 sind die Klassenintervalle sogar breiter gewählt als für die 10-jährige Untersuchungsperiode. Somit wäre zu erwarten, daß die Einkommensanteile der unteren (oberen) Einkommensgrößenklassen für den 10-jährigen Untersuchungszeitraum erheblich unter (über) denen liegen, die für die einjährige Untersuchungsperiode von 1936 ermittelt werden, da die in zehn Jahren zugeflossenen Einkommen in der Regel um ein Vielfaches höher sind als die in einem Jahr verdienten Einkommen. Tatsächlich verteilt sich jedoch gemäß der Tabellen 15 und 17 das 10-Jahreseinkommen genauso wie das Einkommen des Jahres 1936. Für das Jahr 1929 liegen die Einkommensanteile der unteren (oberen) Einkommensgrößenklassen sogar unter (über) denen der Jahre 1930 - 1939 und dies bei Klassenintervallen, die breiter sind als in der zehn Jahre umfassenden Untersuchung.³⁾ So ent-

1) Vgl. C. Stauffacher, The Effect, a.a.O., S. 240 und S. 259

2) Vgl. G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S. 58, Anm. zu der Tab. 12

3) Vgl. die Tabellen 15 und 16

fallen in dem Jahr 1929 auf den Einkommensbereich von 0 - 1 750 \$ 21,6 % des Gesamteinkommens, in den Jahren von 1930 - 1939 beträgt hingegen der Einkommensanteil 34,3 %, wobei die Einkommensgrenze dieses Klassenintervalls bereits bei 1 450 \$ liegt.

Die Übereinstimmung der Einkommensanteile für die Untersuchungsperiode 1930 - 1939 und 1936 beruht auf der von Stauffacher angewandten Berechnungsmethode. Er verteilt die Einkommen der Jahre 1930 - 1939 auf der Grundlage eines Indizes, der die Einkommensverteilung des Jahres 1936 wiedergibt (vgl. jeweils die Spalte 3 der Tabellen 15 und 17 für die genannten Zeiträume).¹⁾

Nach Eisner geht aus den Ausführungen von Stauffacher nicht hervor, ob die wiedergegebene Verteilung des Einkommens sich auf ein Jahr oder die Dekade bezieht.²⁾ Gerade auf diesen Punkt geht Stauffacher jedoch verhältnismäßig ausführlich ein. Er weist ausdrücklich darauf hin, daß die Quelle, auf die er zurückgreift, die Daten für das Jahr 1936 wiedergibt. "As that study was made for the year 1936 it is, of course, somewhat faulty to assume that the proportions noted in that year will hold throughout the decade".³⁾

Im Hinblick auf die Verteilung der Steuern und Ausgaben ist jedoch in der Tat nicht nicht geklärt, auf welche Periodenlänge sich die verwendeten Indizes beziehen bzw. wie diese gewonnen werden, wenngleich zu vermuten ist, daß es sich ebenfalls um aus Einjahreswerten abgeleitete Verteilungsschlüssel handelt. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann bedeutet dies also, daß in dieser Untersuchung die Zehnjahreswerte für das Einkommen, die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben

1) Siehe C. Stauffacher, The Effect, a.a.O., S. 240 und S. 259

2) Siehe G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S. 58, Anm. zu der Tab. 12

3) C. Stauffacher, The Effect ..., a.a.O., S. 240.

auf der Basis von Einjahreswerten nach Einkommensgrößenklassen verteilt sind.

Der Aussagewert der Tabelle 15 hängt dann davon ab, ob die verwendeten Verteilungsschlüssel für die Dekade repräsentativ sind oder nicht. Die Indizes gewinnen somit entscheidende Bedeutung. Inwieweit diese tatsächlich als repräsentativ anzusehen sind, kann nicht entschieden werden. Stauffacher äußert sich dazu sehr zurückhaltend. Den Abschnitt, in dem er die von ihm zugrundegelegten Überwälzungshypothesen diskutiert, beschließt er mit der Feststellung: "The main error is probably caused by using a rigid index for the ten year period".¹⁾

Stauffacher gibt keine klärenden Hinweise, aus welchen Gründen er die Redistributionswirkungen für einen zehn Jahre umfassenden Zeitraum darstellt. Es sollen deshalb einige kurze Anmerkungen zu der Bedeutung der Zeiteinheit in empirischen Untersuchungen der Einkommensverteilung bzw. -umverteilung gegeben werden.

5.2. Bedeutung der Zeiteinheit

Es ist einsichtig, daß Einkommensdaten, die eine kurze Zeitspanne, etwa eine Woche oder einen Monat, umfassen, maßgeblich von zufälligen Einflüssen geprägt sein können. Unter diesem Aspekt sind auch Jahresdaten kritisch zu beurteilen, da auch diese nicht immer die "normale" Einkommenssituation der Einkommensempfänger wiedergeben. Mit zunehmender Periodenlänge werden sich jedoch die zufälligen Einkommensschwankungen

1) C. Stauffacher, The Effect, a.a.O., S. 250

weitgehend ausgleichen¹⁾, so daß sich die Streuung der Einkommen verringern wird.

Zu bedenken ist ferner, daß sich z.B. ein Wandel in der Bevölkerungs- und/oder Haushaltsstruktur in der Einkommensverteilung niederschlagen kann.²⁾ Erhöht sich z.B. der Anteil der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen, verstärkt sich die Einkommensungleichheit, da angenommen werden kann, daß die nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Personen ein niedrigeres Einkommen beziehen als die Erwerbstätigen. Die Zunahme der Konzentration der interpersonellen Einkommensverteilung bedeutet nun keineswegs, daß sich die intertemporale Einkommensverteilung in gleicher Weise ändert.³⁾ Mit der Hinwendung von der interpersonellen zu der intertemporalen Einkommensverteilung ist zu erwarten, daß sich die zu beobachtende Ungleichheit der Einkommensschichtung

-
- 1) Vgl. hierzu z.B. D.S. Brady, Research on the Size, a.a.O., S. 20; R.M. Solow, The Inequality, a.a.O., S. 110 f; L.A. Epstein, Measuring the Size, a.a.O., S. 170 f; T. Stark, The Distribution, a.a., S. 8; J. Benus and J.N. Morgan, Time Period, a.a.O., S. 211 f insbesondere S. 215 ff
 - 2) Vgl. J.L. Nicholson, Redistribution of Income, a.a.O., S. 274
 - 3) Vgl. A.B. Atkinson, The Economics, a.a.O., S. 38 f. Bei der intertemporalen Einkommensverteilung geht es um die Frage, wie sich das Lebenseinkommen einer Person über deren Lebensdauer hin entwickelt. Vgl. U. Gruber, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 15; siehe auch E. Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin ..., 1961, S. 56 ff

verringert.¹⁾

Die Analyse des Prozesses der Einkommensverteilung verdeutlicht, daß es unzulänglich ist, Einkommen punktuell zu vergleichen. Die Einkünfte eines Monats oder Jahres bilden nur einen kleinen Ausschnitt aus der sich über das ganze Arbeitsleben erstreckenden Einkommenskurve. Da in manchen Berufen hohe Einkommen erst sehr spät erreicht werden, in manchen dagegen vergleichsweise sehr früh, in einzelnen Berufen wiederum überdurchschnittliche Einkommen überhaupt nur in einer kurzen Zeitspanne erzielt werden, verzerren Momentanvergleiche das wirkliche Bild der Einkommensverteilung.²⁾

1) Vgl. A.R. Prest, The Budget, a.a.O., S. 93 f; A.E. Atkinson, The Economics, a.a.O., S. 36 ff und S. 66 ff. Siehe auch S. Kuznets, Shares of Upper, a.a.O., S. 131 ff. Allerdings darf der Einfluß der Periodenlänge nicht überschätzt werden. So verringert sich nach einer Untersuchung von J. Benus und J.N. Morgan die anhand des Gini-Koeffizienten gemessene Einkommenskonzentration nur unwesentlich, wenn von Ein- auf Drei-Jahresdaten übergegangen wird. Wenngleich die Autoren davor warnen, aus ihren Ergebnissen voreilig Folgerungen abzuleiten, stellen sie fest: "What we can say is that for the population as a whole, the unit of analysis and the measure of income seem to have more effect on measures of inequality than the length of the accounting period". J. Benus und J.N. Morgan, Time Period, a.a.O., S. 224

2) Vgl. G. Bombach, Neue Dimensionen der Lehre von der Einkommensverteilung, Basel 1972, S. 12

Wird der Einkommensverlauf eines Menschen in drei Phasen unterteilt, ist für die erste Phase charakteristisch, daß kein Einkommen erzielt wird und somit zur Finanzierung des Lebensunterhalts und der Ausbildung Schulden aufgenommen werden müssen. In dem zweiten Lebensabschnitt werden die Grundlagen dafür gelegt, daß die Schulden zurückgezahlt werden können. Zugleich wird dafür Sorge getragen, daß in der Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben der Lebensunterhalt gesichert ist. Mit der Zahlung von Versicherungsbeiträgen erhält der einzelne den Status eines Gläubigers. Die von dem einzelnen erworbenen Ansprüche werden in der dritten Lebensphase getilgt. Die beschriebene Gestaltung des Lebens Einkommen kann zugleich als Intergenerationenausgleich interpretiert werden.¹⁾

Damit wird deutlich, daß auch die Belastung durch Steuern bzw. die Begünstigung durch öffentliche Leistungen weitgehend von dem Lebensalter abhängt. In dem zweiten Lebensabschnitt wird in der Regel die Belastung durch Abgaben die Begünstigung durch "benefits" übertreffen, während in der ersten und letzten Phase es umgekehrt sein wird. Dies gilt insbesondere im Rahmen des Systems der sozialen Sicherung.

Als die vornehmliche Aufgabe der Sozialpolitik kann es heute angesehen werden, die im Leben eines Menschen vielseitig auftretende Unstetigkeit des Einkommensflusses zu mildern. Weniger vordringlich erscheint es dagegen, mit Hilfe der Sozialpolitik die Einkom-

1) Vgl. E. Liefmann-Keil, Politische Ökonomie, a.a.O., S. 192 ff

mensungleichheit zu verringern.¹⁾ Nach Schreiber kommen hierbei die zwei Dimensionen der Einkommensumverteilung zum Ausdruck. Im ersten Fall wird auf die Gestaltung des Lebenseinkommens abgestellt. Es handelt sich um eine zeitliche Längsschnittbetrachtung. Zum anderen geht die Einkommensumverteilung in jedem Augenblick quer durch die Bevölkerung. Bei dieser zeitlichen Querschnittbetrachtung steht die Höhe des Einkommens im Mittelpunkt der Betrachtung, das die Erwerbstätigen den vorübergehend oder dauerhaft aus dem Erwerbsprozeß ausgeschiedenen Personen abtreten.²⁾ Gewöhnlich wird die Umverteilung nach diesem Ansatz gemessen. Die danach ermittelten Ergebnisse sind jedoch überhöht.³⁾ "A single year accounting period exaggerates the size of government redistribution by almost any definition of redistribution".⁴⁾

Bei einer zeitlichen Längsschnittbetrachtung wird berücksichtigt, daß mit der Beitragszahlung ein Anspruch auf eine äquivalente Gegenleistung erworben wird. Die Bemessung der Beiträge nach versicherungsmathematischen Grundsätzen führt im Durchschnitt zu einem Ausgleich von Leistung und Gegenleistung. Eine Umverteilung findet in diesem Fall also nicht statt.⁵⁾

Ein Vergleich der Lebenseinkommen führt jedoch zu neuen beträchtlichen Schwierigkeiten. Die Einkommen müssen auf einen einheitlichen Bezugspunkt abgezinst

1) Vgl. W. Schreiber, Die zwei Dimensionen der Einkommens-Umverteilung, in: H. Allekotte (Hrsg.), Wilfrid Schreiber-Zum System sozialer Sicherung, Köln 1971, S. 39 ff

2) Ebenda, S. 42

3) Siehe A.R. Prest, The Budget, a.a.O., S. 94

4) M. Reynolds and E. Smolensky, The Post Fisc, a.a.O., S. 525

5) Vgl. W. Schreiber, Die zwei Dimensionen, a.a.O., S. 42 sowie M. Reynolds and E. Smolensky, The Post Fisc, a.a.O., S. 526

werden, wobei die Auswahl des Zinssatzes problematisch ist.¹⁾ Zudem ist zu berücksichtigen, daß die Einkommen in verschiedenen Lebensabschnitten nicht den gleichen Nutzen stiften. In jungen Jahren ist ein hohes Einkommen begehrenswerter als gegen Ende des Erwerbslebens. Über diese Zeitpräferenzen bestehen jedoch nur sehr ungenaue Vorstellungen.²⁾ Das analytische Konzept des Lebenseinkommens ist eher auf die Einzelperson als auf den Haushalt zugeschnitten, zumal die Änderung der Größe und Zusammensetzung des Haushalts im Zeitablauf die Interpretation der Ergebnisse erschweren.³⁾ Zu wünschen ist daher, die Lebensdaten über das Einkommen, die Steuern und Einkommenszurechnungen für eine gegebene Kohorte zu erhalten.⁴⁾ Dies wird jedoch kaum zu realisieren sein.⁵⁾ Somit werden die Berechnungen wohl auch weiterhin im Rahmen einer kurzfristigen Betrachtung durchgeführt. Ist man sich also weithin darüber einig, daß eine Analyse des Lebenseinkommens unter Berücksichtigung der Redistributionseffekte wünschenswert ist, nimmt man angesichts

-
- 1) Vgl. A.B. Atkinson, *The Economics*, a.a.O., S. 39
 - 2) Vgl. G. Bombach, *Neue Dimensionen*, a.a.O., S. 13
 - 3) Vgl. D. Brady, *Research*, a.a.O., S. 21
 - 4) Siehe A.R. Prest, *The Budget*, a.a.O., S. 94
 - 5) Eine Kohortenanalyse haben jedoch z.B. durchgeführt G. Katona und J.A. Fisher, *Postwar Changes*, a.a.O., S. 62 ff; J.B. Lansing und J. Sonquist, *A Cohort Analysis of Changes in the Distribution of Wealth*, in: L. Soltow (ed.), *Six Papers on the Size Distribution of Wealth and Income*, *Studies in Income and Wealth*, Vol. 33, New York 1969, S. 31 ff

der kaum lösbaren Schwierigkeiten davon Abstand.¹⁾
"Life-span data would be the ideal, but that is quite impracticable".²⁾

1) Vgl. z.B. S. Kuznets, Quantitative Aspects
....., a.a.O., S. 8 f

2) T. Stark, The Distribution, a.a.O.,
S. 8. Im gleichen Sinn äußern sich auch
J.A. Pechman and B.A. Okner, Who Bears the
Tax Burden?, Washington 1974, S. 18 f. Ein-
schränkend ist allerdings hinzuzufügen, daß
es maßgeblich auf die Fragestellung ankommt,
die mit einer empirischen Untersuchung beant-
wortet werden soll. Ist es z.B. das Ziel,
die Höhe der Einkommen der Rentnerhaushalte
im Zeitablauf zu verfolgen, ist das Konzept
des Lebenseinkommens ungeeignet. Vgl. A.B.
Atkinson, Poverty and Income, a.a.O.,
S. 45 f

6. Kapitel

Berücksichtigung von Geldwertschwankungen in Redistributionsanalysen - Die Arbeit von Weaver

6.1. Darstellung und Würdigung der Untersuchungsergebnisse

Weaver ermittelt die Verteilungswirkungen der Steuern und Ausgaben für die Jahre 1938, 1947, 1948 sowie 1949.¹⁾ Seinen Ergebnissen kommt insofern besondere Bedeutung zu, als er die Berechnungen für diese Jahre nach den gleichen Methoden durchführt. Die erwünschte zeitliche Vergleichbarkeit der Verteilungswirkungen im Zeitablauf ist deshalb gewährleistet. Weaver unterscheidet drei Einkommensgrößenklassen. Jahreseinkommen unter 500 £ ordnet er

1) Siehe F. Weaver, Taxation and Redistribution in the United Kingdom, in: RES, Vol.32, 1950, S. 201 ff. Diese Untersuchung liegt zeitlich weit zurück. Eine sich auf aktuelle Daten beziehende Redistributionsanalyse, bei der die Verteilung der Einkommen nach Einkommensgrößenklassen unter Berücksichtigung von Geldwertschwankungen dargestellt wird, war jedoch nicht greifbar. Den Einfluß verschiedener alternativer Inflationsraten auf die gegebene Einkommensverteilung untersuchen E.C. Budd und D.F. Seiders, wobei allerdings die Anordnung der Zurechnungseinheiten nach Anteilen erfolgt. Siehe B.C. Budd and D.F. Seiders, The Impact of Inflation on the Distribution of Income and Wealth, in: AER, P + P, Vol.61, 1971, S. 128 ff

der "working class" zu (Gruppe A). Daran schließt sich die "middle class" (Gruppe B) an bis zur Einkommensgrenze von 2 0000 £. Als "wealthy" (Gruppe C) gelten jene Einkommensbezieher, deren Einkommen 2 000 £ und höher ist.¹⁾

Als Bezugseinheit wählt Weaver das "private producers' income". Dieses Einkommenskonzept enthält das Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich dem Einkommen des Staates. Die unverteiltten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sind somit eingeschlossen. Bemerkenswert ist, daß sein Einkommenskonzept auch die Zinsen der öffentlichen Hand umfaßt.²⁾ Die Zurechnungseinheit bildet der Steuerpflichtige, wobei die Einkommen von beiderseitig verdienenden Ehegatten zusammengefaßt werden.³⁾ Die Einkommensschichtung erfolgt auf der Grundlage des zu versteuernden Einkommens. Dieses ist niedriger als das "private producers' income". Die Einkommensdifferenz weist Weaver überwiegend der "working class" zu, da er zu Recht annimmt, daß es sich hierbei überwiegend um solche Einkommen handelt, die noch nicht der Einkommensteuer unterworfen sind.⁴⁾

Die Untersuchung berücksichtigt direkte und indirekte Steuern. Zu den direkten Steuern zählen neben der Einkommensteuer u.a. die Arbeitnehmerbeiträge zu den sozialen Einrichtungen sowie die Körperschaftsteuer. Verbrauchsteuern und Zölle sowie die Arbeitgeberbeiträge

1) Vgl. F. Weaver Taxation and Redistribution, a.a.O., S. 208

2) Ebenda, S. 202

3) Ebenda, S. 208

4) Ebenda, S. 209

zu den sozialen Einrichtungen - um wiederum einige Abgabearten herauszugreifen - rechnen zu den indirekten Steuern. Eine gesonderte Aufteilung der direkten und indirekten Steuern nach Einkommensgrößenklassen nimmt Weaver allerdings nicht vor.¹⁾

Die Verteilungswirkungen versucht Weaver darzulegen, indem er die Einkommensverteilung vor und nach Berücksichtigung der Steuern und der unmittelbar zurechenbaren Staatsausgaben ausweist. Zudem gibt er die prozentuale Änderungsrate an, um die sich das Einkommen vor und nach der Umverteilung im Zeitablauf ändert (vgl. Tabelle 18, Spalte 3 und 7). Als Basisjahr wählt er das Jahr 1938. Danach hat sich z.B. das Einkommen vor der Umverteilung der "wealthy" von 1938 bis einschließlich 1949 um das 2,59-fache erhöht, das Einkommen nach Umverteilung dieser Einkommensgrößenklasse dagegen nur um das 1,74-fache. Eine Gegenüberstellung dieser Werte auch für die übrigen Einkommensgrößenklassen zeigt, daß in dem Zeitraum 1938 - 1949 das Einkommen nach der Umverteilung für jede Einkommensgrößenklasse (mit einer Ausnahme im Jahr 1949) weniger ansteigt als das Einkommen vor der Umverteilung. So entsteht der Eindruck, daß sich sämtliche Einkommensgruppen nach der Umverteilung schlechter (abgesehen von der erwähnten Ausnahme) stehen als vor der Umverteilung. Dieses ungewöhnliche Ergebnis beruht darauf, daß Weaver, wie aus der Tabelle 18 zu sehen ist, die direkten und indirekten Steuern in voller Höhe einbezieht, dagegen nur einen Teil der Staatsausgaben. So werden z.B. in den Jahren 1938 und 1949 nur 40,0 bzw. 50,3 % des Steuerbetrages als unmittelbar zuteilbare Staatsausgaben berücksichtigt.

Dieses Vorgehen ist insofern bedenklich, als Weaver auf der Grundlage seiner Ergebnisse Folgerungen im

1) Nur für die Jahre 1938 und 1949 werden die direkten und indirekten Steuern getrennt ausgewiesen. Siehe F. Weaver, Taxation, a.a.O., S.202, Tab.1

Tabelle 18

Verteilungswirkung der Steuern und der unmittelbar zurechenbaren Staatsausgaben,
Großbritannien 1938, 1948 und 1949

Gruppe	Einkommen (E) i. v. H.	Index	Steuern i. v. H.	G _i i. v. H.	E nach der Umverteilung i. v. H.	Index
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1938	A	54	100	43	89	61
	B	30	100	26	11	30
	C	16	100	31	0	9
	insges.	100	100	100	100	100
	in Mill. £	4 875	1 173	469	4 171	---
1948	A	55	218	41	75	68
	B	25	177	25	16	23
	C	20	263	34	9	9
	insges.	100	213	100	100	193
	in Mill. £	10 387	4 263	1 919	8 043	---
1949	A	56	229	41	76	69
	B	25	180	25	16	23
	C	19	259	34	8	8
	insges.	100	219	100	100	204
	in Mill. £	10 675	4 332	2 178	8 521	---

* G_i = Transfers und unmittelbar zurechenbare Staatsausgaben

Quelle: F. Weaver, Taxation, a.a.O., S.208, Tab. 2

Hinblick auf das Ausmaß der Umverteilung und seiner im Zeitablauf eingetretenen Veränderung ableitet. Er kommt zu dem Schluß, daß sich keine nennenswerte Redistribution in diesem Zeitraum entwickelt hat. "The outstanding feature of the postwar growth in redistribution is not of taking from the 'classes' and giving to the 'masses'"¹⁾

Mit der Gegenüberstellung der Einkommen vor und nach der Umverteilung werden jedoch die Redistributions-effekte nur unzureichend verdeutlicht, da Weaver eine Neugruppierung der Zurechnungseinheiten nicht vornimmt. Somit können die in der Spalte 6 der Tabelle 18 ausgewiesenen prozentualen Einkommensanteile nicht als die Einkommensverteilung nach der Umverteilung interpretiert werden.

Die zur Verfügung stehenden Angaben erlauben jedoch die Berechnung von Anteilen. So ist es möglich, den Anteil der um die unmittelbar zurechenbaren Staatsausgaben gekürzten Steuern am Einkommen zu berechnen. Problematisch ist in diesem Fall jedoch - wie erwähnt²⁾ - die Wahl der Bezugseinheit, da nicht eindeutig geklärt werden kann, ob die Bezugseinheit die Transfers umfassen soll oder nicht. Deshalb ist es zweckmäßig, wiederum zwischen

1) F. Weaver, Taxation, a.a.O., S. 201. Peacock und Browning äußern sich in ihrer Untersuchung ausführlich zu dem Vorgehen von Weaver. Sie betonen, daß diese Methode einer fehlerhaften Interpretation der Ergebnisse Vorschub leistet. Wenn die Steuern und Ausgaben einer Einkommensgrößenklasse gleich groß sind, besteht die Gefahr anzunehmen, daß keine Redistribution stattfindet. Vgl. A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services, a.a.O., S. 156 ff. In der Tat besteht der Eindruck, daß Weaver bei der Beurteilung seiner Ergebnisse die Mängel einer partiellen Redistributionsanalyse nicht genügend berücksichtigt.

2) Siehe S. 117

den Verteilungswirkungen der öffentlichen Einnahmen und der der Ausgaben zu trennen. Die Tabelle 19 gibt die Verteilungswirkung der Besteuerung für die Jahre 1938, 1948 und 1949 wieder, wobei zu dem "private producers' income" die Übertragungseinkommen hinzugerechnet worden sind.

Diese Berechnungen zeigen einen bemerkenswerten Anstieg des Anteils der Steuern am Einkommen von ca. 23 % in dem Jahr 1938 um 15 Prozentpunkte auf knapp 38 % in den Jahren 1948 und 1949. Die von Weaver für die Jahre 1938, 1948 und 1949 berechneten Steuerbelastungsquoten Q sind höher als in der Tabelle 19, da er die Transfereinkommen nicht zum "private producers' income" hinzurechnet.¹⁾

Der Anstieg der relativen Steuerbelastung in dem Zeitraum von 1938 bis 1949 verteilt sich nicht gleichmäßig auf die drei Einkommensgrößenklassen. Am stärksten hat sich die relative Steuerbelastung der "middle class" mit 86 % erhöht, die der "working class" liegt mit ca. 55 % knapp unter dem Durchschnitt von 64 %. Dagegen nimmt sich der Anstieg der Steuerbelastungsquote der "wealthy" mit ca. 47 % noch bescheiden aus. Der Anteil des durch die Besteuerung umverteilten Einkommens am Gesamteinkommen beläuft sich im Jahr 1938 auf 3,7 % und erreicht im Jahr 1949 einen Wert von 6,0 %. Die Umverteilungswirksamkeit des Steuersystems hat sich - vergleicht man nur die Jahre 1938 und 1949 - nicht verändert. Die im Zeitablauf durch das Steuersystem verstärkt hervorgerufene Einkommensumverteilung - gemessen an der Veränderung der Netto-

1) Vgl. F. Weaver, Taxation, a.a.O., S. 201

Tabelle 19

Verteilungswirkung der Besteuerung, Großbritannien
1938, 1948 und 1949

	Gruppe	Einkommen und Transfers i.v.H.	Steuern i.v.H.	Q_i
	(1)	(2)	(3)	(4)
<u>1938</u> *	A	56	43	17,3
	B	29	26	20,7
	C	15	31	46,6
insgesamt:		100	100	22,8
in Mrd. £:		5,147	1,173	---
$U^{ne} = 189 \text{ Mill. £}; R_{St} = 3,7 \%; W_{St} = 16,1 \%$				
<u>1948</u>	A	56	41	27,7
	B	25	25	39,1
	C	19	34	66,0
insgesamt:		100	100	37,9
in Mrd. £:		11,258	4,263	---
$P = 24,0 \%; RP = 2,70 \text{ Mrd. £}; U^{ne} = 644 \text{ Mill. £};$ $R_{St} = 5,7 \%; W_{St} = 15,1 \%; N_{St} = 23,8 \%$				
<u>1949</u> *	A	71	41	26,9
	B	13	25	38,5
	C	16	34	68,7
insgesamt:		100	100	37,4
in Mrd. £:		11,594	4,332	---
$U^{ne} = 699 \text{ Mill. £}; R_{St} = 6,0 \%; W_{St} = 16,1 \%$				

*) Für die Jahre 1938 und 1949 können P , RP und N_{St} wegen fehlender Angaben nicht berechnet werden.

Quelle: F. Weaver, Taxation, a.a.O., S.208, Tab. 2

umverteilungsmasse - kommt ausschließlich der Gruppe A zugute. Die Potentialquote P und damit auch das Redistributionspotential sowie der Nivellierungskoeffizient N_{St} lassen sich nur für das Jahr 1948 berechnen, wobei auch für dieses Jahr nur die Verteilung der Bevölkerung und nicht die der "Steuerpflichtigen" auf Einkommensgrößenklassen vorliegt.

Ein Vergleich der Untersuchungsergebnisse von Barna und Weaver für das Jahr 1938 zeigt, daß nach Barna ein größerer Teil des Einkommens umverteilt wird als nach Weaver. Dies ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß Weaver nur drei Einkommensgrößenklassen unterscheidet. Die dadurch einhergehende Breite der Klassenintervalle bedingt, daß ein Teil der Umverteilungswirkungen nicht zur Geltung kommt.

6.2. Ausschaltung von Geldwertänderungen

Weaver ist bestrebt, aus seinen Untersuchungsergebnissen Folgerungen auf die im Zeitablauf eingetretenen Änderungen des Lebensstandards der drei Gruppen abzuleiten.¹⁾ Er geht davon aus, daß die Einkommenshöhe hinreichend genaue Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung erlaubt. Allerdings ist es dann notwendig, die im Zeitablauf eingetretene Änderung des Geldwertes zu berücksichtigen. Hierbei stehen zwei Möglichkeiten offen: Zum einen kann man die Einkommensverteilung auf der Grundlage der Realeinkommen bestimmen. In diesem Fall sind auch die einbezogenen Steuern und die Staatsausgaben dem geänderten Geldwert anzugleichen.²⁾ Zum anderen ist es denkbar, der Kaufkraftänderung durch Variation der Klassen-

1) Siehe F. Weaver, Taxation ..., a.a.O., S. 210 ff

2) Vgl. dazu A.R. Prest, The Budget, ..., a.a.O., S. 92

intervalle Rechnung zu tragen. Weaver entscheidet sich für den letzten Weg. Er wählt das Jahr 1948 als Basisperiode zur Festlegung der Einkommensgrenzen der Klassenintervalle.¹⁾ Somit variiert er gemäß der gegenüber dem Jahr 1948 eingetretenen Geldwertänderungen die Klassenbreite in den Untersuchungen der sonstigen Jahre. Die Klassenintervalle können nach der nachstehenden Formel an Geldwertschwankungen angeglichen werden:

$$EG_{t+1} = \frac{EG_t \cdot P_{t+1}}{P_t} ; \text{ hierbei bedeuten:}$$

EG_{t+1} = die dem geänderten Geldwert angegliche Einkommensgrenze einer Einkommensgrößenklasse in der Periode $t+1$

EG_t = Einkommensgrenze einer Einkommensgrößenklasse in der Basisperiode t

P_{t+1} = Preisindex in der Periode $t+1$

P_t = Preisindex in der Basisperiode $t = 100\%$

Mit dem von Weaver verfolgten Weg ist sichergestellt, daß z.B. der "working class" in jeder Untersuchungsperiode ein Einkommen zugerechnet wird, das der Kaufkraft von 500 £ im Jahr 1948 entspricht. Ein Steuerpflichtiger, der im Jahr 1938 ein Einkommen von 500 £ erhält, zählt - wenn als Basisjahr eine nachfolgende Periode gewählt wird - unter Berücksichtigung der im Zeitablauf eingetretenen Preissteigerungen somit im Jahr 1938 zu der "middle class". Beide Verfahren - die Angleichung des Einkommens oder der Klassenintervalle zur Bereinigung von Geldwertänderungen - führen im Hinblick auf die prozentualen Einkommensanteile und Belastungsquoten der Einkommensgrößenklassen zu

1) Siehe F. Weaver, Taxation, a.a.C., S. 208 f; vgl. auch G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, S. 52, Anm. zu der Tab. 9

den gleichen Ergebnissen. Desgleichen stimmen auch die relativen Einkommensanteile nach der Umverteilung überein. Soweit ist gegen das Verfahren von Weaver nichts einzuwenden. Zu beachten ist jedoch, daß die Steigerungsraten des Einkommens unterschiedlich hoch ausfallen, je nachdem, ob das Einkommen oder die Klassenbreite dem geänderten Geldwert angeglichen wird.

Ist Y_t^i und Y_{t+1}^i das Einkommen der i -ten Einkommensgrößenklasse in der Periode t bzw. $t+1$, verändern sich bei Berücksichtigung von Geldwertänderungen die nominalen Einkommensbeträge, wenn diese in Preisen der Basisperiode ausgedrückt werden. Nur wenn der Preisindex in den Perioden t und $t+1$ gleich ist, bleibt das Verhältnis der Einkommensbeträge unverändert. Würden also die Einkommen von 1938 und 1949 in Preisen des Jahres 1948 ausgedrückt, hätte dies zur Folge, daß die nominalen Einkommensbeträge des Jahres 1938 erhöht und die des Jahres 1949 deflationiert werden müßten. Dagegen werden bei dem von Weaver verfolgten Weg in der Tabelle 18 die unveränderten nominalen Einkommensbeträge ausgewiesen. Die Feststellung, daß das Einkommen der "working class" von 1938 bis 1949 um das 2,29-fache ansteigt, ist angesichts des in der Zwischenzeit eingetretenen Kaufkraftverlustes somit keinesfalls einer realen Einkommenssteigerung gleichzusetzen. Dieser Wert ist entsprechend des Geldwertschwundes überhöht. Ebenso dürfen die angegebenen Einkommensänderungen nach der Umverteilung - sieht man von der fehlenden Neugruppierung der Einheiten einmal ab - nicht als reale Einkommenssteigerungen interpretiert werden.

Für die "working class" bestimmt Weaver außerdem die im Zeitablauf eingetretenen realen Einkommensänderungen vor und nach der Umverteilung. Danach steigt das Einkommen dieser Gruppe von 1938 bis 1949 in den Preisen des Jahres von 1938 um 786 Mill. £. Die in dem ge-

nannten Zeitraum gegenüber 1938 zusätzlich zu entrichtenden direkten und indirekten Steuern belaufen sich in konstanten Preisen auf 510 Mill.£. Die unmittelbar zurechenbaren Staatsausgaben stiegen um 322 Mill.£.¹⁾ Diese Angaben erlauben, den realen prozentualen Einkommenszuwachs vor und nach der Umverteilung zutreffend zu berechnen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß Weaver offensichtlich wiederum die gesamten Steuern einem Teil der Ausgaben gegenüberstellt. Insofern ist seine Interpretation des Ergebnisses irreführend. Nach Weaver findet für die "working class" keine Redistribution statt. "Therefore, all the improvement in the working class standard of living in 1948,²⁾ compared with prewar, results from higher income under full employment conditions".³⁾

Die Ermittlung der partiellen Redistribution erscheint angesichts der nicht unbedeutenden Gefahr einer Fehlinterpretation als eine wenig geeignete Lösung. Nun ist aber unbestritten, daß die Berücksichtigung der mittelbar zurechenbaren Ausgaben in Untersuchungen der Einkommensumverteilung kaum lösbare Probleme aufwirft.⁴⁾ Verständlich ist es daher, daß viele Autoren nur die unmittelbar zurechenbaren Staatsausgaben in ihre Untersuchung einbeziehen. Notwendig ist es aber dann, die öffentlichen Einnahmen entsprechend zu kürzen. Problematisch ist dabei die Bestimmung der Verteilungswirkung der zur Finanzierung dieser Ausgaben erforderlichen öffentlichen Einnahmen. Es ist das besondere Verdienst von Peacock und Browning, die hierbei auftretenden Schwierigkeiten sowie einen Lösungsansatz zu ihrer Überwindung aufgezeigt zu haben. In ihrer Un-

1) Siehe F. Weaver, Taxation, a.a.O., S. 212

2) Nach den vorausgehenden Ausführungen muß es sich um das Jahr 1949 handeln.

3) F. Weaver, Taxation, a.a.O., S. 212

4) Vgl. U. Gruber, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 115

tersuchung versuchen die Autoren, die Redistributionswirkungen des Sozialhaushalts von Großbritannien für die Zeit von 1950/51 zu bestimmen. Dieser Studie wollen wir uns nunmehr zuwenden, wobei vornehmlich die Verteilungswirkung der öffentlichen Einnahmen im Mittelpunkt der Betrachtung stehen soll.

7. Kapitel

Bestimmung der Verteilungswirkung des Sozialhaushalts

7.1. Die Untersuchung von Peacock und Browning

7.1.1. Darstellung der Untersuchungsergebnisse

Peacock und Browning ermitteln die Verteilungswirkung des Sozialhaushalts für drei Einkommensgruppen, wobei die Einkommensgrenzen genauso festgelegt werden wie in der Untersuchung von Weaver, ohne jedoch die Einkommensgrößenklassen mit sozialen Gruppen zu identifizieren.¹⁾ Anzunehmen ist, daß die Zurechnungseinheit der Steuerpflichtige bildet, wobei beiderseitig verdienende Ehegatten als ein Steuerpflichtiger erfaßt werden.²⁾ Wie bereits erwähnt, wählen Peacock und Browning anders als Weaver als Bezugseinheit das "taxable income".³⁾

Der Sozialhaushalt Großbritanniens ergibt sich durch Konsolidierung der Einzeletats der verschiedenen Träger der sozialen Sicherung (siehe Tabelle 20).⁴⁾

1) Siehe A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services ..., a.a.O., S.159, Anm.1; ausgehend von der Einkommensgrößenklasse 0-500 sprechen die Autoren von den Gruppen A, B und C.

2) Ebenda, S.176

3) Ebenda, S.176

4) Die Zusammensetzung des Sozialhaushalts wird außer für den Zeitraum von 1950/51 auch für die Perioden 1937/38 und 1947/48 wiedergegeben. Siehe A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services ..., a.a.O., S.144 ff

Tabelle 20

Sozialhaushalt, Großbritannien 1950/51

	i.v.H.	in Mill. £
<u>Einnahmen:</u>		
direkte Steuern	49,3	1 010,0
davon:		
Beiträge der Arbeit- nehmer zur Sozial- versicherung*	11,7	240,1
indirekte Steuern	48,1	983,1
davon:		
Beiträge der Arbeit- geber zur Sozial- versicherung	8,3	169,6
Faktoreinkommen des Staates	2,6	52,6
insgesamt:	100,0	2 045,7
<u>Ausgaben:</u>		
Kauf von Gütern und Diensten**	38,3	783,6
Subventionen	22,2	454,5
Transfers	31,1	635,3
laufender Überschuß der Sozialversicherung	8,4	172,3
insgesamt:	100,0	2 045,7

* = einschließlich der freiwillig Versicherten

** = einschließlich der Ausgaben für Verwaltung

Quelle: A.T. Peacock and P.R. Browning,
The Social Services,
a.a.O., S.148, Tab. IVa

Tabelle 21

Verteilungswirkung des Sozialhaushalts,
Großbritannien 1950/51

	Einkommen von ... bis unter ... in £			
	- 500	500-2000	2000+	insges.
	in Mill. £			
<u>Einnahmen:</u>				
direkte Steuern	76,8	211,5	453,9	742,2
indirekte Steuern	547,1	178,8	60,0	785,9
Beiträge der Arbeitnehmer und Selbständigen zur Sozialversicherung	139,9	30,7	2,1	172,7
Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung	92,6	25,6	3,7	121,9
Einkommen der öffentlichen Hand	41,0	8,9	0,8	50,7
insgesamt:	897,4	455,5	520,5	1873,4
<u>Ausgaben:</u>				
Gesundheit	339,8	73,6	7,1	420,5
Subventionen	378,2	70,8	5,5	454,5
Transfers	582,1	47,6	5,6	635,3
Sonstiges	291,3	71,1	0,7	363,1
insgesamt:	1 591,4	263,1	18,9	1 873,4
Nettowirkung:	+ 694	- 192,4	- 501,6	0

*) Die hier wiedergegebene Aufteilung der Sozialleistungen auf Einkommensgrößenklassen stimmt z.T. mit den Werten der Tabellen VII und VIII nicht überein. Demgemäß differiert auch die Höhe von U_{ne} . So wird in diesen Tabellen z.B. die Höhe der Sozialleistungen der Gruppe A mit 1 607 und von U_{ne} mit 710 Mill. £ angegeben. Eine Erklärung für diese Abweichungen wird nicht gegeben. Siehe A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services, a.a.O., S.158, Tab. VII und S.159, Tab. VIII

Quelle: A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services, a.a.O., S.174/175, Tab. X[†]

Der laufende Überschuß der Sozialversicherung von 172,3 Mill. £ in dem Rechnungsjahr 1950/51 wird den Einkommensgruppen nicht zugerechnet. Somit betragen die empfangenen Sozialleistungen 1 873,4 Mill. £. In entsprechender Höhe werden auch die Abgaben angesetzt.¹⁾ Die Verteilungswirkung des Sozialhaushalts ist aus der Tabelle 21 zu ersehen. Erwartungsgemäß hat die erste Einkommensgruppe eine positive Differenz zwischen den ihr zufließenden Transfereinkommen und den dafür aufzubringenden Finanzierungsmitteln zu verzeichnen. Dieser Gewinn geht zulasten der nachfolgenden Einkommensgruppen.

7.1.2. Bestimmung der Verteilungswirkung der öffentlichen Einnahmen

Aus der konsolidierten Einnahmen- und Ausgabenrechnung für die Aufgaben der sozialen Sicherung ist zu ersehen, daß die in dem Zeitraum 1950/51 von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleisteten Beiträge zur Finanzierung der Sozialleistungen bei weitem nicht ausreichen. Der Anteil dieser Beiträge an den Sozialleistungen beträgt nur 20%. Der weitaus größere Teil der Transfers wird somit aus Steuermitteln finanziert.

Die Zuordnung der Beiträge zur Sozialversicherung auf die Zurechnungseinheiten soll hier nicht näher behandelt werden. Es sei lediglich angemerkt, daß hierbei auch die Frage der Überwälzung von Bedeutung ist. Peacock und Browning nehmen an, daß die Arbeitgeberbeiträge im Gegensatz zu den Arbeitnehmerbeiträgen

1) Die einzelnen Abgaben an den Sozialhaushalt werden jedoch nicht im gleichen Verhältnis gekürzt. Nach welchem Schlüssel die Autoren die Werte in der Tabelle 21, letzte Spalte, berechnet haben, ist nicht zu ersehen.

(einschließlich der Beiträge der Selbständigen) vollständig überwältzt werden können.¹⁾

Es verbleibt nunmehr die Aufgabe, die Verteilungswirkungen der zur Finanzierung der Sozialausgaben herangezogenen Steuern zu bestimmen.

Es entspricht weithin nicht den realen Gegebenheiten anzunehmen, daß das Aufkommen aus einer Steuerart für eine bestimmte Ausgabenart bereitgestellt wird, zumal wenn das Budgetprinzip der Non-Affektation zu beachten ist. Ist man dennoch bestrebt, bestimmte Einnahmen- und Ausgabenarten des Budgets einander zuzuordnen, ist zu klären, wie sich die Einnahmenstruktur ändert, wenn z.B. die Höhe der Sozialleistungen ausgedehnt oder eingeschränkt wird. Um sich hier nicht in Spekulationen ergehen zu müssen, gehen Peacock und Browning von der Annahme aus, daß die dem Sozialhaushalt zugeführten Steuern sich in ihrer Zusammensetzung nicht unterscheiden von der des gesamten öffentlichen Haushalts. "... the taxes used to finance the social services are a microcosm of all taxes".²⁾

Eine Änderung der Zusammensetzung der Einnahmen des öffentlichen Haushalts schlägt sich somit in der Struktur der dem Sozialhaushalt zugewiesenen Steuern nieder. Dieses Vorgehen eröffnet die Möglichkeit, den Einkommensschichten nach Maßgabe des dem Sozialhaushalt zugewiesenen Steuerbetrages die anteiligen direkten und indirekten Steuern zuzurechnen. Nunmehr wird sichtbar, in welcher Höhe eine Einkommensgruppe an der Aufbringung einer bestimmten Einnahmenart zur Finan-

1) Vgl. A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services, a.a.O., S.155 und S.158, Tab.VII

2) Ebenda, S.171

zierung der Sozialleistungen beteiligt ist. Die Einkommensgruppe A trägt z.B. mit ihren Abgaben zu sozialen Sicherung mit knapp 9% zu den ihr zufließenden Sozialleistungen bei (vgl. Tabelle 21). Der Anteil der Beiträge der Arbeitgeber zur sozialen Sicherung ist um ca. 3 Prozentpunkte niedriger. Bemerkenswert hoch ist der Beitrag von 34% an indirekten Steuern dieser Einkommensgrößenklasse an den ihr gewährten sozialen Leistungen. Insgesamt finanziert diese Einkommensgruppe 56,4% der ihr gewährten Sozialleistungen selbst. Eine solche Übersicht ermöglicht einen Finanzierungsnachweis der getätigten Ausgaben.¹⁾

Für eine zutreffende Beurteilung des Umfangs der Redistribution fehlen die entsprechenden Angaben. Wenngleich festgestellt werden kann, daß die Einkommensgruppe A durch den Sozialhaushalt mit 694 Mill. £ begünstigt wird, kann die Bedeutung des absoluten Betrages nicht ersehen werden, da die Einkommenshöhe dieser Gruppe nicht bekannt ist. Zudem kann nicht ersehen werden, in welchem Maße diese Einkommensschicht jeweils durch die Abgaben sowie Sozialleistungen begünstigt wird. Möglich ist nur die Berechnung des Wirksamkeitskoeffizienten W, der sich auf 37,0% beläuft.²⁾ In dieser Höhe führen also die im Rahmen der sozialen Sicherung eingesetzten Mittel zu einer vertikalen Umverteilung.

1) Vgl. U. Gruber, Vorüberlegungen, a.a.O., S.137

2) Eisner gibt für W einen Wert von 37,9% an. Er setzt offensichtlich für U^{ne} den an anderer Stelle angegebenen Betrag von 710 Mill. £ in den Zähler ein. Vgl. G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S.55.

Peacock und Browning berechnen außerdem die Höhe der Nettoabgaben der Einkommensgruppe A, wenn dieser die gesamten Abgaben an den öffentlichen Sektor anteilig zugerechnet werden. Bei einer derartigen Vorgehensweise überrascht nicht, daß für diese Gruppe eine Belastung von 603 Mill. £ ausgewiesen wird.¹⁾ Diese Darstellung kommentieren die Autoren mit dem Hinweis, daß nunmehr der Eindruck einer horizontalen Redistribution vermittelt wird.²⁾ Fraglich ist jedoch, ob nicht schon die obige Übersicht (vgl. Tabelle 21) diesen Gedanken nahelegt. Der Finanzierungsanteil der Gruppe A an den gesamten Sozialausgaben beträgt 48%, der der Einkommensgruppen B und C 24% bzw. 28%. Hensen zitiert die Untersuchungsergebnisse von Peacock und Browning gerade als Beispiel dafür, daß in Ländern mit einem umfassenden System der sozialen Sicherung der vertikalen Redistribution keine sehr große Bedeutung zukommt.³⁾

Die Argumentation von Peacock und Browning lassen das Bemühen erkennen, der Kritik an dem System der sozialen Sicherung entgegenzutreten.⁴⁾ Die Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß eine vertikale Einkommensumverteilung nicht in einem erwünschten Umfang stattfindet. Vielmehr, so wird argumentiert, erhalten die Bezieher niedriger Einkommen die von ihnen abgeführten Abgaben nach Abzug der Verwaltungskosten wieder in Form von Sozialausgaben zurück. "Money collected does not go directly to the poor -

1) Vgl. A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services, a.a.O., S.160

2) Ebenda, S.160

3) Vgl. H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S.112

4) Vgl. A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services, a.a.O., S.160 f

it goes to the government. It does not directly build up the poor - it builds up the government." ¹⁾

Wir haben oben bereits ausgeführt, daß die aus einer zeitlichen Querschnittbetrachtung resultierende Kritik an dem System der sozialen Sicherung nicht überzeugt. Mit der Sozialpolitik soll heute weniger die Einkommensungleichheit, sondern die im Leben eines Menschen auftretenden Einkommensschwankungen verringert werden. ²⁾ Nach Hensen gewinnt man mit der Messung der vertikalen Einkommensumverteilung keinen geeigneten Maßstab zur Beurteilung der Verteilungswirkung des Sozialhaushalts. Der von ihm statt dessen vorgeschlagene Lösungsweg soll nunmehr kritisch gewürdigt werden.

7.2. Die Untersuchung von Hensen

7.2.1. Die "richtige" Gruppenbildung

In seinen Ausführungen betont Hensen, daß im Hinblick auf eine Redistributionsanalyse zwei Fragestellungen zu unterscheiden sind. Zum einen kann versucht werden, die von einer Einkommensumschichtung ausgehenden ökonomischen Wirkungen zu ermitteln. Es handelt sich dabei um eine Analyse der Redistributionseffekte. In diesem Fall hält Hensen die Gruppierung der Zurechnungseinheiten nach der Einkommenshöhe für angemessen. Zum anderen kann die Einkommensredistribution zwischen sozialpolitisch wichtigen Geber- und Nehmergruppen gemessen wer-

-
- 1) McC.D. Wright, Income Redistribution Reconsidered, in: Income, Employment and Public Policy. Essays in Honor of Alvin Hansen, New York 1948, S.166
 - 2) Vgl. dazu auch A.T. Peacock and P.R. Browning, The Social Services, a.a.O., S.161; H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S.111 ff.

den. Für die Gruppenbildung ist nach Hensen dabei entscheidend, daß eine soziale Gleichartigkeit der Geber- und Nehmergruppen hergestellt ist.¹⁾

Ausgehend von dem im Rahmen der sozialen Sicherung bestehenden Sachverhalt, daß z.B. junge Menschen den Unterhalt der Älteren tragen, oder die Beschäftigten die Arbeitslosen unterstützen, unterscheiden sich Gebende und Nehmende im Hinblick auf die ihnen jeweils zufließenden Einkommensarten. Die Gruppe der Gebenden und Nehmenden ist jeweils in diesem Sinn gleichartig. Mehr als die Einhaltung dieses Kriteriums für die Gruppenbildung ist nach Hensen in einer Redistributionsanalyse der Sozialfinanzen nicht erforderlich, wenn die Frage beantwortet werden soll: Wer finanziert Wen?²⁾

Den Einwand, daß die Gruppe der Nehmenden schon über die Aufbringung der indirekten Steuern auch zu den Gebenden zählt, und somit eine klare Trennung zwischen Gebenden und Nehmenden nicht möglich ist, läßt Hensen nicht gelten. Für ihn ist allein von Bedeutung, daß die beiden Gruppen im Hinblick auf die Einkommensarten gleichartig sind.

1) Die von Hensen angegebene Begründung ist nicht überzeugend. Er betont zunächst, daß die Einkommenshöhe als Bestimmungsgrund für die Übertragung von Sozialleistungen sowohl für die Leistenden als auch für die Empfangenden heutzutage meist von völlig untergeordneter Bedeutung ist. Zugleich hält er es aber für unbestreitbar, daß die Höhe der Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung sowie die Höhe der Sozialleistungen oft in Abhängigkeit des Einkommens bemessen werden. Vgl. H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S.111 f; zu den Bestimmungsgründen des Anteils der Sozialleistungen am Volkseinkommen siehe D. Zöllner, Öffentliche Sozialleistungen und wirtschaftliche Entwicklung, Berlin 1963, S.30 ff

2) Vgl. H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S.113 f

Hensen unterscheidet 4 Gruppen:

Gruppe A : Sozialleistungsempfänger, die dauernd außerhalb des Erwerbsprozesses stehen,

Gruppe B : Sozialleistungsempfänger, die vorübergehend außerhalb des Erwerbsprozesses stehen,

Gruppe C : Sozialleistungsempfänger, die voll im Erwerbsprozeß stehen. (Diese beziehen Sozialleistungen zur Einkommenssicherung und zum Teil auch "Sonstige Sozialleistungen".)

Gruppe D : Alle übrigen Einkommensbezieher (beziehen gegebenenfalls nur "Sonstige Sozialleistungen").¹⁾

Die Zurechnung der Sozialleistungen und der Finanzierungsmittel auf die Gruppen A - D im einzelnen darzustellen, erscheint nicht erforderlich. Einige kurze Hinweise sollen hier genügen.

Von den im Jahr 1953 insgesamt gewährten Sozialleistungen von 23 360 Mill. DM berücksichtigt Hensen 86% (20 160 Mill. DM).²⁾ Entsprechend werden die einzelnen Posten auf der Einnahmenseite des Sozialhaushalts anteilig gekürzt.³⁾ Die Zuschüsse der Gebietskörperschaften an die Träger der sozialen Sicherung werden gemäß der Zusammensetzung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte in dem für 1953 bestehenden Verhältnis von 31 : 69 in direkte und indirekte Steuern aufgeteilt.⁴⁾

1) Vgl. H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S.115

2) Ebenda, S.26/27, Konto D

3) Ebenda, S.116, Anm.1

4) Ebenda, S.116/117, Anm.1; bemerkenswert ist, daß Hensen die Körperschaftsteuer zu den indirekten Steuern rechnet.

Bemerkenswert ist, daß zwischen den Beiträgen zur Sozialversicherung der Arbeitgeber des privaten und öffentlichen Sektors unterschieden wird. Zu Recht behandelt Hensen die von der öffentlichen Hand als Arbeitgeber abgeführten Beiträge zur Sozialversicherung wie die sonstigen Zuschüsse des Staates an die Sozialversicherung, da auch diese Beiträge aus den allgemeinen Einnahmen des Staates finanziert werden.¹⁾ Somit werden diese Beiträge im Verhältnis von 31 : 69 nach Maßgabe der Verteilung der direkten und indirekten Steuern den Einkommensgruppen zugerechnet. Unterbleibt die Unterscheidung zwischen den Beiträgen des privaten und öffentlichen Sektors, bedeutet dies unter der Voraussetzung einer vollständigen Überwälzung auf die Preise, daß die Beiträge der öffentlichen Hand ausschließlich als indirekte Steuern interpretiert werden. Nach dem in der Untersuchung von Hensen ermittelten Verteilungsschlüssel ergibt sich im letzten Fall für die Beiträge der Arbeitgeber im öffentlichen Sektor folgende prozentuale Aufteilung:

Gruppe:	A	B	C	D
	16,5	5,5	12,1	65,9

Tatsächlich sind diesen Gruppen jedoch folgende Anteile zuzurechnen (i.v.H.):

12,1	3,8	12,7	71,4
------	-----	------	------

Erscheinen diese Unterschiede als nicht sehr eindrucksvoll, ist gleichwohl zu bedenken, daß angesichts der steigenden Personalaufwendungen im öffentlichen Dienst auch geringfügige Abweichungen in den Verteilungsschlüsseln zunehmende Bedeutung gewinnen. Einzuräumen

1) Vgl. H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S. 116/117, Anm. 1

ist, daß in den Fällen, in denen die Arbeitgeberbeiträge als Lohnbestandteil interpretiert werden, die Unterscheidung zwischen Arbeitgeberbeiträgen des privaten und öffentlichen Sektors unerheblich ist.

7.2.2. Die Untersuchungsergebnisse - Darstellung und Würdigung

Als Folge des von Hensen gewählten Untersuchungsansatzes tritt der seltene Fall auf, daß in einer Untersuchung zur Bestimmung der Umverteilungswirkungen die Frage nach der Bezugseinheit und auch der Zurechnungseinheit irrelevant ist. Wie erwähnt, werden die Bevölkerungsguppen nicht nach der Höhe ihres Einkommens angeordnet. Zudem verzichtet Hensen auf die Ermittlung von Anteilen. Die Untersuchung von Hensen erlaubt wie die von Peacock und Browning die Bestimmung der Netto-redistribution und der anteiligen Höhe der verschiedenen Finanzierungsarten an den Sozialausgaben, Weitere Informationen können dieser Arbeit nicht entnommen werden. Von den Kennzahlen kann wiederum der Wirksamkeitskoeffizient W nur bestimmt werden, der sich auf 64,4% beläuft. Dieser Wert ist aufgrund des unterschiedlichen Untersuchungsansatzes nicht mit dem nach den Angaben von Peacock und Browning ermittelten vergleichbar.

Bei der vorgenommenen Gruppenbildung kann das Ergebnis nicht überraschen. Die Tabelle 22 zeigt, daß die Sozialleistungsempfänger, die ständig außerhalb des Erwerbsprozesses stehen, mit 58% den höchsten Anteil der Sozialausgaben erhalten. Der Gruppe B, die vorübergehend aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden ist, fließt mit 20,4% der zweithöchste Anteil der Sozialleistungen zu. Die beiden anderen Gruppen empfangen

Tabelle 22

Aufbringung und Verteilung der Sozialfinanzen
in der Bundesrepublik Deutschland 1953

Gruppe (1)	Abgaben zur Finanzierung von Sozialleistungen			Sozial- leistungen		Netto- redistribution	
	direkte Mill.DM (2)	indirekte Mill.DM (3)	insges. Mill.DM (4)	Mill.DM (5)	Mill.DM (6)		
A	74	2 061	2 135	11 707		+	9 572
B	12	689	701	4 117		+	3 416
C	1 112	1 515	2 627	2 147		-	480
D	6 438	8 259	14 697	2 189		-	12 508
	7 636	12 524	20 160	20 160			0

$U^{ne} = 12\,988 \text{ Mill. DM ; } W = 64,4 \%$

Quelle: H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S.117, Tab. 6

mit je 11% den niedrigsten Anteil der Ausgaben. An der Aufbringung der Mittel ist insbesondere die Gruppe D mit 73% beteiligt. Der Beitrag der Gruppe B ist mit 3% am geringsten, der der Gruppen A und C beläuft sich auf 11 bzw. 13%.

Der Unterschied zu dem Untersuchungsansatz von Peacock und Browning besteht somit darin, daß Hensen nicht die Umverteilung zwischen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hoher Einkommen, sondern zwischen Nehmer- und Gebergruppen bestimmt. Es ist offensichtlich, daß es sich in beiden Fällen um eine zeitliche Querschnittsbetrachtung handelt. Die Frage: Wer finanziert Wen? wird dahingehend beantwortet, daß die voll Erwerbstätigen diejenige Bevölkerungsgruppe, die teilweise oder vollständig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, überwiegend finanziert. Dieses Ergebnis ist aber auch ohne umfangreiche Berechnungen einleuchtend. Bekanntlich treten die Erwerbstätigen einen Teil des laufenden Sozialprodukts an die aus dem Erwerbsprozeß ausgeschiedene Bevölkerungsgruppe ab. Dieser Verzicht erfolgt über die Abführung von Beiträgen und Steuern. So führt die Studie von Hensen vor allem zu der zusätzlichen Erkenntnis, daß die erwerbstätige Bevölkerung auf ihren Anspruch auf das Sozialprodukt im Jahr 1953 nicht in voller Höhe der Transfereinkommen verzichten muß. Angesichts der Selbstbeteiligung der Gruppen A und B hat diese nur 86% der Übertragungseinkommen zu finanzieren.

Die Grenzen des von Hensen gewählten Untersuchungsansatzes werden besonders deutlich in der von ihm beispielhaft durchgeführten Berechnung der Lastverteilung, die bei einer die Gruppe A begünstigenden Er-

höhung der Transfereinkommen um eine Mrd. DM eintritt.¹⁾ Die Berechnung erfolgt unter der Annahme, daß die zusätzlichen Übertragungseinkommen ausschließlich durch Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung finanziert werden. Das Ergebnis ist vorherzusehen. Da die Beiträge zur Sozialversicherung nur von den Erwerbstätigen aufgebracht werden, können die Gruppen A und B bei einer angenommenen Überwälzung dieser Beiträge nur indirekt belastet werden. Gemäß der Verteilungsschlüssel ergibt sich, daß die im Erwerbsprozeß stehende Bevölkerung 907 Mill. DM bzw. 91% der zusätzlichen Transfers aufbringt. Es erhebt sich die Frage, welche Gruppe unter diesen Annahmen sonst belastet werden könnte.

Damit soll nicht verkannt werden, daß die Höhe der Selbstfinanzierung der gewährten Übertragungseinkommen durch die Empfänger von Bedeutung ist. In diesem Beispiel beträgt diese für die Gruppe A 7%. Unumgänglich ist es jedoch, neben der Ermittlung der Eigenbelastung der Empfängergruppen auch die Belastung derjenigen Bevölkerungskreise zu bestimmen, die den überwiegenden Finanzierungsanteil aufbringen. Dabei ist, wie wir gesehen haben, die Höhe des Bruttoeinkommens von entscheidender Bedeutung. Auf eine Darstellung der Umverteilung nach der Einkommenshöhe der Zurechnungseinheiten kann deshalb nicht verzichtet werden.

1) Vgl. H. Hensen, Die Finanzen, a.a.O., S.120 f

8. Kapitel

Inzidenzprobleme in Redistributionsanalysen

8.1. Verschiedene Inzidenzkonzepte

Die Verteilungswirkung der Besteuerung ist bisher in der Weise erfaßt worden, daß entweder die Belastung der Haushalte durch die Abgabenerhebung oder die Einkommensverteilung nach Steuerabzug ermittelt worden ist. Keineswegs ist damit jedoch die von der Besteuerung ausgehende Verteilungswirkung vollständig erfaßt. Als direkter Eingriff in die wirtschaftliche Tätigkeit der einzelnen Personen übt jede Besteuerung infolge der Interdependenz alles ökonomischen Geschehens teils übersehbare, teils unübersehbare Wirkungen aus, die eine Änderung der Verteilung hervorrufen können.¹⁾ Die gleiche Feststellung gilt für die öffentlichen Ausgaben. Eine Redistributionsanalyse, die die Gesamtheit der Verteilungseffekte des öffentlichen Sektors zu erfassen versucht, muß somit auf die originäre Einkommensverteilung zurückgreifen, d.h. auf eine Einkommensverteilung, die sich aus dem Wirken des Marktmechanismus ohne jeden staatlichen Einfluß ergibt.²⁾ "In its ideal form, a complete study of the

1) Vgl. H.C. Recktenwald, Steuerüberwälzungslehre, Berlin 1966, S. 32

2) Vgl. E. Weissel, Umverteilung, a.a.O., S. 31 f

redistributive action of the State would consider the effect of all the measures of policy which modify the 'initial distribution' of income, and not be limited to the revenue and expenditure of the public sector."¹⁾ Die Gesamtheit der aus einer budgetpolitischen Maßnahme resultierenden Änderungen der Einkommensverteilung wird nach der von Musgrave eingeführten Terminologie als Inzidenz bezeichnet.²⁾ Zu beachten ist, daß Musgrave den Inzidenzbegriff auf eine Änderung der Realeinkommensverteilung beschränkt. Offen bleibt, ob der Inzidenzbegriff auch auf eine Nominalgrößenverteilung ausgedehnt werden kann.³⁾ Dieses Problem bleibt im folgenden unberücksichtigt.

8.1.1. Spezifische Steuerinzidenz

In dem Bemühen, die von der Besteuerung ausgehenden Verteilungswirkung zu erfassen, ist es denkbar, die Verteilungssituationen vor und nach Änderung einer bestimmten Steuerfunktion zu vergleichen.⁴⁾ Bei einem unveränderten Ausgabenvolumen des öffentlichen Haushalts werden in diesem Fall auch diejenigen Verteilungswirkungen erfaßt, die sich z.B. bei einem Übergang von einem unausgeglichene zu einem ausgeglichenen Budget einstellen. Werden z.B. die Einkommensteuersätze gesenkt, ist in einer Situation der Vollbeschäftigung

1) G. Rottier and J.F. Albert, The Social Services and Income Redistribution in France, in: A.T. Peacock (ed.), Income Redistribution and Social Policy, London 1954, S. 91

2) Vgl. R.A. Musgrave, Finanztheorie, a.a.O., S.154

3) Vgl. H. Fecher, Inzidenzprobleme, a.a.O., S. 123 f

4) In früheren Veröffentlichungen spricht Musgrave in diesem Fall von der absoluten Steuerinzidenz. Vgl. R.A. Musgrave, On Incidence, JPE, Vol. 61, 1953, S. 306

tigung eine Erhöhung des Preisniveaus zu erwarten. Somit gehen in die Verteilungsänderungen auch die distributiven Effekte des Inflationsprozesses ein. Nach dem Konzept der spezifischen Steuerinzidenz werden also auch Verteilungsänderungen erfaßt, die nicht der Steuerpolitik zuzuordnen sind. Insofern lehnt Musgrave diesen Ansatz für eine Redistributionsanalyse der Abgabenerhebung ab.¹⁾

8.1.2. Inzidenz des ausgeglichenen Budgets

Die oben beschriebene Unzulänglichkeit vermeidet das Inzidenzkonzept des ausgeglichenen Budgets. In diesem Fall werden Steuern und Ausgaben in gleicher Höhe und Richtung verändert, um die bei einer Änderung des Budgetsaldos auftretenden Verteilungswirkungen auszuschalten. Allerdings ist es hierbei nicht möglich, die auf steuer- und ausgabenpolitische Maßnahmen zurückzuführenden distributiven Effekte zu trennen.²⁾ Da im Rahmen dieser Arbeit vornehmlich die Verteilungswirkungen der Besteuerung analysiert werden, scheidet dieses Konzept aus der weiteren Betrachtung aus.

8.1.3. Differentiale Steuerinzidenz

Für eine Redistributionsanalyse der Besteuerung bietet sich nach Musgrave das Konzept der differentialen Steuerinzidenz an.³⁾ Danach werden diejenigen distributiven

1) Vgl. R.A. Musgrave, Finanztheorie, a.a.O., S. 159

2) Ebenda, S. 162 f

3) Vgl. R.A. Musgrave, General Equilibrium Aspects of Incidence Theory, in: AER, P + P, Vol. 43, 1953, S. 507. Angesichts der Bedeutung, die Musgrave diesem Konzept beilegt, setzt er zum Teil den Begriff der Steuerinzidenz mit dem der differentialen Steuerinzidenz gleich. Siehe R.A. Musgrave, Finanztheorie, a.a.O., S. 178

Änderungen erfaßt, die sich aus der Substitution einer Steuer durch eine andere bei gleichem Steueraufkommen ergeben. Die sich einstellenden Verteilungswirkungen sind jedoch allein der Steuersubstitution nur unter der Voraussetzung zuzuordnen, daß das Beschäftigungs- und Preisniveau durch diese Maßnahme nicht berührt wird. Ansonsten schließt das Konzept der differentialen Steuerinzidenz Verteilungsänderungen ein, die aufgrund von Beschäftigungswirkungen und Preisniveauänderungen entstehen.¹⁾

Auch wenn diese Voraussetzung als erfüllt angesehen wird, sind gegen dieses Konzept schwerwiegende Einwände zu erheben. So darf nicht übersehen werden, daß dieser Ansatz diejenigen Verteilungsänderungen erfaßt, die einmal aus der Abschaffung der Steuern, zum anderen aus der Einführung von neuen Steuern resultieren. Die beiden Komponenten wiederum anhand des Konzepts der differentialen Steuerinzidenz zu ermitteln, führt zu keiner Lösung, da erneut zwei Wirkungskomponenten zu unterscheiden sind. Wenn diese jedoch durch das Konzept der spezifischen Steuerinzidenz gemessen werden, ist das Konzept der Differentialinzidenz entbehrlich.²⁾

Dem aufgezeigten Dilemma sucht man zu entgehen, indem von verteilungsneutralen Steuern ausgegangen wird. Dabei tritt allerdings das Problem auf, daß die Abschaffung der sogenannten Attrappensteuern über Allokationswirkungen die Einkommensverteilung beeinflussen kann. Deshalb geht man von der Annahme aus, daß die Allokationswirkungen des hypothetischen und des zu untersu-

1) Vgl. H.C. Recktenwald, .Steuerüberwälzungslehre, a.a.O., S. 51

2) Vgl. H. Fecher, Inzidenzprobleme, a.a.O., S.126

chenden Steuersystems gleich sind.¹⁾

8.1.4. Effektive Steuerinzidenz

Die Unterscheidung zwischen der effektiven und formalen Inzidenz geht auf Hicks zurück.²⁾ Nach der von ihr gegebenen Definition ist die effektive Inzidenz mit dem nach Musgrave abgegrenzten Inzidenzbegriff gleichzusetzen.³⁾ Die effektive Steuerinzidenz umfaßt somit ebenfalls alle Verteilungsänderungen, die durch steuerpolitische Maßnahmen ausgelöst werden.

8.1.5. Formale Steuerinzidenz

Nach dem Konzept der formalen Steuerinzidenz ist auf der Grundlage der ex post gegebenen und feststellbaren Gestaltung der volkswirtschaftlichen Stromgrößen die Höhe der Steuersummen zu ermitteln, die aus den tatsächlich erzielten Einkommen bzw. Gewinnen unmittelbar und über die Einkommensverwendung zu Konsumzwecken mittelbar aufgebracht worden sind.⁴⁾ Sonstige durch die Abgabenerhebung ausgelösten Verteilungswirkungen bleiben unberücksichtigt. Somit ist es bei dieser Fragestellung unerheblich, ob bei unverändertem Niveau der öffentlichen Ausgaben eine Steuer neu eingeführt oder eine Steuer durch eine andere substituiert wird. Nach

1) Vgl. H. Fecher, Inzidenzprobleme ..., a.a.O., S.127; siehe auch A.R. Prest, The Budget ..., a.a.O., S.82

2) Vgl. U.K. Hicks, The Terminology of Tax Analysis, in: EJ, Vol. 56, 1946, S. 38 ff

3) Vgl. U.K. Hicks, Public Finance, 3rd ed., Cambridge 1971, S. 140 und S. 254; siehe auch R.A. Musgrave, Finanztheorie, a.a.O., S.181 f Anm. 2

4) Vgl. U.K. Hicks, Public Finance, a.a.O., S. 139 und S. 253; vgl. auch G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S. 12 f

der Einteilung der Steuern in überwälzbare und nicht-überwälzbare ist es möglich, die Belastung der Haushalte durch die gesamten Steuern zu bestimmen.

Hinzuweisen ist, daß eine derartige Klassifizierung der Steuern in indirekte und direkte mit der vom Gesetzgeber beabsichtigten Steuerverteilung übereinstimmen kann. In diesem Fall besteht zwischen der vom Gesetzgeber beabsichtigten und der formalen Inzidenz kein Unterschied.¹⁾ Häufig werden jedoch in Redistributionsanalysen Überwälzungshypothesen zugrundegelegt, die den Vorstellungen des Gesetzgebers kaum entsprechen werden. Gleichwohl handelt es sich hierbei um eine formale Inzidenzanalyse.

Das Ziel einer Redistributionsanalyse der Besteuerung kann es danach sein, die effektive, spezifische, differentiale oder formale Inzidenz zu messen. Nach jedem dieser vier Inzidenzkonzepte sind empirische Untersuchungen durchgeführt worden. Von diesen soll jeweils eine beispielhaft herausgegriffen und die gegebenenfalls zugrundegelegten Lösungsansätze aufgezeigt werden. Damit ist zugleich die Frage nach der Brauchbarkeit der verschiedenen Inzidenzkonzepte zur Messung der distributiven Effekte der Abgabenerhebung gestellt.

1) Zur beabsichtigten Inzidenz siehe H.C. Recktenwald, Steuerüberwälzungslehre, a.a.O., S. 43

8.2. Messung der Verteilungswirkung der Besteuerung nach verschiedenen Inzidenzkonzepten

8.2.1. Messung der effektiven Steuerinzidenz - Die Untersuchung von Roskamp

Es ist das erklärte Ziel von Roskamp, die effektive - und nicht, wie Zeitel, die formale - Steuerinzidenz für die Bundesrepublik Deutschland zu messen.¹⁾ Deshalb führt nach Ansicht von Roskamp seine Untersuchung zu ganz anderen Ergebnissen als die von Zeitel. "In this study, the 'formal incidence' of the tax structure was of interest, not the 'effective incidence' as in the present study. The results, therefore, differ substantially."²⁾

Als Untersuchungsperiode wählt Roskamp das Jahr 1950. Da für diesen Berichtszeitraum kaum geeignete Unterlagen zur Verfügung stehen, ist er zu weitreichenden Schätzungen genötigt. Die Zurechnungseinheit bildet der Haushalt, die Bezugseinheit das "money income", wobei einige nicht-monetäre Einkommensbestandteile hinzugerechnet werden.³⁾ Zudem werden in Höhe der unverteiltten Gewinne und der nicht-überwälzten Körperschaftsteuer Einkommenszurechnungen vorgenommen.⁴⁾ Dieser Teil der Körperschaftsteuer wird annahmegemäß

1) K.W. Roskamp, The Distribution of Tax Burden in a Rapidly Growing Economy: West Germany in 1950, in: NTJ, Vol. 16, 1963, S. 20 ff

2) Ebenda, S. 20 Anm. 2

3) Ebenda, S. 21 ff

4) Ebenda, S. 23 und S. 32, Tab. II

von den Kapitaleignern getragen, weshalb diesen ein entsprechender Einkommensanteil als zugeflossen gilt. Diese Frage werden wir weiter unten behandeln.¹⁾

Bei der Verteilung der Steuern nach Einkommensgrößenklassen geht Roskamp in zwei Schritten vor. Zunächst versucht er, die einzelnen Steuern den Bevölkerungsgruppen zuzurechnen, die durch diese belastet werden. In einem zweiten Schritt werden diese Steuerbeträge nach Einkommensgrößenklassen unterteilt.²⁾ Von den in dieser Studie berücksichtigten Steuern werden die Umsatzsteuer und die Verbrauchsteuern als vollständig überwälzbar angesehen. Lediglich die Lohnsteuer gilt als nicht überwälzbar. Von den sonstigen Steuern, wie Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer nimmt Roskamp an, daß ein mehr oder weniger großer Anteil überwälzt wird.³⁾ Bemerkenswert ist, daß die Abgaben zur Sozialversicherung nicht in die Analyse eingehen.

Die Untersuchungsergebnisse weist die Tabelle 23 aus. Auffallend ist, daß - abgesehen von der untersten Einkommensgrößenklasse - der Anteil der Steuern am Einkommen nahezu konstant ist. In diesem Einkommensbereich differiert der Wert von Q_i nur um 1,2 Prozentpunkte. Die geringe Umverteilungswirkung der Besteuerung zeigen auch die Kennzahlen R_{St} , W_{St} und N_{St} . So wird bei einer Potentialquote von 32,1 % weniger als 1 % des Gesamteinkommens umverteilt. Das Umverteilungspotential von 25,568 Mrd. DM wird nur zu 2,4 % ausgeschöpft.

1) Siehe S. 220 ff

2) Vgl. K.W. Roskamp, The Distribution, a.a.O., S. 23

3) Ebenda, S. 24 ff

Tabelle 23

Verteilungswirkung der Besteuerung, Bundesrepublik Deutschland 1950

Einkommen von ... bis unter ... in 1 000 DM	Haushalte		Einkommen		Steuern	Q_i
	i.v.H.	(2)	i.v.H.	(3)	i.v.H.	
(1)					(4)	(5)
- 2,4	40,0		17,5		14,3	20,5
2,4 - 3,6	24,0		15,7		16,1	25,5
3,6 - 4,8	14,0		12,7		13,6	26,8
4,8 - 6,0	12,0		12,3		12,7	25,9
6,0 +	10,0		41,8		43,3	25,9
insgesamt:	100,0		100,0		100,0	100,0
in Mill.	15,37		-		-	-
in Mrd. DM	-		79,90		19,97	-

$F = 32,1\%$; $RP = 25,568$ Mrd. DM; $U^{ne} = 0,623$ Mrd. DM; $R_{St.} = 0,8\%$;
 $W_{St.} = 3,1\%$; $N_{St.} = 2,4\%$.

Quelle: K.W. Roskamp, The Distribution of Tax Burdena.a.O., S.26,
 Tab. I, S. 31, Tab. III sowie S. 32, App. Tab. I und II.

Fraglich ist jedoch, ob diese Untersuchung die gesamten von der Besteuerung hervorgerufenen Verteilungswirkungen erfaßt. Nach dem Konzept der effektiven Inzidenz ist es erforderlich, z.B. bei einer Erhöhung der Tabaksteuer zu ermitteln, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang der Kauf von Tabakwaren bei dem Versuch, diese Steuer zu überwälzen, eingeschränkt wird. Kommt es zu Überwälzungsvorgängen, ist mit einer Einschränkung der Produktion und mit verringerten Gewinnen zu rechnen. Aufgrund der Produktionsverflechtung werden auch die übrigen Wirtschaftszweige davon betroffen. Zudem sind die Auswirkungen des gegebenenfalls größeren Ausgaben-volumens des öffentlichen Sektors zu berücksichtigen. Diese Anpassungsprozesse sind umso weniger zu vernachlässigen, je größer die fiskalische Bedeutung dieser Steuer ist.¹⁾

So überrascht, daß Roskamp sich z.T. auf die von Zeitel errechneten Ergebnisse stützt. Entsprechend dem Konzept der formalen Inzidenz ist Zeitel bemüht, nach Einteilung der Steuern in direkte und indirekte im Rahmen einer input-output-Analyse den Anteil der indirekten Steuern an den Ausgaben der privaten Haushalte zu ermitteln. Im Hinblick auf die Umsatzsteuer besteht die von Roskamp vorgenommene Modifizierung der Ergebnisse von Zeitel darin, daß er den von dem Ausland getragenen Teil der Umsatzsteuer angesichts der geringen quantitativen Bedeutung auch den inländischen privaten Haushalten zurechnet.²⁾ Bei der Behandlung der Lohnsteuer besteht zwischen beiden Untersuchungen kein Unterschied.³⁾ Bei den sonstigen Steuern, wie Körperschaft- oder Gewerbesteuer, erörtert Roskamp zum Teil ausführlich die Gründe,

1) Vgl. U.K. Hicks, Public Finance, a.a.O., S. 254; siehe auch G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S. 13 f

2) Vgl. K.W. Roskamp, The Distribution...., a.a.O., S. 24 f

3) Ebenda, a.a.O., S. 28; vgl. auch G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung...., a.a.O., S. 108 und 113 ff

die ihn bewogen haben, die Aufteilung der Steuern in dem angegebenen Verhältnis in einen überwälzbaren und nicht-überwälzbaren Teil vorzunehmen, um dann gemäß dieser Überlegungen die Steuern den Einkommensgrößenklassen zuzurechnen.¹⁾

Somit besteht der wesentliche Unterschied zwischen beiden Arbeiten darin, daß Roskamp im Gegensatz zu Zeitel einzelne Steuerarten in einen überwälzbaren und nicht-überwälzbaren Teil aufspaltet. Es handelt sich jedoch um ein Mißverständnis hinsichtlich der Bedeutung des Konzepts der effektiven Inzidenz anzunehmen, mit dieser Aufteilung läge bereits eine effektive Inzidenzanalyse vor. Wenn z.B. die Annahme zutrifft, daß 40 % der Körperschaftsteuer die Konsumenten zu tragen haben, dann könnte nach dem methodischen Ansatz von Zeitel der anteilige Steuerbetrag in den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte genauso ermittelt werden wie der der Umsatzsteuer. Das bei einer effektiven Inzidenzanalyse auftretende Problem, die Verteilungswirkungen an einer hypothetischen Einkommensverteilung messen zu müssen, spricht Roskamp nicht an. Welche Schwierigkeiten bei dem Versuch auftreten, das Konzept der effektiven Inzidenz einer operationalen Lösung zuzuführen, soll an dem von Gillespie formulierten Ansatz dargestellt werden.²⁾

Gillespie ist bemüht, die "fiscal incidence" zu messen, die als die relative Änderung der Einkommenssituationen der privaten Haushalte aufgrund der Steuer- und Ausgabenpolitik des öffentlichen Sektors definiert wird.³⁾ Nach Gillespie bestehen zwei Möglichkeiten, nach diesem Konzept eine empirische Untersuchung durchzuführen. Wird nur die Einnahmenseite des öffentlichen Haushalts be-

1) Vgl. K.W. Roskamp, The Distribution, a.a.O., S.26 ff

2) Siehe W.I. Gillespie, Effect of Public, a.a.O., S. 122 ff

3) Ebenda, S. 125

trachtet, ist es denkbar, zur Bestimmung der Steuerbelastungsquote von einer Situation auszugehen, in der der öffentliche Sektor nicht existiert. Die Bezugseinheit bildet in diesem Fall das originäre Einkommen. Zum anderen kann von der Vorstellung ausgegangen werden, daß der öffentliche Sektor nicht mehr vorhanden ist. Danach sind die Steuerbelastungsquoten auf der Grundlage eines Einkommens zu ermitteln, von dem die Steuern abgezogen und zu dem die Staatsleistungen als Einkommen hinzugerechnet werden.¹⁾

Der beiden Untersuchungsansätzen anhaftende Mangel ist offensichtlich. Die Einkommensverteilung vor Einführung oder nach der "Entfernung" des öffentlichen Sektors ist eben nicht bekannt. Diese Unzulänglichkeit räumt auch Gillespie ein. "However, changes in tax policy do generate adjustments (other than those explicitly allowed for in the analysis) which could lead to a different distribution of income, and the impossibility of allowing for this aspect of the problem is an analytical weakness of the entire approach."²⁾

Wenn ausdrücklich oder stillschweigend vorausgesetzt wird, daß die hypothetische Einkommensverteilung und die Primärverteilung (gegebenenfalls unter Berücksichtigung einiger Einkommenszurechnungen) gleich sind, drängt sich die Frage auf, welchen zusätzlichen Informationsgehalt eine effektive Inzidenzanalyse gegenüber einer formalen haben soll. Auch in diesem Fall wird somit nur ein Teil der gesamten Verteilungswirkungen der Besteuerung aufgezeigt.

1) Vgl. W.I. Gillespie, Effect of Public Expenditures, a.a.O., S. 126 ff insbesondere S. 128, Tab. 1

2) Ebenda, S. 129

Die effektive Inzidenz der Besteuerung könnte im Rahmen eines ökonometrischen Modells bestimmt werden,¹⁾ wobei zu bezweifeln ist, ob sich brauchbare Aussagen für das gesamte Steuersystem ableiten lassen. So hält es Hicks nur für vertretbar, die effektive Inzidenz für eine Steuerart oder Steuergruppe zu messen, nicht jedoch für das gesamte Steuersystem. "The analytical inquiry can only be concerned with a single tax or group of taxes at a time - it makes nonsense to imagine the whole tax structure away."²⁾

2.2.2. Messung der spezifischen und der differentialen Steuerinzidenz - Die Untersuchung von Musgrave, USA 1958

In einer effektiven Inzidenzanalyse sind - wie erwähnt - auch Verteilungswirkungen eingeschlossen, die nicht auf die Erhebung von Steuern zurückzuführen sind. In dem Bemühen, die Verteilungswirkung der Besteuerung zu isolieren, entwickelt Musgrave deshalb das Konzept der differentialen Inzidenz. Den von ihm durchgeführten bzw. unter seiner Mitwirkung entstandenen Redistributionsanalysen liegt neben dem Konzept der spezifischen Inzidenz das der differentialen Inzidenz zugrunde. Wie dabei vorgegangen wird, soll anhand der für die USA von Musgrave durchgeführten Untersuchung dargelegt werden.³⁾

-
- 1) Eine solche Studie führt z.B. Lüdeke durch. Siehe D. Lüdeke, Ein einfaches ökonometrisches Modell für die Einkommensumverteilung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1960, in: JNS, Bd. 177, 1965, S. 410 ff; siehe auch I. Metze, Zum Problem der Steuerüberwälzung - Ergebnisse eines Simulationsmodells, in: FA, Bd. 29, 1970, S. 398 ff
 - 2) U.K. Hicks, The Terminology, a.a.O., S. 49
 - 3) Siehe R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S. 186 ff

Musgrave versucht, die Redistributionswirkungen des gesamten Steuersystems der USA aufzuzeigen, wobei er die Ergebnisse mit und ohne Einbeziehung der Sozialabgaben ausweist. Als Zurechnungseinheit wählt er die Familieneinheit, die auf der Grundlage des "family personal income" auf Einkommensgrößenklassen verteilt wird.¹⁾ Dieses Einkommenskonzept wird durch verschiedene Einkommenszurechnungen erweitert, insbesondere im Zusammenhang mit der Zurechnung der Sozialbeiträge und der Körperschaftsteuer, ohne daß jedoch eine Neugruppierung der Familieneinheiten vorgenommen wird. Musgrave hält dies jedoch nicht für einen gravierenden Fehler.²⁾

Das Ergebnis der Berechnungen ist der Tabelle 24 zu entnehmen. Danach beginnt die relative Steuerbelastung auf einem vergleichsweise hohen Niveau von 33,1 %, um dann bis zur vorletzten Einkommensgrößenklasse kontinuierlich auf 25,2 % abzusinken. Somit liegt bis zur Einkommensgrenze von 15 000 \$ ein regressives Steuersystem vor. Die Steuerbelastungsquote steigt dann sprunghaft um 11,1 Prozentpunkte auf 36,3 % an, liegt aber auch dann nur um 3,2 Prozentpunkte über der untersten Einkommensgrößenklasse. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in der Terminologie von Musgrave soweit nach dem Konzept der spezifischen Inzidenz.

Die Verteilungswirkungen nach dem Konzept der differentialen Inzidenz zeigt die Spalte (6) der Tabelle 24. Diese werden ermittelt, indem das bestehende Steuersystem durch eine Einkommensteuer mit proportionalem Tarif ersetzt wird, wobei das Steueraufkommen unverändert bleibt. Die Differenz zwischen den Q_i -Werten und der durchschnittlichen Steuerbelastungsquote von 29,5 % gibt somit die Verteilungswirkung nach dem Konzept der differentialen

1) Vgl. R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S. 188 ff und 208 ff

2) Ebenda, S. 218, Anm. zu der Tab. A - 3

Inzidenz an. Danach werden die erste und letzte (im geringen Maße auch die zweite) Einkommensgrößenklasse durch das bestehende Steuersystem benachteiligt, die mittleren Einkommensgrößenklassen hingegen begünstigt.

Die mit einer differentialen Inzidenzanalyse verfolgte Zielsetzung kann jedoch nur dann als erreicht gelten, wenn die Substitution des bestehenden Steuersystems durch ein neutrales keine Verteilungswirkungen auslöst. Diese Bedingung kann als erfüllt gelten, wenn es sich um kleinere, quantitativ unbedeutende Steuern handelt. In diesem Fall führt aber auch ein Vorgehen nach dem Konzept der spezifischen Steuerinzidenz zu nahezu fehlerlosen Ergebnissen, wenn davon ausgegangen werden kann, daß die Vernachlässigung einer Steuer zu keinen tiefgreifenden Anpassungsprozessen führt. Die Annahme jedoch, daß keine Verteilungswirkungen auftreten, wenn das gesamte bestehende Steuersystem durch ein neutrales ersetzt wird, ist kaum vertretbar. Genauso unrealistisch ist es anzunehmen - wie dies Musgrave vorschlägt - , daß die sich einstellenden Anpassungsprozesse verteilungsneutral sind.¹⁾ Somit sind also auch bei einer differentialen Inzidenzanalyse die Verteilungswirkungen an einer hypothetischen Einkommensverteilung zu messen. Tatsächlich ist Musgrave ebenso wie Roskamp genötigt, auf die Primärverteilung als Bezugsseinheit zurückzugreifen.

Festzuhalten ist also, daß auch dem Konzept der differentialen Inzidenz nicht die gesamten Verteilungswirkungen erfaßt werden. Musgrave räumt ein, daß der von ihm vorgeschlagene Ansatz zur Messung der differentialen Inzidenz dem Bemühen entspringt, eine operationale Lösung aufzuzeigen. "Admittedly this is little more than a gesture of respect to our conceptual discussion".²⁾

1) Vgl. R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S. 196 f

2) R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S. 10

Tabelle 24
Verteilungswirkung der Besteuerung, USA 1958

Einkommen von ... bis unter ... in 1 000 \$ (1)	Familien- einheiten i.v.H. (2)	Einkommen i.v.H. (3)	Steuern* i.v.H. (4)	Q_i^{**} (5)	$Q - Q_i^{***}$ (6)
- 2	14	2,5	2,9	33,1	- 3,6
2 - 4	22	10,8	10,9	29,6	- 0,1
4 - 6	25	19,4	18,8	28,6	+ 0,9
6 - 8	17	18,0	16,9	27,7	+ 1,8
8 - 10	9	12,4	10,6	25,4	+ 4,1
10 - 15	8	14,7	12,6	25,2	+ 4,3
15 +	5	22,2	27,3	36,3	- 6,8
insgesamt:	100	100	100	29,5	-
in Mill.	54,3	-	-	-	-
in Mrd. \$	-	375,133	110,775	-	-

* = einschließlich der Abgaben zur Sozialversicherung

** = nach dem Konzept der spezifischen Inzidenz

*** = nach dem Konzept der differentialen Inzidenz

P = 28,3 %; RP = 106,163 Mrd. \$; $U_{St} = 6,096$ Mrd. \$; $R_{St} = 1,6$ %; $W_{St} = 5,5$ %
N_{St} = 5,7 %

Quelle: R.A. Musgrave, Estimating, a.o., S. 191, Tab. I, S. 193, Tab. II, S. 194, Tab. III, S. 214, Tab A - 2, C. Clark and G.H. Peters, Income Redistribution, a.o., S. 105, Tab. III sowie G.A. Bishop, The Tax Burden, a.o., S. 57, Tab. A 2

angesichts dieser Schwierigkeiten wird deshalb die Ansicht vertreten, zumindest in absehbarer Zeit von differentialen Inzidenzanalysen abzusehen.¹⁾

Wenn eine effektive wie auch eine differentiale Inzidenzanalyse wenig zufriedenstellend ist, so verbleibt als möglicher Ausweg, eine empirische Untersuchung der Steuerlastverteilung nach dem Konzept der formalen Inzidenz zu erstellen, wie dies z.B. Zeitel für die Bundesrepublik Deutschland durchgeführt hat.

8.2.3. Messung der formalen Steuerinzidenz

- Die Untersuchung von Zeitel

Es ist das Verdienst von Zeitel, erneut den Unterschied zwischen einer formalen und effektiven Steuerinzidenzanalyse hervorgehoben und die diesen Konzepten zugrundeliegenden Fragestellungen verdeutlicht zu haben.²⁾ Gleichwohl werden seine diesbezüglichen Ausführungen mißverstanden.

Nach der von Recktenwald vorgenommenen Abgrenzung der Inzidenzbegriffe mißt Zeitel die vom Gesetzgeber beabsichtigte Inzidenz. Dieses Konzept setzt Recktenwald ausdrücklich mit dem der formalen gleich.³⁾ Bei der Besprechung der Arbeit von Zeitel führt Recktenwald zunächst aus, daß in Anlehnung an das Konzept der "formal incidence" die Steuerlastverteilung der Bundesrepublik Deutschland ermittelt wird.⁴⁾ Wenig später stellt er jedoch fest, daß es das Informations-

1) Siehe W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O., S.70 f; vgl. auch E. Weissel, Umverteilung, a.a.O., S.33

2) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung ..., a.a.O., S.13

3) Siehe H.C. Recktenwald, Steuerüberwälzungslehre, a.a.O., S.43

4) Ebenda, S.113

ziel der Studie von Zeitel ist, die gesetzliche Inzidenz kennenzulernen.¹⁾

Wenn Zeitel tatsächlich das Konzept der gesetzlichen Inzidenz zugrundegelegt hätte, wäre nicht einzusehen, aus welchen Gründen es sorgfältiger Berechnungen bedurfte, um den Steueranfall bei der Endnachfrage zu bestimmen. Nach der gesetzlichen Inzidenz sind doch definitionsgemäß diejenigen Personen belastet, die die Steuern zahlen.²⁾

Die Redistributionsanalyse führt Zeitel für ausgewählte 2-, 3-, 4- und 5-Personenhaushalte mit unterschiedlich hohem Einkommen durch,³⁾ wobei der Haushalt im Sinne einer Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft definiert wird.⁴⁾ Dieser Ansatz erlaubt es in der Regel nicht, die Ergebnisse für alle Haushalte als repräsentativ anzusehen. Zu dieser "typologischen" Methode entschließt sich Zeitel vornehmlich aufgrund des Mangels an geeigneten statistischen Unterlagen. Das zugrundegelegte Einkommen bildet die Summe aller Individualeinkommen eines Haushalts. Es ist definiert als die Gesamtheit der Einkünfte im Sinne des deutschen Einkommensteuerrechts.⁵⁾

1) Vgl. H.C. Recktenwald, Steuerüberwälzungslehre, a.a.O., S.113; Wittmann äußert sich in offensichtlicher Anlehnung an Recktenwald im gleichen Sinn. Siehe W. Wittmann, Einführung in die Finanzwissenschaft, II. Teil, Die öffentlichen Einnahmen, Stuttgart 1971, S.97 f und S.127

2) Ebenda, a.a.O., S.43

3) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.132

4) Ebenda, S.106

5) Ebenda, S.107. Somit sind Transfereinkommen weitgehend eingeschlossen.

Es wird nicht deutlich, aus welchen Gründen Zeitel die verschiedenen Einkommensbereiche mit einer beruflichen Position des Haushaltsvorstands gleichsetzt. Einkommen bis zu 2 400 DM pro Jahr gelten als Rentenbezüge, Einkommen von 3 000 - 7 200 DM im Jahr als Lohneinkommen. Angestellte sind in dem Einkommensbereich von 8 400 - 15 000 DM pro Jahr zu finden und ab einem Einkommen von 18 000 DM pro Jahr handelt es sich um Selbständige und Gewerbetreibende.¹⁾

In die Berechnung gehen nahezu alle in der Bundesrepublik erhobenen Abgaben ein mit der wesentlichen Ausnahme der Körperschaftsteuer und der Lastenausgleichsabgaben, soweit letztere von den privaten Haushalten aufgebracht werden. Nicht berücksichtigt sind zudem einige kleinere Steuern mit geringer quantitativer Bedeutung wie die Hundesteuer oder Jagdsteuer. Soweit keine Pflicht zur Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen besteht, werden aus Gründen der Vergleichbarkeit Zahlungen in Höhe der entsprechenden Höchstbeiträge zur gesetzlichen Versicherung unterstellt.²⁾ Die von der öffentlichen Hand als Arbeitgeber geleisteten Beiträge zur Sozialversicherung werden nicht einbezogen.³⁾

Die Hauptschwierigkeit einer formalen Inzidenzanalyse liegt nach Zeitel in der zutreffenden Ermittlung des Anteils der auf den verschiedenen Produktions- und Handelsstufen anfallenden Steuern in den von den Endnachfragern gezahlten Preisen. Die verschiedenen

1) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.133

2) Ebenda, S.132 f

3) Dies zeigt ein Vergleich der Tabellen 8 und 25; siehe G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.56 f und 98

Tabelle 25

Verteilungswirkung ausgewählter Steuern für 4 - Personenhaushalte,
Bundesrepublik Deutschland 1954 (in 1000 DM/Jahr), Alternative A

1) Einkommen	2,4	4,2	7,2	10,8	15,0	24,0	48,0	120,0	1 000,0
2) direkte Steuern ohne Arb.geb.beit. z.Soz.vers.* und Gew.er.st.**	0,09	0,49	1,05	2,02	2,83	6,80	19,41	58,12	616,15
3) indirekte Steuern einschl. Arb.geb. beit.z.Soz.vers.*	0,51	0,72	1,19	1,70	2,22	2,97	3,69	5,51	12,22
4) Steuern insges.	0,60	1,21	2,24	3,72	5,05	9,77	23,10	63,63	628,37
5) Q _i	21,5***	28,8	31,1	34,4	33,7	40,7	48,1	53,0	62,8

* = Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung;

** = Gewerbeertragsteuer;

*** = zum Einkommen ist die negative Ersparnis von 390.-- DM hinzugerechnet.

Quelle: G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., Tab. 31 c und 3? b

Steuerarten sind dann danach zu klassifizieren, ob sie überwältzt oder nicht überwältzt worden sind.¹⁾

Den in der Tabelle 25 ausgewiesenen Steuerbeträgen liegt nachstehende Steuereinteilung zugrunde:

direkte Abgaben

- Einkommensteuer
- Kirchensteuer
- Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung
- Gewerbesteuer (ohne Gewerbebeertragsteuer)
- Vermögensteuer (einschließlich Erbschaftsteuer)
- Grundsteuer
- Kraftfahrzeugsteuer

indirekte Abgaben

- Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
- Umsatzsteuer (einschließlich Zölle)
- Verbrauchsteuern.

Die Bezugsgröße zur Berechnung der Q_i -Werte bildet das Bruttoeinkommen ohne Berücksichtigung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

In der Alternativrechnung B (Tabelle 26) werden als direkte Steuern neben den bereits erwähnten Abgaben die

- Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und
- Gewerbebeertragsteuer

einbezogen. Die Haushalte gelten bis zu einem Bruttoeinkommen von 15 000 DM durch die als direkte Steuern interpretierten Arbeitgeberbeiträge als belastet. Ab dieser Einkommensgrenze wird den Haushalten die Ge-

1) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.14

Tabelle 26

Verteilungswirkung ausgewählter Steuern für 4 - Personenhaushalte,
Bundesrepublik Deutschland 1954 (in 1000 DM/Jahr), Alternative B

1) Einkommen	2,4	4,2	7,2	10,8	15,0	24,0	48,0	120,0	1 000,0
2) Einkommen mit Arb.ggeb.beit. z. Soz. vers. * und Gew. er. st. **	2,49	4,69	8,05	11,52	15,72	26,62	54,36	137,6	1 154,95
3) direkte Steuern einschl. Ar.ggeb. beit. zu Soz. vers. * und Gew. er. st. **	0,18	0,99	1,89	2,74	3,54	9,42	25,77	75,72	771,10
4) indirekte Steuern ohne Ar.ggeb.beit. z. Soz. vers. *	0,43	0,61	1,01	1,44	1,89	2,49	3,07	4,58	10,10
5) Steuern insges.	0,61	1,60	2,91	4,18	5,43	11,91	28,84	80,30	781,20
6) Q _i	21,2***	34,1	36,1	36,3	34,5	44,7	53,1	58,4	67,6

* = Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung;

** = Gewerbeertragsteuer;

*** = zum Einkommen ist die negative Ersparnis in Höhe von 390.-- DM hinzugerechnet.

Quelle: G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., Tab. 31 c und 32 b

werbeertragsteuer als direkte Steuer zugerechnet. Zu den indirekten Steuern zählen abgesehen von den Arbeitgeberbeiträgen die gleichen Steuern, wie in der Alternativrechnung A angegeben. Die Bezugsgröße bildet das um die Arbeitgeberbeiträge und Gewerbeertragsteuer erweiterte Bruttoeinkommen.

Die in den Tabellen 25 und 26 angegebenen Q_i -Werte bis einschließlich dem Bruttoeinkommen von 15 000 DM unterscheiden sich somit nur wegen der verschiedenen Verrechnung der Arbeitgeberbeiträge. Werden diese als direkte Steuern interpretiert, führt dies im Einkommensbereich von 4 200 - 15 000 DM durchwegs zu einer höheren Steuerbelastungsquote als bei ihrer Verrechnung als indirekte Steuern. Eine Ausnahme bilden die Rentnerhaushalte. Als Folge der Berücksichtigung der Gewerbeertragsteuer erhöht sich die relative Steuerbelastung der Selbständigen und Gewerbetreibenden um ca. 4 - 5 Prozentpunkte.

Die verschiedenartige Verrechnung der Arbeitgeberbeiträge als direkte und indirekte Steuern beruht auf der Überlegung, daß diese Abgaben einmal als Lohnbestandteil der Arbeitnehmer interpretiert werden können. Zum anderen ist es vertretbar, diese Beiträge als indirekte Steuern aufzufassen, die die Unternehmen nach Maßgabe der Lohnsumme zu entrichten haben.¹⁾ Für die erste Auffassung spricht, daß mit den Zahlungen ein Leistungs- bzw. Einkommensanspruch der Arbeitnehmer entsteht, dessen Realisierung und Höhe allerdings weitgehend unbestimmt ist. Zudem leisten auch gesetzlich nicht versicherungspflichtige Bevölkerungsgruppen aus ihrem Einkommen gleichartige Zahlungen an Versicherungen, so daß auch die von den Unternehmen zugunsten

1) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.63 f

der Arbeitnehmer aufgebrauchten Beiträge als Einkommen der Versicherten angesehen werden kann. Bekanntlich hat sich in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung diese Auffassung durchgesetzt.¹⁾

Gleichwohl darf der steuerähnliche Charakter der Arbeitgeberbeiträge nicht übersehen werden. Sie stellen Zwangsabgaben dar, die eine zusätzliche Abgabe zum Lohn bilden. Aus der Sicht der Unternehmen unterscheiden sich diese nicht von Steuern, deren Bemessungsgrundlage die Lohnsumme ist. Die Finanzierung des Einkommensanspruchs der Versicherten kann auch aus allgemeinen Steuermitteln erfolgen. In diesem Fall gilt der dazu notwendige Steuerbetrag ebenfalls nicht als Einkommen der Arbeitnehmer.²⁾ Welche von den beiden Auffassungen die richtige ist, kann nur auf modelltheoretischer Ebene entschieden werden. Zu klären ist die Frage nach den eintretenden Anpassungsprozessen, wenn die Arbeitgeberbeiträge wegfallen.

Denkbar ist eine Senkung der Preise, Erhöhung der Gewinne oder der Löhne. Ist eine entsprechende Anhebung der Löhne die Folge des Wegfalls der Arbeitgeberbeiträge, sind diese als Lohnbestandteile zu interpretieren. Im ersten Fall sind die Beiträge als indirekte Steuern zu behandeln, im zweiten als direkte Steuern, die zulasten der Gewinne der Unternehmen gehen.³⁾

-
- 1) Diese Ansicht vertreten z.B. auch G. Rottier and J.F. Albert, *The Social Services*, a.a.O., S.112 f
 - 2) Dieser Argumentation schließen sich z.B. an E. Liefmann-Keil, *Ökonomische Theorie*, a.a.O., S.159 ff; K.H. Hansmeyer, *Die umverteilenden Effekte im Sozialhaushalt*, in: *Arbeit und Sozialpolitik*, Bd.15, 1961, S.328
 - 3) Siehe U. Gruber, *Vorüberlegungen*, a.a.O., S.136; siehe auch D. Zöllner, *Typologie der Redistributionsmerkmale in Systemen der sozialen Sicherung*, in: *Schmollers Jahrbuch*, Bd.85, 1965, I. Halbband, S.53

Hinzuweisen ist, daß im Hinblick auf das Überwälzungsproblem kein Unterschied besteht, ob die Arbeitgeberbeiträge als Lohnkostenbestandteile oder als indirekte Steuern betrachtet werden. In beiden Fällen werden die Unternehmen bestrebt sein, diese Kostenbelastung in ihrer Preisgestaltung zu berücksichtigen. Die unterschiedliche Verrechnung bedeutet also nicht, daß abweichende Überwälzungsannahmen zugrundegelegt werden.

Das Ziel einer formalen Inzidenzanalyse kann als erreicht angesehen werden, wenn der jeweilige Steueranteil an den Ausgaben sowie an den Einkommen der Zurechnungseinheiten entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten ermittelt wird. Nicht sichtbar werden die z.B. durch die Steuerwirkungen hervorgerufenen Änderungen der Preise oder Einkommen.¹⁾ Die Gegenüberstellung der Einkommensverteilung vor und nach Steuerabzug zeigt somit die Verteilungswirkungen der Besteuerung nur ungenau und unvollständig auf. So wird darauf hingewiesen, daß zwischen einer allgemeinen und gleichmäßigen Umsatzsteuer und Einkommensteuer keine nennenswerten Unterschiede in der Verteilungswirkung bestehen.²⁾ "Von einer 'Steuerüberwälzung' in dem Sinne, daß die Einkommen einzelner Wirtschaftssubjekte unterschiedlich belastet werden, je nachdem ob vom Staat eine Einkommen- oder Umsatzsteuer erhoben wird, kann ... keine Rede sein."³⁾ Eine solche Aussage kann im Rahmen von ex-ante-Modellen gewonnen werden, in denen Verhaltensfunktionen unter Berücksichtigung von Steuersätzen einbezogen sind.⁴⁾

1) Vgl. U. Gruber, Einkommensverteilung, a.a.O., S.120

2) Vgl. W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O., S.70

3) I. Metze, Zum Problem, a.a.O., S.412

4) Vgl. U. Gruber, Einkommensverteilung, a.a.O., S.120

Bei formalen Inzidenzanalysen handelt es sich dagegen um ex-post-Modelle, in denen die Verteilungswirkung der Steuern anhand von realisierten Größen bestimmt wird. Nun ist unbestritten, daß der Erkenntniswert von Untersuchungen nach dem Konzept der formalen Inzidenz begrenzt ist. Gleichwohl erscheint es als übertrieben, diese als völlig wertlos zu betrachten. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wirkungsanalysen der Besteuerung kann davon ausgegangen werden, daß Differenzierungen in der Steuerlast nicht durch Anpassungsvorgänge ausgeglichen werden, zumindest nicht innerhalb der gleichen Gruppe von Steuerpflichtigen. Insofern werden von formalen Inzidenzanalysen gewisse Verteilungsänderungen zutreffend erfaßt.¹⁾ Die Kritik an der formalen Inzidenzanalyse verliert ferner an Bedeutung, wenn der Anspruch aufgegeben wird, die Änderungen der Einkommensverteilung durch die Besteuerung darzustellen, zumal dies - wie erwähnt - dem Konzept der formalen Inzidenz auch nicht entspricht. Dieser Ansatz erlaubt vielmehr nur, die in einer bestimmten Periode bestehende Steuerbelastung der Einkommen darzustellen. Wenngleich diese Zielsetzung als anspruchlos gelten kann, ist zu bedenken, daß durch eine differentiale oder effektive Inzidenzanalyse keine zusätzlichen Erkenntnisse zu gewinnen sind, bei der die Verteilungswirkungen an der Primärverteilung gemessen werden. Beispielhaft sei auf die Untersuchung von Musgrave (USA 1958) hingewiesen.²⁾ Das Vorgehen von Musgrave ist nur unter der Annahme mit dem Konzept der differentialen Inzidenz vereinbar, daß die sich aus der Substitution des bestehenden durch ein neutrales Steuersystem ergebenden Verteilungswirkungen zu vernachlässigen bzw. verteilungs-

1) Vgl. W. Albers, Umverteilungswirkungen, a.a.O., S.70

2) Siehe R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O. S.186 ff

neutral sind. Läßt man diese kaum zutreffende Annahme fallen, kann Musgraves Untersuchung als eine formale Inzidenzanalyse interpretiert werden. Die Verteilungswirkungen der Besteuerung werden auf der Basis von ex-post-feststellbaren Einkommens- und Steuergrößen dargestellt.

Aus der jeweils mit dem Konzept der formalen und effektiven Inzidenz verfolgten Zielsetzung werden unterschiedliche Folgerungen im Hinblick auf die Bedeutung des Überwälzungsproblems in Redistributionsanalysen abgeleitet. Dieser Frage wollen wir uns nunmehr zuwenden.

8.2.3.1. Bedeutung des Überwälzungsproblems in formalen Redistributionsanalysen - Die Untersuchung von Jecht

Jecht verfolgt in dieser Arbeit das Ziel, den Gesamteffekt des Sozial Etats auf die Umverteilung für die Bundesrepublik Deutschland offenzulegen.¹⁾ Allerdings handelt es sich, wie er selbst einräumt, angesichts der Mängel der für ein solches Vorhaben notwendigen statistischen Unterlagen mehr um eine Schätzung als um eine genaue Berechnung der Verteilungswirkung des Sozialbudgets. So stellt er selbst die Frage, ob eine Analyse der Redistributionsvorgänge zu diesem Zeitpunkt überhaupt sinnvoll ist.²⁾ Jecht nimmt im Zusammenhang mit der Erläuterung seiner Ergebnisse ausführlich zu der Frage der Bedeutung des Überwälzungsproblems in Redistributionsanalysen Stellung. Bevor wir seine Auffassung dazu darlegen, soll sein

1) Siehe H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.141

2) Ebenda, S.134 f

Vorgehen zur Offenlegung der Umverteilung kurz erläutert werden.

Jecht analysiert die Redistributionseffekte für das Jahr 1950 zwischen den Selbständigen und Unselbständigen sowie zwischen den Einkommensgruppen mit einem Jahreseinkommen über bzw. unter 4 800 DM. Bei der Darstellung der Redistribution zwischen unterschiedlichen Einkommenshöhen ist auch dann, wenn keine Quoten in Bezug auf das Einkommen berechnet werden, die Wahl der Zurechnungs- und Bezugseinheit von Bedeutung. Wenngleich Jecht sich hierzu nicht ausdrücklich äußert, ist zu vermuten, daß die Abgrenzung der Einkommensgruppen nach der Höhe der Bruttolöhne der nichtveranlagten und der Einkommen der veranlagten Steuerpflichtigen erfolgt.¹⁾ Zu beachten ist, daß beiderseits lohnsteuerpflichtige Ehegatten damals nicht als ein Steuerpflichtiger ausgewiesen worden sind.

Die Summe der Sozialausgaben der öffentlichen Hand sowie der Sozialversicherung und des Lastenausgleichs beläuft sich im Jahr 1950 auf 19 237 Mill. DM (vgl. Tabelle 27). Davon wird ein Betrag von 1 433 Mill. DM abgesetzt, dessen Redistributionswirkung nach Jecht unbestimmt ist. In diesem Betrag ist u.a. das in dem Untersuchungsjahr gebildete Vermögen der Sozialversicherung eingeschlossen. Bei der Differenz zwischen dem Finanz- und Zuschußbedarf in Höhe von 1 667 Mill. DM handelt es sich in der damaligen Terminologie des Statistischen Bundesamtes um die speziellen Deckungsmittel. Diese stellen die Einnahmen dar, die bei einem Verwaltungszweig anfallen. Der Zuschußbedarf errechnet sich aus dem erforderlichen Finanzbedarf abzüglich

1) Vgl. H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.138

Tabelle 27

Bilanz der sozialen Transferzahlungen für die
Bundesrepublik Deutschland 1950

Ausgaben:	in Mill. DM	
Sozialetat der öffentl.Hand:	9 570	
davon: Zuschußbedarf	7 903	
Finanzbedarf - Zuschußbedarf*	1 667	
Gesamtausgaben der Sozialversicherung abzügl. Staatszuschuß	7 612	
davon: Vermögensbildung**	829	
Gesamtausgaben des Lastenausgleichsfonds und Soforthilfe abzüglich Staatszuschuß	2 055	
davon:		
Sonstige Ausgaben des Lasten- ausgleichsfond**	604	
insgesamt:	19 237	
Einnahmen:		
Aufbringung und Redistributionswirkung		
Redistribution von den Selbständigen zu den Unselbständigen	in Mill.DM i.v.H.	
1) Anteil der Selbständigen an der Aufbringung d.Sozialausgaben***	4 257	26,4
davon: Sozialetat	2 806	17,4
Lastenausgleichsfonds ohne Darlehen und Währungsausgleich	1 451	9,0
2) Anteil der Unselbständigen an der Aufbringung d.Sozialausgaben***	11 880	73,6
davon: Sozialetat	5 097	31,6
Sozialversicherung(ohne Staatszuschuß)	6 783	42,0
Zwischensumme:	16 137	100,0
Redistribution offen	1 433	
Redistribution unwirksam .	1 667	
insgesamt:	19 237	

* = gilt als redistributiv unwirksam

** = gilt als redistributiv offen

*** = es handelt sich hierbei um die redistributiv
wirksamen Sozialausgaben

Quelle: H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik,
a.a.O., S. 156, 157, Tab. 5a und 5b

der speziellen Deckungsmittel.¹⁾ Somit gehen in die Analyse von den gesamten Sozialausgaben nur 16 137 Mill. DM bzw. 84% als redistributiv wirksam ein.

Die Finanzierung der Sozialausgaben erfolgt durch Beiträge zur Sozialversicherung, Abgaben zum Lastenausgleich und durch Steuern. Jecht nimmt an, daß die Beiträge zur Sozialversicherung von den Unselbständigen bzw. von den Steuerpflichtigen unter einem Einkommen von 4 800 DM aufgebracht werden.²⁾ Die redistributiv wirksamen Sozialausgaben werden in Höhe von 7 903 Mill. DM durch Steuern finanziert (siehe Tabelle 27). Die Zuteilung auf die in der Untersuchung unterschiedenen Gruppen erfolgt nach der von Peacock und Browning vorgeschlagenen Methode. Ausgehend von den gesamten Steueraufkommen des Jahres 1950 errechnet Jecht nach der Einteilung der Steuern in direkte und indirekte den Anteil, den die Selbständigen/Unselbständigen sowie die Einkommensgruppen über/unter einem Einkommen von 4 800 DM aufbringen. Danach entfallen 35,5% (64,5%) der Steuern auf die Selbständigen (Unselbständigen). Für die Einkommensgruppe über/unter 4 800 DM lauten die Werte 40,1 bzw. 59,9%.³⁾ Danach werden die Selbständigen (Unselbständigen) mit 2 806 Mill. DM (5 097 Mill. DM), die Einkommensgruppe über/unter 4 800 DM mit 3 169 Mill. DM (4 734 Mill. DM) mit Steuern belastet (vgl. die Tabellen 27 und 28).

Jecht versucht, durch Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben in einer Art Sozialbilanz den redistri-

1) Vgl. Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Die Staatlichen Finanzen im Rechnungsjahr 1950, Bd.58, Stuttgart/Köln 1953, S.8

2) Vgl. H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.141 und S.156 f, Tab.5a und 5b

3) Ebenda, S.158 f

Tabelle 28

Redistribution zwischen den Einkommensgruppen über
und unter 4 800 DM im Rahmen des Sozialhaushalts,
Bundesrepublik Deutschland 1950

Einnahmen*	in Mill.DM	i.v.H.
1) Anteil der Einkommensgruppen über 4 800 DM an der Auf- bringung d.Sozialausgaben**	4 620	28,6
davon: Sozialetat	3 169	19,6
Lastenausgleich (ohne Dar- lehen und Währungsausgleich)	1 451	9,0
2) Anteil der Einkommensgruppen unter 4 800 DM an der Auf- bringung d.Sozialausgaben*	11 517	71,4
davon: Sozialetat	4 734	29,4
Sozialversicherung (ohne Staatszuschuß)	6 783	42,0
Zwischensumme:	16 137	100,0
Redistribution offen	1 433	
Redistribution unwirksam	1 667	
insgesamt:	19 237	

* = Ausgaben wie in der Tabelle 27

** = es handelt sich hierbei um die redistributiv
wirksamen Sozialausgaben

Quelle: H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik....,
a.a.O., S. 156 Tab. 5a und S. 157 Tab. 5b

butiven Effekt des Sozial Etats offenzulegen. Wie die Tabellen zeigen, bringen die Selbständigen 4 257 Mill. DM (26,4%) von den redistributiv wirksamen Sozialausgaben auf, die Einkommensgruppe über einem Einkommen von 4 800 DM 4 620 Mill. DM (28,6%). Nach Jecht findet in dem jeweiligen Umfang eine Umverteilung zwischen den Selbständigen/Unselbständigen bzw. den Einkommensgruppen über/unter einem Einkommen von 4 800 DM statt. Diese Aussage ist jedoch nur dann zulässig, wenn von der Verteilung der Sozialausgaben auf diese Gruppen abgesehen wird oder diese Übertragungseinkommen ausschließlich den Unselbständigen bzw. der unteren Einkommensgrößenklasse zugerechnet werden. Nach den Ausführungen von Jecht entspricht letztere Annahme nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.¹⁾

Dies bedeutet, daß in der Untersuchung von Jecht die Verteilungswirkung der Sozialausgaben nicht dargestellt wird. Aufgezeigt wird somit allein der redistributive Effekt der Abgaben zum Sozial Etat, nicht jedoch der Gesamteffekt des Sozialhaushalts, wie es nach Jecht das Ziel seiner Arbeit ist.

Jecht behauptet, daß die Frage der Überwälzbarkeit der Steuern und Ausgaben in Redistributionsanalysen keine Rolle spielt: "das Überwälzungsproblem taucht, was ausdrücklich hervorgehoben werden muß, bei der Aufteilung des Steueraufkommens wie übrigens auch bei der Zurechnung der Aus-

1) Vgl. H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.141 f

gaben nicht auf".¹⁾ In den empirischen Daten über die Einkommensverteilung einer Untersuchungsperiode sind die Ergebnisse der Überwälzung der Steuern und der Staatsausgaben dieser oder einer früheren Periode bereits enthalten. Nach Jecht werden hierbei über die Überwälzungsergebnisse der Vergangenheit genauso wenig Aussagen getroffen wie über die in der Zukunft zu erwartenden Überwälzungsvorgänge.²⁾

Wenngleich Jecht diese Feststellung nicht im Hinblick auf ein bestimmtes Inzidenzkonzept trifft, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß seine Aussage - wenn überhaupt - nur für eine formale Inzidenzanalyse Gültigkeit haben kann. Nach der mit dem Konzept der effektiven Inzidenz verfolgten Zielsetzung wird doch gerade versucht, die Verteilungswirkung der Steuern unter Einbeziehung der Überwälzungsvorgänge zu ermitteln.³⁾ Die Ansicht von Jecht teilen auch Schmidt et al. Die Autoren betonen, daß in einer statistischen Analyse nur die aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleiteten Größen erfaßt werden können, in denen

1) H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.135. Diese Ansicht vertritt auch Weissel. "Die in empirischen Untersuchungen von Umverteilungen immer wieder anzutreffenden Hypothesen über die Inzidenz diverser Steuern sind demnach nicht nur überflüssig, sondern falsch, sofern sie nicht den Zweck haben, jene Einkommensverteilung zu schätzen, die wir als die originäre bezeichnet haben." E. Weissel, Umverteilung, a.a.O., S.34. Zum Begriff des originären Einkommens siehe S. 161

2) Vgl. H. Jecht, Staatliche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.135

3) Einen Sonderfall stellt die Untersuchung von Ehmcke dar. Er hält das Konzept der gesetzlichen Inzidenz für das alleinmögliche für eine statistische Untersuchung der Steuerlastverteilung. Gleichwohl bestehen für Ehmcke auch bei diesem Inzidenzkonzept Überwälzungsprobleme. Siehe R. Ehmcke, Einkommensbesteuerung, Einkommensverteilung und Wirtschaftsablauf, Hamburg 1970, S.26

realisierte Überwälzungsvorgänge zum Ausdruck kommen. Wird akzeptiert, daß das Konzept der formalen Inzidenz im Rahmen einer statistischen Untersuchung das beste ist, besteht für sie die Schwierigkeit nur noch in der richtigen Steuerklassifizierung.¹⁾ In diesem Zusammenhang ist auch Zeitel zu erwähnen, auf den sich Schmidt et al. ausdrücklich beziehen. Er äußert sich zu dieser Frage hingegen sehr zurückhaltend. Nach seiner Meinung bildet das Überwälzungsproblem nicht die Hauptschwierigkeit einer formalen Inzidenzanalyse.²⁾ Daraus ist jedoch zu schließen, daß dieses Problem für ihn existiert.

Die Autoren, die das Überwälzungsproblem bei einer Zahllastbetrachtung für unbeachtlich halten, können sich auf Hicks berufen, auf die - wie erwähnt - die Unterscheidung zwischen der formalen und effektiven Inzidenz zurückgeht. Sie erklärt unmißverständlich, daß nach dem Konzept der formalen Inzidenz die Frage der Überwälzung keine Bedeutung hat. "The old concept of 'shifting' of tax is not relevant here because we are not inquiring into the economic repercussions for the tax".³⁾ Hingegen stehen nach ihr Überwälzungsfragen im Mittelpunkt der Betrachtung, wenn die effektive Inzidenz gemessen werden soll.⁴⁾

1) Vgl. K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung des Volkseinkommens, a.a.O., S.53 f

2) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.14

3) U.K. Hicks, Public Finance, a.a.O., S.254

4) Ebenda, S.254; dieser Ansicht ist z.B. auch G. Eisner, Kaufkraftübertragungen, a.a.O., S.6. Er sieht von einer Redistributionsanalyse für die Schweiz ab, da er es ablehnt, die Einkommensverteilung vor Steuerabzug mit der originären gleichzusetzen. Dieses Problem tritt aber nur auf bei einer effektiven Inzidenzanalyse.

Nun ist nicht zu bezweifeln, daß in den ex-post-feststellbaren volkswirtschaftlichen Größen der Überwälzungsprozeß seinen Niederschlag gefunden hat. Zu klären ist doch aber, welcher Überwälzungsvorgang in diesen Größen zum Ausdruck kommt. Bei der Einteilung der Steuern in direkte und indirekte geht man offensichtlich davon aus, daß bestimmte Steuerarten überwältzt werden können, andere hingegen nicht. Diese Steuerklassifizierung setzt also die Kenntnis der abgelaufenen Überwälzungsprozesse voraus. Mit der Abgrenzung der direkten Steuern als Bestandteil der Produktionskosten ist über die tatsächlich vollzogene Überwälzung nicht entschieden. Erst wenn geklärt ist, unter welchen Voraussetzungen ggf. eine Steuer überwältzt werden kann, ist eine zutreffende Einteilung der Steuern in überwälzbare und nichtüberwälzbare möglich.

Ohne Kenntnis der realisierten Überwälzungsvorgänge ist also die Feststellung, die Schwierigkeiten einer formalen Redistributionsanalyse liegen nur noch in der richtigen Steuerklassifizierung, nur eine andere Formulierung für das Problem, zutreffende Überwälzungshypothesen festlegen zu müssen. Somit kann der These, das Problem der Steuerüberwälzung ist in den nach dem Konzept der formalen Inzidenz erstellten empirischen Untersuchungen der Steuerlastverteilung ohne Bedeutung, nicht zugestimmt werden. Wären die vollzogenen Überwälzungsvorgänge bekannt, könnte das Überwälzungsproblem als gelöst gelten, was aber nicht bedeutet, daß es keine Rolle spielt. Wie das Konzept der effektiven Inzidenz erfordert somit auch das der formalen Inzidenz eine Klärung der Überwälzungsvorgänge. So weist z.B. Fecher ausdrücklich auf die Notwendigkeit hin, daß bei Unterstellung der formalen

Inzidenz die zugrundeliegenden Überwälzungshypothesen geprüft werden müssen.¹⁾

Da eine formale Inzidenzanalyse auf der Grundlage von realisierten volkswirtschaftlichen Größen erstellt wird, erscheint die These einleuchtend, daß es unzulässig ist, bei diesem Untersuchungsansatz verschiedene Überwälzungshypothesen zugrunde zu legen. Ob dieser These tatsächlich zugestimmt werden kann, sollen die folgenden Ausführungen klären.

8.2.3.2. Vereinbarkeit verschiedener Überwälzungsannahmen mit dem Konzept der formalen Inzidenz

Schmidt et al. beziehen sich bei der in statistischen Untersuchungen der Steuerlastverteilung anzuwendenden Methode ausdrücklich auf Zeitel. Wie er führen sie eine formale Inzidenzanalyse durch.²⁾ Nach ihrer Ansicht erlaubt dieser Untersuchungsansatz nicht, verschiedene Überwälzungsannahmen zugrunde zu legen. "Eine Untersuchung mit unterschiedlichen Annahmen über den Überwälzungsvorgang scheint nur dann sinnvoll, wenn nicht nur die unterschiedliche Steuerlastverteilung, sondern auch die durch sie bewirkte Veränderung aller Kreislaufgrößen (Volkseinkommen, privater Konsum, Investitionen etc.) ermittelt werden kann."³⁾ Zeitel spricht in diesem Zusammenhang von einer Konfundierung verschiedener Problemstellungen, wenn in einer for-

1) Vgl. H. Fecher, Inzidenzprobleme, a.a.O., S.124; dieser Ansicht sind auch: H.C. Recktenwald, Steuerüberwälzungslehre, a.a.O., S.43, Anm.31; R.A. Musgrave, Finanztheorie, a.a.O., S.181/182, Anm.2; I. Metze, Soziale Sicherung, a.a.O., S.17 f

2) Vgl. K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.53

3) Ebenda, S.53

malen Inzidenzanalyse abweichende Hypothesen hinsichtlich der Überwälzung einzelner Abgaben gemacht werden.¹⁾

Zunächst soll einer möglichen Fehlinterpretation dieser Aussagen durch die Analyse der Untersuchung von Schmidt et al. vorgebeugt werden. Wie zu zeigen sein wird, beziehen sich die erwähnten Ausführungen nur auf eine Untersuchung, nicht auf verschiedene Studien.²⁾ Anschließend soll versucht werden darzulegen, daß es weder sinnlos noch mit dem Konzept der formalen Inzidenz unvereinbar ist, die formale Inzidenz unter alternativen Überwälzungsannahmen zu messen.

8.2.3.2.1. Die Untersuchung von Schmidt et al.

- Darstellung und Würdigung

Die Studie von Schmidt et al. weist die durch Steuern, Sozialabgaben und Sozialleistungen hervorgerufene Umverteilung des Einkommens der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1955 und 1960 aus. Die Zurechnungseinheiten bilden die Haushalte, die nach ihrer sozialen Stellung in Arbeiter-, Angestellten-, Beamten-, Selbständigen- und Rentnerhaushalte unterteilt werden. Für das Jahr 1960 wird darüber hinaus die Umverteilung des Individualeinkommens, ebenfalls unterteilt nach der sozialen Position der Einkommensempfänger, aufgezeigt. Zudem werden weibliche und männliche Einkommensbezieher unterschieden. Diese umfassende tabellarische Übersicht der redistributiven Wirkungen der Steuern, Sozialabgaben und -leistungen für die Jahre 1955 und 1960 in ihrer Gesamtheit hier zu würdigen, ist nicht möglich. Die Beschränkung der Analyse auf die für alle Haushalte in dem Jahr 1960 ermittelten

1) Vgl. G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.13

2) Wenn nichts anderes vermerkt, handelt es sich im folgenden immer um eine formale Redistributionsanalyse.

Redistributionseffekte ist angesichts der verfolgten Zielsetzung vertretbar.

Die Einteilung der privaten Haushalte nach Einkommensgrößenklassen erfolgt gemäß der Höhe ihres Bruttoeinkommens aus Erwerbstätigkeit und Vermögen.¹⁾ Die auf die einzelnen Einkommensgrößenklassen entfallenden direkten Steuern werden zunächst in absoluter Höhe für alle Haushalte ausgewiesen, ohne sie mit der entsprechenden Einkommenssumme in Beziehung zu setzen (vgl. Tabelle 29).

Der Aussagewert dieser Tabelle ist verhältnismäßig gering. Die Umverteilungseffekte können durch die Gegenüberstellung absoluter Zahlen kaum offengelegt werden. Aus welchen Gründen Schmidt et al. nicht den Anteil der direkten und indirekten Steuern am Bruttoeinkommen ermitteln, haben wir bereits dargelegt.²⁾

Gleichwohl ist bemerkenswert, daß sie unter offensichtlicher Vernachlässigung dieser Überlegungen bemüht sind, das Ausmaß der Nettoredistribution zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen bzw. Einkommenschichten durch eine Kennzahl auszudrücken. Diese Kennzahl wird berechnet aus dem Verhältnis des um die Transfereinkommen verringerten Gesamtbetrages an direkten und indirekten Steuern sowie Sozialabgaben zu dem um die indirekten Steuern gekürzten verfügbaren Einkommen. Die Berechnung erfolgt nach der

1) Vgl. K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.17 ff

2) Siehe S. 113

Tabelle 29

Verteilung des Bruttoeinkommens und seine Umverteilung,
Bundesrepublik Deutschland 1960
- alle Haushalte -

Einkommen von ... bis unter ... in DM/Jahr (1)	Haushalte in 1000 (2)	Einkommen in Mill. DM (3)	Sozial- abgaben in Mill. DM (4)	direkte Steuern in Mill. DM (5)	Transfer- einkommen in Mill. DM (6)
- 1 200	2 876	1 274	92	59	9 535
1 200 - 2 400	651	1 118	153	53	3 207
2 400 - 4 800	842	3 030	484	140	4 163
4 800 - 7 200	1 619	10 137	1 960	376	2 604
7 200 - 9 600	2 697	22 759	4 533	972	2 833
9 600 - 12 000	2 244	24 245	4 534	1 238	2 584
12 000 - 15 000	2 298	30 960	5 700	1 926	3 228
15 000 - 18 000	1 562	25 702	3 721	1 964	1 830
18 000 +	2 626	77 765	6 983	10 992	3 736
insgesamt:	17 415	196 990	28 160	17 720	33 720

Quelle: K.F. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.171, Tab. 31

folgenden Formel:

$$r = \frac{Tr - (T_d + T_{ind} + T_{soz})}{Y - (T_d + T_{ind} + T_{soz}) + Tr} ;$$

hierbei bedeuten:

Tr	=	Transfers
T _d	=	direkte Steuern
T _{ind}	=	indirekte Steuern
T _{soz}	=	Sozialabgaben
Y	=	Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen

Es werden also sämtliche Abgaben abzüglich der Übertragungseinkommen zu einer Einkommensgröße in Beziehung gesetzt.¹⁾ Die Frage, ob die gewählte Bezugsgröße dafür am besten geeignet ist, soll hier offen bleiben.

Weiter berechnen Schmidt et al. die relative Belastung des Bruttoeinkommens aus Erwerbstätigkeit und Vermögen der privaten Haushalte (ohne Rentnerhaushalte) durch direkte Steuern und Sozialabgaben. Da die Transfer-einkommen nicht berücksichtigt sind, wird die relative Steuerbelastung der privaten Haushalte nur unzureichend beschrieben. Im Jahr 1960 fließen den Nicht-Rentner-Haushalten von den Transfers in Höhe von 33,72 Mrd. DM 32% zu. Angesichts dieser Größenordnung führt das Vorgehen von Schmidt et al. zu einer beachtenswerten Überhöhung der Steuerbelastungsquoten der privaten Haushalte. Um eine Vorstellung von den Größenverhältnissen zu geben, sollen die Belastungsquoten bei Einbeziehung der Transfereinkommen wieder-

1) Siehe K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung , a.a.O., S.131 Anm.75 und S.140

Tabelle 30

Die relative Belastung des Bruttoeinkommens
ohne/mit Einbeziehung der Transfereinkommen
der privaten Haushalte (ohne Rentnerhaushal-
te) durch direkte Steuern und Sozialabgaben,
Bundesrepublik Deutschland 1960

Einkommen von ... bis unter ... in DM/Jahr	Q_i^*	Q_i^{**}
(1)	(2)	(3)
- 1 200	0,0	0,0
1 200 - 2 400	21,0	14,1
2 400 - 4 800	21,8	19,0
4 800 - 7 200	23,6	22,1
7 200 - 9 600	24,4	23,0
9 600 - 12 000	23,9	22,3
12 000 - 15 000	24,8	22,9
15 000 - 18 000	22,1	20,8
18 000 +	23,1	22,2
durchschnittliche Steuerbelastungs- quote	23,5	22,2

* = Bezugsgröße: Bruttoeinkommen aus
Erwerbstätigkeit und Vermögen
(183 690 Mill. DM)

** = Bezugsgröße: Bruttoeinkommen aus
Erwerbstätigkeit und Vermögen
zuzüglich Transfereinkommen
(194 590 Mill. DM)

Quelle: K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung,
a.a.O., S.171, Tab. 31, S.175, Tab. 35
und S.179, Tab. 39

gegeben werden, auch wenn keine Neugruppierung der Haushalte vorgenommen werden kann (siehe Tabelle 30). Die tatsächlichen Q_i -Werte liegen im unteren Einkommensbereich (hier: 1 200 bis 3 600 DM) innerhalb der von Schmidt et al. und von uns ermittelten Ergebnisse. Im mittleren und oberen Einkommensbereich werden die tatsächlichen Werte unter denen der Spalte (3) liegen.¹⁾

Die relative Belastung der Einkommen (einschließlich der Transfereinkommen) aller privater Haushalte durch direkte Steuern und Sozialabgaben zeigt die Tabelle 31.²⁾

Durch die Einbeziehung der Rentnerhaushalte ermäßigt sich insbesondere in dem Einkommensbereich von 1 200 bis 7 200 DM die Steuerbelastungsquote erheblich (vgl. die Spalten (3) und (5) der Tabellen 30 und 31). Bemerkenswert ist, daß in der untersten Einkommensgrößenklasse die Steuerbelastungsquote durch die Einbeziehung der Rentnerhaushalte ansteigt, zumal nach den Angaben von Schmidt et al. aus den Übertragungseinkommen keine direkten Steuern und Sozialabgaben zu entrichten sind.³⁾ Der Anstieg von Q_i ist darauf zurückzuführen, daß in dieser Einkommensstufe beinahe das gesamte Leistungseinkommen den Rentnerhaushalten zufließt, das in Höhe von 1,4% mit direkten Abgaben belastet ist.⁴⁾ Ab der Einkommengrenze von 7 200 DM unterscheidet sich der in den beiden Tabellen ausgewiesene Steuerverlauf wenig. So weichen die Steuerbelastungsquoten nur um 1,5 Prozentpunkt ab.

1) Siehe S. 88 f

2) Die nach dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen vorgenommene Einkommensschichtung mußte auch hier beibehalten werden.

3) Vgl. K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.152, Tab.12

4) Ebenda, S.171, Tab.31 und S.175, Tab.35

Tabelle 31

Verteilungswirkung der direkten Steuern
und Sozialbeiträge,
Bundesrepublik Deutschland 1960

Einkommen von ... bis unter ... in DM (1)	Haushalte i.v.H. (2)	Einkommen i.v.H. (3)	direkte Steuern* i.v.H. (4)	Q _i (5)
- 1 200	16,5	4,7	0,3	1,4
1 200 - 2 400	3,7	1,9	0,4	4,8
2 400 - 4 800	4,8	3,1	1,4	8,7
4 800 - 7 200	9,3	5,5	5,1	18,3
7 200 - 9 600	15,5	11,1	12,0	21,5
9 600 - 12 000	12,9	11,6	12,6	21,5
12 000 - 15 000	13,2	14,8	16,6	22,3
15 000 - 18 000	9,0	12,0	12,4	20,6
18 000 +	15,1	35,3	39,2	22,1
insgesamt:	100,0	100,0	100,0	19,9
in Mill.	17,42	---	---	---
in Mrd. DM	---	230,71	45,88	---

* = einschließlich Sozialbeiträge

P = 24,8 %; RP = 57,216 Mrd. DM;

U^{ne} = 3,656 Mrd. DM; R_{St} = 1,6 %;

W_{St} = 8,0 %; N_{St} = 6,4 %

Quelle: K.D. Schmidt et al., Die Umver-
teilung, a.a.O.,
S.171, Tab. 31

Der Umverteilungseffekt der direkten Steuern und Sozialabgaben ist auffallend gering (vgl. Tabelle 31). Das Redistributionspotential in Höhe von 57,216 Mrd. DM wird nur zu 6,4% ausgeschöpft. Entsprechend niedrig sind auch die sonstigen Kennzahlen zur Beurteilung der Wirksamkeit der Umverteilung. So sind z.B. von den erhobenen direkten Abgaben nur 8,0% redistributiv wirksam.

Aufgrund fehlender Angaben kann nicht versucht werden, die relative Gesamtsteuerbelastung durch direkte und indirekte Steuern der privaten Haushalte zu ermitteln, da die indirekten Steuern auf der Basis des verfügbaren Einkommens nach Einkommensgrößenklassen verteilt werden.

Die von den inländischen Sektoren aufgebrachten direkten Steuern belaufen sich im Jahr 1960 auf 24,8 Mrd. DM. Davon wird in der Untersuchung nur jener Teil berücksichtigt, der unmittelbar von den privaten Haushalten aufgebracht wird, nämlich 17,72 Mrd. DM.¹⁾

Zu den direkten Steuern zählen hierbei u.a. die

Lohnsteuer

Einkommensteuer,

Vermögensteuer

nicht-veranlagte Steuern vom Ertrag und

Kraftfahrzeugsteuer.

Die Beiträge zur Sozialversicherung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Höhe von 28,16 Mrd. DM gelten

1) Siehe K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.41

entsprechend dem Vorgehen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Lohnbestandteile.¹⁾

Der Steueranfall aus indirekten Steuern (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Unfallversicherung abzüglich Subventionen) beträgt im Jahr 1960 38,1 Mrd. DM. Den davon auf die inländischen Sektoren entfallenden Betrag von 33,35 Mrd. DM rechnen die Autoren den privaten Haushalten zu.²⁾ Damit werden diese auch mit dem Teil der indirekten Steuern belastet, der von dem öffentlichen Sektor durch die Käufe von Gütern und Diensten von dem Unternehmenssektor aufgebracht wird. Hierbei handelt es sich um einen nicht zu unterschätzenden Steuerbetrag. Zeitel gliedert in seiner Untersuchung den Teil der indirekten Steuern aus, mit dem der staatliche Konsum belastet ist. Dieser beträgt im Jahr 1954 1,5 Mrd. DM, was einem Anteil an den gesamten indirekten Steuern (einschließlich Arbeitgeberbeiträge) von 5,3% entspricht.³⁾

Im einzelnen werden u.a. als indirekte Steuern klassifiziert:

Umsatzsteuer,
Verbrauchssteuern,
Gewerbsteuer und
Grundsteuer.⁴⁾

-
- 1) Siehe K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.57 und Tab.21; zur Analyse der ökonomischen und finanzpolitischen Probleme des Sozialhaushalts in der Bundesrepublik Deutschland siehe insbesondere K.D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach, Sozialhaushalt und Wirtschaftskreislauf in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960, Tübingen 1965.
 - 2) Vgl. K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.121
 - 3) Siehe G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.99 f und Tab.27
 - 4) Vgl. K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.120, Tab.36

Ein Vergleich der von Zeitel und Schmidt et al. vorgenommenen Steuerklassifizierung zeigt, daß diese nicht übereinstimmt. Schmidt et al. klassifizieren die Grund-, Gewerbeertrag- sowie die Gewerbekapitalsteuer im Gegensatz zu Zeitel als indirekte Steuern, wobei die Autoren auf diese Abweichungen auch ausdrücklich hinweisen.¹⁾ So kann also kein Zweifel darüber bestehen, daß Schmidt et al. es für sinnvoll halten, in verschiedenen Redistributionsanalysen unterschiedliche Überwälzungsannahmen zugrunde zu legen.

Zu klären ist nun, ob es - wie Schmidt et al. sowie Zeitel behaupten - mit dem Konzept der formalen Inzidenz unvereinbar ist, eine Redistributionsanalyse mit verschiedenen Überwälzungshypothesen zu erstellen. Damit ist das Problem angesprochen, inwieweit die im Rahmen einer Wirkungsanalyse gewonnenen Ergebnisse die tatsächlich vollzogenen Überwälzungsvorgänge zutreffend beschreiben. Bislang war man mangels gesicherter Aussagen über die Überwälzbarkeit der einzelnen Steuern weitgehend auf Vermutungen über die abgelaufenen Überwälzungsprozesse angewiesen. So besteht nach Schmidt et al. ".... eine größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß direkte Steuern nicht abgewälzt als daß sie abgewälzt werden".²⁾ Solange diese Unge-
wißheit besteht, wird man auch weiterhin genötigt sein, Annahmen über die Überwälzbarkeit der Steuern festzulegen. Die nachfolgenden kurzen Hinweise sollen verdeutlichen, daß dieses Vorgehen nicht unbedenklich ist.

1) Vgl. K.D. Schmidt et al., Die Umverteilung, a.a.O., S.118 f, Anm.64

2) Ebenda, S. 53

8.2.3.2.2. Kritische Bemerkungen zu den in Redistributionsanalysen zugrundegelegten Überwälzungshypothesen

Die Einteilung der Steuern in vollkommen überwälzbare und nicht-überwälzbare ist problematisch. Im Rahmen einer Partialanalyse kann eine die Produktionskosten erhöhende Steuer in voller Höhe nur überwälzt werden, wenn - abgesehen von dem Grenzfall einer vollkommen unelastischen Güternachfrage - das Güterangebot vollkommen elastisch ist. Andernfalls kann diese Steuer nur teilweise oder im Extremfall überhaupt nicht überwälzt werden. Dagegen erfordert die Nicht-Überwälzbarkeit einer Steuer auf das Faktoreinkommen, daß das Faktorangebot vollkommen unelastisch ist, wenn der Fall der vollkommen elastischen Faktornachfrage ausgeschlossen ist. Die Annahme eines vollständig elastischen Güterangebots ist jedoch mit der eines vollständig unelastischen Faktorangebots nicht vereinbar. Die erste Annahme ist, wenn überhaupt, nur unter dem langfristigen Aspekt vertretbar, die zweite hingegen nur für die kurze Periode. Somit zeigt sich, daß die Einteilung der Steuern in vollständig überwälzbare und nicht-überwälzbare im Rahmen dieser Analyse auf sich widersprechenden Voraussetzungen beruht. Dies verdeutlicht zu haben, ist insbesondere das Verdienst von Prest. "Therefore it must be concluded that calculations of the incidence of direct and indirect taxes are based on conflicting and contradictory assumptions. In one case the assumptions only have validity in the Marshallian short period; in the other in the long period."¹⁾

1) A.R. Prest, Statistical Calculations of Tax Burdens, in: *Economica*, Vol.22, N.S., 1955, S.242; zu der sich anschließenden Kontroverse siehe A.H. Conrad, On the Calculation of Tax Burdens, in: *Economica*, Vol.22, N.S., 1955, S.342 ff; A.R. Prest, On the Calculation of Tax Burdens - A Rejoinder, in: *Economica*, Vol.23, 1956, S.270 ff; siehe auch A.R. Prest, *The Budget*, a.a.O., S.82 ff

Dagegen wird vor allem eingewandt, daß diese Betrachtungsweise den kreislauftheoretischen Zusammenhang vernachlässigt.¹⁾ Wird dieser berücksichtigt, kann unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Gewinnsteuer überwältzt werden. Diese These vertrat Föhl zu Beginn der fünfziger Jahre, der damit eine intensive Diskussion ausgelöst hat.²⁾ Diese führte insbesondere zu einer Klärung der für die Überwälzung einer Steuer erforderlichen Voraussetzungen.

Jede von den Unternehmen erhobene Steuer kann überwältzt werden, wenn nachstehende Bedingungen erfüllt sind:

- Erhöhung der Nachfrage des Staates nach Gütern und Diensten im Unternehmenssektor im Ausmaß der Steuererhöhung
- unverändertes Niveau der sonstigen Nachfragekomponenten
- elastisches Geldangebot
- Vollbeschäftigung.

Unter diesen Annahmen muß jede Steigerung des Staatsverbrauchs zulasten des privaten Sektors gehen, gleichgültig, ob die Finanzierung durch "direkte" oder "indirekte" Steuern im Unternehmensbereich erfolgt.³⁾

1) Vgl. K.W. Roskamp, The Budget and Interpersonal, a.a.O., S.102 f. Auf die Bedeutung der Verwendung der im Rahmen einer Steuererhöhung zusätzlich eingehenden Mittel weist ebenfalls hin A.M. Cartter, The Redistribution of Income in Postwar Britain, New Haven 1955, S.20 f

2) Siehe C. Föhl, Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, in: FA, Bd.14, N.F., 1953/54, S.88 ff; sowie derselbe, Das Steuerparadoxon, in: FA, Bd.17, N.F., 1956/57, S.1 ff. Hier finden sich auf S.1, Anm.2 die Diskussionsbeiträge zu seinem zuerst genannten Beitrag.

3) Vgl. auch G. Blümle, Verteilungstheorie und makroökonomische Steuerüberwälzungslehre, in: JS, Bd.18, 1967, S.175 ff

Zu beachten ist jedoch, daß damit nur die allgemeinen, notwendigen Bedingungen angegeben werden, unter denen z.B. eine Gewinnsteuer überwältzt werden kann. Die Frage, wer diese tatsächlich trägt, bleibt weiterhin unbeantwortet.¹⁾ Ob die Überwälzung der Gewinnsteuer gelingt oder nicht, hängt von einer Vielzahl von Bestimmungsfaktoren ab, wie Marktform, Verhalten der Marktteilnehmer, Geld- und Kreditpolitik, Einkommensverteilung, Beschäftigungsniveau oder Ausgestaltung der Steuer.²⁾

In einer Reihe von empirischen Untersuchungen wird nun versucht, den Realitätsgehalt von Überwälzungssannahmen für verschiedene Steuern zu prüfen. Besondere Aufmerksamkeit findet hierbei die Körperschaftsteuer, wobei diese Untersuchungen z.T. zu völlig entgegengesetzten Ergebnissen kommen.

Nach einer Untersuchung von Adelman z.B. hat in den USA in dem Zeitraum von 1922 - 1929 und 1946 - 1955 keine Überwälzung der Körperschaftsteuer stattgefunden.³⁾ Als Maßstab für eine Überwälzung wählt er den Anteil des Bruttogewinns an dem in den Kapitalgesellschaften geschaffenen Volkseinkommen.⁴⁾ Wäre eine Überwälzung gelungen, müßte der Anteil gestiegen

1) Vgl. W. Krelle, Zur Wirkung der progressiven Einkommensbesteuerung, in: FA, Bd.16, N.F., 1955/56, S.23

2) Vgl. W. Albers, Preisliche Wirkungen der Besteuerung, in: FA, Bd.16, N.F., 1955/56, S.255; siehe auch H.C. Recktenwald, Steuerüberwälzungslehre, a.a.O., S.155 f

3) Vgl. M.A. Adelman, The Corporate Income Tax in the Long Run, in: JPE, Vol.65, 1957, S.152 f

4) Ebenda, S.152

sein, da innerhalb der genannten Zeiträume der Körperschaftsteuersatz von 12 auf 52% gestiegen ist.¹⁾

Demgegenüber ist nach Zellner in den USA die Körperschaftsteuer in diesem Zeitraum vollständig überwältzt worden.²⁾ Er untersucht das Verhältnis des Gewinns nach Steuerabzug und seine Veränderung zu dem eingesetzten Kapital.³⁾ Dieses Verhältnis ist im Durchschnitt nach seinen Untersuchungen in der Vor- und Nachkriegsperiode nahezu unverändert geblieben.

Es fehlt nun nicht an Versuchen, die jeweiligen Untersuchungsergebnisse zu deuten und zu erklären.⁴⁾ Diese Erklärungsversuche können jedoch nicht befriedigen, da diese davon ausgehen, daß der jeweils gewählte Untersuchungsansatz der Fragestellung angemessen ist. Dies ist jedoch zu bezweifeln. Auf die Höhe des Bruttogewinns wirkt außer der Körperschaftsteuer eine Vielzahl von anderen Faktoren ein. Diese Faktoren für einen Zeitraum von knapp 30 Jahren als konstant anzusehen, führt nahezu zu wertlosen Ergebnissen. "In Anbetracht dessen muß es verwundern, mit welcher Unbekümmertheit aus der Konstanz bestimmter, statistischen Unterlagen entnommener Zahlenreihen Rückschlüsse

1) Zu dem gleichen Ergebnis wie Adelman kommt E.F. Denison, *Income Types and the Size Distribution*, in: AER, P+P, Vol.44, 1954, S.254 ff

2) Vgl. A. Zellner, *The Corporate Tax in the Long Run: A Comment*, in: JPE, Vol.66, 1958, S.444 ff. Zu einem gleichlautenden Ergebnis kommen z.B. auch E.M. Lerner und E.S. Hendriksen, *Federal Taxes on Corporate Income and the Rate of Return on Investment in Manufacturing, 1927 to 1952*, in: NTJ, Vol.9, 1956, S.193 ff

3) Vgl. A. Zellner, *The Corporate Tax*, a.a.O., S.445

4) Siehe z.B. B.U. Ratchford and P.B. Han, *The Burden of the Corporate Income Tax*, in: NTJ, Vol.10, 1957, S.310 ff

auf die Überwälzbarkeit der Körperschaftsteuer gezogen worden sind."¹⁾

Notwendig ist es also, den Einfluß der Körperschaftsteuer auf die Höhe des Gewinns zu isolieren. Diesen Versuch unternehmen Krzyzaniak und Musgrave im Rahmen eines ökonometrischen Modells²⁾, in dem die Kapitalrentabilität die abhängige Variable darstellt. Nach ihrem Modellansatz ermitteln sie nach Berücksichtigung verschiedener Einwände einen Überwälzungsgrad der Körperschaftsteuer von ca. 100%. Aber auch gegen dieses Modell, das weit anspruchsvoller als die oben beschriebenen Lösungsansätze ist, wird insbesondere eingewandt, daß die ausgewählten Bestimmungsfaktoren der Kapitalrentabilität nicht repräsentativ sind. Der hohe Überwälzungsgrad wird durch den Modellansatz vorherbestimmt.³⁾ In der Tat überrascht es, daß nach diesem Modell für die Bundesrepublik Deutschland sowie für Indien eine Überwälzung der Körperschaftsteuer von ebenfalls ca. 100% errechnet wird.⁴⁾

1) K.F. Schreiber, Zur Aussagekraft empirischer Untersuchungen der Überwälzbarkeit der Körperschaftsteuer, in: FA, Bd.29, N.F., 1970, S.61

2) Siehe M. Krzyzaniak and R.A. Musgrave, The Shifting of the Corporation Income Tax, Baltimore 1963

3) Vgl. K.F. Schreiber, Zur Aussagekraft, a.a.O., S.62 ff; siehe auch I. Metze, Zum Problem, a.a.O., S.419

4) Vgl. K.W. Roskamp, The Shifting of Taxes on Business Income: The Case of the West-German Corporations, in: NTJ, Vol.18, 1965, S.247 ff; G.S. Laumas, The Shifting of the Corporation Income Tax - A Study with Reference to Indian Corporations, in: PF, Vol.21, 1966, S.462 ff

8.2.3.2.3. Ergebnis

Die vorstehend genannten Untersuchungen geben somit keinen Aufschluß über die tatsächlich vollzogene Überwälzung der Körperschaftsteuer. Die Frage, welche Überwälzungsannahme im Hinblick auf die Körperschaftsteuer festgelegt werden soll, bleibt weiterhin offen.

Zudem haben diese Untersuchungen verdeutlicht, daß aus empirischen Daten nicht ein bestimmter Überwälzungsvorgang abgeleitet werden kann. Vielmehr sind die ex-post-feststellbaren Werte mit verschiedenen Überwälzungsprozessen vereinbar. Dies gilt auch dann, wenn die originären volkswirtschaftlichen Daten bekannt wären, da eine Reihe verschiedener Anpassungsprozesse von der originären zu der vorliegenden Primärverteilung geführt haben können. Insofern bedeutet es eine unnötige Beschränkung, sich auf einen bestimmten Überwälzungsvorgang festzulegen. Vielmehr erhöht es den Erkenntniswert einer Redistributionsanalyse, wenn diese auf der Grundlage alternativer Überwälzungsannahmen formuliert wird. Dies widerspricht nicht dem Konzept der formalen Inzidenz. In den empirischen Daten haben sich bestimmte Überwälzungsvorgänge niedergeschlagen. Da nicht bekannt ist, ob und gegebenenfalls inwieweit die für die Überwälzung notwendigen Bedingungen erfüllt gewesen sind, kann nicht entschieden werden, ob in den realisierten volkswirtschaftlichen Größen die Überwälzungshypothese A oder B oder C zum Ausdruck kommt, wobei von diesen nur eine richtig sein kann.

Somit ist es auch nach dem Konzept der formalen Inzidenz zulässig, die Steuerbelastung für eine Vielzahl alternativer Überwälzungsannahmen zu berechnen. Es ist jedoch zweckmäßig, sich auf wenige zu beschränken.

Denkbar ist es einmal, die Verteilungswirkung der Steuern unter der Annahme darzustellen, daß sämtliche von den Unternehmen erhobenen Steuern auf die privaten Haushalte überwältzt werden und diese damit die gesamten Steuern tragen. In der Alternativrechnung kann der Fall berücksichtigt werden, daß keine Überwälzung stattfindet. Die herkömmlichen Überwälzungshypothesen, nach denen die direkten Steuern im Gegensatz zu den indirekten nicht überwältzt werden, bilden danach eine Kompromißlösung. Der zusätzliche Erkenntniswert liegt dann darin, daß der Bereich angegeben werden kann, in dem die Steuerbelastung der Haushalte mit großer Wahrscheinlichkeit liegt. So gehen z.B. Pechman und Okner in ihrer jüngst erschienenen Veröffentlichung über die Steuerlastverteilung in den USA bei ihren Berechnungen von verschiedenen Überwälzungsannahmen für einzelne Steuern aus, wobei sie diejenigen Hypothesen zusammenfassen, die die oberen (unteren) Einkommensstufen am stärksten bzw. am wenigsten belasten.¹⁾ Die Gegenüberstellung der auf der Grundlage der "progressivsten" bzw. "regressivsten" Überwälzungshypothesen gewonnenen Ergebnisse zeigt auf, innerhalb welcher Grenzen sich die Steuerbelastung der Haushalte bewegen wird.

1) Vgl. J.A. Pechman and B.A. Okner, Who Bears, a.a.O., S. 30 ff sowie 48 ff; siehe auch B.A. Okner and J.A. Pechman, Who Paid the Taxes in 1966?, in: AER, P+F, Vol. 64, 1974, S. 168 ff. Hinzuweisen ist, daß die Autoren offensichtlich ihr Vorgehen nur mit dem Konzept der differentialen Inzidenz für vereinbar halten. Sie sehen jedoch keine Notwendigkeit, Ergebnisse einer differentialen Inzidenzanalyse auszuweisen. "The differences between actual effective rates and the effective rate of a proportional income tax are not actually shown in any of the tables or figures in this study; they can easily be derived by subtraction." J.A. Pechman and B.A. Okner, Who Bears, a.a.O., S. 3 Anm. 7

9. Kapitel

Einkommenszurechnungen als Folge von Steuer- zurechnungen

9.1. Die Redistributionsanalyse von Musgrave et al., USA 1948

Die Redistributionsanalyse von Musgrave et al. ist Gegenstand mehrerer Diskussionsbeiträge¹⁾, von denen insbesondere der von Tucker zu erwähnen ist.²⁾ Tucker führt eine eigene Untersuchung der Verteilungswirkung der Besteuerung durch, in der die seiner Ansicht nach gravierendsten Fehler der Arbeit von Musgrave et al. korrigiert sind. Die Untersuchungsergebnisse beider Arbeiten weichen auch entsprechend deutlich voneinander ab. So kritisiert Tucker die Aufteilung einzelner Steuern (auch bei gleichen Überwälzungsannahmen) und verschiedener Einkommensarten (z.B. die Verteilung des Einkommens aus Wertpapierbesitz) auf Einkommensgrößenklassen. Zu den weiteren Fehlern gehören nach ihm insbesondere die Vernachlässigung von nicht-monetären Einkommensteilen sowie die im Zuge der Ermittlung der Verteilungswirkung der Körperschaftsteuer vorgenommene Zurechnung der unverteiltten Gewinne.

-
- 1) Vgl. R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S.1 ff
 - 2) Siehe R.S. Tucker, Distribution of Tax, a.a.O., S.269 ff; sowie derselbe, Distribution of Tax Burdens in 1948, in: R.B. Weld (ed.), Proceedings of the Forty-Fifth Annual Conference on Taxation, Sacramento 1953, S.195 ff

Die von Tucker vorgeschlagenen Änderungen der Steuerverteilung sind z.T. quantitativ unbedeutend, z.T. kompensieren sie sich.¹⁾ Auf diesen Kritikpunkt näher einzugehen, erscheint deshalb nicht nötig, zumal vornehmlich die Wahl der Verteilungsschlüssel zur Diskussion steht. Ob nicht-monetäre Einkommensteile ein-zubeziehen sind oder nicht, haben wir bei der Abgrenzung der verschiedenen Einkommenskonzepte bereits diskutiert.²⁾ Die Berechtigung der Kritik im Hinblick auf die Einbeziehung der unverteilter Gewinne werden wir im folgenden prüfen.

Die Untersuchung von Musgrave et al. basiert auf Ausgabeneinheiten, die nach dem "total money income" auf Einkommensgrößenklassen verteilt werden.³⁾ Es werden sämtliche in den USA 1948 erhobenen Steuern erfaßt, wobei die Untersuchungsergebnisse mit und ohne Einbeziehung der Sozialabgaben ausgewiesen werden. Auf die Zurechnung der Steuern auf Einkommensgrößenklassen verwenden Musgrave et al. große Sorgfalt. So gliedern sie z.B. die "property tax" in

-
- 1) Vgl. R.A. Musgrave and L. Frane, Rejoinder, a.a.O., S.16, insbesondere S.19, Tab.2 und S.22 f, Tab.3 und 4
 - 2) Siehe S.94 ff. Die Abgrenzung des "richtigen" Einkommenskonzepts hat in den verschiedenen Diskussionsbeiträgen große Beachtung gefunden. Siehe G. Colm and H.P. Wald, Some Comments, a.a.O., S.13 f; R.A. Musgrave and L. Frane, Rejoinder, a.a.O., S.16 ff; R.A. Musgrave, Distribution of Tax, Proceedings, a.a.O., S.189 f; J.A. Pechman, Some Technical Problems, Proceedings, a.a.O., S.205 ff; siehe auch den Diskussionsbeitrag von R.S. Tucker zu den zuletzt genannten Ausführungen von J.A. Pechman und R.A. Musgrave, a.a.O., S.214
 - 3) Vgl. R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S.10 f

14 Komponenten und rechnen diese den verschiedenen Einkommensgruppen zu. Für einzelne Steuerbestandteile formulieren sie zudem noch alternative Überwälzungshypothesen.¹⁾

Es erscheint nicht nötig, für jede der Steuern die vorgenommene Verteilung nach Einkommensgrößenklassen ggf. unter verschiedenen Überwälzungssannahmen zu erörtern. Vielmehr wird es genügen, an zwei Beispielen, nämlich den Abgaben zur Sozialversicherung und der Körperschaftsteuer, das Vorgehen von Musgrave et al. zu erläutern.

9.1.1. Zurechnung der Sozialabgaben

Musgrave et al. halten die Einbeziehung der Sozialabgaben nur für den Fall erforderlich, daß diese als Steuern interpretiert werden. Wenn die Beiträge zur Sozialversicherung als Aufwendungen zum Erwerb von Versicherungsleistungen verstanden werden, sind nach Ansicht der Autoren diese Abgaben nicht zu berücksichtigen.²⁾ Die Tabelle 32 zeigt die Verteilungswirkung der öffentlichen Einnahmen mit und ohne Einbeziehung der Sozialabgaben.³⁾ Wie den Spalten (5) und (7) zu entnehmen ist, vermindern sich im unteren, insbesondere aber im mittleren Einkommensbereich die Steuerbelastungsquoten. Da sich zugleich die Abweichung von einem proportionalen Steuerverlauf verstärkt, steigt die Nettoumverteilungsmasse und damit auch der Wert der Kennzahlen R_{St} , W_{St} und N_{St} .

1) Vgl. R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S.21 ff

2) Ebenda, S.23 f; siehe auch R.A. Musgrave and L. Frane, Rejoinder, a.a.O., S.29 f

3) Es handelt sich hierbei um die revidierte Fassung der ursprünglichen Berechnungen.

Die Berücksichtigung der Sozialabgaben erfolgt unter Zugrundelegung verschiedener Überwälzungsannahmen. Die Arbeitgeberbeiträge werden einmal zu 2/3 den Konsumenten und zu 1/3 den Lohnbeziehern zugerechnet (Überwälzungshypothese A = Standardfall). Nach der Hypothese B werden die gesamten Beiträge der Arbeitgeber auf die Löhne und nach der Hypothese C auf die Konsumenten überwältzt. Die Arbeitnehmerbeiträge gelten als nicht überwältzbar.¹⁾

Die Ableitung des "total money income" hat gezeigt, daß es die Abgaben der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zur Sozialversicherung nicht enthält.²⁾ Dieses Einkommenskonzept ist damit auf den Fall zugeschnitten, daß die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung nicht berücksichtigt und die Arbeitgeberbeiträge vollständig auf die Konsumenten überwältzt werden. Die Konsumenten würden in diesem Fall nach Maßgabe ihrer Verbrauchsausgaben belastet. Für eine Einkommenszurechnung besteht in diesem Fall keine Notwendigkeit. Zu Recht betonen allerdings Musgrave et al., daß eine teilweise Einbeziehung der Sozialausgaben in eine Redistributionsanalyse wenig zufriedenstellend ist.³⁾

Nach Maßgabe obiger Überwälzungsannahmen ist das "total money income" in Höhe der Arbeitnehmerbeiträge zu erweitern. Zudem sind in dem Standardfall 1/3 und nach der Überwälzungshypothese B die gesamten Arbeitgeberbeiträge als Lohnbestandteil hinzuzurechnen. Lediglich im Fall C ist keine weitere Einkommenszurechnung vorzunehmen.

1) Vgl. R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S.24

2) Siehe S. 78 ff

3) Vgl. R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S.23

Tabelle 32

Verteilungswirkung der Besteuerung, USA 1948

Einkommen von ... bis unter ... in 1 000 \$	Ausgaben- einheiten i.v.H. (2)	Ein- kommen i.v.H. (3)	Steuern* i.v.H. (4)	Q_i^* (5)	Steuern** i.v.H. (6)	Q_i^{**} (7)
(1)						
- 1	12,2	1,9	1,9	28,4	1,8	25,3
1 - 2	17,7	7,0	5,8	24,0	5,6	21,1
2 - 3	22,9	14,8	13,5	26,6	12,0	21,7
3 - 4	20,1	17,9	16,4	26,7	15,6	23,2
4 - 5	11,6	13,4	12,0	26,0	11,8	23,6
5 - 7,5	10,2	16,2	14,3	25,4	14,5	23,8
7,5+	5,3	28,8	36,1	37,7	38,7	37,1
insgesamt:	100,0	100,0	100,0	29,3	100,0	26,9
in Mill.:	50,4	-	-	-	-	-
in Mrd. \$	-	196,619	57,660	-	52,952	-

Es gelten die Überwälzungsannahmen des Standardfalls.

* = einschließlich der Abgaben zur Sozialversicherung;

P = 31,3 %; RP = 61,542 Mrd. \$; $U_{St}^{ne} = 4,236$ Mrd. \$; $R_{St} = 2,2$ %; $W_{St} = 7,3$ %;

$N_{St} = 6,9$ %

** = ohne Einbeziehung der Sozialabgaben; P = 31,3 %; RP = 61,542 Mrd \$;

$U_{St}^{ne} = 5,265$ Mrd. \$; $R_{St} = 2,7$ %; $W_{St} = 9,9$ %; $N_{St} = 8,6$ %.

Quelle: R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax ..., a.a.O., S. 11 und S. 26,
Tab. 6, R.A. Musgrave and L. Frane, Rejoinder ..., a.a.O., S. 17, Tab. 1
S. 19, Tab. 2 und S. 23, Tab. 3

In ihrer Untersuchung differenzieren Musgrave et al. die Einkommenszurechnungen nicht entsprechend der jeweiligen Überwälzungshypothesen. Weder in ihren Ausführungen noch in den nachfolgenden Diskussionsbeiträgen wird diese Frage angesprochen. Die in Spalte (5) der Tabelle 32 ausgewiesenen Q_1 -Werte sind damit zu hoch. Um die erforderliche Korrektur vornehmen zu können, wäre ein gesonderter Ausweis der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge erforderlich, der jedoch nicht vorliegt. Geht man davon aus, daß knapp die Hälfte der gesamten Abgaben in Höhe von 4 708 Mrd. \$ von den Arbeitnehmern aufgebracht wird (2 300 Mrd.\$), so müßte dem Einkommen im Fall A 3 108 Mrd.\$ zugerechnet werden. Der Anteil der Steuern verringert sich in diesem Fall von 29,3 auf 28,9%. Nach den Überwälzungshypothesen B und C ermäßigt sich die Steuerbelastungsquote auf 28,6 bzw. 29,0%.

In seiner Untersuchung für das Jahr 1958 führt Musgrave hingegen bei der Berechnung der Abgabenbelastung unter Einbeziehung der Sozialabgaben die erforderlichen Einkommenszurechnungen durch. Gemäß der zugrundegelegten Überwälzungsannahmen - die Arbeitgeberbeiträge werden je zur Hälfte von den Konsumenten bzw. Lohnempfängern getragen, die Arbeitnehmerbeiträge werden nicht überwält - werden als Lohnbestandteil die Arbeitnehmerbeiträge sowie die Hälfte der Arbeitgeberbeiträge dem Einkommen zugerechnet.¹⁾

1) Vgl. R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.209 und S.212, Erläuterungen zu der Tab. A-1 und A-2

9.1.2. Zurechnung der Körperschaftsteuer

Die Vernachlässigung der Einkommenszurechnung bei der Einbeziehung der Sozialabgaben in der Untersuchung für das Jahr 1948 ist um so unverständlicher als Musgrave et al. erhebliche Mühe darauf verwenden, die richtige Höhe des dem "total money income" zuzurechnenden Gewinnanteils zu ermitteln, wenn es darum geht, die Belastung dieses Einkommens durch die Körperschaftsteuer unter verschiedenen Überwälzungsannahmen zu ermitteln. Die Autoren bestimmen die Verteilungswirkungen der Körperschaftsteuer unter drei verschiedenen Überwälzungsannahmen. Nach der Überwälzungshypothese A (Standardfall) werden 1/3 der Körperschaftsteuer auf die Konsumenten und 1/8 auf die Lohnbezieher überwälzt. Der Rest von 54,2% geht zu Lasten der Gewinne. Nach der Überwälzungshypothese B findet keine Überwälzung statt, während im Fall C die gesamte Steuer überwälzt wird.¹⁾

Die Tabelle 33 gibt Aufschluß über die Aufteilung der Körperschaftsteuer und die nach Musgrave et al. erforderliche Einkommenszurechnung entsprechend der verschiedenen Überwälzungsannahmen. Nach der Überwälzungshypothese B, nach der die Körperschaftsteuer vollständig zu Lasten der Gewinne geht, erfolgt eine Einkommenszurechnung in Höhe der Steuer und zusätzlich in Höhe der unverteilteten Gewinne. Dies bedeutet, daß die gesamten Gewinne der Körperschaften in der Bezugseinheit erfaßt sind, da die ausgeschütteten Gewinne in Höhe von 7,9 Mrd. \$ in dem "total money income" be-

1) Vgl. R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S.16

Tabelle 33

Aufteilung der Körperschaftsteuer und die entsprechenden Einkommenszurechnungen bei verschiedenen Überwälzungsannahmen

I. Ausgangsdaten in Mrd. \$

Gewinne vor Steuerabzug	34,7
Körperschaftsteuer	13,6
Gewinne nach Steuerabzug	21,1
Gewinnausschüttung	7,9
unverteilte Gewinne	13,2

II. Aufteilung der Körperschaftsteuer
gemäß der verschiedenen Überwälzungsannahmen
(in Mrd. \$)

	A	A'	B	B'	C	C'
Gewinne	7,4	2,2	13,6	4,1	-	-
davon:						
Dividenden	2,2	2,2	4,1	4,1	-	-
unverteilte Gewinne	5,2	-	9,5	-	-	-
Lohnbezieher:	1,7	1,7	-	-	-	-
Konsumenten :	4,5	4,5	-	-	13,6	13,6
insgesamt:	13,6	8,4	13,6	4,1	13,6	13,6

III. Einkommenszurechnungen gemäß der
verschiedenen Überwälzungsannahmen (in Mrd. \$)

Besteuerung der Gewinne	20,6	2,2	26,8	4,1	13,2	-
davon:						
Gewinnausschüttung	2,2	2,2	4,1	4,1	-	-
Rücklagenbildung	18,4	-	22,7	-	13,2	-

Quelle: R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S.18, Tab. 3

reits enthalten sind.¹⁾ Im Fall C - vollständige Überwälzung der Körperschaftsteuer - besteht keine Notwendigkeit einer Einkommenszurechnung, auch nicht in Höhe der unverteilter Gewinne. Diese ist nur unter dem Gesichtspunkt vertretbar, daß man das zugrundeliegende Einkommenskonzept in Höhe der Gewinne, die sich ohne Besteuerung ergeben würden, zu erweitern wünscht.²⁾ In dem Standardfall werden die Gewinne der Körperschaften um 7,4 Mrd. \$ (54,2%) geschmälert, woraus sich nach Musgrave et al. eine Einkommenszurechnung von insgesamt 20,6 Mrd. \$ errechnet. Es wird folglich der gesamte Gewinn, der nicht auf die Überwälzung der Körperschaftsteuer zurückzuführen ist, in die Analyse einbezogen.³⁾

Nicht einzusehen ist, aus welchen Gründen Musgrave et al. den Lohnbeziehern keinen entsprechenden Gewinnbetrag zurechnen. Die angenommene Rückwälzung bedeutet, daß bei einem Wegfall der Körperschaftsteuer daslohneinkommen entsprechend steigt. In Analogie zur Behandlung der Arbeitgeberbeiträge als direkte Steuer ist auch in diesem Fall der rückgewälzte Steuerbetrag als Lohnbestandteil zu interpretieren. Demnach wäre in dem Fall A das Einkommen der Lohnbezieher um 1,7 Mrd. \$ zu erhöhen.

Der von Musgrave et al. vorgenommenen Einkommenszurechnung liegt die zutreffende Annahme zugrunde, daß der nicht-überwälzte Teil der Körperschaftsteuer die

1) Dies gilt unter der Annahme, daß dem öffentlichen Sektor kein Einkommen aus Beteiligungen zufließt oder dieses in der Bezugseinheit enthalten ist. Vgl. dazu J.A. Pechman and B.A. Okner, Who Bears, a.a.O., S.14

2) Siehe R.A. Musgrave and L. Frane, Rejoinder, a.a.O., S.18, Anm.7

3) Siehe aber Anm. 1

Gewinnausschüttung sowie die Rücklagenbildung schmälert. Die Reduzierung der ausgeschütteten Gewinne ist einer Rückwälzung der Körperschaftsteuer auf die Aktionäre gleichzusetzen, weshalb diesen in Höhe des rückgewälzten Steuerbetrages Einkommen zuzurechnen ist.

Bei der Behandlung des Teils der Körperschaftsteuer, der zulasten der Rücklagenbildung geht, kann davon ausgegangen werden, daß den Aktionären der gesamte Gewinn zufließt, den sie - verringert in Höhe der Körperschaftsteuer und dem von ihnen einbehaltenen Gewinn - den Unternehmen wieder als Ersparnis zur Verfügung stellen. Nach dieser Interpretation sind den Kapitaleignern die unverteilteten Gewinne als Einkommen zuzurechnen. Bezieht man diesen Teil der Körperschaftsteuer nicht in die Redistributionsanalyse ein, ist auch die Zurechnung der unverteilteten Gewinne nicht erforderlich. Man erhält die unter A', B' und C' ausgewiesenen Ergebnisse.

Auf diese detaillierte Steuer- und Einkommenszurechnung kann verzichtet werden, wenn die Verteilungswirkung der gesamten Körperschaftsteuer dargestellt werden soll. In diesem Fall sind also nach Musgrave Einkommen in Höhe der nicht-überwälzten Körperschaftsteuer und der unverteilteten Gewinne zuzurechnen.¹⁾

Wird die gesamte Steuer auf die Konsumenten überwälzt, so ist die Einbeziehung der unverteilteten Gewinne nicht erforderlich.

Die Auswirkungen der verschiedenen Überwälzungsnahmen auf die Steuerlastverteilung zeigt die Ta-

1) In seiner Untersuchung für 1958 verzichtet Musgrave auf diese Unterscheidung. Siehe R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.202 ff, S.212, Anm. zur Tab. A-1, S.218, Anm. zu der Tab. A-2

Tabelle 34

Verteilungswirkung der Besteuerung
unter alternativen Überwälzungsannahmen für die Körperschaftsteuer*,
USA 1948 (Ergebnisse der ersten Fassung)

Einkommen von ... bis unter ... in 1 000 \$	Körperschaftsteuer i. v. H. gemäß der Überwälzungshypothese			Q _i gemäß der Überwälzungshypothese		
(1)	A	B	C	A	B	C
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
- 1	2,1	1,1	3,7	28,1	24,0	34,6
- 2	5,5	2,3	9,3	24,3	20,9	28,4
- 3	10,3	3,4	18,1	25,9	22,5	29,8
- 4	12,2	4,3	20,9	26,1	22,9	29,7
- 5	9,0	3,7	14,5	26,0	23,0	29,1
- 7,5	11,3	7,3	16,1	27,6	25,5	30,1
7,5 +	49,4	77,9	17,4	36,3	39,8	31,9
insgesamt:	100,0	100,0	100,0	29,2	28,3	30,3
in Mrd. \$	12,920	12,920	12,920	---	---	---

* = Für die Sozialabgaben gilt der Standardfall

** = Hier nur die "federal corporation tax"

*** = Die Summe der Einzelwerte ergibt wegen Rundungsfehler nicht 100,0 %

Quelle : R.A. Musgrave et al., Distribution of Tax, a.a.O., S.40, Tab. 14

belle 34.¹⁾ Aufmerksamkeit verdienen die Q_1 -Werte der Spalten (5) und (6), da die hier zugrundegelegten Überwälzungsannahmen in Redistributionsanalysen häufig auftreten. Auffallend sind die hohen Abweichungen zwischen beiden Reihen. So differieren die Steuerbelastungsquoten in der untersten (obersten) Einkommensgrößenklasse um 10,6 (7,9) Prozentpunkte. Bemerkenswert ist weiter, daß nach der Überwälzungshypothese C als Folge der niedrigeren Einkommenszurechnung ein insgesamt höheres Belastungsniveau ausgewiesen wird als im Fall B. Im Standardfall A liegen die Q_1 -Werte zwischen den nach den Überwälzungsannahmen B und C errechneten Steuerbelastungsquoten.

Wie oben bereits angedeutet worden ist, vertritt Tucker zu dieser Frage eine abweichende Ansicht. Er stimmt zwar zu, daß in Höhe der nicht-Überwälzten Steuer Einkommen zugerechnet wird, lehnt es jedoch nachdrücklich ab, zusätzlich die unverteilten Gewinne in das Einkommenskonzept aufzunehmen mit der Begründung, daß für die Aktionäre diese Gewinne nicht verfügbar sind. Sie stellen zudem nicht Einkommen sondern Kapitalgewinne dar.²⁾

Dagegen ist einzuwenden, daß selbst dann, wenn die unverteilten Gewinne als nicht-realisierte Einkommen der Aktionäre gelten, die Steuern, die zulasten dieser Gewinne gehen, ebenfalls als nicht realisiert für die Aktionäre zu betrachten sind. Wenn aber nicht-

1) Hierbei handelt es sich um die ursprünglich ausgewiesenen Ergebnisse. Die Werte der Spalten (5) der Tabellen 32 und 34 stimmen deshalb nicht überein.

2) Siehe R.S. Tucker, *Distribution of Tax*, a.a.O., S.277; ders., *Rebuttal*, in: NTJ, Vol.5, 1952, S.36 ff; ders., *Distribution of Tax*, *Proceedings*, a.a.O., S.198 ff

realisierte Steuern zugerechnet werden, dann auch nicht-realisierte Gewinne. Dieser Lösungsweg ergibt sich nach Musgrave zwingend.¹⁾ Nach seiner Meinung ist Tuckers Vorschlag nicht haltbar. "This ... seems to me to be plainly wrong and logically untenable"²⁾ Wenngleich in den nachfolgenden Diskussionsbeiträgen zu Recht dem Vorgehen von Musgrave et al. zugestimmt wird,³⁾ ist Tucker auch in seiner späteren Veröffentlichung nicht von dieser Ansicht abgewichen.⁴⁾

-
- 1) Siehe R.A. Musgrave and L. Frane, Rejoinder, a.a.O., S.20.
 - 2) R.A. Musgrave, Distribution of Tax, Proceedings, a.a.O., S.190
 - 3) Vgl. z.B. J.A. Pechman, Some Technical Problems, Proceedings, a.a.O., S.206; oder E.R. Rolph, Diskussionsbeitrag zu R.A. Musgrave, General Equilibrium Aspects of Incidence Theory; und R.S. Tucker, The Distribution of Government Burdens and Benefits, in: AER, P+P, Vol.43, 1953, S.537; Die Ansicht von Musgrave hinsichtlich der Einbeziehung der unverteilten Gewinne teilen z.B. auch G. Zeitel, Die Steuerlastverteilung, a.a.O., S.119; J.A. Pechman and B.A. Okner, Who Bears, a.a.O., S.39 f. Eine Korrektur der Bezugseinheit bei verschiedenen Überwälzungsannahmen hinsichtlich der Körperschaftsteuer unterlassen hingegen J.A. Adler, The Fiscal System, the Distribution of Income and Public Welfare, in: K.E. Poole (ed.), Fiscal Policies and the American Economy, New York 1951, S.359 ff und der dazugehörige Anhang: E.R. Schlesinger, The Statistical Allocation of Taxes and Expenditures in 1938/39 and 1946/47, in: K.E. Poole (ed.), Fiscal Policies, a.a.O., S.414 f.
 - 4) Vgl. R.S. Tucker, The Distribution of Government, a.a.O., S.518 ff

9.2. Die Untersuchung von Bishop

9.2.1. Darstellung und Würdigung

Bishop ist bemüht, den von Musgrave et al. entwickelten Untersuchungsansatz im Hinblick auf die Zurechnung von Einkommensteilen zu ergänzen.¹⁾ Seine Redistributionsanalyse verdient aber auch deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil sie sich ebenfalls, wie Musgraves spätere Untersuchung, auf das Jahr 1958 (USA) bezieht. Beide Arbeiten basieren z.T. auf denselben Quellen. Die Zurechnungseinheit bildet in beiden Fällen die Familieneinheit, die jeweils auf der Grundlage des "family personal income" nach Einkommensgrößenklassen verteilt wird. Die in beiden Untersuchungen insgesamt berücksichtigte Steuersumme stimmt ebenfalls überein.²⁾ Abweichungen ergeben sich im Hinblick auf die Überwälzungsannahmen für die Körperschaftsteuer. Im Gegensatz zu Musgrave nimmt Bishop an, daß die Körperschaftsteuer in Höhe von 18,184 Mrd. \$ jeweils zur Hälfte von den Konsumenten und Aktionären getragen wird,³⁾ während nach Musgrave 1/3 der Körperschaftsteuer auf die Konsumenten überwälzt wird.⁴⁾

1) Vgl. G.A. Bishop, The Tax Burden, a.a.O., S.43; siehe auch G.A. Bishop, Income Redistribution in the Framework, a.a.O., S. 378 ff

2) Vgl. G.A. Bishop, The Tax Burden, a.a.O., S.42 f insbesondere S.51, Tab. IV und S.53, Tab. V; und R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.188, S.208, insbesondere S.213, Tab. A-1 und S.214, Tab. A-2

3) Vgl. G.A. Bishop, The Tax Burden, a.a.O., S.47

4) Vgl. R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.203

Für die Sozialabgaben - diese belaufen sich auf 15,121 Mrd. \$ - unterläßt es Bishop, den jeweiligen Anteil anzugeben, der den Arbeitnehmern und Konsumenten zugerechnet wird.¹⁾

Wenngleich eine weitgehende Übereinstimmung der zugrundeliegenden Daten sowie der Überwälzungsannahmen vorliegt, weichen die Steuerbelastungsquoten nicht unerheblich voneinander ab (vgl. die Tabellen 24 und 35). Diese liegen in der Untersuchung von Bishop in allen Einkommensbereichen unter den von Musgrave errechneten Werten. In der untersten Einkommensgrößenklasse ist die Differenz am größten (4,8 Prozentpunkte), in den nachfolgenden Einkommensstufen nimmt sie kontinuierlich ab. Als Nettoumverteilungsmasse weist die Untersuchung von Bishop einen größeren Betrag aus als die von Musgrave. Insofern ist nach Bishop ein größerer Steueranteil redistributiv wirksam als nach Musgrave.

Die abweichenden Ergebnisse sind vornehmlich auf die unterschiedlichen Einkommenszurechnungen zurückzuführen. Bishop erweitert das "family personal income" um 77,013 Mrd. \$, Musgrave hingegen nur um 37,133 Mrd. \$, wobei er zusätzlich im Gegensatz zu Bishop noch realisierte Kapitalgewinne in Höhe von 7,442 Mrd. \$ berücksichtigt.²⁾

Eine Neugruppierung der Familieneinheiten nimmt Bishop nicht vor. Er begründet dies mit dem Hinweis, daß die

1) Vgl. G.A. Bishop, The Tax Burden, a.a.O., S.49

2) Ebenda, S.53, Tab. V; vgl. R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.214, Tab. A-2

Tabelle 35

Verteilungswirkung der Besteuerung,
USA 1958

Einkommen von ... bis unter ... in 1 000 \$	Familien- einheiten i.v.H.	Einkommen i.v.H.	Steuern*	Q_i^*
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
- 2	14,0	2,7	2,8	28,3
2 - 4	22,0	11,2	10,9	26,3
4 - 6	25,0	20,0	18,8	25,9
6 - 8	17,0	18,6	17,4	25,7
8 - 10	9,0	12,7	11,1	23,9
10 - 15	8,0	14,8	12,9	24,0
15 +	5,0	20,0	26,1	35,9
insges.:	100,0	100,0	100,0	27,4
in Mill.	54,3	---	---	---
in Mrd. \$	---	430,805	110,775	---

* = einschließlich der Sozialabgaben

$P = 27,1 \%$; $RP = 109,432 \text{ Mrd. \$}$; $U^{ne} = 6,899 \text{ Mrd. \$}$;

$R_{St} = 1,7 \%$; $W_{St} = 6,2 \%$; $N_{St} = 6,3 \%$

Quelle: G.A. Bishop, The Tax Burden,
a.a.O., S.51, Tab. IV, S.53, Tab. V,
S.54, Tab. VI und S.57, Tab. A2

Einkommenszurechnungen weitgehend proportional zum "family personal income" der Einkommensgrößenklassen erfolgen und sich deshalb die Einkommensschichtung nicht ändert.¹⁾ Diese Folgerung ist jedoch, wie wir gesehen haben, nicht richtig.

Im einzelnen teilt sich der von Bishop zugerechnete Einkommensbetrag folgendermaßen auf:

	in Mrd. \$
Einkommenszurechnung insgesamt:	77,013
davon:	
Sozialabgaben ²⁾	15,121
Körperschaftsteuer	18,184
unverteilte Gewinne	6,512
indirekte Steuern	37,196

Diese Angaben verdeutlichen, daß Bishop auch in Höhe der überwälzten Steuern "Einkommenszurechnungen" vornimmt. Die Berechtigung dieses Vorgehens soll im folgenden geprüft werden.

1) Vgl. G.A. Bishop, The Tax Burden, a.a.O., S.49 f. Demgegenüber betonen Pechman und Okner die Notwendigkeit einer Neugruppierung der Zurechnungseinheiten, da ansonsten verzerrte Q_i -Werte ausgewiesen werden. Siehe J.A. Pechman und B.A. Okner, Who Bears, a.a.O., S.49, Anm.5

2) Bishop weist die Steuerbelastungsquoten mit und ohne Einbeziehung der Sozialausgaben aus. Im zweiten Fall verringert er jedoch nicht die Einkommenssumme in Höhe der Sozialausgaben. Siehe G.A. Bishop, The Tax Burden, a.a.O., S.53, Tab.V, S.54, Tab.VI

9.2.2. Zurechnung der indirekten Steuern

Bishop vertritt die Ansicht, daß das Einkommenskonzzept nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Steuern enthalten muß.¹⁾ Folgt man diesem Untersuchungsansatz, entspricht die Bezugseinheit dem Sozialprodukt zu Marktpreisen.²⁾

Seine These verdeutlicht Bishop an einem Beispiel (siehe Tabelle 36). In der Periode 1 besteht ein Verhältnis der direkten und indirekten Steuern von 60 : 40. In der Periode 2 sollen die indirekten Steuern durch direkte ersetzt werden, wobei in der Situation I die nominalen Ausgaben des Staates unverändert bleiben sollen. Dies hat zur Folge, daß sich der Anteil des öffentlichen Sektors am Sozialprodukt zu Faktorkosten aufgrund der gesunkenen Preise erhöht. Soll dieser hingegen konstant bleiben (Situation II), ist in der Periode 2 das Volumen des öffentlichen Haushalts gegenüber der Periode 1 zu kürzen. Die Veränderung des Anteils des öffentlichen Sektors am Volkseinkommen in der Periode 2 gegenüber der Periode 1 wird aber nur dann in richtiger Höhe ausgewiesen, wenn die Bezugsgröße das Sozialprodukt zu Marktpreisen bildet, wenn also die indirekten Steuern auf der Einnahmenseite des Einkommenskontos der privaten Haushalte aufgeführt werden. Andernfalls wird in der Situation I ein unveränderter, in der Situation II ein abnehmender Staatsanteil am Volkseinkommen ausgewiesen.

1) Siehe G.A. Bishop, The Tax Burden, a.a.O., 3.43 ff

2) Es ist also davon auszugehen, daß die indirekten Steuern in Höhe der Subventionen gekürzt sind. Die Interpretation der Subventionen als indirekte Steuern bedeutet, daß die privaten Haushalte nach Maßgabe ihrer Verbrauchsausgaben begünstigt werden.

Tabelle 36

Änderung der Steuerbelastungsquoten
bei unterschiedlicher Aufteilung der Steuern
in direkte und indirekte

	Periode 1 Mrd. \$	Periode 2 Mrd. \$
<u>Situation I</u>		
Sozialprodukt zu Marktpreisen (SP_m)	400	360
indirekte Steuern	40	-
Volkseinkommen (VE)	360	360
direkte Steuern	60	100
Steuern insgesamt	100	100
Steuern/ SP_m	25,0 %	27,8 %
Steuern/VE	27,8 %	27,8 %
<u>Situation II</u>		
SP_m	400	360
indirekte Steuern	40	-
VE	360	360
direkte Steuern	60	90
Steuern insgesamt	100	90
Steuern/ SP_m	25,0 %	25,0 %
Steuern/VE	27,8 %	25,0 %

Quelle: G.A. Bishop, The Tax Burden ,
a.a.O., S.45

Dieses Vorgehen könnte die Vorstellung nahelegen, die indirekten Steuern wie die (nicht-überwälzten) Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung oder die (nicht-überwälzte) Körperschaftsteuer als Einkommen der Haushalte zu interpretieren. Würde diese These zutreffen, müßten die Lohneinkommen steigen, wenn die indirekten Steuern wegfielen. Dies würde also bedeuten, daß die indirekten Steuern auf die Lohneinkommen und nicht auf die Preise abgewälzt werden. Anstatt der angenommenen Vorwälzung läge eine Rückwälzung vor. Dieser offensichtliche Widerspruch veranlaßt Musgrave, den Vorschlag von Bishop abzulehnen, wenngleich er einräumt, daß bei einem Vergleich von Redistributionsanalysen verschiedener Länder (mit unterschiedlichem Verhältnis der direkten und indirekten Steuern) dieser Ansatz zweckmäßig ist.

Die indirekten Steuern als Einkommensbestandteile zu interpretieren, ist jedoch nicht richtig, wenngleich einzuräumen ist, daß Bishop dieser Vorstellung Vor-schub leistet, da er zunächst sein Vorgehen ausdrücklich mit der von Musgrave vorgenommenen Zurechnung der unverteiltten Gewinne begründet.²⁾ Die Berücksichtigung der indirekten Steuern auf der Einnahmenseite des Einkommenskontos der Haushalte stellt nur eine bestimmte Methode zur Ermittlung des tatsächlichen Anteils des öffentlichen Sektors am Volkseinkommen dar. Dieses Ziel kann auch erreicht werden, indem der an den öffentlichen Sektor fließende Steuerbetrag nach Maßgabe des Verhältnisses des Sozialproduktes zu Marktpreisen zum Sozialprodukt zu Faktorkosten deflationiert wird. In dem angegebenen Bei-

1) Vgl. R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.208 f

2) Vgl. G.A. Bishop, The Tax Burden, a.a.O., S.43

spiel führen die indirekten Steuern zu einer Erhöhung des Preisniveaus um 11,1%. In der Periode 1 erfolgt somit ein Realtransfer von 90 an den öffentlichen Sektor.¹⁾ Mithin ergibt sich ein realer Staatsanteil am Volkseinkommen von 25%. Anstatt den Preisindex zu berechnen und die nominalen Steuerbeträge zu deflationieren, mag es als eine Erleichterung des Rechenvorganges angesehen werden, wenn die indirekten Steuern als "Einkommen" zugerechnet werden.

Beide Verfahren führen jedoch nur dann zu dem gleichen Ergebnis, wenn die Zurechnung der indirekten Steuern proportional zum Einkommen der Einkommensgrößenklassen erfolgt.²⁾ Bishop verteilt diese hingegen nach den Verbrauchsausgaben, was fehlerhafte Ergebnisse zur Folge hat.

Die vorstehenden Ausführungen sollen an dem folgenden Beispiel nochmals erläutert werden (siehe Tabelle 37). Nach Variante A werden die indirekten Steuern zum Volkseinkommen in Beziehung gesetzt, wobei diese annahmegemäß im Verhältnis der Verbrauchsausgaben der Gruppen A und B verteilt sind. Der reale Steueranteil am Volkseinkommen wird zu hoch ausgewiesen. Die Variante B zeigt das Vorgehen von Bishop. Es weist für die Gruppe A (B) eine zu niedrige (hohe) reale Steuerbelastungsquote aus. Die Varianten C und D geben den realen Anteil am Volkseinkommen, den die beiden Gruppen an den öffentlichen Sektor abtreten, richtig an.

1) Mit "real" soll also zum Ausdruck gebracht werden, daß die durch die Erhebung von indirekten Steuern (nach Abzug der Subventionen) ausgelösten Preissteigerungen ausgeschaltet sind.

2) Vgl. R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S.209; vgl. auch B.A. Okner and J.A. Pechman, Who Paid, a.a.O., S.169

Tabelle 37

Möglichkeiten zur Berechnung des realen Anteils
des öffentlichen Sektors am Volkseinkommen

Einkommens- gruppe	VE*	Variante A		Variante B	
		VE + T _{ind} **	Q _i (3):(2)	VE + T _{ind} **	Q _i (3):(5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
A	600	80	13,33	680	11,76
B	400	20	5,00	420	4,76
insgesamt:	1 000	100	10,00	1 100	9,09

Einkommens- gruppe	(7)	Variante C		Variante D	
		VE + T _{ind} **	Q _i (3):(8)	T _{ind} ***	Q _i (10):(2)
		(8)	(9)	(10)	(11)
A	660		12,12	72,72	12,12
B	440		4,54	18,18	4,54
insgesamt:	1 100		9,09	90,90	9,09

* = Volkseinkommen

** = Verteilung der indirekten Steuern gemäß der Verbrauchsausgaben

*** = Verteilung der indirekten Steuern gemäß des VE

**** = Indirekte Steuern nach Maßgabe des Verhältnisses von VE + T_{ind} : VE deflationiert

Nach der in Variante C und D verfolgten Berechnungsmethode werden die Q_1 -Werte prozentual gleichmäßig gegenüber der Variante A gesenkt. Der Steuerverlauf bleibt also durch die Zurechnung der indirekten Steuern als "Einkommen" unberührt. Daraus folgert Musgrave, daß diese dann auch unterbleiben könnte.¹⁾ Dies ist nicht verständlich, da doch beabsichtigt ist, den realen Anteil an dem Volkseinkommen auszuweisen, den die verschiedenen Einkommensgruppen an den öffentlichen Sektor abtreten. Hinzuweisen ist, daß dieses Ziel nur erreicht wird, wenn die Transfer-einkommen nicht in die Bezugseinheit eingehen.

Wie erwähnt, enthält das "family personal income" die Übertragungseinkommen. Damit geben die Q_1 -Werte in Tabelle 35 nicht den von den Einkommensgrößenklassen dem öffentlichen Sektor zur Verfügung gestellten realen Anteil am Volkseinkommen an. Vielmehr weist die Untersuchung von Bishop die reale Belastung der Einkommen der Familieneinheiten durch direkte und indirekte Steuern aus.

1) Vgl. R.A. Musgrave, Estimating, a.a.O., S. 209; Pechman und Okner betonen hingegen die Notwendigkeit, die überwälzten Steuern in das Einkommenskonzept einzubeziehen, da die Höhe des Volkseinkommens sich nach Maßgabe der zugrundegelegten Überwälzungsannahmen ändert. Siehe J.A. Pechman and B.A. Okner, Who Bears, a.a.O., S. 44 ff

Schlußbemerkungen

Im Verlauf unserer Ausführungen haben wir drei Fragestellungen unterschieden, die jeweils durch eine Redistributionsanalyse der Besteuerung beantwortet werden können. Das Bestreben kann einmal darauf gerichtet sein, die Einkommensverteilung vor und nach der Umverteilung aufzuzeigen. die Gegenüberstellung beider Verteilungen verdeutlicht dann das Ausmaß der Umverteilung. Zum anderen kann das Ziel darin bestehen, den Anteil am Leistungseinkommen zu ermitteln, den die privaten Haushalte dem öffentlichen Sektor zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung stellen. Als den Untersuchungsansatz mit dem größten Informationsgehalt halten wir jedoch denjenigen, der die relative Steuerbelastung der privaten Haushalte ausweist. Wir haben mehrmals betont, daß in diesem Fall die Bezugseinheit auch die Übertragungseinkommen umfassen muß. Unter kreislauftheoretischem Aspekt ist dieses Vorgehen jedoch abzulehnen, da damit eine Doppelzählung einhergeht. Zu wünschen wäre die Bestimmung der Steuerbelastungsquote unter Einschluß der Transfers und unter Berücksichtigung des kreislauftheoretischen Zusammenhangs. Der Ansatzpunkt einer Lösung kann nur in der Abgrenzung des Einkommens der privaten Haushalte liegen.¹⁾

Das Einkommen der privaten Haushalte enthält auch den Teil, der in Form von direkten und indirekten Steuern an den Staat abgeführt werden muß. Ebenso ist es aber denkbar, nicht die zur Finanzierung der Staatsaufgaben benötigten Geldmittel, sondern die Staatsleistungen als Einkommen zuzurechnen. Soweit es die Transfers betrifft, werden diese ohnehin schon als Einkommen behandelt. Zu klären ist nun, ob es gerechtfertigt ist, von den Staatsausgaben allein die Transfers und nicht auch die sonstigen

1) Vgl. dazu: G.A. Bishop, *Income Redistribution*, a.a.O., S. 378 ff

Ausgaben für Güter und Dienste als Einkommen zuzurechnen. Hierbei wird vorausgesetzt, daß das Problem der Zurechnung der mittelbar zurechenbaren Staatsleistungen gelöst ist.

Transfers stellen Übertragungen ohne direkte Gegenleistung des Empfängers dar. Dabei handelt es sich in der Regel um Geldmittel, über deren Verwendung weitgehend frei verfügt werden kann. Die Aufgabe des Staates besteht in der Sicherung eines angemessenen Lebensstandards, wenn eine Person vorübergehend oder dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Zur Wahrnehmung anderer Aufgaben, wie die Befriedigung der Bedürfnisse nach innerer und äußerer Sicherheit, schneller und bequemer Raumüberwindung, bietet der Staat Güter an, die er ebenfalls ohne direkte Gegenleistung zur Verfügung stellt. Die Annahme ist berechtigt, daß die Wirtschaftssubjekte den Wert dieser Güter einzuschätzen vermögen. Es kann davon ausgegangen werden, daß die wichtigen Funktionen, die der Staat in einer modernen Wirtschaft zu übernehmen hat, zunehmend besser erkannt und gewürdigt werden. So sollte nach Hedkamp aufgrund der bestehenden Komplementarität privater und öffentlicher Aktivität deshalb auch mehr die Frage nach der Steuerlastverteilung gestellt werden, sondern die nach der optimalen Kombination privater und öffentlicher Aktivität und der ökonomisch sinnvollen Besteuerung.¹⁾ Die Individuen begreifen den Staat als eine Instanz, der die Erfüllung einiger wesentlicher Aufgaben übertragen worden ist, die von dem privaten Sektor nicht oder nur ungenügend wahrgenommen werden.

Die öffentlichen Leistungen können von jedem Individuum in Anspruch genommen werden. Je nach seinen Präferenzen wird es von dem Angebot mehr oder weniger nachfragen. Die Inan-

1) G. Hedkamp, Lehrbuch der Finanzwissenschaft, a.a.O., S. 314

spruchnahme der öffentlichen Leistungen kann aber ebenso wie das Wohnen im eigenen Haus als eine Entscheidung über die Einkommensverwendung interpretiert werden. Dies sei an einem Beispiel erläutert. Für das Gut Bildung ist der Markt durchaus privatwirtschaftlich organisierbar. Die Individuen hätten dann entsprechend ihrer Präferenzen einen Teil ihres Einkommens für dieses Gut aufzuwenden. Wird aber das Gut Bildung von dem öffentlichen Sektor unentgeltlich angeboten, haben diejenigen Personen, die es nachfragen, eine Einkommensersparnis zu verzeichnen. Somit spricht nichts dagegen, diesem Personenkreis ein entsprechendes Einkommen zuzurechnen, zumal wenn dieses Gut von dem öffentlichen und privaten Sektor zugleich angeboten wird.

Der Unterschied zwischen Transfers und den sonstigen öffentlichen Gütern besteht dann darin, daß im ersten Fall das Einkommen unabhängig von den Verwendungsentscheidungen der Empfänger erhöht wird. Im zweiten Fall richtet sich die Einkommenszunahme nach Maßgabe der Inanspruchnahme der öffentlichen Leistungen. Dieser Unterschied ist aber für die Bestimmung der Steuerbelastungsquote ohne Belang. Somit könnte das Einkommen als die Summe des Faktoreinkommens (einschließlich der Transfers) und zugeflossenen "benefits" bestimmt werden. Nach dieser Abgrenzung würde das Einkommen der privaten Haushalte also die öffentlichen Einnahmen sowie Ausgaben umfassen.

Dem kreislauftheoretischen Erfordernis kann in der Weise Rechnung getragen werden, daß das Einkommen der Individuen gemäß der Verwendung des Sozialprodukts bestimmt wird.¹⁾ Die Verwendungsgleichung des Nettosozialprodukts lautet

1) Formal handelt es sich um einen der beiden Ansätze, die Gillespie zur Messung der "fiscal incidence" entwickelt. Siehe W.I. Gillespie, Effect of Public, a.a.O., S. 127 f

bekanntlich:

$Y_m^n = C_{pr} + I_{pr} + X - M + C_{st} + I_{st}$; hierbei bedeuten:

Y_m^{nl} = Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, C_{pr} = privater Konsum, I_{pr} = private Nettoinvestition, X = Export, M = Import, C_{st} = Konsum des Staates und I_{st} = Investition des Staates. Ist $I_{st} = 0$; ergibt sich das Einkommen eines Haushalts unter der Annahme, daß I_{pr} und $X - M$ nach der Verteilung der privaten laufenden Ersparnis zugerechnet werden, aus der Summe seiner Konsumausgaben und der laufenden Ersparnis sowie des anteiligen Betrages an den staatlichen Konsumausgaben.¹⁾

Der Unterschied der Berechnung des Einkommens gegenüber der herkömmlichen Methode soll kurz aufgezeigt werden. Unter den getroffenen Annahmen gilt für den einzelnen Haushalt:

$C_{pr} + I_{pr} + X - M = C_{pr} + S_{pr} = L + G + Tr - T_d$; dabei kennzeichnen $L + G$ die Löhne und Gewinne, Tr die Transfers und T_d die direkten Steuern. Die anderen Symbole haben die gleiche Bedeutung wie oben angegeben. Weitere Einkommensbestandteil bilden die anteiligen "benefits", nach der herkömmlichen Betrachtungsweise die direkten und indirekten Steuern $T_d + T_{ind}$. Die Größen C_{st} und $T_d + T_{ind}$ unterscheiden sich in Höhe der Transfers. Der jeweilige Einkommensanteil des Haushalts am Gesamteinkommen stimmt nach beiden Berechnungsmethoden überein, wenn C_{st} und $T_d + T_{ind}$ proportional den Konsumausgaben und der Ersparnis der jeweiligen Haushalte verteilt werden, wenn also für jeden Haushalt gilt:

$$\frac{C_{st}}{C_{pr} + S_{pr} + C_{st}} = \frac{T_d + T_{ind}}{C_{pr} + S_{pr} + T_d + T_{ind}} ;$$

1) Aus Gründen der Vereinfachung wird im folgenden angenommen, daß das Einkommen und die Ersparnis des Staates null ist. Diese Annahmen berühren jedoch nicht die zugrundeliegenden Überlegungen.

Gegenüber der Einkommensermittlung nach dem Schema der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden in diesem Fall die Steuerbelastungsquoten prozentual gleichmäßig gesenkt. Dies wäre jedoch ein Ausnahmefall. Zu erwarten ist vielmehr, daß sich das Verhältnis der Q_i - Werte zu einander ändert.

Ist $I_{st} > 0$; tritt eine weitere Abweichung in den nach beiden Berechnungsmethoden ermittelten Einkommensverteilungen ein, wenn I_{st} nicht nach der Ersparnis der privaten Haushalte verteilt wird.

Der erörterte Untersuchungsansatz erlaubt es somit, die Steuerbelastungsquoten der privaten Haushalte unter Ein-schluß der Transfers sowie unter Berücksichtigung des Kreis-lauszusammenhangs zu ermitteln.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß eine Redistributions-analyse der Besteuerung nicht nur die Einbeziehung der den privaten Haushalten und Unternehmen gewährten Trans-fers bzw. Subventionen, sondern der gesamten öffentli-chen Ausgaben erfordert. Mit der Begrenzung des Unter-suchungsgegenstandes auf die Ermittlung der Verteilungs-wirkung der Besteuerung kann im Grunde das Problem der Verteilung der mittelbar zurechenbaren Staatsleistungen nach Einkommensgruppen nicht umgangen werden. Wird auf diese Frage eine zufriedenstellende Antwort gefunden, bedeutet dies zugleich, daß einer Redistributionsana-lyse der Besteuerung der am besten geeignete Untersu-chungsansatz zugrundegelegt werden kann.

Literaturverzeichnis

- Adelman, M.A., The Corporate Income Tax in the Long Run, in: JPE, Vol.65, 1957, S. 151 - 157
- Adler, J.A., The Fiscal System, the Distribution of Income and Public Welfare, in: Poole, K.E. (ed.), Fiscal Policies and the American Economy, New York 1951, S. 359 - 409
- Albers, W., Preisliche Wirkungen der Besteuerung, in: FA, Bd.16, N.F., 1955, S. 227 - 257
- Albers, W., Umverteilungswirkungen der Einkommensteuer, in: Albers, W. (Hrsg.), Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung II, SVSP, N.F. Bd.75/II, 1974, S. 69 - 144
- Atkinson, A.B., The Economic of Inequality, Oxford 1975
- Atkinson, A.B., On the Measurement of Inequality, in: JET, Vol.2, 1970, S. 244 - 263
- Atkinson, A.B., Poverty and Income Inequality in Britain, in: Wedderborn, D. (ed.), Poverty, Inequality and Class Structure, London (reprinted) 1975, S. 43 - 70
- Ayres, R.U. and Kneese, A.V., Production, Consumption and Externalities, in: AER, Vol.59, 1969, S. 282 - 297
- Barna, T., Redistribution of Incomes through Public Finance, Oxford 1945
- Benus, J. and Morgan, J.N., Time Period, Unit of Analysis, and Income Concept in the Analysis of Income Distribution, in: Smith, J.D. (ed.), The Personal Distribution of Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.39, New York 1975, S. 209 - 224

- Billeter, E.P., Über die Messung der Einkommens-
konzentration. Eine statistische
Studie mit besonderer Berücksich-
tigung der Einkommensverteilung
im Kanton Basel-Stadt, Basel,
Zürich 1949
- Bishop, G.A., Income Redistribution in the Frame-
work of National Income Accounts,
in: NTJ, Vol.19, 1966, S. 378 - 390
- Bishop, G.A., The Tax Burden by Income Class,
1958, in: NTJ, Vol.14, 1961,
S. 41 - 58
- Blümle, G., Verteilungstheorie und makro-ökono-
mische Steuerüberwälzungslehre, in:
JS, Bd.18, 1967, S. 175 - 214
- Bombach, G., Neue Dimensionen der Lehre von der
Einkommensverteilung, Basel 1972
- Bombach, G., Möglichkeiten und Grenzen einer
Verteilungspolitik, in: Arndt, H.
(Hrsg.), Lohnpolitik und Einkom-
mensverteilung, SVSP, N.F. Bd.51,
1969, S. 809 - 837
- Bombach, G., Die verschiedenen Ansätze der Ver-
teilungstheorie, in: Schneider, E.
(Hrsg.), Einkommensverteilung und
technischer Fortschritt, SVSP,
N.F. Bd.17, 1959, S. 95 - 154
- Bowley, A.L., The British Super-Tax and the
Distribution of Income, in: QJE,
Vol.28, 1914, S. 255 - 268
- Bowman, M.J., A Graphical Analysis of Personal
Income Distribution in the United
States, in: AER, Vol.35, 1945,
S. 607 - 628, wieder abgedruckt
in: Fellner, W. and Haley, B.F.
(eds.), Readings in the Theory of
Income Distribution, 3.Aufl.,
London 1961, S. 72 - 99
- Brady, D.S., Measurement and Interpretation of
the Income Distribution in the
United States, in: Gilbert, M.
and Stone, R. (eds.), Interna-
tional Association for Research
in Income and Wealth, Series VI,
London 1957, S. 78 - 97

- Brady, D.S., Research on the Size Distribution of Income, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.13, New York 1951, S. 2 - 60
- Bridges, B.Jr., Current Redistributive Effects of Tax-Transfer Programs, in: PF, Vol.25, 1970, S. 63 - 80
- Budd, E.C. and Seiders, D.F., The Impact of Inflation on the Distribution of Income and Wealth, in: AER, P+P, Vol.61, 1971, S. 128 - 138
- Cartter, A.M., The Redistribution of Income in Postwar Britain, New Haven 1955
- Clark, C. and Peters, G.H., Income Redistribution through Taxation and Social Services: Some International Comparisons, in: Clark, C. and Stuvell, G. (eds.), Income Redistribution and the Statistical Foundations of Economic Policy, Income and Wealth, Series X, London 1964, S. 99 - 120
- Cohen, J., Copeland's Moneyflows After Twenty-Five Years: A Survey, in: JEL, Vol.10, 1972, S. 1 - 25
- Cole, D. and Utting, J.E.G., The Distribution of Household and Individual Income, in: Gilbert, M. and Stone, R. (eds.), International Association for Research in Income and Wealth, Income and Wealth, Series VI, London 1957, S. 239 - 268
- Colm, G. and Wald, H.P., Some Comments on Tax Burden Comparisons, in: NTJ, Vol.5, 1952, S. 1 - 14
- Conrad, A.H., On the Calculation of Tax Burdens, in: Economica, Vol.22, N.S., 1955 S. 342 - 348
- Conrad, A.H., Redistribution through Government Budgets in the United States, 1950, in: Peacock, A.T. (ed.), Income Redistribution and Social Policy, London 1954, S. 178 - 267

- Dalton, H., The Inequality of Incomes, London 1920
- Denison, E.F., Income Types and the Size Distribution, in: AER, P+P, Vol.44, 1954, S. 254 - 269
- Ehmcke, R., Einkommensbesteuerung, Einkommensverteilung und Wirtschaftsablauf, Hamburg 1970
- Eisner, G., Kaufkraftübertragungen durch öffentliche Finanzen, Winterthur 1956
- Epstein, L.A., Measuring the Size of the Low-Income Population, in: Soltow, L. (ed.), Six Papers on the Size Distribution of Wealth and Income, Studies in Income and Wealth, Vol.33, New York/London. 1969, S. 157 - 204
- Fachserie L, Finanzen und Steuern, Reihe 6, Einkommen- und Vermögensteuern, II. Lohnsteuer, 1968, Stuttgart/Mainz 1972
- Fecher, H., Inzidenzprobleme finanzpolitischer Mittel zur Vermögensverteilung, in: Albers, W. (Hrsg.), Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung I, SVSP, N.F. Bd.75/I, 1974, S. 95 - 145
- Federal Reserve Bulletin, Vol.41, 1955
- Federal Reserve Bulletin, Vol.45, 1959
- Föhl, C., Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, in: FA, Bd.14, N.F., 1953/54, S. 88 - 109
- Föhl, C., Das Steuerparadoxon, in: FA, Bd.17, N.F., 1956/57, S. 1 - 37
- Forte, F. and Buchanan, J.M., The Evaluation of Public Services, in: JPE, Vol.69, 1961, S. 107 - 121
- Friedman, M., A Method of Comparing Incomes of Families Differing in Composition, in: National Bureau of Economic Research, Conference of Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.15, New York 1952, S. 9 - 24

- Garvy, G., Inequality of Income: Causes and Measurement, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.15, New York 1952, S. 25 - 47
- Gillespie, W.I., Effect of Public Expenditures on the Distribution of Income, in: Musgrave, R.A. (ed.), Essays in Fiscal Federalism, Washington 1961, S. 122 - 186
- Göseke, G. und Bedau, K.D., Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975, in: Beiträge zur Strukturforchung, H.31, 1974, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Goldsmith, S.F., Appraisal of Basic Data Available for Constructing Income Size Distributions, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.13, New York 1951, S. 265 - 372
- Goldsmith, S.F., Diskussionsbeitrag zu: Garvy, G. Functional and Size Distributions of Income and their Meaning, und: Denison, E.F., Income Types and the Size Distribution, in: AER, P+P, Vol.44, 1954, S. 271 - 273
- Goldsmith, S.F., Impact of the Income Tax on Social Economic Groups of Families in the United States, in: Clark, C. & Stuvell, G. (eds.), Income Redistribution and the Statistical Foundations of Economic Policy, Income and Wealth, Series X, London 1964, S. 248 - 279
- Goldsmith, S.F., The Relation of Census Income Distribution Statistics to Other Income Data, in: National Bureau of Economic Research, An Appraisal of the 1950 Census Income Data, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.23, Princeton 1958, S. 65 - 107

- Goldsmith, S.F., Size Distribution of Income and Wealth in the United States, in: Arndt, H. (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, SVSP, N.F. Bd.20/I, 1960, S. 673 - 682
- Grove, E.W., The Size Distribution of Farm Income, in: National Bureau of Economic Research, An Appraisal of the 1950 Census Income Data, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.23, Princeton 1958, S. 307 - 317
- Gruber, U., Einkommensverteilung, Wirtschaft und Gerechtigkeit, München, Wien 1974
- Gruber, U., Vorüberlegungen zu einer Umverteilungsanalyse, in: JNS, Bd.185, 1971, S. 129 - 141
- Hake, W., Umverteilungseffekte des Budgets - Eine Analyse seiner personalen Inzidenz, Göttingen 1972
- Hansen, A., Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland aus statistischer Sicht, in: Albers, W. (Hrsg.), Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung I, SVSP, N.F. Bd. 75/I, 1974, S. 21 - 94
- Hansmeyer, K.H., Die umverteilenden Effekte im Sozialhaushalt, in: Arbeit und Sozialpolitik, Bd.15, 1961, S. 327 - 330
- Hedtkamp, G., Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Neuwied/Berlin, 1968
- Helmstädter, E., Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland unter verteilungstheoretischem Aspekt 1950 - 1965, in: JNS, Bd. 179, 1966, S. 389 - 417
- Hensen, H., Die Finanzen der sozialen Sicherung im Kreislauf der Wirtschaft, Kiel 1955

- Hicks, U.K., Public Finance, 3rd.ed., Cambridge 1971
- Hicks, U.K., The Terminology of Tax Analysis, in: EJ, Vol.56, 1946, S. 38 - 50
- Jaszi, G., The Conceptual Basis of the Accounts: A Reexamination, in: National Bureau of Economic Research, A Critique of the United States Income and Product Accounts, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.22, Princeton 1958, S. 13 - 127
- Jecht, H., Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, in: Hoffmann, W.G. (Hrsg.), Einkommensbildung und Einkommensverteilung, SVSP, N.F. Bd.13, 1957. S. 126 - 165
- Jouvenel, B. de, The Ethics of Redistribution, Cambridge 1951
- Kahnwald, H., Ein Maß für den Vergleich von Konzentrationszuständen im Zusammenhang mit Gini's Konzentrationsverhältnis, Marburg 1973
- Katona, G. and Fisher, J.A., Postwar Changes in the Income of Identical Consumer Units, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.13, New York 1951, S. 61 - 122
- Kellerer, H., Zur statistischen Messung der Konzentration, in: Arndt, H. (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, SVSP, N.F., Bd.20/I, 1960, S. 41 - 68
- Kendall, M.G. and Stuart, A., The Advanced Theory of Statistics, Vol.I: Distribution Theory, 2.Aufl., London 1963

- Krelle, W., Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, in: Hoffmann, W.G. (Hrsg.), Einkommensbildung und Einkommensverteilung, SVSP, N.F., Bd.13, 1957, S. 55 - 109
- Krelle, W., Verteilungstheorie, Tübingen 1962
- Krelle, W., Zur Wirkung der progressiven Einkommensbesteuerung, in: FA, Bd.16, N.F., 1955/56, S. 22 - 30
- Kromphardt, J., Institutionelle versus funktionelle oder personelle Einkommensverteilung, in: JNS, Bd.181, 1967/68, S. 151 - 159
- Krupp, H.J., Möglichkeiten und Grenzen der Statistik der personellen Einkommensverteilung, in: ASA, Bd.50, 1966, S. 361 - 380
- Krupp, H.J., "Personelle" und "funktionelle" Einkommensverteilung, in: JNS, Bd.180, 1967, S. 1 - 35
- Krupp, H.J., Theorie der personellen Einkommensverteilung, Berlin 1968
- Krzyzaniak, M. and Musgrave, R.A., The Shifting of the Co-operation Income Tax, Baltimore 1963
- Kuznets, S., Quantitative Aspects of the Economic Growth of Nations: VIII. Distribution of Income by Size, in: Economic Development and Cultural Change, Vol.11, 1963, S. 1 - 80
- Kuznets, S., Shares of Upper Income Groups in Income and Savings, New York 1953
- Kyrk, H., The Income Distribution as a Measure of Economic Welfare, in: AER, P+P, Vol.40, 1950, S. 342 - 355
- Lansing, J.B. and Sonquist, J., A Cohort Analysis of Changes in the Distribution of Wealth, in: Soltow, L. (ed.), Six Papers on the Size Distribution of Wealth and Income, Studies in Income and Wealth, Vol.33, New York/London 1969, S. 31 - 70

- Laumas, G.S., The Shifting of the Corporation
Income Tax - A Study with Reference
to Indian Corporations, in: PF,
Vol.21, 1966, S. 462 - 473
- Lerner, E.M. and Hendriksen, E.S., Federal Taxes on Corporate
Income and the Rate of Return on
Investment in Manufacturing, 1927
to 1952, in: NTJ, Vol.9, 1956,
S. 193 - 202
- Liebenberg, M. and Kaitz, H., An Income Size Distribution
from Income Tax and Survey Data,
1944, in: National Bureau of Eco-
nomic Research, Conference on
Research in Income and Wealth,
Studies in Income and Wealth,
Vol.13, New York 1951, S. 378 -
462
- Liefmann-Keil, E., Ökonomische Theorie der Sozialpoli-
tik, Berlin, Göttingen, Heidelberg
1961
- Liefmann-Keil, E., Politische Ökonomie der Generations-
und Wahlzyklen, in: Bombach, G.,
Frey, B.S., Gahlen, B. (Hrsg.),
Neue Aspekte der Verteilungstheorie,
Tübingen 1974, S. 183 - 209
- Lohnsteuerdurchführungsverordnung in der Fassung vom 29. April
1971
- Lüdecke, D., Ein einfaches ökonometrisches Mo-
dell für die Einkommensumverteilung
in der Bundesrepublik Deutschland
im Jahr 1960, in: JNS, Bd.177,
1965, S. 410 - 455
- Meerman, J.P., The Definition of Income in Studies
of Budget Incidence and Income
Distribution, in: RIW, Vol.20,
1974, S. 515 - 522
- Metze, I., Zum Problem der Steuerüberwälzung -
Ergebnisse eines Simulationsmodells.
in: FA, Bd.29, 1970, S. 398 - 419
- Metze, I., Soziale Sicherung und Einkommens-
verteilung, Berlin 1974

- Morgan, J.N., Measuring the Economic Status of the Aged, in: IER, Vol.6, 1965, S. 1 - 17
- Münzner, H., Probleme der Konzentrationsmessung, in: ASA, Bd.47, 1963, S. 1 - 9
- Musgrave, R.A., Distribution of Tax Payments by Income Groups: A Review, in: Weld, R.B. (ed.), Proceedings of the Forty-Fifth Annual Conference on Taxation, Sacramento 1953, S. 179 - 195
- Musgrave, R.A., Estimating the Distribution of the Tax Burden, in: Clark, C. and Stuvell, G. (eds.), Income Redistribution and the Statistical Foundations of Economic Policy, Income and Wealth, Series X, London 1964, S. 186 - 219
- Musgrave, R.A., Finanztheorie, 2.Aufl., Tübingen 1974
- Musgrave, R.A., General Equilibrium Aspects of Incidence Theory, in: AER, P+P, Vol.43, 1953, S. 504 - 517
- Musgrave, R.A., On Incidence, in: JPE, Vol.61, 1953, S. 306 - 323
- Musgrave, R.A., Carroll, J.J., Cook, L.D. and Frane, L., Distribution of Tax Payments by Income Groups: A Case Study for 1948, in: NTJ, Vol.4, 1951, S. 1 - 53
- Musgrave, R.A. and Frane, L., Rejoinder to Dr. Tucker, in: NTJ, Vol.5, 1952, S. 15 - 35
- Nicholson, J.L., The Distribution and Redistribution of Income in the United Kingdom, in: Wedderburn, D. (ed.), Poverty, Inequality and Class Structure, London (reprinted) 1975, S. 71 - 91

- Nicholson, J.L., Redistribution of Income -
Notes on Some Problems and
Puzzles, in: RIW, Vol.16, 1970,
S. 273 - 278
- Nicholson, J.L., Redistribution of Income in
the United Kingdom in 1959,
1957 and 1953, in: Clark, C.
and Stuvell, G. (eds.), Income
Redistribution and the Statistical
Foundations of Economic Policy,
Income and Wealth, Series X,
London 1964, S. 121 - 185
- Okner, B.A., Individual Taxes and the Distri-
bution of Income, in: Smith,
J.D. (ed.), The Personal Distri-
bution of Income and Wealth,
Studies in Income and Wealth,
Vol.39, New York 1975, S. 45 -
73
- Okner, B.A. and Pechman, J.A., Who Paid the Taxes in 1966?,
in: AER, P+P, Vol.65, 1974,
S. 168 - 174
- Peacock, A.T. and Browning, P.R., The Social Services
in Great Britain and the Re-
distribution of Income, in:
Peacock, A.T. (ed.), Income Re-
distribution and Social Policy,
London 1954, S. 139 - 177
- Pechman, J.A. Distribution of Income Before
and After Federal Income Tax,
1941 and 1947, in: National
Bureau of Economic Research,
Conference on Research in In-
come and Wealth, Studies in
Income and Wealth, Vol.13, New
York 1951, S. 186 - 218
- Pechman, J.A., Some Technical Problems in the
Measurement of Tax Burdens,
in: Weld, R.B. (ed.), Proceedings
of the Forty-Fifth Annual Con-
ference on Taxation, Sacramento
1953, S. 204 - 212

- Fechman, J.A. and Okner, B.A., Who Bears the Tax Burden?
Washington 1974
- Pen, J., Das politische Element in unseren graphischen Darstellungsweisen, in: Bombach, G., Frey, B.S., Gahlen, B. (Hrsg.), Neue Aspekte der Verteilungstheorie, Tübingen 1974, S. 3 - 26
- Peter, A., Die Messung der personellen Einkommensverteilung, Bern 1969
- Preiser, E., Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in: Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948; wieder abgedruckt in: Preiser, E., Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 3.Aufl., Göttingen 1963, S. 227 - 246
- Preiser, E., Distribution I, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.II, Göttingen 1959, wieder abgedruckt in: Preiser, E., Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 3.Aufl., Göttingen 1963, S. 290 - 318
- Prest, A.R., On the Calculation of Tax Burdens: A Rejoinder, in: Economica, Vol.23, 1956, S. 270 - 272
- Prest, A.R., Statistical Calculations of Tax Burdens, in: Economica, Vol.22, N.S., 1955, S. 234 - 245
- Projecter, D.S., Weiss, G.S. and Thoresen, E.T., Composition of Income as Shown by the Survey of Financial Characteristics of Consumers, in: Soltow, L. (ed.), Six Papers on the Size Distribution of Wealth and Income, Studies in Income and Wealth, Vol.33, New York/London 1969, S. 107 - 156
- Ratchford, B.U. and Han, P.B., The Burden of the Corporate Income Tax, in: NTJ, Vol.10, 1957, S. 310 - 324
- Recktenwald, H.C., Steuerüberwälzungslehre, Berlin 1966

- Reid, M.G., Distribution of Nonmoney Income, in: National Bureau of Economic Research, Conference on Research in Income and Wealth, Studies in Income and Wealth, Vol.13, New York 1951, S. 124 - 185
- Renz, M., Einheitliche Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach der Höhe ihrer steuerlichen Einkünfte 1968, in: Wirtschaft und Statistik, 1973, S. 457 - 461
- Renz, M., Einkommen und Besteuerung der Einkommensteuerpflichtigen, Ergebnis der Einkommensteuerstatistik 1968, in: Wirtschaft und Statistik, 1973, S. 222 - 228
- Reynolds, M. and Smolensky, E., The Post Fisc Distribution: 1961 and 1970 Compared, in: NTJ, Vol. 27, 1974, S. 515 - 530
- Rolph, E.R., Diskussionsbeitrag zu: Musgrave, R.A., General Equilibrium Aspects of Incidence Theory, und: Tucker, R.S., The Distribution of Government Burdens and Benefits, in: AER, P+P, Vol.43, 1953, S. 537 - 540
- Roskamp, K.W., The Budget and Interpersonal Distribution - Comments on the Papers of Professors Bela Csikos-Nagy and Alan R. Prest, in: PF, Vol.23, 1968, S. 99 - 105
- Roskamp, K.W., The Distribution of Tax Burden in a Rapidly Growing Economy: West-Germany in 1950, in: NTJ, Vol.16, 1963, S. 20 - 35
- Roskamp, K.W., The Shifting of Taxes on Business Income: The Case of the West-German Corporations, in: NTJ, Vol.18, 1965, S. 247 - 257
- Rottier, G. and Albert, J.F., The Social Services and Income Redistribution in France, in: Peacock, A.T. (ed.), Income Redistribution and Social Policy, London 1954, S. 90 - 138
- Schaich, E., Lorenzfunktion und Gini-Koeffizient in kritischer Betrachtung, in: JNS, Bd.185, 1971, S. 193 - 208

- Schlesinger, E.R., The Statistical Allocation of Taxes and Expenditures in 1938/39 and 1946/47, in: Poole, K.E. (ed.), Fiscal Policies and the American Economy, New York 1951, S. 410 - 421
- Schmidt, K.D., Schwarz, U., Thiebach, G., Sozialhaushalt und Wirtschaftskreislauf in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960, Tübingen 1965
- Schmidt, K.D., Schwarz, U., Thiebach G., Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960, Tübingen 1965
- Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, I, 14.Aufl., Tübingen 1969
- Schreiber, K.F., Zur Aussagekraft empirischer Untersuchungen der Überwälzbarkeit der Körperschaftsteuer, in: FA, Bd.29, N.F., 1970, S. 54 - 63
- Schreiber, W., Die zwei Dimensionen der Einkommens-Umverteilung, in: Allekotte, H. (Hrsg.), Wilfrid Schreiber - Zum System sozialer Sicherung, Köln 1971, S. 37 - 47
- Schutz, R.R., On the Measurement of Income Inequality, in: AER, Vol.41, 1951, S. 107 - 122
- Sen, A., On Economic Inequality, Oxford 1973
- Smith, R.H., Distribution of Income in Great Britain and Incidence of Income Tax, in: QJE, Vol.25, 1911, S. 216 - 238
- Solow, R.M., Income Inequality Since the War, in: Freeman, R.E. (ed.), Postwar Economic Trends in the United States, New York 1960, S. 91 - 138
- Stark, T., The Distribution of Personal Income in the United Kingdom 1949 - 1963, Cambridge 1972

- Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Die Staatlichen Finanzen im Rechnungsjahr 1950, Bd.58, Stuttgart/Köln 1953
- Stauffacher, C., The Effect of Governmental Expenditures and Tax Withdrawals upon Income Distribution, 1930 - 1939, in: Public Policy II, Yearbook of the Graduate School of Public Administration, Cambridge 1941, S. 232 - 261
- Stobbe, A., Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, Tübingen 1962
- Tucker, R.S., Diskussionsbeitrag zu: Musgrave, R.A., Distribution of Tax Payments by Income Groups: A Review, und Pechman, J.A., Some Technical Problems in the Measurement of Tax Burdens, in: Weld, R.B. (ed.), Proceedings of the Forty-Fifth Annual Conference on Taxation, Sacramento 1953, S. 214 - 215
- Tucker, R.S., The Distribution of Government Burdens and Benefits, in: AER, P+P, Vol.43, 1953, S. 518 - 534
- Tucker, R.S., Distribution of Tax Burdens in 1948, in: NTJ, Vol.4, 1951, S. 269 - 285
- Tucker, R.S., Distribution of Tax Burdens in 1948, in: Weld, R.B. (ed.), Proceedings of the Forty-Fifth Annual Conference on Taxation, Sacramento 1953, S. 195 - 203
- Tucker, R.S., Rebuttal, in: NTJ, Vol.5, 1952, S. 36 - 38
- Twentieth Century Fund, Facing the Tax Problem, New York, The Twentieth Century Fund 1937
- U.S. Department of Commerce, Income Distribution in the United States by Size, 1944 - 1950, A Supplement to the Survey of Current Business, Washington 1953

- U.S. Department of Commerce, Survey of Current Business,
Vol.32, 1952
- Weaver, F., Taxation and Redistribution in
the United Kingdom, in: RES,
Vol.32, 1950, S. 201 - 213
- Webb, A.L. and Sieve, J.E.B., Income Redistribution and
the Welfare State, Occassional
Papers on Social Administration
Nr. 41, London 1971
- Weissel, E., Umverteilung und wirtschaftliche
Entwicklung, Berlin 1968
- Wittmann, W., Einführung in die Finanzwissen-
schaft, II. Teil, Die öffentlichen
Einnahmen, Stuttgart 1971
- Wright, McC.D., Income Redistribution Reconsidered,
in: Income, Employment and Public
Policy. Essays in Honor of Alvin
H. Hansen, New York, 1948, S. 159 -
176
- Zeitel, G., Die Steuerlastverteilung in der
Bundesrepublik Deutschland, Tübin-
gen 1959
- Zellner, A., The Corporate Tax in the Long Run,
A Comment, in: JPE, Vol.66, 1958,
S. 444 - 446
- Zöllner, D., Öffentliche Sozialleistungen und
wirtschaftliche Entwicklung,
Berlin 1963
- Zöllner, D., Typologie der Redistributions-
merkmale in Systemen der sozialen
Sicherung, in: Schmollers Jahrbuch,
Bd.85, 1965, I. Halbband, S. 49 -
77

Lebenslauf

Am 23. April 1942 wurde ich als Sohn des Amtsgerichtsrats Eduard Hölzle in Schrobenhausen geboren.

Im September 1948 trat ich in die Volksschule in Schrobenhausen ein, wechselte nach vier Jahren in die Oberrealschule in Schrobenhausen über und legte dort im Juni 1961 die Reifeprüfung ab. Im Herbst des gleichen Jahres begann ich mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität München, das ich dort nach einem zehensemestrigen Studium mit der Diplomprüfung für Volkswirte abschloß.

Nach einer Praktikantentätigkeit an einer Bank war ich vom 1. Oktober 1967 bis 31. Dezember 1967 am Institut für Finanzwissenschaft der Universität München und daran anschließend bis 30. September 1968 am Institut für Sozialpolitik der Ruhr - Universität Bochum als wissenschaftliche Hilfskraft tätig.

Seit dem 1. Oktober 1968 bin ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Volkswirtschaftlichen Institut der Universität München beschäftigt.

